Bericht des Bundesrates

vom 9. März 2007

**über Motionen und Postulate der
gesetzgebenden Räte im Jahre 2006**

Bericht des Bundesrates

vom 9. März 2007

**über Motionen und Postulate der
gesetzgebenden Räte im Jahre 2006**

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1423-0801
Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 101.13.d
Publikation Internet: www.admin.ch

Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2006

Bericht des Bundesrates vom 9. März 2007

Sehr geehrte Herren Präsidenten
Sehr geehrte Damen und Herren Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten
Sehr geehrte Damen und Herren

dieser Bericht gibt einen Gesamtüberblick über das Geschehen aller vom Parlament überwiesenen Motionen und Postulate (Stand: 31.12.2006). Sämtliche Vorstösse werden nur mit Titel aufgeführt, auch die erstmals erscheinenden. Die vollständigen Texte befinden sich auf der Datenbank Curia Vista.

Kapitel I enthält alle Vorstösse, die der Bundesrat zur Abschreibung beantragt. Dieser Berichtsteil richtet sich gemäss Art. 122 Abs. 3 und Art. 124 Abs. 5 des Parlamentsgesetzes an die Bundesversammlung und erscheint deshalb gemäss den geltenden Publikationsvorschriften auch im Bundesblatt, in identischem Wortlaut. Mit der doppelten Erscheinungsweise ist das vorliegende Dokument lesbarer; es gibt einen vollständigen Überblick über das Geschehen.

Kapitel II enthält all jene Vorstösse, die zwei Jahre nach ihrer Überweisung durch die eidgenössischen Räte vom Bundesrat noch nicht erfüllt sind. Von diesem Zeitpunkt an hat der Bundesrat gemäss Art. 122 Abs. 1 und Art. 124 Abs. 4 des Parlamentsgesetzes jährlich zu berichten, was er zur Erfüllung der Aufträge unternommen hat und wie er sie zu erfüllen beabsichtigt. Dieser Berichtsteil geht gemäss Gesetz an die zuständigen Kommissionen.

Anhang 1 listet alle Motionen und Postulate auf, die im Berichtsjahr 2006 beschrieben worden sind:

- Anträge im Bericht über Motionen und Postulate 2005;
- Anträge in Botschaften.

Anhang 2 gibt eine vollständige Übersicht über alle Ende 2006 hängigen Motionen und Postulate: vom Parlament überwiesen, indes vom Bundesrat noch nicht erfüllt oder vom Parlament noch nicht abgeschrieben.

9. März 2007

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Micheline Calmy-Rey

Die Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-Hotz

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I:	An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten.....	1
Kapitel II:	An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die nach zwei Jahren noch nicht erfüllt sind.....	30
Anhang 1:	Übersicht über alle im Verlauf des Berichtsjahres 2006 abgeschriebenen Motionen und Postulate	77
Anhang 2:	Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2006 noch hängigen Motionen und Postulate.....	83

Kapitel I An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten

Dieses Kapitel ist auch im BBl 2007, Heft Nr. 13 vom 27. März 2007, publiziert.

Bundeskanzlei

2000 P 00.3194	E-Schweiz. Staat als Modellanwender (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016)
2000 P 00.3208	E-Schweiz (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016)
2000 M 00.3190	Nutzung der Informationstechnologie für die direkte Demokratie (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016; S 3.10.00)
2000 M 00.3208	E-Schweiz (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016; S 3.10.00), Punkt 1
2000 P 00.3298	E-Schweiz. Gesetzesänderungen, Zeitplan und Mittel (N 6.10.00, Freisinnig-demokratische Fraktion)
2000 P 00.3208	E-Schweiz (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016; S 3.10.00)
2000 P 00.3347	E-Schweiz. Gesetzesänderungen, Zeitplan und Mittel (S 18.9.00, Leumann)

Der Bundesrat verabschiedete am 18. Januar 2006 die revidierte Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz und beauftragte unter anderem das eidgenössische Finanzdepartement, zusammen mit den Kantonen und den zuständigen Bundesämtern eine E-Government-Strategie Schweiz zu erarbeiten. Ein interdepartementaler Ausschuss Informationsgesellschaft IDA IG koordiniert seit 1998 die Umsetzung der Strategie, erstattet dem Bundesrat jährlich Bericht und benennt allfälligen Handlungsbedarf. Die Berichte sind unter <http://www.infosociety.ch/site/default.asp> abrufbar und können in gedruckter Form beim BAKOM bestellt werden. Zu den einzelnen Tätigkeitsfeldern:

Bund als Musteranwender für elektronischen Datenverkehr: Der Bund verfügt über ein umfangreiches Portfolio von E-Government-Projekten. Als Instrument, das die Erfüllung bestehender Staatsaufgaben unterstützt, decken die Projekte des E-Government unterschiedlichste Bereiche ab. Die nachstehende Aufzählung ist exemplarisch und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit: BK: Vote électronique; EDA: APIS (Aussenpolitisches Informationssystem); EDI: Harmonisierung amtlicher Personenregister, Eidgenössisches Gebäude- und Wohnungsregister (GWR), IZBUND, Sitemapping.ch, ARELDA; EJPD: eGRIS (elektronisches Grundstückinformationssystem), Infostar, GovLink, eSchKG (elektronische Einreichung einer Betriebsanmeldung); VBS: e-geo.ch; EFD: simap.ch, IT Tax Suisse, Geschäftsverwaltung GEVER, IT-Basisinfrastruktur eGovernment; EVD: Unternehmens-ID, kmuinfo.ch, SHAB-online; UVEK: e-ofcom.

Für den elektronischen Geschäftsverkehr stehen die technischen Mittel (ausser Archivierung) weitgehend bereit, erste departementsweite Implementierungen sind initialisiert. So sind beispielsweise die Bundesratsgeschäfte informatisiert.

Bewusstseinsbildung: Seit 2001 führen die Bundesämter für Kommunikation (BAKOM) und Kultur (BAK) den Wettbewerb «Ritter der Kommunikation» durch. Dabei werden Projekte ausgezeichnet, die einen Beitrag zum Einschluss aller in die Informationsgesellschaft leisten.

Digitale Identität – eID-Karte: Der Bundesrat, der sich 2004 aus ordnungspolitischen Gründen gegen eine Bereitstellung einer staatlichen elektronischen Identität entschied, hat auf den 1. Januar 2005 das Bundesgesetz über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur (ZertES) in Kraft gesetzt und der Privatwirtschaft eine vernünftige Zeitspanne zur Entwicklung einschlägiger Angebote eingeräumt. Er ist bereit, die Situation neu zu beurteilen, falls die Versorgung sich als mangelhaft erweisen sollte.

www.ch.ch: Die Bundeskanzlei hat mit den Kantonen eine neue öffentlich-rechtliche Vereinbarung für den Betrieb des Schweizer Portals ch.ch für die Jahre 2007 bis und mit 2010 abgeschlossen. Sie wurde im Bundesblatt vom 19. Dezember 2006 veröffentlicht und kann damit wie vorgesehen auf den 1. Januar 2007 in Kraft treten. 25 Kantone unterzeichneten die Vereinbarung; Appenzell-Innerrhoden wollte sich noch nicht für vier Jahre binden, will aber 2007 seinen finanziellen Beitrag leisten. Die Betriebskosten von maximal 1,2 Millionen Franken werden gemäss Vereinbarung hälftig von den Kantonen und dem Bund getragen. Die Weiterentwicklung erfolgt in Übereinstimmung mit der geplanten E-Government-Strategie Schweiz und wird falls nötig in Sondervereinbarungen geregelt.

Vote électronique: Der Bundesrat schloss mit dem am 31. Mai 2006 verabschiedeten Bericht über die Pilotprojekte zum Vote électronique die in parlamentarischen Vorstössen geforderte Abklärung der Chancen und Risiken sowie der Machbarkeit des Vote électronique in der Schweiz ab. Die Bundeskanzlei hatte in den Jahren 2004 und 2005 zusammen mit den Kantonen Genf, Neuenburg und Zürich fünf erfolgreich und pannenfrei verlaufene Pilotversuche mit Vote électronique bei eidgenössischen Abstimmungen durchgeführt. 2006 fanden zwei weitere, erfolgreiche Versuche anlässlich der eidgenössischen Volksabstimmung vom 26. November 2006 in Neuenburg und Zürich statt; am 15. Dezember 2006 hat der Bundesrat den inzwischen vierten Versuch zum Vote électronique in Neuenburg für die Volksabstimmung vom 11. März 2007 gutgeheissen. Der Bundesrat schlägt dem Parlament in seinem Evaluationsbericht die schrittweise Einführung von Vote électronique vor. Dabei soll neben den drei Pilotkantonen auch weiteren Kantonen der Einsatz von Vote électronique ermöglicht werden, indem die Erfahrungen aus den Pilotprojekten allen Kantonen zur Verfügung stehen. Eine finanzielle Unterstützung durch den Bund ist nicht vorgesehen. Über die Evaluationsergebnisse und das weitere Vorgehen im Bereich Vote électronique wird das Parlament 2007 entscheiden.

Schulen im Netz: Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT hat im Jahre 2002 gemeinsam mit den Kantonen und der Privatwirtschaft die Bildungsinitiative «Public Private Partnership – Schule im Netz» lanciert. Ziel von «Schule im Netz» ist es, möglichst viele Lehrpersonen aller Schulen der Primar- und Sekundarstufe für den pädagogisch-didaktisch sinnvollen Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) im Unterricht aus- und weiterzubilden sowie alle Schulen der Primar- und Sekundarstufe mit moderner IKT-Infrastruktur auszurüsten und am Internet anzuschliessen. «Schule im Netz» soll die Lehrpersonen und die Schülerinnen und Schüler befähigen, IKT in den Unterricht zu integrieren und Verständnis und Akzeptanz von IKT bei Behörden, Lehrpersonen und Eltern erhöhen.

Ein entsprechendes bis 2007 befristetes Bundesgesetz und die zugehörige Verordnung sind am 1. August 2002 in Kraft getreten. Der ursprünglich für die Initiative gesprochene Verpflichtungskredit von 100 Millionen wurde verwaltungsintern und durch das Parlament auf zuletzt 35 Millionen gekürzt. Diese sind bis zum Schluss der Initiative im Juli 2007 verpflichtet. Mit diesen Mitteln wird der Bund bei Abschluss der Initiative 54 interkantonale Projekte zur Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen unterstützt haben.

Im Zuge des Projekts werden zudem 7 Handweiser (elektronische Wegleitungen) erstellt, welche Lehrpersonen Hilfestellungen zu alltäglichen Problemen im Umgang mit IKT im Schulunterricht liefern. Diese Guides zu Themen wie «IKT und Ethik», «Recht» oder «Infrastruktur» stehen ab kommendem Frühjahr allen Lehrpersonen frei zur Verfügung. Ebenfalls ab kommendem Frühjahr werden 60 Good-Practice-Projekte umgesetzt sein, in welchen Anwendungen und Produkte für den lehrplanbezogenen Einsatz von IKT im alltäglichen Unterricht stufen- und fachbezogen entwickelt werden.

Virtueller Campus: Das Programm «Virtueller Campus Schweiz» unterstützt die Hochschulen bei der Einführung und Anwendung von E-Learning und Online-Ausbildung. Bei der vierten und letzten Serie von Projekten werden von Seiten der Fachhochschulen nochmals 10 Projekte (total ca. 1 Mio. CHF) mit Laufzeit 2006–07 gefördert.

KMU-Portal: Seit April 2006 sind alle KMU-Portale mit Informationen für Neugründer und Unternehmer und einem umfassenden Dienstleistungsangebot unter www.kmu.admin.ch online.

Der Bundesrat beantragt, die Motionen und Postulate als erfüllt abzuschreiben.

2000 P 00.3595 Administrative Entlastung von Unternehmen bei den bundesrechtlichen Verfahren (S 14.12.00, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR). Punkte 1, 2 und 5

Punkt 1: Der Bericht vom 2. Februar 2005 über die Entwicklung im Bestand der bundesrechtlichen Bewilligungsverfahren in der Zeit zwischen 1998 und 2004 führte zum Auftrag an die Verwaltung, Wege zu finden, um 20 Prozent aller Bewilligungspflichten abzuschaffen. Im Bericht vom 18. Januar 2006 «Vereinfachung des unternehmerischen Alltags» (erschien als Nr. 13 in der Reihe «Grundlagen der Wirtschaftspolitik» des SECO) wurde über diese Abklärungen berichtet, und es wurden vom Bundesrat eine Anzahl Gesetzesrevisionen in Auftrag gegeben, die u. a. in die Botschaft vom 8. Dezember 2006 zum Bundesgesetz über die Aufhebung und die Vereinfachung von Bewilligungsverfahren («Vereinfachung des unternehmerischen Alltags») (BBl 2007 315) eingeflossen sind. Sieben Jahre nach der ersten Inventur hat somit – wie vom Postulat gewünscht – eine zweite Überprüfung der Bewilligungspflichten stattgefunden.

Punkt 2: Aus Ressourcengründen konnte nicht erhoben werden, wie weit die Ämter, die eine grosse Zahl von Bewilligungen ausstellen, intern bereits eine solche Statistik führen. Das Beispiel der vom BVet ausgestellten CITES-Bewilligungen zeigt aber, dass vorbildliche Lösungen implementiert sind (zur Situation bei diesem und bei andern häufigen Verfahren vgl. Botschaft zum Bundesgesetz über die Aufhebung und die Vereinfachung von Bewilligungsverfahren [«Vereinfachung des unternehmerischen Alltags»], BBl 2007 315, S. 331 ff., bes. S. 334).

Punkt 5: In Ergänzung zu den Ausführungen im letztjährigen Geschäftsbericht (Rechtsgrundlagen für Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur) kann ausgeführt werden, dass eine Massnahme gemäss Bericht «Vereinfachung des unternehmerischen Alltags» darauf abzielt, Suchroutinen aufzubauen, die ein automatisches Auffinden von Formularen im Internet gestatten (vgl. S.16 des Berichtes). Nach den rechtlichen werden so auch die tatsächlichen Voraussetzungen geschaffen, damit Gesuchs- und Deklarationsformulare (einschliesslich Steuererklärungen) elektronisch eingereicht werden können.

Der Bundesrat beantragt, die Punkte 1, 2 und 5 des Postulats abzuschreiben.

2004 P 04.3159 Anglizismen. Bundesrat als «Federal Executive Committee»? (N 18.6.04, Berberat)

Im Rahmen des Projekts «CD Bund» hat die Arbeitsgruppe Terminologie die Benennungen von Organisationseinheiten der Bundesverwaltung überprüft und zahlreiche Änderungsvorschläge ausgearbeitet, die unter anderem die beanstandeten Anglizismen betrafen. Dabei stützte sie sich auf ihre «Empfehlungen für die Benennung der Organisationseinheiten der Bundesverwaltung», die der Bundesrat in seinem Beschluss vom 6. April 2005 zur Kenntnis genommen hat. Aufgrund dieses Beschlusses war es den Organisationseinheiten freigestellt, bestehende Benennungen zu ändern. Aus dem Englischen entlehnte Kurzbezeichnungen wie «Swissmint» oder «Swissmedic» wurden beibehalten, zumal die Änderung oder Aufgabe solcher inzwischen gut eingeführter Markennamen mit erheblichem finanziellem Aufwand verbunden gewesen wäre und unabsehbare Imageverluste nach sich gezogen hätte. Allerdings sind namentlich auch die genannten Kurzbezeichnungen in amtlichen Texten zusammen mit den weiterhin gebräuchlichen Langbezeichnungen in der jeweiligen Amtssprache («Eidgenössische Münzstätte» bzw. «Schweizerisches Heilmittelinstitut») zu verwenden. Viele Vorschläge der Arbeitsgruppe, die auf einzelne sprachliche Verbesserungen und ein einheitlicheres Benennungssystem abzielten, wurden umgesetzt.

Gemäss dem erwähnten Bundesratsbeschluss sind die Empfehlungen der Arbeitsgruppe Terminologie bei neu zu benennenden Organisationseinheiten der Bundesverwaltung anzuwenden, womit den Forderungen des Postulats Rechnung getragen wird. Vom Bund kontrollierte Unternehmen wie Post, Swissscom und SBB sind davon jedoch nicht direkt betroffen, weil sie aufgrund ihrer Rechtsstellung relativ autonom sind und ihre Kommunikationsstrategien weitgehend nach eigenem Ermessen gestalten können. Die Empfehlungen stehen der Einführung neuer Anglizismen, insbesondere auch von Kurzbezeichnungen, die sich aus dem Englischen ableiten und in allen Sprachen gleich lauten, entgegen. In diesem Zusammenhang sind zwei der darin formulierten Grundsätze hervorzuheben:

- Eine Benennung ist sprachlich korrekt, wenn sie den allgemeinen Regeln der betreffenden Sprache entspricht und in allen Amtssprachen möglichst kongruent ist.
- Bei der Bildung von Kurzbezeichnungen ist den Amtssprachen der Vorzug zu geben.

Eine weitere Arbeitsgruppe, der Linguistinnen, Redaktoren und Informationsverantwortliche aus der Bundesverwaltung angehören, hat sich eingehend mit Fragen rund um Entlehnungen aus dem Englischen und anderen Sprachen beschäftigt. Sie hat «Empfehlungen für den Umgang mit Anglizismen» erarbeitet, die als Lenkungsinstrument geeigneter erscheinen als kaum durchsetzbare Vorschriften. Darin erörtert sie die mit Anglizismen verbundenen Probleme und zeigt auf, wie und unter welchen Voraussetzungen diese einzusetzen sind. In den Empfehlungen gilt als oberstes Gebot, dass Texte, die sich an die breite Öffentlichkeit richten, adressatengerecht und verständlich formuliert sein müssen. Zudem hat die Arbeitsgruppe eine Wörterliste erstellt, die in den drei Amtssprachen Französisch, Italienisch und Deutsch mögliche Alternativen zu geläufigen Anglizismen anbietet. Diese Liste ist auf dem Internet und dem Intranet der Bundesverwaltung verfügbar und kann auf Anregung der Benutzerschaft laufend ergänzt werden.

Mit all diesen Massnahmen geht eine fortschreitende Sensibilisierung in der Bundesverwaltung einher, die zu einem bewussteren und massvollen Umgang mit Anglizismen beiträgt.

Der Bundesrat beantragt daher, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

2004 P 04.3462 Deutsche Rechtschreibung. Konsensfindung (N 17.12.04, Riklin)

Das Postulat beauftragte den Bundesrat, darauf hinzuwirken, dass die Reform der deutschen Rechtschreibung so revidiert wird, dass sie konsensfähig wird, insbesondere durch eine Überarbeitung der Regeln im Bereich der Zusammen- und Getrenntschreibung.

Ende 2004 wurde der Rat für deutsche Rechtschreibung ins Leben gerufen. In ihm sind alle interessierten Kreise (Schule, Verlage, Medien, öffentliche Verwaltung) der deutschsprachigen Länder vertreten, einschliesslich der Gremien, die die Reform erarbeitet haben, wie auch ihrer Kritiker. Der Rat sollte Konsenslösungen für die besonders umstrittenen Teile der Reform (Getrennt- und Zusammenschreibung, Gross- und Kleinschreibung, Kommasetzung, Trennung am Zeilenende) finden. Unter tatkräftiger Mitwirkung des Vertreters der schweizerischen Bundesverwaltung wurde das Regelwerk überarbeitet und im Frühjahr 2006 in revidierter Form vorgelegt. Es wurde in den Folgemonaten von den für Bildung zuständigen Gremien der beteiligten Länder geprüft und gutgeheissen. Auf den 1. August 2006 ist das revidierte Regelwerk für die Schulen in Kraft getreten. Im Dezember 2006 sind die deutschsprachigen Nachrichtenagenturen und diejenigen Zeitungsverlage, die bisher die Reform nicht mitgemacht hatten, auf die revidierte Reform eingeschwenkt. Diese lässt in gewissen Bereichen der Schreibung Varianten zu, damit die «natürliche» Schreibleitung nicht durch eine allzu rigide Regelung behindert oder in eine falsche Richtung gelenkt wird (insbes. im Bereich der Getrennt- und Zusammenschreibung). Dies führt dazu, dass die Verlage, die Printmedien und die Schulen – mit dem Ziel, ihre Texte einheitlich zu gestalten oder die Möglichkeit zu haben, eindeutige Regeln zu vermitteln – in begrenztem Umfang sog. Hausorthografien entwickeln, die weitestgehend im Rahmen des Regelwerks bleiben, sich punktuell aber voneinander unterscheiden. Im Grossen und Ganzen kann mit der revidierten Reform nun aber die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung gewahrt werden; die Gefahr, dass sich gewichtige Kreise der Reform ganz verweigern, ist gebannt, und insbesondere besteht die Gefahr nicht mehr, dass in der Schule eine Rechtschreibung gelehrt wird, die nicht dem entspricht, was ausserhalb der Schule praktiziert wird. Der Konsens in der deutschen Rechtschreibung ist im Grossen und Ganzen gefunden, eine Einigkeit in allen Details ist nicht realisierbar.

Der Bundesrat erachtet das Postulat als erfüllt; er beantragt seine Abschreibung.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

2000 P 00.3414 Regelmässige Berichterstattung über die Menschenrechtspolitik der Schweiz (N 3.10.00, Aussenpolitische Kommission NR)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, «dem Parlament einmal pro Legislatur in einem Situationsbericht Auskunft zu geben über die getroffenen, eingeleiteten und geplanten Massnahmen und Bemühungen zur Förderung einer wirksamen und kohärenten Menschenrechtspolitik». Einen ersten Bericht hat der Bundesrat am 16. Februar 2000 vorgelegt. Für die Legislaturperiode 2003–2007 hat er diesen Auftrag mit dem Bericht über die Menschenrechtsausserpolitik der Schweiz vom 31. Mai 2006 erfüllt. Ein dritter Bericht ist für die Legislaturperiode 2007–2011 geplant. Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2000 P 00.3527 Fakultativprotokoll zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Unterzeichnung und Ratifizierung durch die Schweiz (N 15.12.00, Maury Pasquier)

Das am 22. Dezember 2000 in Kraft getretene Fakultativprotokoll zum CEDAW-Übereinkommen enthält im Wesentlichen zwei Elemente: Erstens ermöglicht es Frauen, dem internationalen Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) eine Mitteilung zukommen zu lassen, wenn sie sich durch einen Vertragsstaat in den vom CEDAW garantierten Rechten verletzt fühlen. Ferner gibt das Fakultativprotokoll dem Ausschuss die Befugnis, Untersuchungen durchzuführen, wenn zuverlässige Angaben vorliegen, die auf schwerwiegende oder systematische Verletzungen der im Übereinkommen niedergelegten Rechte durch einen Vertragsstaat hinweisen.

Am 25. Januar 2006 beschloss der Bundesrat aufgrund des Antrages des EDA vom 18. Januar 2006 die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens. Dieses wurde am 7. Februar eröffnet und dauerte bis zum 30. April. Insgesamt gingen beim EDA 57 Stellungnahmen zu den Vernehmlassungsunterlagen ein. Die Ratifizierung des Fakultativprotokolls wurde, bis auf zwei Ausnahmen, gutgeheissen. Eine grosse Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmer teilte die Meinung des Bundesrats, dass das Fakultativprotokoll in bedeutender Weise zum weltweiten Menschenrechtsschutz von Frauen beitrage und die Ratifizierung einen wichtigen Schritt in Richtung Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau sei. Aufgrund dieses Ergebnisses arbeitete das EDA die Botschaft und den Bundesbeschluss über die Genehmigung des Fakultativprotokolls aus, und unterbreitete diese am 16. November dem Bundesrat. Der Bundesrat hat am 29. November 2006 den Vernehmlassungsbericht gutgeheissen und unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesversammlung die Ratifizierung des Fakultativprotokolls beschlossen.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2002 M 00.3277 Gleichbehandlung belgischer und schweizerischer Rentner (N 6.3.02, Neiryneck; S 4.10.01)

2002 M 01.3334 Gleichbehandlung belgischer und schweizerischer Rentner (S 4.10.01, Paupe; N 6.3.02)

Die beiden Motionen fordern den Bund auf, an Stelle Belgiens die noch ausstehenden belgischen Renten an die Rentenberechtigten zu bezahlen. Am 25. Juni 2003 verabschiedete der Bundesrat einen Bericht, in welchem dem Parlament beantragt wurde, beide Motionen abzuschreiben, da Belgien aufgrund des Inkrafttretens des Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über die Personenfreizügigkeit seit dem 1. Juni 2002 indexierte Renten an Schweizer Staatsangehörige auszahlt, die Beiträge an die kolonialen Sozialversicherungssysteme des ehemaligen Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi entrichtet haben. Seit dem 1. August 2004 erhalten die 16 Rentner, die ausserhalb der Schweiz und der EU Wohnsitz haben, ebenfalls indexierte Renten aufgrund der Revision der belgischen Sozialversicherungsgesetzgebung.

Zudem hatte sich der Bund zu einer aussergewöhnlichen und einmaligen Geste bereit erklärt, indem er einen Verpflichtungskredit im Umfang von 25 Millionen Schweizer Franken während den Jahren 1990 und 1997 bereitgestellt hat. Zwischen 1990 und 1997 zahlte der Bund den 285 (der insgesamt etwa 350) Rentnern eine Summe von 20,6 Millionen Franken. Alle Personen, welche die in den beiden Bundesbeschlüssen von 1990 und 1995 aufgestellten Voraussetzungen erfüllten – nämlich eine Beitragsdauer von mindestens 3 Jahren in den belgischen Kolonien, ein fortgeschrittenes Alter und Bedürftigkeit – wurden entschädigt.

Es ist nicht möglich, die 4,4 Millionen Franken zu verwenden, welche im Rahmen des Verpflichtungskredites von 25 Millionen Franken nicht ausgegeben wurden. Die diesbezüglichen Bundesbeschlüsse von 1990 und 1995 sind seit dem 1. Januar 1998 ausser Kraft. Dementsprechend wurden die 4,4 Millionen Franken wieder dem allgemeinen Budget des Bundes zugeführt und sind somit nicht mehr verfügbar. Ein Vollzug der Motionen wäre ohne die Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen nicht möglich. Zudem hätte er beträchtliche Ausgaben für den Bund zur Folge. Gemäss Schätzungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen könnten die Ausgaben für eine vollständige, rückwirkende Rentenindexierung 100 Millionen Franken erreichen.

Am 16. Dezember 2003 lehnte der Nationalrat den Vorschlag des Bundesrates, die beiden Motionen abzuschreiben, ab (120 gegen 47 Stimmen). Der Ständerat nahm ihn am 18. März 2004 an (31 gegen 7 Stimmen). Nachdem der Bundesrat im Bericht 2004 über Motionen und Postulate an seiner Empfehlung, die beiden Motionen abzuschreiben, festhielt, hat das Parlament diese beiden Motionen wieder behandelt. Bei der erneuten Beratung folgte die zuständige Kommission des Nationalrates der Empfehlung des Bundesrates auf Abschreiben, doch das Plenum hiess einen Minderheitsantrag auf Festhalten am 7. Juni 2005 mit 60 gegen 28 Stimmen gut. Der Ständerat bestätigte seine 2004 eingenommene Haltung und hielt am 9. Juni 2005 oppositionslos am Abschreiben fest. Im Jahr 2006 bezogen die beiden Räte erneut unterschiedliche Positionen.

Aus den nachstehenden Gründen hält der Bundesrat an seinem Antrag fest, die beiden Motionen endgültig abzuschreiben:

- Die Motionen sind in der Substanz erfüllt: jetzt und in Zukunft erhalten sämtliche Schweizer, welche Beiträge an die kolonialen Sozialversicherungssysteme des ehemaligen Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi bezahlt haben, unabhängig vom Wohnsitz eine indexierte Rente.
- Zusätzlich haben aufgrund der Parlamentsbeschlüsse von 1990 und 1995 rund drei Viertel der Rentenbezüger eine Kapitalabfindung von der Schweiz erhalten, welche einer lebenslang indexierten Rente entspricht.

- Eine erneute Entschädigung hätte also in erster Linie rückwirkenden Effekt. Sie stünde indessen mit dem damaligen Willen des Parlamentes im Widerspruch, eine einmalige, sozial motivierte Geste zu machen. Abgesehen davon, dass ein erneutes Entgegenkommen ohne eine neue Gesetzesgrundlage und zusätzliche Finanzmittel unmöglich wäre, bildete eine zweite Auszahlung an dieselbe Gruppe von Personen eine Bevorzugung gegenüber all jenen Auslandschweizern, welche durch ausländische Enteignungen nicht nur ihre Rente, sondern ihr gesamtes Vermögen verloren und dafür kaum oder gar nicht entschädigt wurden.

2002 P 01.3306 Neue bilaterale Verhandlungen mit der EU. Paralleluntersuchungen über die Auswirkungen eines allfälligen EU-Beitrittes (N 6.3.02, Aussenpolitische Kommission NR)

2003 P 02.3730 Beitritt der Schweiz zur EU. Bericht (N 21.3.03, Rennwald)

Der Bundesrat hat in seinem Aussenpolitischen Bericht 2000 angekündigt, dass er die Auswirkungen eines Beitritts zur EU auf zentrale Bereiche des politischen Systems prüfen wird. In seiner Legislaturplanung 2003–2007 hat er präzisiert, dass er in der zweiten Hälfte seiner Legislatur einen Bericht über die Auswirkungen eines Beitritts vorlegen wird. Anlässlich der Klausursitzung vom 26. Oktober 2005, die der Europapolitik gewidmet war, bestätigte und präzisierte er das Mandat des Integrationsbüros EDA/EVD, mit Unterstützung der verschiedenen betroffenen Ämter der Bundesverwaltung einen Bericht zu verfassen, der nicht nur die Auswirkungen eines Beitrittes, sondern auch die der anderen Optionen, welche der Schweiz im Rahmen ihrer Beziehung mit der EU zur Verfügung stehen, untersuchen soll.

Am 28. Juni 2006 hat der Bundesrat den Europabericht 2006 verabschiedet. Dieser Bericht wurde am 5. September 2006 im Bundesblatt publiziert, enthält etwa 160 Seiten und stellt zuerst die Grundlagen der Aussenpolitik und der Europapolitik der Schweiz vor. Danach zählt er die verschiedenen Instrumente auf, die der Schweiz in ihren Beziehungen mit der EU zur Verfügung stehen, und beschreibt diese: der autonome Nachvollzug des Rechts, die Verwaltung und Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen, neue bilaterale Verhandlungen, die Verbesserung des institutionellen Rahmens, die Zollunion, der Beitritt zum EWR und der Beitritt zur EU, mit und ohne Ausnahmen. Diese Instrumente sind als politische Mittel eines fortwährenden Prozesses anzusehen, dessen Ziel es ist, zu jedem Zeitpunkt diejenige Lösung zu finden, die es der Schweiz erlaubt, ihre Interessen bestmöglich zu wahren. Anschliessend an diese Beschreibung macht der Bericht eine Bestandesaufnahme der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU und beschreibt deren Hauptmerkmale. Dann analysiert er die Auswirkungen der Hauptinstrumente (die Instrumente der bilateralen Zusammenarbeit, der multilateralen Zusammenarbeit wie der EWR und des Beitritts) auf rund zwanzig, für das schweizerische Modell charakteristische Schlüsselbereiche wie die direkte Demokratie, den Föderalismus, den Arbeitsmarkt, die öffentlichen Finanzen, die Steuern, die Landwirtschaft, die Neutralität oder die innere Sicherheit. Zum Schluss kommt der Bericht zu einer Gesamtbeurteilung und hebt hervor, dass die bilaterale Zusammenarbeit zur Zeit das beste Instrument zur Wahrung der schweizerischen Interessen darstellt, solange folgende drei Voraussetzungen erfüllt sind: 1) Die Schweiz besitzt einen Grad an Mitentscheidung im Rahmen ihrer Verträge mit der EU und einen Handlungsspielraum für die Durchführung ihrer eigenen Politiken, die beide als genügend angesehen werden; 2) Die EU ist bereit, bei der Ausgestaltung ihrer Drittländpolitik mit der Schweiz Lösungen im Rahmen von bilateralen, sektoriellen Abkommen zu finden; 3) Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sich nicht zum Nachteil der Schweiz. Der Bundesrat präzisiert in seinem Bericht, dass die Situation sich schnell weiterentwickelt und es daher notwendig ist, sie regelmässig zu überprüfen und die Instrumente der schweizerischen Europapolitik entsprechend anzupassen.

Die Auswirkungen eines Beitritts in den zentralen Bereichen des politischen Systems sind im Europabericht 2006 im Detail untersucht worden. Der Bundesrat ist der Ansicht, auf die Fragen der zwei Postulate geantwortet zu haben und schlägt daher vor, diese gemäss seinem Beschluss vom 28. Juni 2006 abzuschreiben.

2004 P 02.3529 Entwicklungszusammenarbeit mit indigenen Völkern in Tropenwaldgebieten (N 9.3.04, Eggly)

Das vorliegende Postulat wurde am 2. Oktober 2002 in Form einer Motion eingegeben und am 9. März 2004 vom Nationalrat in Form eines Postulates überwiesen. Das Postulat ersucht den Bundesrat, bei den Zielsetzungen der Entwicklungspolitik auch die Bevölkerungen in den Tropenwaldgebieten, insbesondere die indigenen Völker, zu berücksichtigen. Er wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bevölkerungen geeignete Projekte zu verwirklichen.

Die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz erfüllt im Wesentlichen die Forderungen des Postulats:

- Die Schweiz hat sich für die Schaffung von Institutionen und die Erarbeitung von UNO-Deklarationen zum Schutz der Rechte der indigenen Völker engagiert. Bei deren Umsetzung setzt sie alle ihre aussenpolitischen Instrumente ein: a) Interessensvertretung in den entsprechenden UNO-Gremien, den internationalen Finanzinstitutionen, der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO-Konvention 169 für indigene und tribale Völker); b) multi- und bilaterale Entwicklungszusammenarbeit; c) Humanitäre Hilfe.
- Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit engagiert sich für eine verbesserte nationale und internationale Waldnutzungspolitik im Interesse der indigenen Bevölkerung. Im Rahmen der *International Tropical Timber Organisation* (ITTO) und des *UN-Forum on Forests* sowie von internationalen Waldforschungszentren und bilateralen Massnahmen setzt sich die Schweiz dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für eine schonende, nachhaltige Nutzung von Waldressourcen als Lebensräume gestärkt werden und der Klimawandel stabilisiert wird. Der Beitrag der Schweiz an die *Global Environment Facility* (GEF) leistet einen massgeblichen Beitrag zur Umsetzung der Rio-Umweltkonventionen. Darunter fallen auch Waldprojekte zur Unterstützung der indigenen Bevölkerung.
- Das EDA hat die Grundsätze und strategischen Leitlinien im Zusammenhang mit dem Schutz der indigenen Völker, ihrer Kultur sowie ihres wertvollen Wissens im nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen bereits im Januar 1998 im Grundlagenpapier "Das Engagement der Schweiz für die indigenen Völker" festgehalten. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des EDA hat 2006 im Rahmen ihrer geografischen und thematischen Neuausrichtung bekräftigt, den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte sowie Gute Regierungsführung vermehrte Beachtung zu schenken. Besonderes Augenmerk legt sie dabei auf die Rechte von indigenen Völkern.

- Im Zentrum der angepassten Länderschwerpunkte der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit steht die Unterstützung von ärmeren, oft marginalen Bevölkerungsgruppen und Minderheiten. Diese sind in vielen Ländern gleichbedeutend mit den indigenen Völkern. Länder mit ausgedehnten Tropenwaldflächen wie Brasilien, die Zentralafrikanische Republik, Kongo, Indonesien oder Malaysia, zählen nicht zu den Schwerpunktländern der DEZA. Durch die ITTO werden diese Länder jedoch vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) des EVD unterstützt. Dieses fördert allgemein die nachhaltige Bewirtschaftung von Tropenwäldern.
- Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und damit der Einsatz für eine nachhaltige internationale Umweltpolitik ist eines der fünf ausserpolitischen Ziele der Schweiz. Vor diesem Hintergrund richtet sie ihre Programme auf die lokale Bevölkerung aus und berücksichtigt darin Fragen des Zugangs zu Ressourcen und deren Nutzungsrechte. Als Beispiel gelten die bilateralen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in den Andenländern, welche die Verbesserung der Rechtslage der indigenen Bevölkerung und die Erhaltung von artenreichen Waldgebieten als Lebensräume zum Ziel haben.

Die DEZA hat im vierten Quartal 2005 die Überprüfung ihres thematischen und geografischen Portefeuilles eingeleitet. Die im Postulat Eggly geforderten Akzentsetzungen der Tätigkeit der DEZA zugunsten der indigenen Völker in Tropenwaldgebieten waren u.a. Gegenstand dieser Analyse, welche Ende 2006 fertig gestellt wurde. Die Resultate der Analyse, welche die Notwendigkeit einer fokussierten und auf die ärmsten Länder ausgerichtete Entwicklungspolitik hervorheben, sind nicht vereinbar mit einer über die erwähnten Aktivitäten hinausgehende Förderung der Rechte der indigenen Völker, insbesondere mit einer neuen geographischen Ausrichtung auf die Hauptsiedlungsgebiete der indigenen Völker in den Feuchttropen. Die Schweiz wird sich jedoch auch in Zukunft im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Anliegen der indigenen Völker einsetzen. Die entsprechende Programmentwicklung wird in diesem Sinne weitergeführt.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulates.

2004 P 02.3093 Mitgliedschaft in der Uno-Menschenrechtskommission (N 21.6.02, Gysin Remo; S 18.3.04)

Der Bundesrat hatte sich bereit erklärt, die Motion Gysin vom 20. März 2002 entgegenzunehmen. Inzwischen hat sich die Situation jedoch geändert, insbesondere durch die Wahl der Schweiz in den Menschenrechtsrat, so dass der Bundesrat die Abschreibung der Motion beantragt.

Der Vorschlag der Schweiz, einen Menschenrechtsrat mit einem höheren Status als die Menschenrechtskommission zu schaffen, wurde vom damaligen UNO-Generalsekretär Kofi Annan in seinem Bericht «In grösserer Freiheit» vom 24. März 2005 übernommen. In der Folge beschlossen die Mitgliedstaaten der UNO, diese Empfehlung umzusetzen, und einigten sich am Millennium+5-Gipfel auf die Schaffung eines Menschenrechtsrats, der die Menschenrechtskommission ablösen sollte. Nach intensiven Verhandlungen verabschiedete die UNO-Generalversammlung am 15. März 2006 die Resolution A/60/251, mit der der Menschenrechtsrat mit Sitz in Genf geschaffen wurde.

Am 9. Mai 2006 wurde die Schweiz mit 140 Stimmen für drei Jahre (2006–2009) in den Menschenrechtsrat gewählt. Der Menschenrechtsrat hat seine erste Tagung am 19. Juni 2006 eröffnet.

Wie schon während der Verhandlungen im Hinblick auf die Schaffung des Menschenrechtsrats wird sich die Schweiz auch als Mitglied aktiv für den institutionellen Aufbau des Rats einsetzen und darauf hinwirken, dass er wirksam, nicht selektiv und in einem Geist des Dialogs arbeitet.

2004 P 04.3424 Kohäsionsfonds im Rahmen der Bilateralen II (N 17.12.04, Walker Felix)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, ein Konzept für die institutionelle Umsetzung des Beitrags zugunsten der erweiterten EU vorzulegen, wobei insbesondere die folgenden Aspekte zu berücksichtigen sind:

- Finanzierung des Erweiterungsbeitrags und allfällige Auswirkungen auf die Rahmenkredite für Osthilfe und Entwicklungszusammenarbeit;
- Festlegung der Verantwortlichkeiten und institutioneller Umsetzung, wobei Synergien mit bestehenden Strukturen und Instrumenten möglichst genutzt werden sollen;
- Koordination mit der EU und anderen Geberländern und Rolle des Privatsektors bei der Umsetzung.

Inzwischen wurden mehrere Beschlüsse durch Bundesrat, Parlament und Volk gefasst, die in ihrer Gesamtheit das Konzept der Umsetzung des Erweiterungsbeitrags klar hervortreten lassen.

Der Erweiterungsbeitrag wird auf der Grundlage des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas realisiert, welches von der Bundesversammlung am 24. März 2006 und vom Volk am 26. November 2006 gutgeheissen worden ist. In den Abstimmungsunterlagen hat der Bundesrat unter anderem über die Finanzierung des Erweiterungsbeitrags informiert. Die Modalitäten des Erweiterungsbeitrags wurden in einer gemeinsamen Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) zwischen der Schweiz und der EU festgehalten, welche am 27. Februar 2006 unterzeichnet worden ist. Die Ziele, Grundsätze und Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit mit den neuen EU-Mitgliedstaaten sind in der Botschaft über den Rahmenkredit für den Erweiterungsbeitrag, den der Bundesrat am 15. Dezember 2006 zuhanden des Parlamentes verabschiedet hat, enthalten. Die Einzelheiten der jeweiligen Zusammenarbeitsprogramme werden in den bilateralen Rahmenverträgen geregelt, die die Schweiz mit jedem neuen EU-Mitgliedstaat abschliessen wird; diese Verträge stehen gegenwärtig in Aushandlung und werden dem Parlament nach ihrer Genehmigung im Rahmen der jährlichen Berichterstattung des Bundesrats über internationale Abkommen vorgelegt werden.

Diese Elemente erlauben es, die im Postulat aufgeführten Fragen wie folgt zu beantworten:

Die Finanzierung dieses Betrags erfolgt budgetneutral: 60 Millionen Franken pro Jahr werden durch Einsparungen bei der traditionellen Osthilfe kompensiert. Zum Beispiel wird die Unterstützung Rumäniens, Bulgariens und Russlands beendet. Die restlichen 40 Millionen Franken jährlich steuert die allgemeine Bundeskasse bei. Mit den bilateralen Verträgen mit der EU sind auch zusätzliche Einnahmen in die Bundeskasse verbunden, namentlich Einkünfte aus der Zinsbesteuerung von EU-Steuerpflichtigen (bilaterales Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU). Diese Einnahmen übertreffen derzeit die zusätzlichen Ausgaben aus der Bundeskasse.

Die operative Verantwortung für die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags liegt bei der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und beim Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), die auch für die Transitionsunterstützung zugunsten der Staaten Osteuropas ausserhalb der EU zuständig sind. Damit ist die optimale Nutzung von Synergien mit bestehenden Strukturen und Instrumenten gewährleistet.

Die Schweiz führt den Erweiterungsbeitrag autonom, d.h. unabhängig von der EU-Kohäsionspolitik, in Form konkreter Projekte und Programme in den neuen EU-Mitgliedstaaten durch. Eine effiziente Koordination zwischen der Schweiz, der EU und anderen Gebern ist sichergestellt. Nach den Bestimmungen des Memorandum of Understanding unterrichteten Bundesrat und Europäische Kommission einander regelmäßig je nach Bedarf über die Umsetzung des schweizerischen Beitrags; namentlich informiert die Europäische Kommission den Bundesrat über ihre Bewertung der Vereinbarkeit der vorgeschlagenen Projekte und Programme mit den Zielen der Gemeinschaft, denen in geeigneter Weise Rechnung getragen wird. Kommission und Bundesrat stimmen sich auch mit den anderen Einrichtungen und Gebern ab, die die betreffenden Projekte und Programme finanzieren. Gegebenenfalls können die Projekte und Programme in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten der EU durchgeführt werden. Diese Projekte und Programme können durch Gemeinschaftsinstrumente kofinanziert werden.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2004 P 04.3621 Bilaterale Abkommen mit der EU. Evaluation (N 9.12.04, Aussenpolitische Kommission NR 04.063)

Das Postulat der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats bittet den Bundesrat, die Umsetzung und die Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU regelmässig zu überprüfen und das Parlament darüber zu informieren.

In seinem am 28. Juni 2006 verabschiedeten Europabericht 2006 hat der Bundesrat im Rahmen der Analyse der Auswirkungen der bilateralen Zusammenarbeit mit der EU auf die zentralen Bereiche des schweizerischen politischen Systems die Mehrheit der bilateralen Verträge mit der EU analysiert und beurteilt. Dieser Bericht wurde dem Parlament zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Ausserdem informiert der Bundesrat regelmässig die Aussenpolitischen Kommissionen des Nationalrats und des Ständerats über die jüngsten Entwicklungen unserer Beziehungen mit der EU oder über jegliches andere europapolitische Thema, das von den erwähnten Kommissionen gewünscht wird, und zwar im Rahmen der Diskussion zum Punkt «aktuelle Themen der Europapolitik». In diesem Rahmen informieren die für das Europadossier zuständigen Bundesräte die Kommissionen über den Ratifikationsprozess der mit der EU abgeschlossenen bilateralen Abkommen, ihr Inkrafttreten, ihre Umsetzung und damit verbundene mögliche Probleme, sowie über ihre Fortentwicklung, so zum Beispiel die letzten Entwicklungen, die in den verschiedenen gemischten Ausschüssen diskutiert wurden. Auch neue Sondierungsgespräche oder laufende Verhandlungen werden behandelt.

Zudem hält der Bundesrat auch die anderen Kommissionen des Parlaments auf dem Laufenden, wenn diese für einen Bereich unserer Beziehungen mit der EU zuständig sind. Die Kommissionen für Transport der beiden Kammern werden zum Beispiel über die Entwicklungen bezüglich der bilateralen Abkommen über Land- beziehungsweise Luftverkehr informiert. Der Bundesrat beabsichtigt, die Kommissionen weiterhin regelmässig über dieses Thema zu informieren.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2005 P 04.3796 Aufnahme international gültiger Regeln für private Militärunternehmen und Sicherheitsfirmen
(N 17.6.05, Wyss; S 15.12.05)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, dafür zu sorgen, dass sich die Schweiz auf internationaler Ebene für verbindliche Regelungen stark macht, welche den Einsatz, die Verantwortlichkeiten und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowie der Menschenrechte durch private Militärunternehmen und Sicherheitskräfte festlegen. Der Bundesrat hat die Annahme der Motion beantragt. Am 2. Dezember 2005 hat er, in Beantwortung des Postulats Stähelin 04.3267, einen Bericht über die privaten Sicherheits- und Militärfirmen gutgeheissen. Mit demselben Beschluss hat er das EDA beauftragt, nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit dem IKRK, einen internationalen Prozess in Gang zu bringen, um auf diese Weise zu einem zwischenstaatlichen Dialog beitragen zu können, welcher die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch Staaten und andere Akteure fördern soll sowie Regelungsoptionen und -modelle, aber auch andere geeignete Massnahmen auf der nationalen, regionalen und internationalen Ebene studieren soll. Das EDA hat in der Folge, in Zusammenarbeit mit dem IKRK, eine internationale Initiative lanciert. Die Ziele der Initiative sind, einen Beitrag zum zwischenstaatlichen Austausch über die Problematik des Einsatzes privater Militär- und Sicherheitsunternehmen zu leisten, die völkerrechtlichen Pflichten der Staaten und der übrigen Akteure, insbesondere aufgrund des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte zu bekräftigen und zu klären, Handlungsmöglichkeiten und Modelle für rechtliche Regelungen sowie anderer geeigneter Massnahmen auf nationaler und möglicherweise regionaler oder internationaler Ebene zu prüfen und auszuarbeiten und Empfehlungen und Richtlinien aufgrund der bestehenden Verpflichtungen auszuarbeiten, um die Staaten bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die Durchsetzung – inkl. durch innerstaatliche Bestimmungen – des Humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte zu unterstützen.

Als ersten Schritt hat die Schweiz am 16. und 17. Januar 2006 in Küsnacht bei Zürich einen Workshop organisiert, bei dem sich Regierungsexperten und Vertreter der Industrie in einem informellen Rahmen treffen konnten. Die Schweiz wurde von den Teilnehmern ermutigt, die Initiative in Zusammenarbeit mit dem IKRK fortzusetzen und den zusätzlichen intergouvernementalen Austausch zum Thema zu fördern. Am 13. und 14. November 2006 fand ein zweites Treffen mit Regierungsexperten aus 16 Ländern in Montreux statt. Die Teilnehmer teilten die Auffassung, dass Staaten auch bei der Verwendung von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen das Völkerrecht einhalten müssen und ihre Verpflichtungen nicht durch den Rückgriff auf solche Firmen umgehen können. Sie waren sich auch einig, dass die Erarbeitung von Empfehlungen und Richtlinien zur Förderung der Einhaltung des Völkerrechts im Umgang mit solchen Firmen von Nutzen seien. Die Konsultationen mit interessierten Regierungen und anderen Interessenvertretern, wie auch mit Experten, und die Erarbeitung von Empfehlungen und Richtlinien werden weitergeführt und vertieft werden. Es ist geplant die Ergebnisse dieser Treffen und der weiteren Arbeiten anlässlich der 30. Internationalen Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes, die im November 2007 in Genf stattfindet, zu präsentieren.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2005 P 05.3657 Waffenhandelsvertrag (S 15.12.05, Gentil)

Das im Oktober 2005 von Ständerat Gentil eingereichte Postulat lädt den Bundesrat ein, ein mögliches Engagement der Schweiz für die Schaffung eines internationalen Kontrollinstruments für den Waffenhandel (Arms Trade Treaty) zu prüfen.

In Erfüllung dieses Postulats unterstützte die Schweiz, die von Grossbritannien und anderen Ländern in der 1. Kommission der UNO-Generalversammlung eingebrachte Resolution «Towards an arms trade treaty: establishing common international standards for the import, export and transfer of conventional arms». Diese Resolution strebt ein umfassendes, rechtlich verbindliches Instrument an, welches für den Handel mit konventionellen Waffen einheitliche Regeln und Kriterien aufstellen soll.

Die Resolution wurde in der 1. Kommission mit 139 Ja-Stimmen, 24 Enthaltungen und 1 Gegenstimme angenommen. Am 6. Dezember folgte die UN-Vollversammlung mit 153 Ja-Stimmen, 24 Enthaltungen und 1 Gegenstimme.

Die Resolution sieht vor, dass der UN-Generalsekretär die Machbarkeit eines Waffenhandelsvertrags durch Konsultation der Mitgliedstaaten abklärt und der nächsten Generalversammlung im Herbst 2007 Bericht erstattet. 2008 wird sodann eine Expertengruppe eingesetzt, welche aufgrund dieses Berichts weitere vertiefte Abklärungen hinsichtlich Machbarkeit, Geltungsbereich und Inhalt unternehmen soll. Der entsprechende Bericht wird der Generalversammlung 2008 vorgelegt werden.

Die Schweiz wird versuchen, in der voraussichtlich aus 20 bis 25 Ländern bestehenden Expertengruppe Einsitz nehmen zu können.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

Departement des Innern

Bundesamt für Kultur

2003 P 03.3426 Beseitigung der Diskriminierungen von Fahrenden in der Schweiz (N 3.10.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Mit dem Postulat ersucht die SGK-N den Bundesrat um einen Bericht, der über die Diskriminierung von Fahrenden Auskunft gibt und über mögliche Massnahmen informiert, um diese zu beseitigen. Als die SGK-N ihr Postulat einreichte, war das seco bereits damit beschäftigt, im Zusammenhang mit der Frage einer allfälligen Ratifizierung des Übereinkommens 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über eingeborene und in Stämmen lebende Völker (Ü 169) einen Bericht über die Fahrenden in der Schweiz auszuarbeiten. Daher wurde vom Bundesrat beschlossen, das Thema Fahrende zum Gegenstand eines Berichts zu machen, der zwei Teilberichte umfasst (Teil I: Ü 169; Teil II: Mögliche Massnahmen zugunsten der Fahrenden). Der Bundesrat hat den Bericht «Die Situation der Fahrenden in der Schweiz» am 18. Oktober 2006 verabschiedet. Er beantragt daher, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

2005 P 04.3643 Buch- und Verlagsförderung (N 18.3.05, Müller-Hemmi)

Der Bundesrat hat den Bericht «Buch- und Verlagsförderung» in Erfüllung des Postulats am 28. Juni 2006 verabschiedet. Er beantragt daher die Abschreibung des Postulats.

Bundesamt für Gesundheit

2000 P 99.3621 Cannabisanbau (N 30.11.00, Simoneschi)

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats. Die SGK-N hat am 3. Februar 2005 eine Kommissionsinitiative angenommen, wonach in einem ersten Schritt ein Revisionsentwurf mit den unbestrittenen Punkten aus der Revisionsvorlage von 2001 des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) und in einem zweiten Schritt ein Lösungsvorschlag zur Cannabisproblematik erarbeitet werden soll. In der Wintersession des Nationalrates 2006 wurde die im Rahmen der parlamentarischen Initiative 05.470 erarbeitete Teilrevision des BetmG diskutiert und angenommen.

Die Diskussionen zur Cannabisproblematik werden im Zusammenhang mit der Volksinitiative «für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» vom Parlament aufgenommen werden müssen. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft vom 15. Dezember 2006 dem Parlament beantragt, die Volksinitiative Volk und Ständen mit der Empfehlung zu unterbreiten, die Initiative abzulehnen. Diese Initiative verlangt, dass der Cannabiskonsum und Vorbereitungshandlungen entkriminalisiert werden sollen und dass der Bund Vorschriften über Anbau, Herstellung, Ein- und Ausfuhr von sowie Handel mit Cannabis erlässt. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft darauf hingewiesen, dass nach Ablehnung der bundesrätlichen Vorlage aus dem Jahre 2001 nach wie vor in der Cannabisfrage Handlungsbedarf besteht. Er äussert daher die Hoffnung, dass sich das Parlament auf einen Lösungsvorschlag wird einigen können. Somit ist in dieser Frage, welche auch die von Nationalrätin Simoneschi geforderte Kontrolle des Cannabisanbaus betrifft, das Parlament gefordert und der Vorstoss kann aus Sicht des Bundesrates abgeschrieben werden.

2002 P 00.3565 Nichtionisierende Strahlen. Grenzwerte (N 16.4.02, Sommaruga)

Der Bundesrat hat den Bericht «Nichtionisierende Strahlung und Gesundheitsschutz in der Schweiz» in Erfüllung des Postulats am 24. Mai 2006 verabschiedet. Er beantragt daher die Abschreibung des Postulats.

2002 P 02.3379 Schutz vor dem Passivrauchen (N 25.9.02, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 02.020)

Der Bundesrat hat den Bericht «Schutz vor Passivrauchen» in Erfüllung des Postulats am 10. März 2006 verabschiedet. Er beantragt daher die Abschreibung des Postulats.

2004 P 04.3205 Doppelspurigkeiten und Militärversicherung (N 18.6.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR) – vormals BAMV

Der Bundesrat hat den Bericht «Doppelspurigkeiten und Militärversicherung» in Erfüllung des Postulats am 16. Juni 2006 verabschiedet. Er beantragt daher die Abschreibung des Postulats.

2005 M 04.3611 Sistierung der Versicherungspflicht während der Rekrutenschule (N 18.3.05, Berberat; S 14.6.05)

In der Motion wurde der Bundesrat beauftragt, die Verordnung über die Krankenversicherung (KVV, SR 832.102) dahingehend zu ändern, dass Versicherte, die einen längeren Dienst leisten, ab Beginn der Dienstleistung keine Prämien mehr bezahlen müssen. Der Bundesrat hat diese Verordnung auf den 1. Mai 2006 im Sinne der Motion geändert. Damit ist die Motion erfüllt und kann abgeschrieben werden.

2005 P 05.3625 Für eine bessere Information der Krankenversicherten (N 16.12.05, Robbiani)

Der Bundesrat hat den Bericht «Prämienfestsetzung und -genehmigung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung» in Erfüllung des Postulats am 22. September 2006 verabschiedet. Er beantragt daher die Abschreibung des Postulats.

2006 P 06.3414 Zulassungspraxis von Swissmedic (N 6.10.06, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Der Bundesrat hat den Bericht «Zulassungspraxis Swissmedic» in Erfüllung des Postulats am 21. Dezember 2006 verabschiedet. Er beantragt daher die Abschreibung des Postulats.

Bundesamt für Statistik

2002 P 02.3491 Schaffung eines Barometers über die Ungleichheit und Armut (N 13.12.02, Rennwald) – vormals EVD/SECO

Mit der erstmaligen Veröffentlichung von gesamtschweizerischen Ergebnissen aus der Sozialhilfestatistik ist 2006 ein Meilenstein beim Aufbau einer kontinuierlichen Armutsberichterstattung gesetzt worden. Diese Statistik liefert von nun an jährlich repräsentative Eckdaten zu den Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe und den erbrachten Leistungen. Hinzu kommen vertiefende Untersuchungen zu ausgewählten Fragestellungen. So sind gegenwärtig Analysen zu den Risikomerkmale junger Erwachsener in der Sozialhilfe im Gang, deren Ergebnisse 2007 veröffentlicht werden. Die seit 2001 geführte Statistik zu den Working Poor ist im Verlaufe dieses Jahres an die neuen SKOS-Richtlinien angepasst worden. Die revidierte Reihe wird ab 2007 in jährlichem Rhythmus fortgesetzt. Im Rahmen der kontinuierlichen Berichterstattung über die finanzielle Situation der Haushalte werden erste Analysen zur (Un-)Gleichheit der Einkommensverteilung 2007 publiziert. Nichtmonetäre Aspekte der sozialen Ungleichheit stehen im Zentrum einer Mitte 2006 erschienenen Studie zum Ausmass und den Einflussfaktoren der sozialen Isolation. Das Ende 2006 aktualisierte Indikatorenset «Lebensqualität und Armut» vermittelt einen zusammenfassenden Überblick über zentrale Dimensionen der Ungleichheit. Im Rahmen des neuen Projekts «Indikatoren regionaler Disparitäten» sind in einer ersten Phase 15 Schlüsselindikatoren ausgewählt worden, die Ende 2006 im Statistikportal publiziert wurden. Schliesslich sind im abgelaufenen Berichtsjahr die Weichen für SILC (Statistics on Income and Living Conditions) gestellt worden. Diese Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen wird ab 2007 jährlich durchgeführt und liefert unter anderem international vergleichbare Daten zu Armut und sozialem Ausschluss (sog. Laeken-Indikatoren).

Aus inhaltlich-methodischen Gründen nicht machbar ist die Schaffung eines globalen Index der Ungleichheit. Ansonsten jedoch hat sich die Datenlage seit 2002 wesentlich verbessert und wird sich weiter verbessern. Die Berichterstattung über Ungleichheit und Armut ist auf eine dauerhafte Grundlage gestellt worden. Der Bundesrat erachtet das Postulat somit als erfüllt und beantragt seine Abschreibung.

2003 P 03.3534 Lohnungleichheitsbericht (N 19.12.03, Teuscher)

Im Evaluationsbericht des Bundesamtes für Justiz zur Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes vom 15. Februar 2006 sind unter anderem erste Ergebnisse einer vergleichenden Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturerhebungen 1998, 2000 und 2002 präsentiert worden. Im Laufe des Jahres 2006 ist die Studie der Arbeitsgemeinschaft Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS AG) und des Volkswirtschaftlichen Instituts der Universität Bern, die als Basis für den Lohnbereich des Evaluationsberichts diente, mit Zahlen der Lohnstrukturerhebung 2004 aktualisiert worden. Die Studie stammt vom 24. August 2006, wurde jedoch aus Ressourcen Gründen noch nicht publiziert. Die wichtigsten Ergebnisse werden anfangs 2007 einem breiten Publikum zugänglich gemacht. In diesem Bericht wird auf Unterschiede nach Branchen, Unternehmensgrössen sowie auf regionale Unterschiede im privaten Sektor eingegangen.

Die Studien haben gezeigt, dass sich die Lohnungleichheit nur langsam verändert. Aus diesem Grunde ist in sinnvollen Zeitabständen eine regelmässige Aktualisierung der genannten Studie vorgesehen. Der nächste Bericht wird voraussichtlich anhand der Zahlen der Lohnstrukturerhebung 2006 im Jahre 2008 veröffentlicht werden. Geplant sind ebenfalls Studien im Bereich der Löhne von Ausländerinnen und Ausländern. Der Bundesrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Bundesamt für Sozialversicherungen

2000 P 00.3200 Zukunftsmodelle für die soziale Sicherheit (S 16.6.00, Spezialkommission SR 00.016)

Der Bundesrat hat am 17. März 2006 in Beantwortung des Postulats 00.3743 den Bericht über die Entwicklung der Sozialwerke und die Stabilisierung der Soziallastquote verabschiedet. Der Bericht enthält eine kritische Analyse der im Postulat 00.3200 festgehaltenen Vorgabe einer konstanten Soziallastquote und geht dabei von verschiedenen Szenarien aus. Die Forderung nach Finanzierungsmodellen, welche die Arbeitskosten reduzieren, wurde bereits 2003 in Beantwortung des Postulats 00.3224 im Bericht «Existenzsicherndes Grundeinkommen» behandelt. Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2001 P 01.3172 Ergänzungsleistungen. Evaluation (N 22.6.01, Rossini)

vgl. P 03.3008

2002 P 00.3743 Gesamtschau für die Sozialwerke (N 17.4.02, Baumann J. Alexander)

Der Bundesrat hat am 17. März 2006 in Beantwortung des Postulats den Bericht über die Entwicklung der Sozialwerke und die Stabilisierung der Soziallastquote verabschiedet. Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2002 P 02.3006 BVG. Regelungsbedarf bei Invaliditätsleistungen (N 16.4.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.027)

Um den Regelungsbedarf bei den Invaliditätsleistungen beurteilen zu können, ist es notwendig, die Entwicklung der Invalidität in der beruflichen Vorsorge genauer zu analysieren. Aufgrund allgemeiner Daten wurde eine Zunahme der Anzahl und Höhe der Invaliditätsleistungen festgestellt, jedoch konnte daraus nichts über die obligatorischen und überobligatorischen Leistungen oder andere spezifische Entwicklungen in der 2. Säule abgeleitet werden. Externe Experten wurden daher beauftragt, die notwendigen Daten zu beschaffen und zu analysieren, so dass Tendenzen in diesem Bereich herausgearbeitet werden könnten. Aufgrund eines ersten Teils eines Berichts musste das BSV feststellen, dass die Fragen nur ungenügend beantwortet werden konnten. Die Angaben waren zum Teil nicht in genügender Menge oder erst seit kurzer Zeit (zum Beispiel erst seit 2005) verfügbar, so dass daraus keine Schlüsse gezogen werden konnten. Trotz wiederholter Bemühungen und Fristverlängerungen gelang es nicht, dies zu ändern. Im 1. Semester 2006 musste die Unmöglichkeit, das Mandat zu erfüllen, festgestellt werden.

Die Frage des Übergangs vom Beitrags- zum Leistungsprimat während der Aktivitätsdauer und nach der Pensionierung hängt mit einer häufigen Regelung der Invaliditätsleistungen zusammen, die über die gesetzlichen Mindestbestimmungen hinausgeht und zu der eine stark diskutierte Rechtsprechung ergangen war (EVG 127 V 259). Der Gesetzgeber hat in der Folge die Frage entgegen der Rechtsprechung geklärt und die zeitliche Begrenzung von solchen überobligatorischen Leistungen ausdrücklich zugelassen (Art. 49 Abs. 1 zweiter Satz BVG, in Kraft seit 1.1.2005; zudem auch eine Änderung der Rechtsprechung in EVG 130 V 369).

Die Invaliditätsleistungen der 2. Säule sind stark von jenen der 1. Säule abhängig. Die in der IV kürzlich festgestellte Trendwende bei den Neurenten wird höchst wahrscheinlich auch die Leistungen der 2. Säule beeinflussen und die Situation dadurch wiederum verändern.

Aufgrund der Unmöglichkeit, aussagekräftige Daten für eine vertiefte Analyse zu erarbeiten, und den in der Zwischenzeit eingetretenen Änderungen beantragt der Bundesrat die Abschreibung dieses Postulats.

2002 P 02.3208 BVG. Förderung von Arbeitsplätzen von über 55-Jährigen (N 21.6.02, Polla)

Der Bericht zu den Postulaten Polla (02.3208) und CVP-Fraktion (05.3651), der die finanziellen Auswirkungen der verschiedenen Varianten zur Staffelung der Altersgutschriften aufzeigt, wurde vom Bundesrat am 13. September 2006 verabschiedet. Er beantragt die Abschreibung des Postulats.

2002 P 02.3172 Mehrbedarf der Sozialversicherungen. Aktualisierte Gesamtschau (S 18.6.02, Beerli)

Der Bundesrat hat am 17. März 2006 in Beantwortung des Postulats 00.3743 den Bericht über die Entwicklung der Sozialwerke und die Stabilisierung der Soziallastquote verabschiedet. Der Bericht beantwortet auch die Fragen des Postulats 02.3172. Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2002 P 02.3457 Verselbstständigte Sammelstiftungen als Vermögensträger (N 3.10.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Nach der Einreichung dieses Vorstosses hat das Parlament selbst verschiedene neue Bestimmungen zu diesen Fragen, insbesondere für von Versicherungen geführte Sammelstiftungen, beschlossen. Versicherungen müssen für das Geschäft der beruflichen Vorsorge ein besonderes gebundenes Vermögen errichten und eine getrennte jährliche Betriebsrechnung führen. Nach erneuter Diskussion im Parlament wurde diese Regelung in Artikel 37 des neuen Versicherungsaufsichtsgesetzes übernommen, das anfangs 2006 in Kraft trat. Damit hat das Parlament die Möglichkeit, auch das Alterssparen in der beruflichen Vorsorge über Versicherungsverträge zu führen, auch für die Zukunft übernommen. Für die Vorsorgeeinrichtungen traten ausserdem bereits im April 2004 neue Transparenzvorschriften in Kraft, die auch Spezialbestimmungen für die Verteilung der Mittel an die einzelnen Vorsorgewerke von Sammelstiftungen enthalten. Der Bundesrat beantragt deshalb die Abschreibung des Postulats.

2003 P 03.3269 Risikoprämie in der beruflichen Vorsorge (N 3.10.03, Robbiani)

Die Frage der Risikoprämien wurde in die Abklärungen zum Regelungsbedarf bei Invaliditätsleistungen der beruflichen Vorsorge eingeschlossen (vgl. P 02.3006). Um diesen Regelungsbedarf beurteilen zu können, ist es notwendig, die Entwicklung der Invalidität in der beruflichen Vorsorge genauer zu analysieren. Aufgrund allgemeiner Daten wurde eine Zunahme der Anzahl und Höhe der Invaliditätsleistungen festgestellt, jedoch konnte daraus nichts über die obligatorischen und überobligatorischen Leistungen oder andere zum Beispiel branchen-spezifische Entwicklungen in der 2. Säule abgeleitet werden. Externe Experten wurden daher beauftragt, die notwendigen Daten zu beschaffen und zu analysieren, so dass Tendenzen in diesem Bereich herausgearbeitet werden könnten. Aufgrund eines ersten Teils eines Berichts musste das BSV feststellen, dass die Fragen nur ungenügend beantwortet werden konnten. Die Angaben waren zum Teil nicht in genügender Menge oder erst seit kurzer Zeit (zum Beispiel erst seit 2005) verfügbar, so dass daraus keine Schlüsse gezogen werden konnten. Trotz wiederholter Bemühungen und Fristverlängerungen gelang es nicht, dies zu ändern. Im 1. Semester 2006 musste die Unmöglichkeit, das Mandat zu erfüllen, festgestellt werden.

Ein zentraler Punkt des Postulats ist die Gestaltung der Risikoprämien für die Invalidität bei Versicherungsverträgen im Bereich der beruflichen Vorsorge. In der Folge der 1. BVG-Revision wurde die Transparenz in dieser Frage stark erhöht. Die Versicherungen müssen die Einnahmen und Kosten für die Risiken Tod und Invalidität gesondert vom Sparprozess (Alter) ausweisen (vgl. insbesondere Art. 144 der Verordnung über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen, AVO). Dadurch wird der befürchtete Ausgleich von Verlusten bei den Anlagen der Versicherungen durch erhöhte Risikoprämien verhindert (vgl. auch Bericht des BPV zur Erhebung der Daten und zur Offenlegung der Betriebsrechnung 2005 der beruflichen Vorsorge bei den beaufsichtigten Lebensversicherungsunternehmen, öffentlich einsehbar auf <http://www.bpv.admin.ch/>).

Aufgrund der Unmöglichkeit, aussagekräftige Daten für eine vertiefte Analyse zu erarbeiten, und der gegenüber früher stark verbesserten Transparenz beantragt der Bundesrat die Abschreibung dieses Postulats.

2003 P 02.3167 Aktualisierte Gesamtschau über den finanziellen Mehrbedarf der Sozialversicherungen im Hinblick auf den Mehrwertsteuerbeschluss für die AHV/IV (N 8.12.03, Freisinnig-demokratische Fraktion)

Der Bundesrat hat am 17. März 2006 in Beantwortung des Postulats 00.3743 den Bericht über die Entwicklung der Sozialwerke und die Stabilisierung der Soziallastquote verabschiedet. Der Bericht beantwortet auch die Fragen des Postulats 02.3167. Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2003 P 03.3009 Bericht zur Informationspflicht von Ergänzungsleistungs-Bezugsberechtigten (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.428)

vgl. P 03.3008

2004 M 03.3314 Bürokratiebefreiung im Verkehr mit den Sozialversicherungen (N 3.10.03, Christlichdemokratische Fraktion; S 17.3.04)

Der 2004 gestellte Antrag auf Abschreibung wurde vom Nationalrat am 7. Juni 2005 mit der Begründung abgelehnt, dass der richtige Zeitpunkt für die Abschreibung der Motion erst gegeben sei, wenn die Vereinfachungen umgesetzt sind und wenn klar ist, dass die Massnahmen in der Praxis auch funktionieren. Im Ständerat wurde die Motion am 9. Juni 2005 abgeschrieben.

Am 12. Oktober 2006 veröffentlichte das *secundo* den Bericht über die Meinungen der KMU zur administrativen Belastung in der Schweiz. Darin wird festgehalten, dass sich die KMU, die an der Umfrage teilgenommen haben, am stärksten durch Bauvorhaben, die Mehrwertsteuer, Import/Export, Statistische Auskünfte sowie die Arbeitssicherheit belastet fühlen. Am geringsten ins Gewicht fallen Tätigkeiten in Bezug auf das Handelsregister, die Unfallversicherung (SUVA), Buchhaltung/Jahresabschluss sowie die AHV/IV/EO. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass die verschiedenen Verbesserungen, welche durch die AHV-Ausgleichskassen in den letzten 2–3 Jahren umgesetzt worden sind, bei den KMU spürbar wurden. Dazu gehört die Möglichkeit, die Jahreslohn.deklarationen elektronisch vornehmen zu können. Ebenso können die Firmen neue Mitarbeitende am elektronischen Schalter der jeweiligen AHV-Ausgleichskasse anmelden. Beide neu eingeführten Verfahren reduzieren den administrativen Aufwand beträchtlich. Ebenso ist ein Effizienzgewinn auszumachen, weil durch die elektronischen Meldungen verzögernde Medienbrüche wegfallen und zusammenhängende Arbeitsschritte möglich sind. Der Bundesrat beantragt, die Motion abzuschreiben.

2004 P 03.3008 Information im Rahmen des ELG (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.428; S 2.6.04)

In Erfüllung der Postulate 01.3172 und 03.3009 wurde von der Eidgenössischen Finanzkontrolle eine Evaluation über die Informationspolitik und über die Gesuchsprüfung durchgeführt. Der entsprechende Bericht wurde vom Bundesrat am 5. Juli 2006 zur Kenntnis genommen. Die Evaluation hat ergeben, dass der gesetzliche Auftrag im Sinne der Informationspflicht von den Durchführungsorganen der EL wahrgenommen wird. Der Informationsstand bei der Bevölkerung ist ausgezeichnet. Die unterschiedlichen kantonalen EL-Quoten sind nicht auf die Informationspolitik zurück zu führen, sondern von strukturellen Faktoren beeinflusst. Aufgrund der positiven Aussagen zur Informationspolitik ist der Bundesrat der Ansicht, dass kein weiterer Bedarf für eine Harmonisierung der Informationskanäle besteht. Er beantragt die Abschreibung des Postulats.

2006 P 05.3651 Ältere Arbeitnehmer stärken. Änderungen der Altersgutschriften im BVG (N 24.3.06, Christlichdemokratische Fraktion)

Der Bericht zu den Postulaten Polla (02.3208) und CVP-Fraktion (05.3651), der die finanziellen Auswirkungen der verschiedenen Varianten zur Staffelung der Altersgutschriften aufzeigt, wurde vom Bundesrat am 13. September 2006 verabschiedet. Er beantragt die Abschreibung des Postulats.

Staatssekretariat für Bildung und Forschung

2002 P 01.3731 Schulische Grundkompetenzen. Systematische Evaluation (N 22.3.02, Widmer) – vormals BBW

Der Vorstoss verlangt, dass die Grundkompetenzen von schweizerischen Schülerinnen und Schülern systematisch evaluiert werden. Bund und Kantone haben beschlossen, sich auch in den nächsten Jahren am internationalen Kompetenzmessungsprojekt PISA (Kenntnisstand der Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit) zu beteiligen. Aus diesem periodisch durchgeführten Projekt ergeben sich bereits eine Menge von Daten und Analysen im Sinne des Postulats. Darüber hinaus ist die Erziehungsdirektorenkonferenz daran, im Rahmen des neuen Schulkonkordats HarmoS landesweit verbindliche Bildungsstandards für das 2., 6. und 9. Schuljahr zu entwickeln. Vorerst wurden dafür vier Fachbereiche festgelegt: die Erstsprache, die Fremdsprachen (zweite Landessprache und Englisch), Mathematik und Naturwissenschaften. Diese Bildungsstandards sind lehrplanunabhängige, mess- und überprüfbare Kompetenzbeschreibungen. Sie werden es erlauben, die schulischen Grundkompetenzen in den erwähnten Bereichen permanent oder zumindest periodisch zu überprüfen und damit Antworten auf die vom Postulanten vertretenen Anliegen zu liefern. Der Bundesrat beantragt deshalb, das Postulat abzuschreiben.

2003 P 03.3282 Bericht über die Forschung im Bildungsbereich (N 3.10.03, Simoneschi-Cortesi) – vormals BBW

Die Schweiz hat im Jahre 2006 ihre Bildungsforschung einem so genannten Länderexamen der OECD unterzogen. Dafür musste sie, wie es in solchen Fällen üblich ist, einen ausführlichen Länderbericht erstellen und der OECD unterbreiten. Der Bund und die Erziehungsdirektorenkonferenz haben deshalb zusammen mit der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung im Sinne der Effizienz und der Mittelersparnis in Aussicht genommen, diesen Grundlagenbericht gleichzeitig auch als Bericht im Sinne des oben erwähnten Postulats zu erarbeiten. Die OECD hat inzwischen über mehrere internationale Experten zur Situation der schweizerischen Bildungsforschung Stellung genommen. Der erwähnte umfangreiche schweizerische Grundlagenbericht soll zusammen mit dem Expertenbericht der OECD übersetzt und für den schweizerischen Gebrauch öffentlich gemacht werden. Der Bundesrat beantragt deshalb, das Postulat abzuschreiben.

2004 P 04.3024 Die ICT-Revolution und der Denk- und Werkplatz Schweiz (N 18.6.04, Widmer) – vormals BBW

Mit dem Postulat wird verlangt, dass den ICT-Fächern in der gymnasialen Ausbildung künftig stärkeres Gewicht zukommen soll, wobei dies sowohl bei der laufenden Maturitätsevaluation, als auch bei der Gestaltung des Fächerkanons berücksichtigt werden sollte. Beides ist so in die Wege geleitet. Insbesondere soll künftig Informatik als Maturitätsfach verankert werden, eine Forderung die in breiten Kreisen völlig unbestritten ist. Der Bundesrat beantragt deshalb, das Postulat abzuschreiben.

Justiz- und Polizeidepartement

Bundesamt Justiz

2001 P 01.3038 Justizreform. Entlastung der Gerichte von Bund und Kanton (S 12.6.01, Kommission für Rechtsfragen SR 00.301)

Im Anhang zum Verwaltungsgerichtsgesetz haben die Eidgenössischen Räte am 17. Juni 2005 eine Änderung des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren (VwVG) beschlossen, die dem Anliegen des Postulats für das Verwaltungsverfahren Rechnung trägt. Der neue Artikel 33b VwVG («Gütliche Einigung und Mediation») erlaubt der entscheidenden Behörde, das Verfahren im Einverständnis der Parteien zu sistieren, damit sich die Parteien über den Inhalt der Verfügung einigen können. Ebenfalls vorgesehen ist die Einsetzung einer neutralen und fachkundigen Person als Mediator.

Auch die vom Bundesrat verabschiedeten Entwürfe für eine Schweizerische Zivilprozessordnung und eine Schweizerische Strafprozessordnung enthalten ähnliche Vorschriften. Danach kann der Prozess sistiert werden, um den Parteien eine Mediation zu ermöglichen.

Damit hält der Bundesrat das Postulat für erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2002 P 01.3660 Handlungsbedarf im Reiserecht (N 22.3.01, Sommaruga)

Im Nachgang zum Zusammenbruch der Swissair wies Nationalrätin Sommaruga auf verschiedene Mängel des Bundesgesetzes vom 18. Juni 1993 über Pauschalreisen (SR 944.3) hin. Namentlich machte sie geltend, dass jene Konsumenten nicht ausreichend geschützt würden, die sich nicht für ein im Voraus festgelegtes Arrangement entscheiden, sondern sich ihre Reise im Baukastenprinzip vom Veranstalter zusammenstellen lassen. Der Bundesrat hielt das Pauschalreisegesetz auch in diesem Fall für anwendbar und bestritt die geltend gemachten Mängel. Allerdings fehlte es an einschlägiger Rechtsprechung für den einen oder anderen Standpunkt. Der Bundesrat war deshalb bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen, um die Rechtsprechung zum Pauschalreisegesetz weiterhin aufmerksam verfolgen zu können.

In der Zwischenzeit sind fünf Jahre vergangen. Die Gerichte befassten sich in dieser Zeit sehr selten mit dem Pauschalreisegesetz. In ganz besonderer Weise gilt dies für das Bundesgericht, das sich nur zweimal zum Pauschalreisegesetz äusserte. In BGE 130 III 182 ff. hielt es dafür, dass die Haftungsordnung des Pauschalreisegesetzes (Art. 13 ff.) die Anwendung des Obligationenrechts über das Mitverschulden des Opfers (Art. 44) nicht gegenstandslos werden lässt. Entsprechend musste im beurteilten Fall die Konsumentin einen Teil des Schadens selber tragen, weil sie es unterlassen hatte, ihren Vertragspartner über den ungewöhnlich hohen Wert eines mitgeführten und schliesslich gestohlenen Koffers mit Schmuck und Kleidern aufzuklären. Im (nicht amtlich veröffentlichten) BGE 4C.125/2004 vom 29. Juni 2004 entschied das Bundesgericht, dass die Optik des Konsumenten ausschlaggebend ist, wenn zu beurteilen ist, ob jemand als Vermittler oder als Veranstalter einer Pauschalreise auftritt (E.2.1: «Die Abgrenzung des Vermittlers einer Pauschalreise vom Veranstalter beurteilt sich nach vertrauensrechtlichen Gesichtspunkten, wobei entscheidend ist, wen der Konsument nach den gesamten Umständen als seinen Vertragspartner ansehen durfte oder musste.»).

Folgt man der Logik dieses Urteils, so kann der Konsument auch bei im Baukasten angebotenen Leistungen darauf vertrauen, dass darauf das Pauschalreisegesetz Anwendung findet. Damit hat sich die Erwartung des Bundesrates bestätigt, dass die Rechtsprechung Wege zu einer sinnvollen Auslegung des Pauschalreisegesetzes findet und sich eine Revision dieses Gesetzes erübrigt.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2002 P 02.3142 Keine Rachekündigungen gegen Frauen, die sich wehren (N 21.6.02, Hubmann)

Ende Dezember 2003 beauftragte das Bundesamt für Justiz ein Expertenbüro mit der Evaluation des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann. Der Evaluationsauftrag umfasst das Gesetz als Ganzes und beschränkt sich nicht auf den Kündigungsschutz. Die Experten haben ihre Ergebnisse im Frühling 2005 vorgelegt. Auf dieser Grundlage hat der Bundesrat den eidgenössischen Räten am 15. Februar 2006 einen Bericht über die Evaluation der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes unterbreitet, in dem er verschiedene Massnahmen vorschlägt (BBl 2006 3161). Mit der Evaluation ist der Prüfantrag aufgrund des Postulats erfüllt und dieses kann abgeschrieben werden.

2002 P 02.3239 Pflegekinderwesen in der Schweiz (N 4.10.02, Fehr Jacqueline)

Nach dem Postulat soll der Bundesrat aufzeigen, wie das Pflegekinderwesen in der Schweiz professionalisiert werden kann. 2004 wurde eine externe Expertin beauftragt, eine Studie zu verfassen. Diese wurde im Sommer 2005 abgeschlossen. Sie beinhaltet mehrere Empfehlungen. Empfohlen wird namentlich eine grundlegende Überarbeitung der Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption (PAVO; SR 211.222.338) und zu diesem Zweck die Einsetzung einer Expertenkommission.

Am 23. August 2006 nahm der Bundesrat vom Expertenbericht Kenntnis und zu den Empfehlungen Stellung. Mit der Expertin betonte er, dass der Entscheid, ein Kind ausserhalb seiner Herkunftsfamilie zu platzieren, einschneidend ist. Entsprechend sorgfältig ist dieser Entscheid zu treffen, und die nämliche Sorgfalt muss auch für die Auswahl des Pflegeplatzes und die Betreuung der Pflegefamilie gelten. Dabei ist der Bundesrat der Auffassung, dass sich die föderalistische Struktur des Pflegekinderwesens in der Schweiz grundsätzlich bewährt hat. Eine Änderung der Pflegekinderverordnung kommt für den Bundesrat daher nur dann in Frage, wenn die hauptsächlich betroffenen Kantone eine solche wünschen. Deshalb hat der Bundesrat das EJPD beauftragt, den Kantonen den Expertenbericht zur Kenntnis zu bringen und sie zur Revisionsbedürftigkeit der PAVO anzuhören.

Im Übrigen räumt der Bundesrat in seiner Stellungnahme Defizite bei den statistischen Grundlagen zum Pflegekinderwesen ein. Er wird dieses Anliegen nach Abschluss der laufenden Revision des Vormundschaftsrechts (neu: Erwachsenenschutz) aufgreifen. Keinen Handlungsbedarf sieht er hingegen bei der empfohlenen historischen Aufarbeitung des Pflegekinderwesens. Im Einklang mit früheren Beschlüssen des Parlaments handelt es sich dabei um keine staatliche Aufgabe.

Sowohl der Expertenbericht (http://www.ejpd.admin.ch/etc/medialib/data/pressemitteilung/2006/pm_2006_08_23.Par.0001.File.tmp/ber_pflegekinder-d.pdf) als auch die bundesrätliche Stellungnahme (http://www.ejpd.admin.ch/etc/medialib/data/pressemitteilung/2006/pm_2006_08_23.Par.0003.File.tmp/20060823-ber-br-pflegekinderwesen-d.pdf) sind publiziert worden und online verfügbar (Startseite EJPD > Startseite BJ > Dokumentation *oder* Startseite EJPD > Dokumentation > Medienmitteilung 2006 > Föderalistisches Pflegekinderwesen hat sich bewährt).

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2003 P 03.3266 StGB-Revision. Ahndung des Vandalismus (N 19.12.03, Eggly)

Die Motion Eggly vom 5. Juni 2003 verlangt, Vorbereitungshandlungen zu Vandalismus im Sinne von Artikel 144 StGB dem Deliktskatalog der strafbaren Vorbereitungshandlungen (Art. 260^{bis} StGB) hinzuzufügen. Der Vorstoss wurde am 19. Dezember 2003 als Postulat überwiesen. Am 30. August 2006 hat der Bundesrat in Erfüllung des Postulats einen Bericht verabschiedet und beschlossen, die Abschreibung des Postulats im vorliegenden Geschäftsbericht zu beantragen.

2004 P 02.3194 Vorbehaltloser Kinderschutz (N 10.3.04, Teuscher)

Die am 17. April 2002 eingereichte Motion wurde vom Nationalrat am 10. März 2004 in der Form des Postulats überwiesen. In seiner Stellungnahme vom 11. September 2002 erläuterte der Bundesrat den Entwicklungsstand der gesetzgeberischen Arbeiten, die für den Rückzug der noch bestehenden Vorbehalte erforderlich sind. Heute präsentiert sich die Lage wie folgt:

- Mit Blick auf das auf den 1. Januar 2007 in Kraft getretene Bundesgerichtsgesetz bereitet die Bundesverwaltung zur Zeit den Rückzug der zwei Vorbehalte zu Art. 7 (Erwerb einer Staatsangehörigkeit) bzw. zu Art. 40 KRK (Weiterzug an ein höherinstanzliches Gericht) vor.
- Der Vorbehalt zu Art. 10 (Familiennachzug) wird im Zeitpunkt der Inkraftsetzung des revidierten Ausländergesetzes geprüft werden können.
- Am 1. Januar 2007 ist auch das neue Jugendstrafrecht in Kraft getreten, was Auswirkungen auf den weiteren Bestand des Vorbehalts zu Art. 37 Bst. c (Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen in Untersuchungshaft und Strafvollzug) hat. Für die Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen im Strafvollzug sieht das neue Recht für die Kantone indessen eine zehnjährige Übergangsfrist vor, weshalb der Vorbehalt erst zurückgezogen werden kann, wenn die Kantone die entsprechenden Einrichtungen errichtet haben.
- In der Botschaft zum Jugendstrafgesetz wurde schliesslich festgehalten, dass ein Rückzug des (zweiten) Vorbehalts zu Art. 40 KRK (betreffend amtliche Verteidigung) zwar in Betracht gezogen werden könne, soweit sich der Vorbehalt auf den Beistand beziehe, doch würde die Vertragsbestimmung nur als Verpflichtung zur Bestellung eines amtlichen Verteidigers in den Fällen der notwendigen Verteidigung betrachtet. Die Bundesverwaltung prüft zurzeit, ob der Vorbehalt durch eine auslegende Erklärung ersetzt werden könnte.

Gesamthaft betrachtet sind im Bereich des Bundesrechts die gesetzgeberischen Massnahmen ergriffen worden, die für den Rückzug der Vorbehalte erforderlich sind, weshalb das Postulat abgeschrieben werden kann.

2004 P 04.3367 Wirksamer Kinderschutz bei Kindesentführung durch einen Elternteil (N 17.12.04, Vermot-Mangold)

Der Nationalrat hat am 17. Dezember 2004 mit der Annahme des Postulates Vermot-Mangold den Bundesrat beauftragt, durch externe Experten einen Bericht über internationale Kindesentführungen vorzulegen. Das EJPD setzte durch Verfügung vom 10. März 2005 eine Expertenkommission ein, die den Auftrag hatte, zuhänden des Vorstehers des EJPD die Fragen des Postulates zu beantworten und gesetzgeberische und praktische Verbesserungsvorschläge bei der Behandlung internationaler Kindesentführungen zu unterbreiten. Die Expertenkommission reichte Ende 2005 ihren Bericht vom 6. Dezember 2005 beim Vorsteher des EJPD ein. Der Bundesrat nahm am 22. Februar 2006 vom Bericht Kenntnis und unterbreitete diesen dem Parlament.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

Bundesamt für Polizei

2000 P 00.3206 Grossverbrechen. E-Kriminalität (N 8.6.00, Spezialkommission NR 00.016)

Mit der Entgegennahme des Postulates erklärte sich der Bundesrat bereit, dem Parlament einen Zwischenbericht über die Bilanz betreffend die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Wirtschaftskriminalität vorzulegen. Weiter wird der Bundesrat darin aufgefordert, den eidgenössischen Räten einen Bericht über die E-Kriminalität und über die Massnahmen zu deren Bekämpfung zu unterbreiten.

Im Dezember 1999 verabschiedete das Eidgenössische Parlament die Effizienzvorlage (Umsetzung von Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung (EffVor)). Dem Bund wurden dabei neue Kompetenzen im Bereich der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Wirtschaftskriminalität zugesprochen.

Im Februar 2006 setzte der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements eine Projektorganisation zur Erarbeitung einer Situationsanalyse im Bereich der Effizienzvorlage (EffVor) unter dem Vorsitz von Regierungsrat Hanspeter Uster (Zug) ein. Der Bericht («Bericht Uster») wurde am 31. August 2006 von der Projektgruppe verabschiedet und am 29. September veröffentlicht.

Die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Wirtschaftskriminalität werden zudem im jährlich erscheinenden, öffentlichen Bericht Innere Sicherheit (BISS) ausgeleuchtet. Zusätzlich werden zu einzelnen Teilbereichen des organisierten Verbrechens und der Wirtschaftskriminalität vom Bundesamt für Polizei laufend Analysen erstellt.

Das Eidgenössische Justiz und Polizeidepartement und die Kantone setzten bereits 2000 eine Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Missbrauchs der Informations- und Kommunikationsmittel (AG BEMIK) ein. Diese legte in ihrem Bericht vom Januar 2001 einen Massnahmenkatalog vor. Eine der Hauptforderungen war die Schaffung einer von Kantonen und Bund getragenen Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität. Diese nahm am 1. Januar 2003 ihre Arbeit auf. Einer weiteren Forderung nach einem Grundlagenbericht über die Computerkriminalität wurde ebenfalls 2001 mit dem Strategischen Analysebericht «Cybercrime – Die dunkle Seite der Informationsrevolution» vom Dienst für Analyse und Prävention entsprochen.

Weiter wurde die Lagebeurteilung der Informationssicherung in der Schweiz durch die Schaffung der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) gestärkt. Seit 2005 verfasst diese in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität halbjährliche Lageberichte bezüglich Informationssicherung und Internetkriminalität.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2003 P 03.3222 G8. Zusammenarbeit der kantonalen Polizeikorps (N 3.10.03, Guisan)

2003 P 03.3444 Innere Sicherheit. Kohärenz und Solidarität bei Polizeieinsätzen (N 19.12.03, Eggly)

Mit diesen beiden parlamentarischen Vorstössen wurde der Bundesrat beauftragt, die Schaffung von Rahmenbedingungen, insbesondere eines Rahmengesetzes zu prüfen, wodurch der Einsatz von Polizeikräften mehrerer Kantone anlässlich von Vorkommnissen von besonderer Bedeutung wie das G-8-Gipfeltreffen oder das Wirtschaftsforum in Davos sich besser koordinieren lässt. Die Motion Eggly wurde vom Parlament als Postulat überwiesen.

Wie der Bundesrat bereits in seiner Antwort auf die Motion Eggly hingewiesen hat, hält er dafür, dass in erster Linie eine Regelung auf kantonaler Ebene zu prüfen sei, damit die kantonale Polizeihöhe nicht beschnitten werde. Das Bundesamt für Polizei (fedpol) vertritt den Bund in Arbeitsgruppen und Kommissionen, die mit Fragen zur Koordination bei interkantonalen Polizeieinsätzen befasst sind. Im Anschluss an den G-8-Gipfel in Evian im Jahr 2003 hat die Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) die ständige Gruppe Operationen geschaffen. Auch fedpol ist vertreten. Diese Gruppe berät die kantonalen Polizeikräfte bei besonderen Ereignissen, unterbreitet Vorschläge und ist koordinierend tätig. Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) schuf im November 2003 die Arbeitsgruppe GIP (Gesamt-schweizerische interkantonale Polizeizusammenarbeit bei besonderen Ereignissen). Diese Arbeitsgruppen prüfen laufend Möglichkeiten einer verbesserten Koordination und einer einheitlichen Einsatzdoktrin bei Ereignissen von besonderer Bedeutung.

Hinsichtlich des Informationsaustausches betraute der Bundesrat den Dienst für Analyse und Prävention (DAP) im fedpol mit der Leitung eines Nachrichtenverbundes, der den Austausch von Informationen zwischen den zuständigen Behörden des Bundes und der Kantone sicherstellt. Seit dem G-8-Gipfeltreffen in Evian werden jeweils Berichte verfasst und Lageanalysen erstellt; der Informationsaustausch ist intensiviert worden, und die Situation kann mithilfe der elektronischen Lagedarstellung laufend geprüft werden. Allen Mitgliedern stand rund um die Uhr ein Journal zur Verfügung, das online abgefragt werden konnte. So hat sich der Nachrichtenverbund als taugliches Mittel zur Koordination von Polizeieinsätzen bei Grossanlässen erwiesen.

In diesem Rahmen ist zu bemerken, dass die politischen Chefs des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen (KKJPD) im Sommer 2005 beschlossen haben, sich unter Respektierung der rechtlichen Grundlagen und der bestehenden Zuständigkeiten mit der Klärung von Abstimmungsfragen an den wichtigsten Schnittstellen zwischen der Polizei und der Armee zu befassen und eine gemeinsame Diskussionsplattform zu schaffen. Das bedeutendste Ergebnis der bisherigen Arbeiten sind gemeinsam formulierte Kernaussagen zur Aufgabenverteilung in der inneren Sicherheit. Im Zentrum dieser Kernaussagen steht der Dialog zwischen Polizei und Armee. Dieser Dialog stellt eine Voraussetzung dar, um eine der heutigen Bedrohungslage angepasste Zusammenarbeit zu bilden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die im Rahmen der vorliegenden Vorstösse verlangten Massnahmen erfüllt sind und der Bundesrat beantragt deshalb deren Abschreibung.

Bundesamt für Migration

2001 P 00.3659 Stellung der Frauen in der Asylpolitik (N 23.3.01, Menétrey-Savary) – vormals: BFF

Am 14. Februar 2001 hat der Bundesrat ein Postulat von Nationalrätin Anne-Catherine Menétrey-Savary angenommen, das den Bundesrat einlud, einen Bericht über die Stellung der Frauen in der schweizerischen Asylpolitik vorzulegen. Der Bericht wurde erstellt und vom Bundesrat an seiner Sitzung vom 26. Oktober 2005 verabschiedet und an die Bundesversammlung weitergeleitet. Das Postulat 00.3659 ist somit erfüllt; der Bundesrat beantragt seine Abschreibung.

2003 P 03.3276 Bericht über die Auswirkungen einer Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die EU-Beitrittsstaaten (N 3.10.03, Heberlein) – vormals: IMES

2003 P 03.3327 Auswirkungen der Erweiterung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Mitgliedsländer. Bericht (N 3.10.03, Sozialdemokratische Fraktion) – vormals: IMES

Der Bundesrat wurde durch diese Postulate beauftragt, eine wissenschaftliche Untersuchung zu den Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der Schweiz in Auftrag zu geben. Das BFM hat Prof. Yves Flückiger (Genf) mit der Erarbeitung dieser Studie beauftragt. In der Zwischenzeit liegt der Schlussbericht vor. Er wurde am 1. März 2006 vom Bundesrat zuhanden des Parlaments verabschiedet. Der Bundesrat erachtet die obigen Postulate damit als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum

2006 P 06.3056 Schutz der Marke Schweiz (N 23.6.06, Hutter Jasmin)

2006 P 06.3174 Verstärkung der Marke Made in Switzerland (S 9.6.06, Fetz)

Der Bundesrat hat am 15. November 2006 den Bericht «Schutz der Bezeichnung «Schweiz» und des Schweizerkreuzes» in Erfüllung der Postulate verabschiedet. Er beantragt daher die Abschreibung der Postulate.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Verteidigung

2000 P 00.3354 Armee XXI. Leistungsfähiges Budgetplanungssystem (N 6.10.00, Marti Werner)

Auf den 1.1.2004 wurden in einem ersten Schritt die Haushaltsführung, Rechnungslegung, Finanzplanung und Budgetierung in den neu geschaffenen Departementsbereich Verteidigung (Dienststelle 525) überführt. Aufgrund dieser Zusammenführung wurden ab Jahr 2005 die Finanzführungsstrukturen Verteidigung überarbeitet und den neuen Gegebenheiten laufend angepasst.

Eine Kosten-Leistungsrechnung (KLR) «Verteidigung/Armee» basierend auf den Vorgaben «Neues Rechnungsmodell Bund (NRM)» wird zurzeit aufgebaut, ab 1.1.2007 schrittweise eingeführt und während den nächsten Jahren laufend optimiert. Die heute sieben Buchungskreise sind auf einen Buchungskreis «Verteidigung» überführt worden. Dazu wurde auf den 1.1.07 die Systemlandschaft SAP von 7 auf 4 Systeme reduziert. Auf ca. 2008 bis 2009 soll zudem eine Reduktion auf ein SAP-System erfolgen. Dies ist für eine durchgängige KLR eine wesentliche Voraussetzung.

Parallel zur KLR unterstützt der MASTERPLAN Streitkräfte- und Unternehmensentwicklung (MP) die Budgetplanung. Der MP beschreibt den Handlungsbedarf aus dem Vergleich der SOLL- und IST-Fähigkeiten – basierend auf den Leistungsvorgaben an die Armee – für die nächsten acht Jahre. Dieser Handlungsbedarf wird auf die Massnahmenbereiche (bzw. Teilprozesse) Doktrin, Organisation, Ausbildung, Material/Infrastruktur/Informatik und Personal aufgeteilt. Aus den beschriebenen Massnahmen lassen sich wiederum die mittel- und langfristigen Investitions- und Betriebskostenentwicklungen ableiten.

Mit der Kosten-Leistungsrechnung und dem MASTERPLAN Streitkräfte- und Unternehmensentwicklung werden dem Departementsbereich Verteidigung künftig betriebswirtschaftliche Instrumente zur Verfügung stehen, die das Erreichen der vorgegebenen finanziellen Ziele unterstützen und sicherstellen sollen. Dem Anliegen des Postulates wurde somit entsprochen; der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulates.

2001 P 00.3702 Kostenbeteiligung des Bundes an der Sanierung von schadstoffbelasteten Böden bei Schiessanlagen (N 23.3.01, Heim)

Mit der Motion Heim, welche am 23. März 2001 vom Nationalrat in Form eines Postulates überwiesen wurde, wird der Bundesrat ersucht, eine Vorlage zur Kostenteilung bei altlastenbedingten Bodensanierungen von Schiessanlagen auszuarbeiten. Der Bund habe sich dabei in angemessener Form an den Sanierungskosten zu beteiligen. Zudem habe der Bund mit seinem grossen fachlichen Know-how die Kantone in schwierigen Fragen zu beraten.

Das Parlament hat nach langer Beratung selber eine Änderung des Umweltschutzgesetzes im fraglichen Bereich beschlossen. Diese Gesetzesänderung trat am 1. November 2006 in Kraft. Demnach wird der Bund generell 40 Prozent der Kosten für die altlastentechnische Untersuchung, Überwachung und Sanierung von Schiessanlagen übernehmen, sofern bis zwei Jahre nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung nicht mehr in das natürliche Erdreich geschossen wird. Systeme für künstliche Kugelfänge, welche diese Einträge verhindern, sind bekannt und häufig auch schon in Gebrauch. Den Kantonen, Gemeinden und Schiessvereinen ist es damit möglich, vorhandene Belastungen von Schiessanlagen mit Kostenbeteiligung des Bundes abzuklären, zu sanieren und zukünftige Belastungen zu vermeiden. Da die Schützenvereine, als eigentliche Verursacher im Sinne der Gesetzgebung, in der Regel über keine finanziellen Reserven verfügen, sind die entstehenden Kosten grundsätzlich gemäss oben erwähntem Verteilschlüssel zwischen Bund einerseits und Kantonen bzw. Gemeinden (sofern das zuständige kantonale Recht dies vorsieht) andererseits zu tragen. Werden die Schiessanlagen von Truppen mitgenutzt, übernimmt der Bund zusätzlich den entsprechenden Anteil der Kosten. Aufgrund der kantonalen Vollzugshoheit entscheiden einzig die Kantone über den Sanierungsbedarf von Schiessanlagen.

Die Anliegen des Postulates sind somit erfüllt; der Bundesrat beantragt dessen Abschreibung.

2003 P 02.3395 Koordination des Nachrichtendienstes (N 23.9.03, Sicherheitspolitische Kommission NR 02.403)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat ersucht, die Position des Nachrichtenkoordinators zu stärken, um allgemein Verbesserungen im sicherheitspolitischen Führungsprozess erwirken zu können.

Unabhängig von der Einreichung des Postulates hat sich der Bundesrat in den letzten Jahren wiederholt und intensiv mit der Frage möglicher Optimierungen des sicherheitspolitischen Führungsprozesses auseinander gesetzt. So unter anderem auch anlässlich der Sitzung vom 22. Juni 2005, wobei er insbesondere auf Grundlage umfassender Untersuchungen ein abgestimmtes Paket an Reformmassnahmen beschlossen hat. Dabei wurde unter anderem auf gemeinsamen Antrag der Mitglieder des Sicherheitsausschusses des Bundesrates (SiA) auch entschieden, auf die Koordinationsfunktion des Nachrichtendienstkoordinators (NDK) zwischen dem DAP (EJPD) und dem SND (VBS) künftig zu verzichten. Dies deshalb, weil die Funktion des Nachrichtenkoordinators seit ihrer Schaffung im Jahre 1999 nicht die gewünschte Wirkung in der Praxis erzielt hat. Von diesem Entscheid nicht betroffen waren die Funktionen des Lage- und Früherkennungsbüros. Dieses wurde in den auf Anfang 2006 neu geschaffenen Stab des SiA integriert. Der Bundesrat hat den neuen permanenten Stab SiA gerade zur Optimierung der nationalen Sicherheitskooperation und zur Stärkung der sicherheitspolitischen Führung geschaffen, als übergeordneten Stab zur Früherkennung, zur Lagebeobachtung und zur Bewältigung von Ereignissen und Krisen sicherheitspolitischer Natur. Dieser Stab ist direkt dem Vorsitzenden des SiA unterstellt.

Sämtliche Massnahmen des Bundesrates im Zusammenhang mit Verbesserungen des sicherheitspolitischen Führungsprozesses sind gegenüber verschiedenen parlamentarischen Kommissionen (SiK; GP Del) bereits ausführlich erläutert worden.

Vor diesem Hintergrund beantragt der Bundesrat die Abschreibung des Postulates.

Finanzdepartement

Eidgenössische Finanzverwaltung

2004 P 02.3443 Schuldenbremse respektieren; Staatsquote senken (N 9.6.04, Christlichdemokratische Fraktion)

Der Bundesrat wird durch drei gleich lautende Vorstösse beauftragt, den Verfassungsauftrag der Schuldenbremse zu respektieren und das Ausgabenwachstum im Finanzplan 2004–2006 so zu begrenzen, dass die Ausgaben um nicht mehr als das erwartete Wirtschaftswachstum zunehmen. Sodann sind die Auswirkungen verschiedener Szenarien des Wirtschaftswachstums auf die Wirkungsweise der Schuldenbremse und auf den Finanzplan aufzuzeigen.

Die Ergebnisse des Finanzplans 2004–2006 sind überholt; zurzeit wird bereits der Legislaturfinanzplan 2009–2011 erarbeitet. Bundesrat und Verwaltung nehmen seit Einführung der Schuldenbremse im Jahre 2003 die gemäss Verfassung auferlegte Aufgabe bezüglich der Schuldenbremse wahr. Unter Berücksichtigung der durch den Abbaupfad erhöhten Ausgabenplafonds werden die Vorgaben der Schuldenbremse durchwegs erfüllt. Die strukturellen Defizite wurden abgebaut und dank der beschlossenen Entlastungsprogramme 2003 und 2004 (inkl. Aufgabenverzichtsplanung) mit einem Verbesserungsvolumen von insgesamt 5 Milliarden wurden die Wachstumsraten der Ausgaben deutlich nach unten korrigiert. In der Folge legten die Ausgaben in den Jahren 2004–2006 mit Zuwachsraten zwischen 0,6 und 2,2 Prozent im Vergleich zum BIP-Wachstum unterdurchschnittlich zu. Bei einer Ausklammerung der NRM-bedingten Aufblähungen und der Durchlaufposten sowie der Berücksichtigung der Abbauvorgabe aus der Aufgabenüberprüfung liegt das Ausgabenwachstum mit 2,2 Prozent pro Jahr auch in der aktuellen Planungsrunde 2006–2010 unter dem prognostizierten Wirtschaftswachstum von nominell 3,0 Prozent. Unter Berücksichtigung der vorgeannten Restriktion wird sich die Ausgabenquote gemäss der im Finanzleitbild des Bundesrates verankerten Zielsetzung schrittweise zurückbilden.

Über die Auswirkungen verschiedener Wirtschaftsszenarien auf die Schuldenbremse hat der Bundesrat in der Budgetbotschaft 2003 sowie in einem technischen Bericht an die Finanzkommissionen informiert. Im Einzelnen wurde dargelegt, wie die Einnahmen und der Konjunkturfaktor auf Änderungen des unterstellten Wirtschaftsszenarios reagieren. Mit der modifizierten Berechnungsart des K-Faktors wurde die Sensitivität auf konjunkturelle Schwankungen verdoppelt und der vereinzelt geäusserten Kritik Rechnung getragen.

Die Aufträge sind umgesetzt, womit das Postulat als erfüllt abgeschrieben werden kann.

2004 P 02.3444 Schuldenbremse respektieren; Staatsquote senken (N 9.6.04, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Vgl. P 02.3443

2004 P 02.3442 Schuldenbremse respektieren; Staatsquote senken (N 9.6.04, Freisinnig-demokratische Fraktion)

Vgl. P 02.3443

2004 P 02.3560 Stopp den Ausgaben (N 9.6.04, Freisinnig-demokratische Fraktion)

Das Postulat verlangt, dass die Schuldenbremse ohne Wenn und Aber in Kraft gesetzt wird und der Finanzplan 2004–2006 über die ganze Planperiode schuldenbremsekonform gestaltet wird. Die nötigen Kürzungen haben sich auf die Konsumausgaben des Bundes zu beschränken und die wirtschaftswirksamen Investitionen dürfen nicht beschnitten werden.

Die Ergebnisse des Finanzplans 2004–2006 sind überholt; zurzeit wird bereits der Legislaturfinanzplan 2009–2011 erarbeitet. Bundesrat und Verwaltung nehmen seit Einführung der Schuldenbremse im Jahre 2003 die gemäss Verfassung auferlegte Aufgabe bezüglich der Schuldenbremse wahr. Unter Berücksichtigung der durch den Abbaupfad erhöhten Ausgabenplafonds werden die Vorgaben der Schuldenbremse durchwegs erfüllt. Die strukturellen Defizite wurden abgebaut und dank der beschlossenen Entlastungsprogramme 2003 und 2004 (inkl. Aufgabenverzichtsplanung) mit einem Verbesserungsvolumen von insgesamt 5 Milliarden wurden die Wachstumsraten der Ausgaben deutlich nach unten korrigiert. Betrag der Ausgabenanstieg in der Planperiode 2002–2006 durchschnittlich 4,4 Prozent pro Jahr, bezifferte sich dieser in den Jahren 2003–2007 auf 2,8 Prozent, in den Jahren 2004–2008 auf 2,2 Prozent und in den Jahren 2005–2009 – unter Abzug des IV-Anteils am Mehrwertsteuerzuschlag – auf 2,3 Prozent. In der aktuellen Planungsrunde 2006–2010 beträgt das Ausgabenwachstum bei einer Ausklammerung der NRM-bedingten Aufblähungen und der Durchlaufposten sowie unter Berücksichtigung der Abbauvorgabe aus der Aufgabenüberprüfung 2,2 Prozent.

Bei den zur Erreichung der Schuldenbremsekonformität notwendigen Ausgabenkürzungen trug der Bundesrat der Konjunktur und Beschäftigung angemessen Rechnung. Er hat die Entlastungsprogramme 2003 und 2004 so festgelegt, dass wachstumsfördernde und konjunkturstützenden Investitionen nach Möglichkeit ganz oder zumindest teilweise von den Sparrunden ausgenommen wurden. Der Investitionsbegriff ist allerdings je nach Blickwinkel und Problemstellung unterschiedlich abgegrenzt. Die Kumulation der Entlastungsprogramme 2003 und 2004 führt gemäss einer vom EFD in Auftrag gegebenen Expertise dazu, dass das reale Bruttoinlandprodukt 2010 um 0,5 Prozent niedriger liegt als ohne Entlastungsprogramme, was in etwa einer durchschnittlichen Reduktion der jährlichen Wachstumsrate um 0,08 Prozentpunkte entspricht. Insgesamt haben also die Entlastungsprogramme nur geringe Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung; andere Effekte wie beispielsweise das weltwirtschaftliche Umfeld spielen eine wesentlich gewichtigere Rolle. Vor diesem Hintergrund kann das Postulat als erfüllt abgeschrieben werden.

2004 P 04.3584 Vermögens- und Schuldenbilanz des Staates (N 17.12.04, Sozialdemokratische Fraktion)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht die Ursachen des Schuldenanstiegs seit 1990 zu erklären und zu beziffern, welcher Anteil des Schuldenwachstums auf echte Budgetdefizite zurückzuführen ist und wie viel wegen anderer Ursachen wie Ausfinanzierungen, Umbuchen und «Transparentmachen» entstanden sind. Des Weiteren wird der Bundesrat beauftragt eine volkswirtschaftliche Vermögensbilanz aufzustellen. Neben dem Finanzvermögen sollen auch andere Vermögenswerte wie Immobilien, Infrastrukturbauten, Beteiligungen oder auch Investitionen in das Humankapital, den Bruttoschulden gegenübergestellt werden.

Aus dem Bericht des Bundesrates geht hervor, dass fast 40 Prozent des Schuldenanstiegs des Bundes auf Defizite in der Finanzrechnung zurückzuführen ist. Neben diesen Defiziten haben auch Umstrukturierungen und Sanierungen von öffentlichen Unternehmen, Ausfinanzierungen von Pensionskassen oder Darlehen an die Arbeitslosenversicherung (ALV) zum Schuldenanstieg geführt. Solche Probleme stellten sich mehrheitlich bei Bund und Kantonen, was auch das stärkere Schuldenwachstum auf diesen Gebietsebenen erklärt. Bei den Gemeinden bestanden kaum Altlasten durch ehemalige Regiebetriebe. Sanierungszuschüsse an kommunale Unternehmungen waren nur ausnahmsweise zu verzeichnen.

In einem Gutachten des Instituts für Finanzwissenschaft und Finanzrecht an der Universität St. Gallen (IFF) wurde die Möglichkeit des Erstellens einer volkswirtschaftlichen Vermögensbilanz geprüft. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass eine Verrechnung von verschiedenen Vermögensarten nicht vollumfänglich gemacht werden kann und somit eine Erstellung von solchen Bilanzen nicht statthaft wäre. Angesichts der vielen Vorbehalte, welche gegenüber der Nettoschulden-Betrachtung gemacht werden müssen, bleibt die Bruttoverschuldungsquote ein brauchbarer Indikator für die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik.

Der Bericht des Bundesrates über die Schuldenentwicklung der öffentlichen Haushalte wurde am 23. August 2006 vom Bundesrat verabschiedet und publiziert (<http://www.efd.admin.ch/aktuell/medieninformation/00462/index.html?lang=de&msg-id=6790>).

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2004 P 04.3542 Schuldentransparenz (N 17.12.04, Zuppiger)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht eine Übersicht über die vergangene und zukünftige Entwicklung der konsolidierten Bruttoverschuldung der öffentlichen Hand (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) abzuliefern. Berücksichtigt werden sollen, wie schon im Postulat (04.3584) alle schuldenrelevanten Vorgänge ausserhalb der ordentlichen Finanzrechnungen. Zudem sollen die wirtschaftlichen Folgen der Schuldenentwicklung sowie denkbare Massnahmen bzw. Strategien zur Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzpolitik aufgezeigt werden.

Aufgrund der ähnlichen Fragestellung in den Postulaten (vgl. 04.3584 und 04.3573), wurde deren Beantwortung in einem einzigen Bericht zusammengefasst. Dieser enthält eine Auslegeordnung der verschiedenen Aspekte der Verschuldung und eine ausführliche Darstellung der zahlenmässigen Entwicklung der Verschuldung (1950 bis 2025) auf den verschiedenen Gebietsebenen (inkl. Sozialversicherungen). Überlegungen zu finanzpolitischen Strategien des Bundesrates und der Kantonsregierungen schliessen den Bericht ab.

Der Bericht des Bundesrates über die Schuldenentwicklung der öffentlichen Haushalte wurde am 23. August 2006 vom Bundesrat verabschiedet und publiziert (<http://www.efd.admin.ch/aktuell/medieninformation/00462/index.html?lang=de&msg-id=6790>).

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

2005 P 04.3573 Schuldentransparenz (S 14.03.05, Lauri)

vgl. P 04.3542

2005 P 05.3175 Umsetzung der FATF-Empfehlungen in anderen Ländern. Evaluation (S 14.6.05, Stähelin)

Mit den Postulaten Stähelin wurde der Bundesrat einerseits aufgefordert darzustellen, wie die Empfehlungen der FATF/GAFI2 von einzelnen Staaten Europas sowie von den wichtigeren Finanzplätzen ausserhalb Europas umgesetzt werden. Andererseits wurde der Bundesrat beauftragt, die Kosten und Nutzen für die Normadressaten, die Verwaltung sowie die Wirtschaft aus den Massnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der FATF in der Schweiz darzulegen.

Der Bundesrat hat am 29. September 2006 den Bericht, den er als Antwort auf diese Vorstösse erstellt hat, verabschiedet und ans Parlament weitergeleitet. Die von den Postulate Stähelin aufgeworfenen Fragen, sind hinlänglich geregelt; der Bundesrat beantragt deshalb die Abschreibung der Postulate.

2005 P 05.3456 Kosten, Nutzen und Erfolg der FATF-Empfehlungen. Evaluation (S 28.9.05 Stähelin)

Vgl. P 05.3175

2006 M 04.3202 KMU- und wachstumsfreundliche rechtliche Umsetzung der Basler Eigenmittelempfehlungen (Basel I und Basel II) (N 17.3.05, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Mit der Motion wird vom Bundesrat sinngemäss verlangt, die Basler Empfehlungen über die Eigenmittelvorschriften rechtlich so umzusetzen, dass auf die Interessen der KMU Rücksicht genommen wird.

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hat Basel II im Juni 2004 verabschiedet. In der Schweiz konnten alle wesentlichen Elemente der Umsetzung von Basel II auf Verordnungsstufe geregelt werden. Unter der Federführung der Eidgenössischen Bankkommission hat eine Arbeitsgruppe, in der sämtliche von der neuen Regulierung direkt betroffenen Kreise vertreten waren, den Entwurf für die «Verordnung über die Eigenmittel und Risikoverteilung für Banken und Effektenhändler» (Eigenmittelverordnung, ERV) ausgearbeitet. Der Bundesrat hat diese neue Eigenmittelverordnung für Banken und Effektenhändler am 29. September 2006 gutgeheissen und auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt (vgl. AS 2006 4307).

Mit Basel II wird eine differenzierte Menüwahl verschiedener Methoden zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen für die diversen Risiken eingeführt. Dies trägt den verschiedenen Bedürfnissen der Banken Rechnung, ohne in den Wettbewerb der Banken untereinander einzugreifen.

Basel II zeichnet sich gegenüber dem früheren Regelwerk durch eine differenziertere Regulierung aus. Mit dem Wechsel zu Basel II sind daher keine negativen Auswirkungen auf die Kreditvergabepolitik der Banken verbunden, insbesondere auch nicht im Firmenkundenkredit- und Retailgeschäft. Den Anliegen einer risikodifferenzierten KMU-Finanzierung durch die Banken wird im Rahmen der neuen Eigenmittelverordnung hinreichend Rechnung getragen. Der Bundesrat beantragt deshalb die Abschreibung der Motion.

Personalamt

2000 P 00.3147 Neuregelung der Ruhegehälter (N 6.10.00, Mathys)

Das Postulat verlangt, dass den Magistratspersonen kein Ruhegehalt mehr ausbezahlt werden soll, wenn sie aus dem Amt ausscheiden, um einer andern Erwerbstätigkeit nachzugehen.

In der Zwischenzeit wurde auch aus parlamentarischen Kreisen der Versuch unternommen, die geltende Ruhegehaltsordnung für Magistratspersonen zu ändern, namentlich die Anspruchsvoraussetzungen für den Leistungsanspruch zu verschärfen bzw. ein reguläres Vorsorgesystem einzuführen.

Die im Rahmen einer Petition (Petition Fritz Hammer 04.2020) am 9. September 2005 von der SPK N lancierte parlamentarische Initiative zur Verschärfung der Leistungsvoraussetzungen wurde ebenso von der SPK S am 27. Oktober 2005 abgelehnt wie die gleiche Kommission es ablehnte, im Rahmen der laufenden PKB-Gesetz-Revision, eine Revision des Magistratengesetzes und der Magistratenverordnung (SR 172. 221. und 172.221.1) zur Einführung einer BVG-konformen Vorsorge für die Mitglieder des Bundesgerichts an die Hand zu nehmen.

Am 6. Oktober 2005 reichte NR Mathys eine weitere Motion (05.3607) zur Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen und zu einer Verminderung der Ruhegehälter ein. Bei der aktuellen Ausgangslage besteht kein finanzpolitischer oder staatspolitischer Handlungsbedarf zur Veränderung der geltenden Ruhegehaltsordnung der Magistratspersonen. Vor diesem Hintergrund wird die Abschreibung des Postulats beantragt.

2001 P 01.3143 Ausserparlamentarische Kommissionen. Transparenz bei den Entschädigungen (N 22.6.01, Bühlmann)

Der Bundesrat hat in seinem Bericht vom Mai 2004 zum Postulat Bühlmann vom 22. März 2001 beschlossen, dass das EFD der Finanzdelegation auf deren Ersuchen die gewünschten Informationen über die Vergütungen der Mitglieder ausserparlamentarischer Kommissionen in Form einer Tabelle liefern kann. Aus dieser Übersicht sind die Präsidentinnen und Präsidenten sowie die Mitglieder aller Kommissionen sowie allfällig ausgerichtete Pauschalentschädigungen ersichtlich. Diese Vorgehensweise, die das Datenschutzgesetz nicht verletzt, ermöglicht sowohl die nötige Transparenz gegenüber der Finanzdelegation als auch die Rücksichtnahme auf die Privatsphäre der Betroffenen.

Der Bericht wurde der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates (SPK) zur selbständigen Erledigung des Geschäfts überwiesen. Die SPK hat am 4. November 2004 den Vorsteher des EFD ersucht, ihr Listen der Taggelder und der Entschädigungen der Präsidentinnen und Präsidenten vorzulegen. Am 10. Januar 2005 hat der Vorsteher des EFD diese Listen der SPK vorgelegt. Die SPK hat darauf am 28. Januar 2005 eine Vertretung des EPA zu diesem Thema angehört. Es ist Sache der SPK, falls sie dies wünscht, ihre Schlüsse daraus zu ziehen.

Der Bundesrat beantragt das Postulat abzuschreiben.

2003 P 02.3388 Nebenerwerbstätigkeit von Mitgliedern des diplomatischen Corps (N 21.3.03, Aussenpolitische Kommission NR)

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-NR) reichte am 27. August 2002 die Motion 02.3388 «Nebenerwerbstätigkeit von Mitgliedern des diplomatischen Corps» ein. Auf Antrag des Bundesrates überwies der Nationalrat die Motion in Form eines Postulates. In seiner Antwort vom 9. Dezember 2002 erklärte sich der Bundesrat bereit, das Motionsanliegen umzusetzen und zu diesem Zweck die erwerbsorientierten Nebenbeschäftigungen der Mitarbeitenden des diplomatischen Corps durch Verordnungsrevision einer Melde- und Bewilligungspflicht zu unterstellen. Das Eidg. Finanzdepartement hat dem Bundesrat den Entwurf für eine Neuregelung als Teil eines auch andere Themen umfassenden Revisionspakets unterbreitet.

Parallel zur APK hat auch eine Subkommission der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK-N) die Nebenbeschäftigungen thematisiert, und zwar mit Bezug auf alle Bundesangestellten. Die GPK-N nahm die Antwort des Bundesrates vom 28. April 2004 zum Anlass für einen Auftrag: Sie lud den Bundesrat am 14. Dezember 2004 ein, «die Praxis evaluieren zu lassen und minimale Vorgaben bei der Bewilligung von Nebenbeschäftigungen aufgrund der Evaluationserkenntnisse zu prüfen». Der Bundesrat hat am 12. April 2006 der GPK-N geantwortet und von den Richtlinien des Eidgenössischen Personalamtes vom 27. März 2006 zu Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämtern Kenntnis genommen.

Der Bundesrat beantragt das Postulat abzuschreiben.

2004 P 03.3241 Einschränkung der Entschädigungsberechtigten und Kürzung der Entschädigungen für Führungskräfte in der Verwaltung bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses (N 8.3.04, Finanzkommission NR; S 4.6.04)

In seiner Antwort vom 10. September 2003 schlug der Bundesrat die Ablehnung der Motion vor. Die Motion wurde dem Bundesrat am 4. Juni 2004 als Postulat beider Räte überwiesen. An seiner Sitzung vom 22. Dezember 2004 genehmigte der Bundesrat die Änderung von Artikel 78 und 79 der Bundespersonalverordnung vom 3. Juli 2001 (BPV). Die revidierten Bestimmungen der BPV, die am 1. Januar 2005 in Kraft traten, sehen eine allgemeine Kürzung der Abgangsentschädigungen (höchstens ein Jahresgehalt anstelle von zwei Jahresgehältern) und eine Kürzung der Entschädigungen (maximal zwei anstelle von drei Jahresgehältern) für hohe Kader (Amtsdirektor/innen, Staatssekretär/innen und Vizekanzler/innen) vor, deren Arbeitsverhältnis nach Artikel 26 Absatz 1 BPV aufgelöst wird.

Mit dieser Änderung der BPV hat der Bundesrat das Postulat erfüllt. Es wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Eidgenössische Steuerverwaltung

1999 P 98.3352 Bestrafung bei Steuerhinterziehung (N 16.12.99, Grobet)

Der als Motion eingereichte und vom Nationalrat als Postulat überwiesene Vorstoss verlangt vom Bundesrat, der Bundesversammlung den Entwurf für eine neue Bestimmung im Schweizerischen Strafgesetzbuch zu unterbreiten, welche die Steuerhinterziehung zum Vergehen erklärt, sofern der Betrag des nicht deklarierten Einkommens oder des nicht deklarierten Gewinns 10 000 Franken übersteigt.

Gegenwärtig wird die Steuerhinterziehung als Übertretung mit Busse geahndet. Es handelt sich bei der Hinterziehung also bereits heute um eine strafbare Handlung. Die Motion bezweckt jedoch, eine vollständigere Besteuerung von Einkommen und Gewinn mittels verschärften Strafbestimmungen sicherzustellen. Dies würde bedeuten, dass eine solche Hinterziehung mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden könnte (Art. 36 StGB).

Aufgrund dieser Ausgangslage empfahl bereits der im Juli 1998 veröffentlichte Bericht der Expertenkommission zur Prüfung des Systems der direkten Steuern auf Lücken (Expertenkommission Behnisch), es sei zu prüfen, ob nicht gewisse strafprozessuale Zwangsmassnahmen auch zur Verfolgung von Steuerhinterziehern im Bereich der direkten Steuern eingeführt werden sollten.

Der Vorsteher des EFD setzte im Herbst 2003 eine Expertenkommission (ESA) ein, welche die heutigen Rechtsgrundlagen und die Praxis zum Steuerstrafrecht und zur internationalen Amtshilfe in Steuersachen auf ihre Zweck- und Rechtmässigkeit hin analysiert hat. Diese Expertenkommission hat ihren Bericht Ende Januar 2005 veröffentlicht. Die politische Beurteilung dieses Berichts durch den Vorsteher des EFD hat ergeben, dass die Steuerhinterziehung weiterhin als Übertretung geahndet werden soll. Vor diesem Hintergrund wird beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

2000 P 99.3499 Rechtsstaatliche Garantien im BSU-Verfahren (N 4.10.00, Steiner)

Mit dem Vorstoss werden Massnahmen zur Verbesserung der rechtsstaatlichen Aspekte bei der Arbeit der besonderen Steueruntersuchungsorgane (BSU) und die Präzisierung verschiedener Begriffe im Gesetz über die direkte Bundessteuer zu den Steuerwiderhandlungen verlangt. Weiter soll die Rechtsstellung von «Beschuldigten» und von ins Verfahren einbezogenen Drittpersonen im BSU-Verfahren verbessert werden. Schliesslich verlangt der Vorstoss auch die «integrale Gewährleistung des Bankgeheimnisses».

Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) auf den 1. Januar 1995 hat der Gesetzgeber die Anwendbarkeit des Verwaltungsstrafrechts in der Untersuchung der BSU explizit ausgedehnt (Botschaft vom 25. Mai 1983 über die Steuerharmonisierung). Dies führte zu einer wesentlichen Verbesserung der verfahrensrechtlichen Stellung der von der Untersuchung betroffenen Personen. So sind nun u. a. auch die Bestellung eines Verteidigers im Verfahren, das Zustelldomizil und die Akteneinsicht verbindlich geregelt. Der Bundesrat hebt hervor, dass auch den Beschwerdemöglichkeiten gegen Zwangsmassnahmen und gegen sonstige Untersuchungshandlungen in diesem Verfahren gebührend Rechnung getragen worden ist. Das anwendbare Verwaltungsstrafrecht, das als modernes Verfahrensgesetz zu bezeichnen ist, wird damit den an ein (Straf-) Untersuchungsverfahren gestellten rechtsstaatlichen Verfahrensanforderungen gerecht. Dies hat auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Urteil «Camenzind» festgestellt.

Der Bundesrat hat am 21. Dezember 2005 eine Botschaft zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts verabschiedet. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge besteht jedoch im Bereich des Verwaltungsstrafrechts kein unmittelbarer Handlungsbedarf. Die Reformvorlage tangiert deshalb das Verwaltungsstrafrecht nicht.

Was die Forderung anbelangt, im Verfahren der BSU das Bankgeheimnis integral zu gewähren, so ist auf die geltende Gesetzgebung (Art. 47 Ziff. 4 des Bankengesetzes; SR 952.0) und die Rechtsprechung des Bundesgerichts (BGE 104 IV 131 E. 3b) zu verweisen. Das Bankgeheimnis verleiht keinen absoluten Anspruch auf Verweigerung der Herausgabe von Akten gegenüber Untersuchungsbehörden. Da das Bankgeheimnis jedoch ausserhalb von Strafuntersuchungsverfahren gewahrt bleiben muss, ist die Durchsuchung bei einer Bank nur zulässig, wenn sie sich durch einen bestimmten und objektiv begründeten Verdacht rechtfertigt, wenn sie verhältnismässig ist und wenn der zu durchsuchende Gegenstand zur Genüge umschrieben ist. Diesen Erfordernissen wird im Verfahren der BSU in ausreichendem Masse Rechnung getragen. Zur Problematik der Amts- und Rechtshilfe kann auch auf die umfassende Antwort des Bundesrates vom 1. September 2004 auf die Interpellation David (04.3012) verwiesen werden. Vor diesem Hintergrund wird beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

2002 P 02.3264 Umsatzabgabe für Pensionskassen und Entwicklung der europäischen Gesetzgebung (S 19.9.02, Saudan)

Mit dem Vorstoss wird geltend gemacht, die Unterstellung von Vorsorgeeinrichtungen und Anlagestiftungen unter die eidg. Stempelabgaben berge die Gefahr in sich, dass diese als Bankinstitute oder Versicherungsgesellschaften behandelt würden. Das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) komme in seinem Bericht über die Auswirkungen des Richtlinienvorschlags KOM (2000) 507 der EU zum Schluss, dass es höchst wünschenswert wäre, die Vorsorgeeinrichtungen von der Stempelsteuer zu befreien. Angesichts der grossen Bedeutung der Pensionskassen in unserem System der beruflichen Vorsorge, ihres massiven Widerstandes gegen die Unterstellung unter die Umsatzabgabe und der ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten wird der Bundesrat ersucht, andere Lösungen in Betracht zu ziehen, den im BSV-Bericht erwähnten Risiken Rechnung zu tragen und die nötigen Massnahmen zu ergreifen, um diese zu vermeiden.

Nach Auffassung des Bundesrates hätte der Richtlinienvorschlag KOM (2000) 507 für die schweizerische Steuergesetzgebung keine Konsequenzen, weil der Vorschlag keine steuerlichen Bestimmungen enthält. Von daher gesehen schätzt der Bundesrat das Risiko als gering ein, dass die schweizerischen Pensionskassen wegen der ihnen auferlegten Umsatzabgabepflicht von der EU nicht zu den Vorsorgeeinrichtungen, sondern zu den Lebensversicherern oder zu den Banken gezählt werden. Aufgrund dieser Ausgangslage wird beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

2003 P 02.3650 Direkte Bundessteuer. Vollumfänglicher Abzug der Krankenversicherungsprämien
(N 20.6.03, Mörgeli)

Der ursprünglich als Motion eingereichte Vorstoss verlangt vom Bundesrat eine Änderung von Artikel 33 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG). Neben dem Abzug für Versicherungsprämien sollen die Prämien und Beiträge für die obligatorische und private Krankenversicherung vollumfänglich zum Abzug zugelassen werden. Die Verwirklichung des Motivs bei der direkten Bundessteuer würde einen Ertragsausfall von jährlich rund 500 Millionen Franken verursachen. Davon entfielen 350 Millionen Franken auf den Bund und 150 Millionen Franken auf die Kantone (Kantonsanteile).

Im Rahmen seiner Botschaft vom 28. Februar 2001 zum Steuerpaket 2001 (BBl 2001 2983) hatte der Bundesrat vorgeschlagen, auf den bisherigen pauschalen Abzug für Versicherungsprämien und Sparkapitalzinsen zu verzichten und die Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung nunmehr vollumfänglich zum Abzug zuzulassen, und zwar im Sinne einer Pauschale. Diese sollte sich für jeden Kanton gesondert entsprechend dem kantonalen Durchschnitt der Prämien berechnen. Das vom Parlament am 20. Juni 2003 verabschiedete Steuerpaket ist jedoch in der Volksabstimmung vom 16. Mai 2004 gescheitert.

In der jüngsten Vergangenheit ist in zwei gleich lautenden Motionen (05.3490 Motion Dupraz sowie 05.3507 Motion Saudan) der Bundesrat gebeten worden, dem Parlament einen Änderungsantrag zu Artikel 215 DBG vorzulegen. Dadurch soll dem Prämienanstieg der obligatorischen Krankenversicherung besser Rechnung getragen werden. Die Höhe der in Frankenbeträgen festgesetzten Abzüge soll nicht entsprechend der Entwicklung des Landesindex der Konsumentenpreise, sondern entsprechend dem durchschnittlichen jährlichen Anstieg der Prämien der obligatorischen Krankenversicherung angepasst werden. Der Bundesrat hat die beiden Vorstösse zur Ablehnung beantragt. In seiner Stellungnahme betonte er, dass das Herausbrechen eines einzelnen Abzuges aus dem grundsätzlichen Rhythmus des Teuerungsausgleichs zu einer Verkomplizierung des Steuerrechts führen würde und damit den Bestrebungen zur Vereinfachung und Entbürokratisierung entgegenliefe. Jedes Jahr müsste der Bundesrat diesen Abzug, der gegenüber den anderen Abzügen privilegiert behandelt würde, mit einer Bundesratsverordnung neu festlegen. Ein solcher Systembruch sei auch deshalb nicht gerechtfertigt, weil der Versicherungsprämienabzug nicht nur die Prämien der Krankenkasse, sondern auch Prämien, Beiträge und Einlagen für Lebensversicherungen und nicht-obligatorische Unfallversicherungen sowie Zinsen für Sparkapitalien umfasst. In der anschliessenden Ratsdebatte haben die beiden Vorstösse keine Mehrheit gefunden: die Motion Saudan ist am 8. Dezember 2005 mit 29 zu 4 Stimmen abgelehnt worden, Nationalrat Dupraz seinerseits hat am 9. Mai 2006 seine Motion zurückgezogen.

Da die in eine ähnliche Richtung (Entlastungsmassnahmen gegenüber dem Prämienanstieg der obligatorischen Krankenversicherung) zielenden Vorstösse keine Parlamentsmehrheit gefunden haben, wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

2004 P 03.3565 Weiterbildungskosten. Steuerliche Behandlung (S 10.3.04, David)

Der als Motion eingereichte und vom Ständerat als Postulat überwiesene Vorstoss verlangt vom Bundesrat eine Anpassung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) und des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG), wonach die Kosten der berufsorientierten Weiterbildung im Sinne von Artikel 30 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung als Weiterbildungskosten steuerlich in Abzug gebracht werden können.

Am 11. Mai 2005 verabschiedete der Bundesrat seinen Bericht «Abzugsmöglichkeiten für Weiterbildungskosten». In diesem Bericht, der sich teilweise auf die Studie einer gemischten Arbeitsgruppe stützte, stellte er drei verschiedene Modelle mit ihren Vor- und Nachteilen vor. Er verzichtete aber einstweilen darauf, sich für ein bestimmtes Modell auszusprechen. Auch auf Grund weiterer im Parlament eingereicherter Vorstösse zum gleichen Thema will das EFD nun zuerst die Entscheidungsgrundlagen verfeinern, indem einerseits die Wirkung der einzelnen Modelle auf das Bildungsverhalten der steuerpflichtigen Personen analysiert und andererseits eine genauere Schätzung der Steuermindereinnahmen angestrebt wird.

Da die Motion als Postulat überwiesen wurde, handelte es sich um einen Prüfungsauftrag. Diesem ist der Bundesrat mit dem oben genannten Bericht am 11. Mai 2005 nachgekommen. Deshalb beschloss er gleichentags auch, den Vorstoss als erfüllt zur Abschreibung zu beantragen.

2004 P 03.3433 Erhöhung der Zahl der Steuerinspektoren (N 8.3.04, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR
(02.308) Minderheit Berberat)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, die Zahl der Steuerinspektoren und -inspektorinnen zu erhöhen, um die Steuerhinterziehung effizienter bekämpfen zu können.

Die bisherige Erfahrung zeigt, dass eine Erhöhung der Anzahl der Steuerinspektoren und -inspektorinnen im Rahmen der heutigen Situation auf dem Arbeitsmarkt nur äusserst schwer zu realisieren ist. Es handelt sich hierbei jedoch auch nicht um das einzige Mittel, um die Steuerhinterziehung effizienter bekämpfen zu können. Neben Massnahmen der Stellenaufstockung ist in erster Linie eine Optimierung der Strukturen, der Prozesse und der Technik anzustreben.

Im entsprechenden Projekt INSIEME der Eidg. Steuerverwaltung (ESTV), das bereits Ende 2001 in Angriff genommen wurde, sind zu diesem Zweck insbesondere folgende Massnahmen ergriffen worden oder bereits in unmittelbarer Umsetzung:

- vermehrte fachkundige Domizilrevisionen,
- bessere Risikoanalysen,
- bessere Informationen und Dienstleistungen an die Steuerzahler,
- bedeutende Investitionen für die Einführung einer zeitgemässen Informatik.

Eine im Jahre 2005 von der Eidg. Finanzkontrolle (EFK) bei der Hauptabteilung Mehrwertsteuer durchgeführte Wirtschaftlichkeitskontrolle hat den Mehrwertsteuer-Kontrollen durch die ESTV eine «bemerkenswerte Wirtschaftlichkeit» attestiert. Der entsprechende Bericht «Kontrolle der Mehrwertsteuer. Evaluation der Strategie, der Umsetzung und der Ergebnisse der Kontrollen bei den Steuerpflichtigen» macht deutlich, dass die ESTV der externen Prüfung einen hohen Stellenwert einräumt.

Mit den bereits umgesetzten oder zumindest eingeleiteten Massnahmen wird das Ziel, die Steuerhinterziehung effizienter bekämpfen zu können, schon weitgehend erfüllt. In Anbetracht der Tatsache, dass dieses Ziel somit auch unabhängig von einer bedeutenden Erhöhung der Anzahl Steuerinspektorinnen und – inspektoren erreicht werden kann, wird beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

2005 P 04.3430 Weiteres Vorgehen im Bereich der Ehegatten- und Familienbesteuerung (S 14.3.05, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR 03.314)

Am 4. Dezember 2004 hat der Bundesrat den Bericht über die Möglichkeit zur Einführung der Individualbesteuerung gutgeheissen und den Eidg. Räten vorgelegt.

Am 23. September 2005 hat er den Bericht zu den pendenten familienpolitischen Massnahmen und ihren finanziellen Auswirkungen gutgeheissen. Aus der unter der Federführung der Eidg. Steuerverwaltung verfassten Gesamtschau geht hervor, dass sich der Bund bereits heute in beträchtlichem Ausmass an der Finanzierung von Leistungen für Familien beteiligt. Zudem wird festgehalten, dass für neue familienpolitische Massnahmen die Vorgaben der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse und die finanziellen Perspektiven des Bundeshaushalts zu beachten sind. Gemäss Bericht besteht auf Bundesebene kein Spielraum für neue Aufgaben, vielmehr ist davon auszugehen, dass die bisherigen Ausgabenplafonds in sämtlichen Aufgabengebieten tendenziell weiter reduziert werden müssen.

Mit der Veröffentlichung der beiden Berichte durch den Bundesrat ist den Begehren des Postulats entsprochen worden. Die Voraussetzungen zur Abschreibung, wie sie im Artikel 124 Absatz 3 und 5 des Parlamentsgesetzes umschrieben werden, sind somit erfüllt. Es wird daher beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Eidgenössische Zollverwaltung

2004 P 04.3435 Systemwechsel bei der Zollbemessung (N 29.9.04, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 03.078)

Im Rahmen der parlamentarischen Beratung zum neuen Zollgesetz verlangte die Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR (WAK-NR) die Erstellung eines Berichtes über die Zollbemessung unter Berücksichtigung der Vor- und Nachteile des heutigen Gewichtszollsystems (Art. 2 ZTG) und des Wertzollsystems wie es in den Mitgliedstaaten der europäischen Union und in praktisch allen Industrieländern verbreitet ist.

Der Bundesrat hat den entsprechenden Bericht an seiner Sitzung vom 8. Dezember 2006 verabschiedet und der WAK-NR zur Kenntnisnahme überwiesen. Vor diesem Hintergrund beantragt der Bundesrat, das Postulat sei als erfüllt abzuschreiben.

Bundesamt für Privatversicherungen

2004 P 03.3437 Rückkommen auf den Beschluss zum Modell «Winterthur» (N 8.3.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat auf die Genehmigung des Modells «Winterthur» zurückzukommen.

Das Modell «Winterthur» beinhaltet eine Entkoppelung von Versicherung und Vorsorge im Verhältnis zwischen der Sammelstiftung und dem Versicherer. Im Kollektivlebensversicherungsvertrag werden nicht mehr sämtliche Risiken, die die Sammelstiftung gegenüber ihren berufsvorsorgerechtlich Versicherten trägt, deckungsgleich versichert. Das Modell sah unter anderem vor, dass die Lebensversicherungsunternehmen ihrer Sammelstiftung nicht mehr den im BVG geltenden Mindestzinssatz garantieren musste. Die Winterthur Leben hat jedoch von dieser Möglichkeit nie Gebrauch gemacht und ihrer Sammelstiftung bis dato immer mindestens die Mindestleistungen gemäss BVG erbracht.

Das Modell «Winterthur» wurde vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) auf seine Rechtskonformität geprüft und aus vorsorgerechtlicher Sicht (Reglement, Anschlussvereinbarung) als gesetzeskonform beurteilt.

Darüber hinaus nahm die Totalrevision des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) das Anliegen des Postulats auf und führte eine Bestimmung betreffend Mindestleistungen bei der obligatorischen beruflichen Vorsorge ein.

Gemäss Art. 39 VAG müssen Versicherungsunternehmen zumindest die gesetzlichen Mindestleistungen der obligatorischen beruflichen Vorsorge erbringen, sofern ihnen das Eigentum an den Vermögenswerten der von ihnen errichteten und wirtschaftlich oder organisatorisch abhängigen Vorsorgeeinrichtungen übertragen worden ist.

Aufgrund des Erlasses von Art. 39 VAG ist dem Postulat Rechnung getragen worden und der Bundesrat beantragt deshalb die Abschreibung dieses Postulates.

2004 P 04.3051 Grenzgänger und Krankentaggeld (N 18.6.04, Robbiani)

Der Vorstoss verlangt, dass sich erwerbstätige Personen – unabhängig von ihrem Wohnsitz – in Streitigkeiten betreffend die Krankentaggeldversicherung an den Gerichtsstand ihres Arbeitsortes wenden können. Damit soll insbesondere eine Grenzgängerin oder ein Grenzgänger die Möglichkeit haben, sich bei Streitigkeiten in der Krankentaggeldversicherung ausser an den Gerichtsstand am Sitz des Versicherers auch an den Gerichtsstand am Arbeitsort zu wenden.

In der Verordnung über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen (Aufsichtsverordnung, AVO; SR 961.011), welche auf den 1. Januar 2006 in Kraft getreten ist, wird der Gerichtsstand in der Kollektivkrankentaggeldversicherung entsprechend dem Anliegen des Postulats in Artikel 158 geregelt. Die Versicherer sind demnach gehalten, in Kollektivkrankentaggeldversicherungsverträgen mit Arbeitgebern zusätzlich zum besonderen Gerichtsstand auch den Gerichtsstand am Arbeitsort des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin vorzusehen. Damit ist das Postulat erfüllt und der Bundesrat beantragt, dieses sei abzuschreiben.

Volkswirtschaftsdepartement

Staatssekretariat für Wirtschaft

1997 P 97.3070 Atypische Beschäftigungsformen (N 20.6.97, Rennwald)

Der Bericht «Die Entwicklung atypischer Beschäftigungsformen in der Schweiz» in Erfüllung des Postulats Rennwald wurde vom Bundesrat am 1. November 2006 verabschiedet. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieses Postulates.

1997 M 96.3618 Auswirkungen neuer und bestehender Gesetze und Verordnungen auf Klein- und Mittelbetriebe (KMU)
(S 30.4.97, Forster; N 19.12.97)

Die fehlenden Ausführungen im Geschäftsbericht 2002 zur Umsetzung der 1999 angekündigten Massnahmen zur administrativen Entlastung von KMU waren der Grund für die verweigerte Abschreibung der Motion anlässlich der Debatte am 4. Juni 2003. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat am 2. Februar 2005 vom Bericht «Bewilligungspflichten des Bundesrechts bei wirtschaftlichen Betätigungen: Heutiger Stand und Entwicklung 1998–2004» Kenntnis genommen. Der in der Reihe «Grundlagen der Wirtschaftspolitik» des SECO als Nr.11 erschienene Bericht beschreibt in Teil I im Detail den Umsetzungsstand der Massnahmen, die mit BRB vom 20. Oktober 1998 eingeleitet worden waren (vgl. hierzu den Bericht des Bundesrates vom 3. November 1999, BBl 2000 994). Anlässlich der Kenntnisnahme dieses Berichtes erteilte der Bundesrat zudem den Auftrag, eine weitere Reduktion der Zahl der Bewilligungsverfahren herbeizuführen. Über die entsprechenden Abklärungen wird im Bericht des Bundesrates vom 18. Januar 2006 «Vereinfachung des unternehmerischen Alltags» berichtet. Am 8. Dezember 2006 unterbreitete der Bundesrat dem Parlament die zugehörige Botschaft. Den teilweise noch offenen Punkten 2 und 3 der Motion ist somit entsprochen worden. Über die erfolgte Umsetzung des ersten Punktes der Motion wurde schon in früheren Geschäftsberichten Aufschluss gegeben (vgl. auch den Bericht vom 18. Januar 2006 für eine Evaluation der gestützt auf Punkt 1 der Motion im Jahr 2000 eingeführten Instrumente). Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieser Motion.

1999 P 99.3547 Vom freien Personenverkehr betroffene Grenzregionen. Unterstützung (N 22.12.99, Lachat)

Die Bundesversammlung hat am 6. Oktober 2006 die Botschaft vom 16. November 2005 über die Neue Regionalpolitik angenommen. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieses Postulates.

2000 P 99.3433 IAO-Konvention 169 zum Schutze indigener Völker (Ureinwohner) (N 24.3.00, Gysin Remo)

Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2006 von den Vernehmlassungsergebnissen zum Vorentwurf des Berichts «Situation der Fahrenden in der Schweiz» Kenntnis genommen und die definitive Fassung des Berichts verabschiedet. Gleichzeitig beantragte er die Abschreibung des Postulats 99.3433.

2000 P 00.3442 Kompensationszahlungen für Randregionen (N 15.12.00, Robbiani)

Die Bundesversammlung hat am 6. Oktober 2006 die Botschaft vom 16. November 2005 über die Neue Regionalpolitik angenommen. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieses Postulates.

2001 P 00.3343 Unterstützung der Grenzregionen (N 5.6.01, Robbiani)

Die Bundesversammlung hat am 6. Oktober 2006 die Botschaft vom 16. November 2005 über die Neue Regionalpolitik angenommen. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieses Postulates.

2001 P 01.3069 Polyvalenter Service public in Randgebieten (N 22.6.01, Robbiani)

Die Bundesversammlung hat am 6. Oktober 2006 die Botschaft vom 16. November 2005 über die Neue Regionalpolitik angenommen. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieses Postulates.

2003 M 01.3089 Wachstumspolitik. Sieben Massnahmen (N 5.6.02, Freisinnig-demokratische Partei; S 18.6.03)

Der Zweitrat hatte Punkt 1 des Vorstosses mit Verweis auf den Wachstumsbericht des EVD aus dem Jahr 2002 abgeschrieben, die Punkte 2 und 4 als Postulat sowie die Punkte 3,5,6 und 7 als Motion überwiesen. Die in Punkt 2 verlangte Umsetzungsstrategie wurde als Wachstumspaket vom Bundesrat im Februar 2004 beschlossen. Die 17 Massnahmen des Pakets wurden terminiert und entsprechend in den Jahreszielen des Bundesrates jeweils angekündigt (Punkt 4). Eine interdepartementale Arbeitsgruppe berichtete dem Bundesrat jährlich über den Umsetzungsstand der Massnahmen (Punkt 5). In ihrem letzten Bericht, den der Bundesrat am 21. Dezember 2006 zur Kenntnis nahm, konnte sie feststellen, dass dem Parlament quasi alle Botschaften zu den angekündigten Massnahmen zugegangen sind, so dass auch die Abschreibung von Punkt 3 der Motion beantragt werden kann. Das Prüfungsschema, das gemäss BRB vom 15. September 1999 der Abfassung des Kapitels «Volkswirtschaftliche Auswirkungen» in den Botschaften ans Parlament zugrunde gelegt werden soll, verlangt als Prüfpunkt 3 eine Abschätzung der Folgen für die Gesamtwirtschaft, wozu gemäss Handbuch zur Regulierungsfolgenabschätzung insbesondere die Folgen für Wachstum und Innovation gehören. Schliesslich dient die KMU-Politik des Bundes nicht im Sinne einer Mittelstandspolitik der Konservierung bestimmter Betriebsgrössenstrukturen; sie ist vielmehr darauf ausgerichtet, die Erneuerung der Unternehmenslandschaft voranzutreiben und so ein Potential für zukünftiges Wachstum zu schaffen. Der Bundesrat nimmt in Aussicht, entlang den Vorgehensprinzipien, die die Motion aufstellt, in der kommenden Legislatur die Wachstumspolitik fortzusetzen. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieser Motion.

2003 P 03.3153 Förderung der Unternehmerinnen in der Schweiz (N 3.10.03, Fetz)

Der Bundesrat hat den Bericht «Förderung von Unternehmerinnen in der Schweiz» am 21. Dezember 2006 genehmigt. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieses Postulates.

2004 P 04.3199 Koordination der Landeswerbung (S 9.6.04, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR 04.019)

Mit diesem Postulat sowie mit dem Postulat 04.3434 forderten die beiden Räte vom Bundesrat einen Bericht mit einem neuen Konzept für eine bessere Koordination der Landeswerbung. Sie verlangten eine organisatorische Straffung der im Ausland tätigen Werbestellen des Bundes mit einer eindeutigen operationellen Führungsstruktur und einer klaren Ausübung der Aufsicht durch ein Departement.

Am 9. Dezember 2005 verabschiedete der Bundesrat einen Bericht über die Koordination der Landeswerbung, der die vom Parlament gewünschten konzeptionellen Vorschläge enthält.

Des Weiteren werden im Bericht vier organisatorische Lösungsvarianten vorgeschlagen, von denen vor allem die beiden am weitesten gehenden Integrationsvarianten die Koordination der Landeswerbung erheblich verstärken würden.

Die vier im Bericht vorgeschlagenen Lösungsvarianten entsprechen mehr oder weniger den Anliegen der eidgenössischen Räte. Den ständerätlichen Anliegen entspricht vor allem die Variante «Integration Kernbereich», die nationalrätlichen Forderungen können hingegen hauptsächlich mit der Variante «Integration erweiterter Bereich» erfüllt werden.

Der Nationalrat nahm diesen Bericht am 11. Mai 2006, der Ständerat am 19. Juni 2006 zur Kenntnis. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieses Postulates.

2004 P 04.3390 Cassis-de-Dijon-Prinzip (N 8.10.4, Leuthard)

Der Bundesrat hat am 23. September 2005 den Bericht zur Cassis de Dijon Thematik in Erfüllung des Postulats 04.3390 Leuthard verabschiedet. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieses Postulates.

2004 P 04.3434 Konzept für eine koordinierte Landeswerbung der Schweiz (N 29.9.04, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 04.019)

Mit diesem Postulat sowie mit dem Postulat 04.3199 forderten die beiden Räte vom Bundesrat einen Bericht mit einem neuen Konzept für eine bessere Koordination der Landeswerbung. Sie verlangten eine organisatorische Straffung der im Ausland tätigen Werbestellen des Bundes mit einer eindeutigen operationellen Führungsstruktur und einer klaren Ausübung der Aufsicht durch ein Departement.

Am 9. Dezember 2005 verabschiedete der Bundesrat einen Bericht über die Koordination der Landeswerbung, der die vom Parlament gewünschten konzeptionellen Vorschläge enthält.

Des Weiteren werden im Bericht vier organisatorische Lösungsvarianten vorgeschlagen, von denen vor allem die beiden am weitesten gehenden Integrationsvarianten die Koordination der Landeswerbung erheblich verstärken würden.

Die vier im Bericht vorgeschlagenen Lösungsvarianten entsprechen mehr oder weniger den Anliegen der eidgenössischen Räte. Den ständerätlichen Anliegen entspricht vor allem die Variante «Integration Kernbereich», die nationalrätlichen Forderungen können hingegen hauptsächlich mit der Variante «Integration erweiterter Bereich» erfüllt werden.

Der Nationalrat nahm diesen Bericht am 11. Mai 2006, der Ständerat am 19. Juni 2006 zur Kenntnis. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieses Postulates.

2004 P 04.3647 Entsendegesetz. Wirksamkeit der Sanktionen (N 13.12.04, Spezialkommission Personenfreizügigkeit NR 04.067)

Am 5. Juli 2006 hat der Bundesrat den Bericht über die Wirksamkeit der Sanktionen im Zusammenhang mit dem Entsendegesetz in Erfüllung des Postulats 04.3647 verabschiedet. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieses Postulates.

2004 P 04.3648 Missstände im Bereich des Personalverleihs (N 13.12.04, Spezialkommission Personenfreizügigkeit, NR 04.067)

Der Bericht des Bundesrates über die Situation im Bereich des Personalverleihs in Erfüllung des Postulates 04.3648 wurde vom Bundesrat am 9. Juni 2006 gutgeheissen. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieses Postulates.

2005 M 04.3712 AVG. Verhinderung der Umgehung der flankierenden Massnahmen (N 18.3.05, Gysin Hans Rudolf; S 27.9.05)

Die Motion verlangt die Aufhebung von Artikel 30 der Verordnung über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih. Per 1. Juli 2006 hat der Bundesrat diesen Artikel aufgehoben. Die Motion kann somit als erfüllt abgeschrieben werden.

Bundesamt für Landwirtschaft

2006 P 05.3883 Auswirkungen der Versteigerung von Importkontingenten beim Fleisch. Bericht (N 24.3.06, Walter Hansjörg)

Der Bundesrat hat am 28. Juni 2006 den Bericht «Auswirkungen der Versteigerung von Importkontingenten von Fleisch» in Erfüllung des Postulats Walter vom 16. Dezember 2005 dem Parlament überwiesen. Der Bundesrat beantragt daher die Abschreibung dieses Postulates.

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie

2005 M 04.3552 Akkreditierung von Privatschulen (N 17.12.04, Freysinger; S 6.6.05)

Der Bundesrat hat am 21. Dezember 2006 den Bericht über die Akkreditierung von Privatschulen in der Schweiz in Erfüllung der Motion 04.3552 gutgeheissen.

Privatschulen spielen für die Wirtschaft und die Bildungslandschaft eine bedeutende Rolle und tragen mit schätzungsweise 25'000 ausländischen Studierenden auch zum Ansehen der Schweiz im Ausland bei. Der Bundesrat will den privaten Bildungsbe- reich mit einer Reihe von Massnahmen stärken und möglichem Missbrauch vorbeugen: Koordination und Erfahrungsaustausch unter den kantonalen Behörden, deren Aufsicht die Privatschulen unterstehen, sollen mit der Einrichtung einer Informationsplatt- form verbessert werden. Migrationsbehörden und schweizerische Vertretungen im Ausland sollen künftig noch fundierter über das Bildungsangebot Auskunft geben können.

Das kürzlich von der Wirtschaft und von Branchenverbänden initiierte Privatschulregister ist nach Ansicht des Bundesrates ein geeigneter Weg, um die Vertrauenswürdigkeit gegenüber den Privatschulen zu verbessern. Aufgenommen werden nur Schulen, die eine seriöse Geschäftsführung und die Einhaltung von Qualitätsstandards nachweisen können (siehe www.swissprivateschoolregister.com).

Für eine spezielle Regelung zur Anerkennung und Akkreditierung von Privatschulen besteht aus Sicht des Bundesrats kein Be- darf. Das schweizerische Bildungssystem bietet bereits jetzt differenzierte Wege der staatlichen Anerkennung privater Bildungs- angebote im Tertiärbereich; darunter die Anerkennung als Höhere Fachschule und die Akkreditierung als Fachhochschule. Bil- dungsangebote, die nicht dem schweizerischen Bildungssystem entsprechen, können sich darüber hinaus bei einer Agentur im Ausland akkreditieren lassen.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung dieser Motion.

2005 P 03.3621 Lehrstellensituation. Bericht und Massnahmenplan zur Verbesserung (N 17.6.05, Galladé)

Der Bundesrat hat am 8. Dezember 2006 den Bericht «Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt» in Erfüllung des Postulates 03.3621 gutgeheissen.

Aus dem im Postulat 03.3621 geforderten Bericht geht hervor, dass die Situation auf dem Lehrstellenmarkt weiterhin angespannt ist. Zwar hat die Zahl der angebotenen Lehrstellen in den letzten beiden Jahren zugenommen, die demografische Entwicklung hatte aber auch eine steigende Nachfrage zur Folge. Zudem sind die Zeichen einer Entspannung, die das letzte Lehrstellenbaro- meter des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) aufzeigte, mit Vorsicht aufzunehmen. So blieben im Jahr 2006 beispielsweise 5% der Lehrstellen unbesetzt, gegenüber noch 8% im Vorjahr. Weiterhin schwierig bleibt die Lehrstellensuche für Jugendliche, die aus Schulklassen mit tieferem Anforderungsniveau (Realschulen, Sonderklassen) kommen oder die erst vor kurzem in die Schweiz eingewandert sind. Der Bericht weist zudem darauf hin, dass sich die Situation je nach Region und je nach Berufsfeld unterschiedlich entwickelt. Besonders angespannt präsentiert sie sich in den städtischen Zentren Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich.

Insgesamt dürfte die Zahl der Jugendlichen, welche die Sekundarstufe II erreichen, abnehmen, während der Bedarf an ausgebil- deten Fachkräften steigen wird. Dies wird zu einem Wettbewerb zwischen den Unternehmen um die besten Schulabgängerinnen und Schulabgänger führen. Parallel dazu werden für schulisch oder sozial schwächere Jugendliche Massnahmen ergriffen werden müssen, damit sie auf die steigenden Anforderungen vorbereitet und bestmöglich in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt integ- riert werden können. Zu diesem Zweck werden die bestehenden Betreuungsangebote für Jugendliche (Case Management) und Unternehmen weiterentwickelt und besser koordiniert.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung dieses Postulates.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Bundesamt für Verkehr

2000 P 00.3551 Investitionen in die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs in den Agglomerationen. Finanzielle Beteiligung des Bundes (S 30.11.00, Béguelin)

Der Bundesrat hat am 23. Juni 2004 nach dem gescheiterten AVANTI-Gegenvorschlag die Ausarbeitung einer neuen Vorlage beschlossen und hat am 27. Oktober 2004 das weitere Vorgehen festgelegt. Im 1. Quartal 2005 wurde eine Vernehmlassung durchgeführt. Am 2. Dezember 2005 hat der Bundesrat die Vorlage verabschiedet. Diese hat einen Infrastrukturfonds zur Finanzierung von Agglomerationsverkehrsprojekten auf Strasse und Schiene sowie für Nationalstrasseninvestitionen (flankiert mit zusätzlichen Hauptstrassenmitteln für Randregionen und Berggebiete) zum Gegenstand. Die Bundesversammlung hat mit Beschluss vom 6. Oktober 2006 dem Bundesgesetz über den Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, das Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen zugestimmt. Zur Äufnung dieses Fonds sieht das Gesetz einerseits als Ersteinlage 2.6 Milliarden Franken aus der Rückstellung bei der Spezialfinanzierung Strassenverkehr und andererseits die jährliche Einlage eines Teils der zweckgebundenen Erträge aus der Mineralölsteuer und der Autobahnvignette im Umfang von rund einer Milliarde Franken vor.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass der im Postulat erteilte Auftrag erfüllt ist und beantragt deshalb die Abschreibung des Postulats.

2001 P 01.3192 Verbesserung der Bahnverbindungen zwischen dem Tessin und der Westschweiz (N 22.6.01, Simoneschi)

Der Bundesrat hat am 2. Dezember 2005 die Botschaft über den Infrastrukturfonds ans Parlament verabschiedet, um die wachsende Mobilität und die damit verbundenen Verkehrsprobleme in den Agglomerationen und auf den Nationalstrassen auch künftig bewältigen zu können. Ständerat und Nationalrat haben mit Beschluss vom 6. Oktober 2006 dem Bundesgesetz über den Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, das Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen zugestimmt. Auf der Liste mit den dringlich zu verwirklichenden Projekten befindet sich auch das Projekt Mendrisio – Varese (FMV). Die grenzüberschreitende Verbindung Tessin – Varese ist ein Schlüsselement im Rahmen des «nuovo sistema ferroviario regionale Ticino-Lombardia (TILLO)». Sie umfasst auch die Verbindung Lugano-Flughafen Malpensa und erschliesst das Tessin mit der Westschweiz/Bern via Simplon / Lötschberg.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass der im Postulat erteilte Auftrag erfüllt ist und beantragt deshalb die Abschreibung des Postulats.

2001 P 01.3205 Verbesserung der Bahnverbindungen zwischen dem Tessin und der Westschweiz (S 14.6.01, Béguelin)
Vgl. P 01.3192

2001 M 01.3010 Bahnverbindung Genf – Annemasse (S 15.3.01, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 00.317; N 17.9.01)

Das Projekt der Verbindung Genf – Annemasse ist für den Agglomerationsverkehr des Kantons Genf von zentraler Bedeutung. Die Wichtigkeit des S-Bahnprojekts ist unbestritten und ihre verkehrspolitische Bedeutung von allen Seiten anerkannt. Das Vorhaben wird die Strasse wirksam entlasten. Die geplante Finanzierung über die Leistungsvereinbarung Bund – SBB 2003–2006 wurde im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 gestrichen. Da auch im Finanzplan keine Mittel für das Projekt vorgesehen waren, wurde geplant, das dringend notwendige und baureife Projekt mit der Vorlage zum Infrastrukturfonds zu verwirklichen. Das Projekt ist in der Liste der dringlichen Projekte enthalten.

Ständerat und Nationalrat haben mit Beschluss vom 6. Oktober 2006 dem Bundesgesetz über den Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, das Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen zugestimmt.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass der in der Motion erteilte Auftrag erfüllt ist und beantragt deshalb die Abschreibung der Motion.

2001 P 01.3176 Minimum an Risiko bei Risikotransporten (N 14.12.01, Teuscher)

Der Transport gefährlicher Güter reicht vom Verpacken über das Beladen und den eigentlichen Transport bis hin zum Entladen des Gutes. Die Risiken werden mit Hilfe eines ganzheitlichen Ansatzes minimiert, deshalb sind die ergriffenen Massnahmen entsprechend vielfältig:

Mit der Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GGBV) wird die Einhaltung der sicherheitsrelevanten Bestimmungen durch die am Transportvorgang Beteiligten verbessert. Im Bereich der Weiterentwicklung des Gefahrgutrechts arbeitet das UVEK laufend und aktiv an der Verbesserung von risikorelevanten Vorschriften in den entsprechenden internationalen Gremien mit. Damit wird sichergestellt, dass der hohe Sicherheitsstandard in der Schweiz auch im Umfeld eines liberalisierten europäischen Schienengüterverkehrs aufrechterhalten und weiter verbessert werden kann. So konnte u.a. erreicht werden, dass die internationalen Sicherheitsanforderungen an Kesselwagen mit besonders gefährlichen Gütern wie z.B. Chlor verschärft werden. Damit kann netzweit eine massgebliche Reduktion der Risiken erzielt werden.

Weiter schreibt die Störfallverordnung (StfV) vor, dass die Betreiber von Eisenbahninfrastrukturen, auf denen gefährliche Güter befördert werden, das daraus entstehende Risiko nach einer vorgegebenen Methodik laufend analysieren und die notwendigen Massnahmen zur Reduktion der Risiken ergreifen müssen. Im Rahmen des Vollzuges der Störfallverordnung (StfV) besteht ausserdem eine «Gemeinsame Erklärung» der hauptsächlich an der Transportkette beteiligten Partner vom 27. Juni 2002. Ziel dieser Erklärung ist es, die nicht akzeptablen Risiken auf den offenen Strecken des Schweizer Bahnnetzes unter die kritische Schwelle zu senken. Sie umfasst ein Paket aus netzweit wirkenden, technischen und organisatorischen Massnahmen. Einige dieser Massnahmen sind bereits heute vollständig realisiert, die Umsetzung der anderen wird in den nächsten Jahren abgeschlossen. So wurde 2006 mit der Einführung von sicherheitstechnisch verbesserten Chlorkesselwagen begonnen. Bis Ende 2007 sollen alle Chlorimporte, die den Hauptanteil der Chlortransporte in der Schweiz bilden, mit solchen modernen Kesselwagen erfolgen. Die Umsetzung der Massnahmen wird durch ein Controlling überwacht. Im Jahr 2006 wurde eine netzweite Aktualisierung der

Übersicht über die Personenrisiken aus dem Transport gefährlicher Güter durchgeführt. Daraus resultierte, dass sich diese Risiken zurzeit auf keinem Abschnitt des schweizerischen Schienennetzes im nicht akzeptablen Bereich befinden.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass der im Postulat erteilte Auftrag erfüllt ist und beantragt deshalb die Abschreibung des Postulats. Es ist jedoch klar, dass die Minimierung dieser Risiken eine Daueraufgabe von allen am Transport Beteiligten darstellt. Massnahmen zur Verminderung der Risiken sind laufend zu prüfen und umzusetzen.

Bundesamt für Zivilluftfahrt

2002 P 02.3469 Verweis des Luftfahrtgesetzes auf das EG-Recht (S 12.12.02, Geschäftsprüfungskommission SR)

Als Bestandteil des Luftverkehrsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft findet unter anderem auch die EG-Verordnung 2407/92 unmittelbare Anwendung in der Schweiz und braucht daher nicht in das schweizerische Recht umgesetzt zu werden (BBl 1999 6259 f.). Um die mit dem bilateralen Luftverkehrsabkommen übernommenen Regelungen im Luftfahrtrecht besser sichtbar zu machen, wurde ursprünglich eine Lösung mit deklaratorischem Charakter im Landesrecht angestrebt.

Dies ist heute jedoch nicht mehr erforderlich, enthält doch das veröffentlichte Luftverkehrsabkommen (SR 0.748.127.192.68) jeweils eine aktuelle Fassung des anwendbaren EG-Rechts; diese Liste ist heute dank wesentlich beschleunigter Publikationen in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts (AS) jeweils auf dem neuesten Stand. Eine rein deklaratorische Liste im Anhang zur Luftverkehrsverordnung brächte daher keinen Mehrwert mehr. Der Bundesrat beantragt daher, das Postulat abzuschreiben.

Bundesamt für Energie

2000 P 00.3477 Stellung der einheimischen Wasserkraft in einem liberalisierten Strommarkt (S 4.12.00, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR 99.055)

Der Bundesrat hat am 3. Dezember 2004 die Botschaft zum Stromversorgungsgesetz gutgeheissen. Im Rahmen der parlamentarischen Diskussion wurde im Energiegesetz die Stellung der Wasserkraft neu definiert. Einerseits wurde bestimmt, dass die durchschnittliche Jahreserzeugung aus Wasserkraftwerken bis zum Jahr 2030 um mindestens 5% beziehungsweise 2000 GWh (Differenz NR/SR) gegenüber dem Jahr 2000 zu erhöhen ist. Ausserdem wurde für die Definition der neuen erneuerbaren Energien für die Kleinwasserkraft die obere Grenze der Leistung neu bei 10 MW festgelegt. Bei neuen erneuerbaren Energien müssen die Netzbetreiber den Strom aus Neuanlagen in geeigneter Form abnehmen und vergüten. Die Summe der Zuschläge darf dabei 0.6 Rappen kWh respektive 0.5 Rp (Differenz NR/SR) nicht überschreiten. Grundlage für diese Bestimmungen waren die Arbeiten zu den Energieperspektiven. Die Fragen zur Wasserkraft wurden im Rahmen dieser Arbeiten zum Stromversorgungsgesetz somit ausführlich beantwortet. Der Bundesrat beantragt daher, das Postulat abzuschreiben.

2003 P 03.3414 Gesetzliche Grundlage zur technischen Sicherheit von AKW (N 3.10.03, Teuscher)

Der Bundesrat hat auf den 1. Februar 2005 die Kernenergieverordnung (KEV) zusammen mit dem Kernenergiegesetz in Kraft gesetzt. Nach der KEV sind am 1. Juli 2006 vier weitere, eher technische Bundesratsverordnungen (Anforderungen an das Personal, Personensicherheitsprüfungen, Betriebswachen sowie Druckbehälter und Rohrleitungen) in Kraft getreten. Drei auf die KEV gestützte Departementsverordnungen sind in Vorbereitung. Sie treten voraussichtlich 2007 in Kraft. Dazu gehört auch eine Departementsverordnung zu den Kriterien für die vorläufige Ausserbetriebnahme. Die Aufsichtsbehörden sind daran, ihr Regelwerk umfassend zu überarbeiten. Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2006 die Botschaft zum Bundesgesetz über das Eidgenössische Nuklear-Sicherheitsinspektorat verabschiedet. Mit dem Gesetz soll die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) rechtlich verselbständigt werden.

Die Anliegen des Postulates sind somit in den wesentlichen Punkten erfüllt. Aus diesen Gründen beantragt der Bundesrat, das Postulat abzuschreiben.

2003 P 03.3279 Oberirdische Auswirkungen eines Atommüll-Endlagers (N 19.12.03, Fehr Hans-Jürg)

In Erfüllung des Postulates Fehr Hans-Jürg (03 3279) vom 13. Juni 2003 hat der Bundesrat am 16. Juni 2006 den Bericht über die Untersuchung der sozioökonomischen Auswirkungen von Entsorgungsprojekten gutgeheissen, das UVEK ermächtigt, ihn zu veröffentlichen, und hat gleichzeitig den Bericht den eidg. Räten zur Kenntnis gebracht. Der Bundesrat beantragt daher, das Postulat abzuschreiben.

2003 P 03.3532 Energiegesetz und Energieverordnung. Modifikationen (N 19.12.03, Rechsteiner-Basel)

Die Stromkennzeichnung (Art. 5bis Energiegesetz, SR 730.0) und die Mehrkostenfinanzierung (Art. 7 Abs. 7 Energiegesetz) wurden mit den entsprechenden Ausführungsbestimmungen (Art. 1a–1c, 5a–5c Energieverordnung, SR 730.01) auf den 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt. Der Vollzug der Stromkennzeichnung wurde sorgfältig mit der Branche vorbereitet und ein umfangreicher Leitfaden als Ergänzung zu den Verordnungsbestimmungen ausgearbeitet (www.stromkennzeichnung.ch). Im Jahre 2006 haben die Netzbetreiber ihren Strommix erstmals gegenüber den Endverbrauchern transparent ausgewiesen. Bei der Mehrkostenfinanzierung diente das Jahr 2005 zur Datenerhebung und Etablierung einer Internetplattform zum Vollzug dieser Massnahme (www.mkfa.ch). Im Jahre 2006 wurden die Gesamtmenge der von unabhängigen Produzenten im Jahre 2005 ins Netz zurück gespeisten Elektrizität aus erneuerbaren Energien und die damit verbundenen Mehrkosten ermittelt (rund 23 Mio. Fr.). Anfangs 2007 werden diese Mehrkosten den Netzbetreibern entsprechend ihrem Anteil der von unabhängigen Produzenten abgenommenen Elektrizität zurückerstattet. Inskünftig ist vorgesehen, die jährlich anfallenden Mehrkosten der Netzbetreiber jeweils im darauf folgenden Jahr zurückerstatten.

Im Rahmen der vor dem Abschluss stehenden parlamentarischen Beratungen zum Stromversorgungsgesetz (04.083) steht auch eine umfangreiche Revision des Energiegesetzes, insbesondere betreffend die Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien, zur Diskussion. Kernstück dieser Revision ist die kostendeckende Einspeisevergütung (Art. 7a Energiegesetz). Danach sind Netzbetreiber verpflichtet, in ihrem Netzgebiet die gesamte Elektrizität, die aus Neuanlagen durch die Nutzung von Sonnenenergie, Geothermie, Windenergie, Wasserkraft bis zu 10 MW, sowie Biomasse und Abfällen aus Biomasse gewonnen wird, in einer für das Netz geeigneten Form abzunehmen und zu vergüten. Die Vergütung richtet sich nach den im Erstellungsjahr geltenden Gestehungskosten von Referenzanlagen, die der jeweils effizientesten Technologie entsprechen. Für die aus dieser Massnahme resultierenden Mehrkosten der Netzbetreiber sollen jährlich maximal 270–320 Millionen Franken zur Verfügung stehen, die über einen Zuschlag auf die Übertragungskosten der Hochspannungsnetze finanziert werden. Im Gegensatz zur heute geltenden Einspeisevergütung nach Artikel 7 des Energiegesetzes («15 Rp.-Regelung»), die nur «unabhängigen Produzenten» offen steht, sieht die kostendeckende Einspeisevergütung nach Artikel 7a Energiegesetz diesbezüglich keine Einschränkungen mehr vor. Von dieser Massnahme können grundsätzlich alle Stromproduzenten profitieren, sofern sie Elektrizität in Neuanlagen aus den genannten Primärenergiequellen produzieren. Als Neuanlagen gelten Anlagen, die nach dem 1. Januar 2006 in Betrieb genommen, erheblich erweitert oder erneuert werden und sich am betreffenden Standort eignen. In einem offenen Markt gibt es keine öffentlichen Versorgungsunternehmen und damit auch keine unabhängigen Produzenten mehr. Die Anliegen des Postulates sind somit in allen Punkten erfüllt. Aus diesen Gründen beantragt der Bundesrat, das Postulat abzuschreiben.

Bundesamt für Kommunikation

2003 P 02.3488 Hörbehindertengerechte Radio- und Fernsehsendungen, (N 21.3.03, Joder)

Das neue Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) verlangt in Art. 7 Abs. 3 von den sprachregionalen und nationalen Fernsehveranstaltern, dass sie einen angemessenen Anteil der Sendungen für hör- und sehbehinderte Menschen aufbereiten. In Art. 24 Abs. 3 wird der Bundesrat verpflichtet, gegenüber der SRG SSR Grundsätze festzulegen, nach denen die Bedürfnisse der Sinnesbehinderten berücksichtigt werden.

Die neue Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) enthält detaillierte Bestimmungen für die behindertengerechte Aufbereitung von TV-Sendungen durch die SRG einerseits und durch andere Fernsehveranstalter andererseits. Die an die SRG gerichteten Vorgaben beinhalten unter anderem die Verpflichtung, bis zu einem Drittel der Sendungen zu untertiteln und täglich eine Informationssendung mit Gebärdensprache zu begleiten; zudem ist die SRG gehalten, die Details der behindertengerechten Leistungen in einer Vereinbarung mit den Behindertenverbänden festzulegen. Bei den Vorbereitungsarbeiten zu den Verordnungsbestimmungen sind die betroffenen Behindertenverbände miteinbezogen worden.

Der Bundesrat erachtet somit den Auftrag des Postulates als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2004 M 03.3492 Telefongebühren. Abzockerei (N 19.12.03, Vollmer; S 15.6.04)

Mit der erwähnten Motion wurde der Bundesrat beauftragt, unverzüglich die notwendigen Massnahmen anzuordnen und nötigenfalls dem Parlament die entsprechenden Gesetzesanpassungen zu unterbreiten, damit der «Telefon-Abzockerei» Einhalt geboten werden kann.

Als erste Massnahme hat der Bundesrat mit der per 1. Juni 2004 in Kraft getretenen Revision der Preisbekanntgabeverordnung die Deklarationsvorschriften für die Anbieterinnen von Mehrwertdiensten markant verschärft. So müssen nun sowohl Grundgebühren als auch Minutentariife von über 2 Franken vor Beginn der Taxierung angekündigt werden. Bei Grundgebühren von über 10 Franken und Minutentariifen von über 5 Franken hat der Anrufende die Verbindung durch ein besonderes Signal zu bestätigen. Dasselbe gilt sinngemäss auch bei Mehrwertdiensten, die über Internet- oder Datenverbindungen angeboten werden, sowie im Rahmen der Werbung. Bei Mehrwertdiensten, die auf einer Anmeldung des Konsumenten beruhen und eine Mehrzahl von Einzelinformationen auslösen können (so genannte Push-Dienste: z.B. Klingeltonabonnemente, SMS-Chats), müssen dem Konsumenten vor der Aktivierung des Dienstes die Grundgebühren, der Preis pro Einzelinformation sowie das Vorgehen zur Deaktivierung des Dienstes kostenlos und unmissverständlich bekannt gegeben werden.

Im Weiteren wurde durch eine per 1. Februar 2005 in Kraft getretene Anpassung der Verordnung über die Adressierungselemente im Fernmeldebereich die Verwendung von Mehrwertdienstnummern durch so genannte PC-Dialer für die Verrechnung von Internet-Dienstleistungen verboten.

Im Rahmen der Revision des Fernmeldegesetzes hat das Parlament weitere bedeutende Konsumentenschutzmassnahmen verabschiedet. Diese verpflichten den Bundesrat, im Zusammenhang mit Mehrwertdiensten Preisobergrenzen festzulegen, Preisbekanntgabevorschriften zu erlassen und – unter Beachtung internationaler Verpflichtungen – einen Sitz oder eine Niederlassung in der Schweiz vorzuschreiben. Im Weiteren hat er einen Schwellenbetrag festzulegen, ab welchem Gebühren für Mehrwertdienste nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Benutzerinnen und Benutzer erhoben werden dürfen, und er muss Vorschriften erlassen, nach denen Mehrwertdienste aufgrund deren Nummer als solche erkennbar sind. Schliesslich hat das Bundesamt für Kommunikation eine Schlichtungsstelle einzurichten, die im Falle von Streitigkeiten zwischen Kundinnen oder Kunden und Fernmeldediensteanbieterinnen rasch und kostengünstig entscheiden soll.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt daher deren Abschreibung.

2004 P 04.3302 ADSL für alle Regionen (N 8.10.04, Rey)

Das Postulat beauftragte den Bundesrat zu prüfen, ob in die nächste Ausschreibung für die Grundversorgungskonzession im Bereich der Telekommunikation die Pflicht aufgenommen werden könnte, in allen Regionen Breitbanddienste und insbesondere ADSL anzubieten.

Im Hinblick auf die Erteilung der nächsten Grundversorgungskonzession per 1. Januar 2008 hat der Bundesrat den Inhalt der Grundversorgung überprüft und am 13. September 2006 die Verordnung über Fernmeldedienste geändert. Zu den Anschlüssen, welche die heutige Grundversorgungskonzessionärin anbieten muss, kommt durch diese Änderung eine neue Anschlussart hinzu, die Internetverbindungen mit einer Übertragungsrate von mindestens 600/100 kbit/s ermöglicht. Eine Preisobergrenze von 69 Franken exklusive Mehrwertsteuer wurde für diesen Dienst festgelegt, der nicht nur die Breitband-Zugangsverbindung, sondern auch die Bereitstellung eines Sprachkanals, die Zuteilung einer Telefonnummer sowie einen Eintrag im öffentlichen Telefonverzeichnis umfasst. Durch diese Änderung wird die Grundversorgungskonzessionärin in allen Landesteilen den Zugang zu Breitband-Internetdiensten anbieten müssen, die den im Postulat genannten ADSL-Diensten entsprechen.

Der Bundesrat erachtet somit den Auftrag des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Umwelt

2004 P 04.3115 Mobilfunkantennen. Auswirkungen (N 17.12.04, Humbel Näf)

Die verschiedenen Anliegen des Postulates sind umgesetzt:

- Die holländische TNO-Studie aus dem Jahr 2003 ist in der Schweiz wiederholt worden. Die Ergebnisse wurden am 6.6.2006 publiziert.
- Das Nationale Forschungsprogramm 57 (Nichtionisierende Strahlung, Umwelt und Gesundheit) startet Anfang 2007.
- Neue Erkenntnisse aus der weltweiten Forschung über die gesundheitlichen Auswirkungen nichtionisierender Strahlung werden durch das Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Basel im Auftrag des BAFU laufend erfasst und bewertet. Ein aktueller Synthesebericht des BAFU über neue Ergebnisse seit 2003 ist für Mitte 2007 vorgesehen.
- Das BAFU hat die Vollzugs- und Messempfehlungen zur NISV im Bereich Mobilfunk in den letzten Jahren periodisch ergänzt und präzisiert und dabei Praxiserfahrungen und neue technische Entwicklungen berücksichtigt. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Ein nächster Revisionsschritt ist für das Jahr 2007 vorgesehen.
- Die Untersuchung der ETH über Wertverluste von Immobilien durch nahe gelegene Mobilfunksendeanlagen ist abgeschlossen. Der Schlussbericht kann 2007 publiziert werden.

Kapitel II
An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die nach zwei Jahren noch nicht erfüllt sind

Bundeskanzlei

Keine.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

2000 P 98.3396 Zusatzprotokoll von 1952 zur EMRK. Ratifikation (N 18.12.98, Baumberger; S 9.3.00)

Anlässlich der Behandlung der Motion Baumberger (schliesslich als Postulat der beiden Kammern überwiesen) hat der Bundesrat erklärt, dass er die Ratifikation des ersten Zusatzprotokolls zur EMRK (nachfolgend ZP I) dem Parlament erst nach Anhörung der interessierten Kreise und unter der Bedingung der Zustimmung der Kantone beantragen werde. Daher wurde 2000–2001 ein Bericht über die Vereinbarkeit des Schweizer Rechts mit den aus der Konvention erwachsenden Verpflichtungen in eine informelle Ämterkonsultation geschickt. Da die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte die Eigentums-garantie gemäss Artikel 1 ZP I zunehmend auf Sozialleistungen ausgedehnt hat, wurde ein Quervergleich des ZP I mit den Bestimmungen der Europäischen Sozialcharta erforderlich. Um die Arbeiten zu Artikel 2 und 3 (Recht auf Bildung und Recht auf freie und geheime Wahlen) voranzutreiben, wurde den Kantonen Ende 2002 ein Zwischenbericht über die Vereinbarkeit unserer Rechtsordnung mit den Anforderungen dieser Bestimmungen vorgelegt. Während den letzten beiden Jahren wurde ein umfassender Bericht erstellt, welcher einerseits die Ergebnisse der Konsultation der Kantone betreffend Artikel 2 und 3, andererseits eine vertiefte Analyse der Vereinbarkeit des Schweizer Rechts mit Artikel 1 enthält, unter Berücksichtigung der wesentlichen und ständigen Entwicklungen der europäischen Rechtsprechung sowie des Schweizer Rechts. Zu diesem Bericht wurde im Frühjahr 2005 eine Ämterkonsultation durchgeführt. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Schweiz das ZP I nur mit einer ganzen Reihe von Vorbehalten ratifizieren könnte. Aufgrund der weiterhin fortschreitenden Entwicklung der Rechtsprechung des Gerichtshofes auf diesem Gebiet, wurde der Bericht dieses Jahr nochmals aktualisiert, um eine möglichst umfassende Grundlage für eine Entscheidungsfindung zu haben. Im Verlauf des Jahres 2007 wird eine fachtechnische Konsultation der Kantone durchgeführt werden.

2002 P 02.3394 Eidgenössische Kommission für Menschenrechte (S 3.10.02, Aussenpolitische Kommission SR 01.463)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, einen Bericht über die mögliche Schaffung einer eidgenössischen Kommission für Menschenrechte zu erstellen. Ein vom EDA in Auftrag gegebenes Expertengutachten mit Optionen einer solchen Kommission liegt vor und wurde in eine breite Konsultation gegeben. 2005 wurden drei Optionen vertieft und innerhalb wie ausserhalb der Bundesverwaltung diskutiert und Nichtregierungsorganisationen haben an einer Tagung das Modell eines Fachinstituts präsentiert. 2006 hat eine offizielle Ämterkonsultation zu den verschiedenen Optionen stattgefunden, aufgrund derer Ergebnisse der verlangte Bericht im Laufe des Jahres 2007 vorgelegt werden soll.

2002 P 02.3591 Konditionalität (N 13.12.02, Leuthard)

Der Bundesrat hat in seinem letzten Bericht über Motionen und Postulate erklärt, er sei nicht in der Lage, einen Bericht über die Erfahrungen der Bundesverwaltung mit der geänderten Praxis in Bezug auf die politische Konditionalität in den Aussenbeziehungen der Schweiz bei der Aushandlung internationaler Verträge zu erstellen, da bei den entsprechenden Konsultationen der Ämter lediglich eine sehr beschränkte Anzahl von Stellungnahmen eingegangen war. Diese Situation hat sich nicht geändert, denn es wurden nur wenige internationale Verträge mit Ländern verhandelt, bei denen die Einführung einer solchen Klausel in den Vertragstext notwendig gewesen wäre. Deshalb verfügt der Bundesrat immer noch nicht über genügend Angaben, um einen Bericht verfassen zu können.

2002 P 02.3625 Globale öffentliche Güter. Bericht (N 13.12.02, Gadiant)

Ein erster Berichtsentwurf liegt vor. In Abstimmung mit dem Bericht der Internationalen Task Force «Global Public Goods», welcher Anfang November 2006 erschienen ist, werden noch Anpassungen vorgenommen. Der Bundesrat wird den Bericht in Erfüllung des Postulats Gadiant voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2007 verabschieden.

2003 P 03.3178 Friedensförderung und Konfliktbearbeitung (S 30.9.03, Sicherheitspolitische Kommission des SR 02.076)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, die politische Führung und Koordination der zivilen Friedensförderung und Konfliktbearbeitung des Bundes Departements übergreifend zu strukturieren. Das EDA hat in den vergangenen Jahren gemeinsam mit den betroffenen Bundesstellen funktionierende Koordinationsmechanismen in diesem Bereich geschaffen. Der Bundesrat beabsichtigt, im Rahmen der Botschaft zum neuen Rahmenkredit für zivile Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte, welche dem Parlament im Laufe des Jahres 2007 übermittelt werden soll, eine Gesamtschau aller Aktivitäten in diesem Bereich vorzulegen und die Mechanismen zur Führung und Koordination umfassend darzulegen.

2004 M 02.3786 Unverzügliche Ratifikation der Internationalen Seerechtskonvention (N 9.3.04, Wyss; S 15.12.04)

Das UNO-Seerechtsübereinkommen konnte wegen der Wahrnehmung anderer Prioritäten im maritimen Recht (Seearbeitsübereinkommen 2006 der Internationalen Arbeitsorganisation; Ergänzungsprotokolle der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation zum Übereinkommen gegen Terrorismusakte zur See) dem Parlament noch nicht vorgelegt werden. Der Botschaftsentwurf zur Ratifikation des UNO-Seerechtsübereinkommens ist zwar bereit. Im Zusammenhang mit den zu leistenden Pflichtbeiträgen der Schweiz an die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof sind indessen noch Abklärungen nötig.

2004 P 04.3571 Die Fünfte Schweiz als Verbindung zur Welt (S 15.12.04, Lombardi)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen Gesamtbericht zu erstellen über die Bedeutung der Fünften Schweiz und die Rolle, die ihr der Bund in seinen Auslandbeziehungen beimisst. Dazu soll er eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag geben über die wirtschaftlichen Vorteile, welche die Schweiz aus der Präsenz und der Tätigkeit von Schweizer Staatsangehörigen auf der ganzen Welt zieht, und über die Beziehungen, welche diese zu ihrer Heimat unterhalten. Auf der Grundlage dieses Berichts und dieser Untersuchung soll der Bundesrat prüfen, wie die finanzielle Unterstützung der Präsenz von Schweizer Staatsangehörigen im Ausland verbessert werden könnte.

Die geforderte wissenschaftliche Untersuchung ist nach verwaltungsinternen Vorabklärungen dem Meinungsforschungsinstitut gfs.bern anfangs 2006 in Auftrag gegeben worden. Im Rahmen dieser Untersuchung wurde im Frühjahr 2006 eine Erhebung bei allen Schweizer Auslandvertretungen durchgeführt. Der entsprechende Schlussbericht wurde im Sommer 2006 erstellt. Auf der Grundlage dieses Schlussberichts wird nun der im Postulat Lombardi geforderte Gesamtbericht über die Bedeutung der Fünften Schweiz und die Rolle, die ihr der Bund in seinen Auslandbeziehungen beimisst, ausgearbeitet. Der Gesamtbericht wiederum wird Grundlage sein für die geforderte Prüfung, wie die finanzielle Unterstützung der Präsenz von Schweizer Staatsangehörigen im Ausland verbessert werden könnte. Diese Arbeiten sollen in der ersten Hälfte 2007 abgeschlossen werden. Der entsprechende Bericht soll dem Bundesrat in der zweiten Hälfte 2007 vorgelegt werden.

Departement des Innern

Bundesamt für Kultur

2000 P 99.3507 Musikförderung durch den Bund (N 24.3.00, Gysin Remo)

Das Postulat verlangt die Prüfung von Massnahmen zur Musikförderung durch den Bund. Der Bericht «Musikalische Bildung in der Schweiz» wurde vom Bundesrat am 10. Juni 2005 verabschiedet. Er beantragte deshalb im Rahmen des Berichts über Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2005 die Abschreibung des Postulats. Auf Antrag der WBK-N hat der Nationalrat am 23. Juni 2006 aber beschlossen, mit der Abschreibung dieses Vorstosses bis zu dessen Umsetzung im Rahmen des Kulturförderungsgesetzes zuzuwarten. Es ist vorgesehen, den eidgenössischen Räten im ersten Halbjahr 2007 die Botschaft zu einem Kulturförderungsgesetz des Bundes zu überweisen. Die Botschaft wird Ausführungen zur Umsetzung der im Bericht «Musikalische Bildung in der Schweiz» aufgezeigten Massnahmen enthalten.

2000 P 00.3094 Internationale Messe für Buch und Presse in Genf. Unterstützung durch den Bund (N 23.6.00, Neirynek)

Das BAK verfügt zurzeit weder über die Rechtsgrundlagen noch über die Finanzmittel, um die Genfer Buchmesse regelmässig zu unterstützen. Der regelmässige Beitrag an das Buch- und Verlagswesen beschränkt sich auf eine jährliche Finanzhilfe für die Teilnahme an Messen im Ausland. Die Genfer Buchmesse wurde demgegenüber seit 1998 mit punktuellen Beiträgen aus dem Prägegewinn in der Gesamthöhe von 0.8 Millionen Franken unterstützt. Im Rahmen der Arbeiten für die Umsetzung von Artikel 69 BV (Erlass eines Kulturförderungsgesetzes) wird die Möglichkeit einer Unterstützung geprüft.

2000 M 00.3193 Massnahmen zur eidgenössischen Verständigung (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016, S 3.10.00; Abschreibung beantragt BBI 2006 8977)

Diese Motion ist mit dem Bericht der WBK-N vom 15. September 2006 zur parlamentarischen Initiative Levrat (04.429, Sprachengesetz) zur Abschreibung beantragt worden.

2000 P 00.3466 Funktionaler Analphabetismus. Bericht (N 15.12.00, Widmer)

Im Postulat wurde der Bundesrat aufgefordert, einen Bericht über den Illettrismus zu verfassen und Massnahmen zu dessen Bekämpfung zu ergreifen. Der erste Punkt ist mit der Publikation des Trendberichts bereits im Jahr 2002 realisiert worden. Im Jahr 2004 hat das BAK zudem mit den wichtigsten Partnern – weiteren Bundesstellen, Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Nichtregierungsorganisationen – ein Netzwerk zur Prävention und Bekämpfung des Illettrismus aufgebaut. Dieses entwickelt Massnahmen in zwei Richtungen: Zum einen soll der Austausch zwischen den mit dem Thema befassten Stellen und Organisationen vertieft werden; dazu wurde Ende 2004 ein gemeinsames Internetportal lanciert (www.lesenlireleggere.ch) und es werden interdisziplinäre Kolloquien durchgeführt. Das erste fand im Juni 2005 statt, ein zweites 2006 und ein drittes ist für 2007 geplant. Zum andern sind die notwendigen Massnahmen ergriffen worden, um die Qualität des Bildungsangebots im Bereich der Bekämpfung des Illettrismus schrittweise zu erhöhen (Ausbildung der Auszubildenden). Das BAK wird im Jahr 2007 Bilanz über die verschiedenen Projekte ziehen.

2001 M 00.3034 Unterstützung der mehrsprachigen Kantone (N 13.6.00, Jutzet, S 20.3.01; Abschreibung beantragt BBI 2006 8977)

Diese Motion ist mit dem Bericht der WBK-N vom 15. September 2006 zur parlamentarischen Initiative Levrat (04.429, Sprachengesetz) zur Abschreibung beantragt worden.

2001 P 01.3385 Buchpreisbindung (N 5.10.01, Widmer)

Gemäss Artikel 8 des Kartellgesetzes kann der Bundesrat Preisabsprachen zulassen, wenn sie in Ausnahmefällen notwendig sind, um überwiegende öffentliche Interessen zu verwirklichen. Mit dem Postulat wurde der Bundesrat aufgefordert, bei der Buchpreisbindung von diesem Recht Gebrauch zu machen. Die Rekurskommission für Wettbewerbsfragen hat 2001 entschieden, die Preisbindung für deutschsprachige Bücher verstosse gegen das Kartellgesetz, und bestätigte damit den Entscheid der Wettbewerbskommission aus dem Jahr 1999. Aufgrund einer Verwaltungsgerichtsbeschwerde des Schweizerischen Buchhändler- und Verleger-Verbandes (SBVV) hat das Bundesgericht im Jahr 2002 die Sache zur neuen Beurteilung an die Wettbewerbskommission zurückgewiesen. Gegen die abschlägigen Entscheide der Wettbewerbskommission vom März 2005 bzw. der Rekurskommission vom Juli 2005 hat der SBVV rekuriert. Da das Bundesgericht diesen Rekurs im September 2005 aufschiebende Wirkung zuerkannt hat, ist die Rechtslage nach wie vor ungeklärt. Auf Grund der parlamentarischen Initiative Maitre (04.430) bereitet die WAK-N einen Gesetzesentwurf über die Regulierung der Bücherpreise vor. Zu diesem Zweck hat der Nationalrat mit Beschluss vom 20. Dezember 2006 die Frist für die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs um zwei Jahre verlängert.

2001 P 01.3482 Jugend und Musik (N 14.12.01, Meier-Schatz)

vgl. P 99.3507

2001 P 01.3431 Bundesunterstützung der Genfer Buchmesse (N 14.12.01, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

vgl. P 00.3094

2002 P 00.3321 Reform der Pro Helvetia (N 18.3.02, Zbinden)

Das Postulat verlangte eine Totalrevision des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1965 betreffend die Stiftung Pro Helvetia sowie eine Neugliederung der Struktur und Organisation der Stiftung. Das EDI und der Bundesrat kamen im Jahr 2000 in einer Gesamtwürdigung der Situation zum Schluss, dass eine derart grundlegende Neuausrichtung zu lange dauern würde und vielmehr rasche Verbesserungen angestrebt werden sollten. Die Stiftung wurde deshalb angehalten, in einem ersten Schritt eine Lösung innerhalb des bestehenden gesetzlichen Rahmens herbeizuführen. Dies wurde Ende 2001 mit dem Erlass einer neuen Geschäftsordnung und einer neuen Beitragsverordnung realisiert. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat am 10. Juni 2005 die Vernehmlassung zu einem totalrevidierten Bundesgesetz betreffend die Stiftung Pro Helvetia eröffnet. Die Vernehmlassung dauerte bis Ende

Oktober 2005. Es ist vorgesehen, den eidgenössischen Räten im ersten Halbjahr 2007 die Botschaft zu einer Totalrevision des Bundesgesetzes betreffend die Stiftung Pro Helvetia zu überweisen.

2002 P 00.3497 Einheitliche Bücherpreise (N 18.3.02, Zisyadis)

vgl. P 01.3385

2002 P 02.3276 Sicherung der Existenz und des Auftrages des Schweizerischen Alpen Museums (S 19.9.02, Maissen)

Das Postulat verlangte zu prüfen, wie das Schweizerische Alpine Museum im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zu Artikel 69 BV als Museum von nationaler Bedeutung weitergeführt und unterstützt werden kann; dabei soll der Bund die Federführung für die dauerhafte Existenzsicherung übernehmen. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat dem Schweizerischen Alpen Museum für die Jahre 2005 bis 2007 die bisherigen Betriebsbeiträge in Aussicht gestellt; dies im Sinne einer Überbrückungslösung und unter dem Vorbehalt allfälliger weiterer Kürzungsvorgaben zu Lasten des BAFU. Im Rahmen der laufenden Arbeiten zur Umsetzung von Artikel 69 BV (Erlass eines Kulturförderungsgesetzes) und zu einem Bundesgesetz über die Museen und Sammlungen des Bundes wird derzeit geprüft, welche Museen der Bund in Zukunft finanziell unterstützen soll.

2003 P 02.3068 Schweizerisches Landesmuseum. Leistungsauftrag an das Verkehrshaus der Schweiz (N 5.6.03, Widmer; S 16.12.03)

Das Postulat verlangte im Wesentlichen zu prüfen, ob das Verkehrshaus der Schweiz (VHS) in die MUSEE-SUISSE-Gruppe (MSG) einzubeziehen sei. In seiner Botschaft vom 29. November 2002 zum Bundesgesetz über die Stiftung Schweizerisches Landesmuseum hat der Bundesrat vorgeschlagen, auf eine Integration des VHS in die MSG zu verzichten. In der Wintersession 2005 hat der Ständerat die Rückweisung der Botschaft beschlossen. Mit der Rückweisung ist der Auftrag verbunden, erneut zu prüfen, welche Institutionen die MSG umfassen soll. Der Bundesrat wird den eidgenössischen Räten im Jahre 2007 eine Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Museen und Sammlungen des Bundes unterbreiten.

2004 P 04.3343 Kulturförderungsgesetz (S 21.9.04, Bieri)

Das Postulat ersucht den Bundesrat, im Rahmen der Erarbeitung der Botschaft zum Kulturförderungsgesetz folgende Themen vertieft zu prüfen und die Erkenntnisse im neuen Gesetz einfließen zu lassen: Evaluation der bisherigen Kulturförderungsmassnahmen des Bundes; Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen sowie den Gemeinden; inhaltliche Schweregewichtsbildung mit vierjähriger finanzieller Steuerung; effizientere Kulturförderung durch institutionelle Reorganisationen und Aufbrechen gewachsener Strukturen; Förderung der Musikausbildung. Es ist vorgesehen, den eidgenössischen Räten im ersten Halbjahr 2007 die Botschaft zu einem Kulturförderungsgesetz des Bundes zu überweisen. Die im Postulat angesprochenen Themen werden in der Botschaft behandelt.

Bundesamt für Gesundheit

1998 P 98.3025 Kommission zur Untersuchung schwerer medizinischer Zwischenfälle (N 9.10.98, Günter)

Verschiedene Partner aus dem Gesundheitswesen haben sich im Frühjahr 2002 bereit erklärt, zusammen mit dem Bund (BSV und BAG) als Stifter einer Stiftung Patientensicherheit aufzutreten. Der Stiftungszweck liegt in der Entwicklung und Förderung der Patientensicherheit sowie in der Betreuung der durch medizinische Handlungen geschädigten Patienten und in der Unterstützung des Personals. Im Rahmen dieser Stiftung sollen die notwendigen Strukturen geschaffen werden, um die interessierten Partner in die Umsetzung der nächsten Schritte einzubinden und eine minimale Struktur für den Aufbau der notwendigen finanziellen Basis zu schaffen. Die Stiftungsgründung erfolgte im Dezember 2003. Die finanzielle Basis konnte im Jahr 2005 durch die Einbindung der Hälfte der Kantone gesichert werden. Im Rahmen des im Businessplan vorgesehenen Teilprogramms «Mel- dung und Analyse kritischer Zwischenfälle» wurde eine Methodik zur systematischen Analyse schwerer Zwischenfälle entwickelt.

2000 M 98.3543 Schaffung eines Bundesgesetzes betreffend medizinische Forschung am Menschen (S 16.3.99, Plattner; N 21.3.00)

Das Vernehmlassungsverfahren zu einem Entwurf des Verfassungsartikels und zum Bundesgesetz über die Forschung am Menschen wurde von Februar bis Mai 2006 durchgeführt. Der Bundesrat wird den Bericht über das Ergebnis der Vernehmlassung anfangs 2007 genehmigen. Zu diesem Zeitpunkt sollen ebenfalls Entscheide über das weitere Vorgehen getroffen werden.

2000 P 00.3342 Finanzierung der Palliativbehandlung (N 6.10.00, Rossini) – vormals BSV

Die Palliativpflege stellt ein wesentliches Element der Grundversorgung für Schwerkranke und Sterbende dar. Die Leistungen der Krankenpflege in diesem Bereich sind durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung zu decken. Das Thema der Pflegefinanzierung wurde im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zur zweiten KVG-Revision aufgegriffen. Die Räte waren sich einig, dass dem Thema der Pflegefinanzierung Dringlichkeit zukommt. Sie haben denn auch eine entsprechende Motion der vorbereitenden Kommission überwiesen (03.3597). In seiner Botschaft zum Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung (05.025) hat der Bundesrat das Thema der Palliativpflege im Zusammenhang mit der Neudefinition der Pflegeleistungen angesprochen. Der Ständerat als Erstrat hat die Vorlage am 19. September 2006 verabschiedet. Nach dem Vorschlag des Ständerates wird der Bundesrat die Pflegeleistungen bezeichnen und die Beiträge der obligatorischen Krankenversicherung im bisherigen Rahmen festlegen. Dieser Grundsatz bezieht sich auf die Pflegeleistungen im Allgemeinen, unter Einschluss der Palliativpflege. Es wird sich erst nach Verabschiedung der Vorlage durch die eidgenössischen Räte zeigen, welche Aspekte des Vorstosses dann noch umzusetzen sein werden.

2000 P 00.3435 Verbot der Tabakwerbung (N 15.12.00, Tillmanns)

Im Nationalen Programm zur Tabakprävention 2001–2005, das der Bundesrat am 5. Juni 2001 gutgeheissen und am 22. Juni 2005 bis Ende 2007 verlängert hat, ist bereits eine Prüfung von Einschränkungen der Tabakwerbung vorgesehen. In einem Entscheid vom 28. März 2002 hat das Bundesgericht bestätigt, dass der Kanton Genf die Tabakwerbung auf öffentlichem Grund und auf privatem Grund, soweit er vom öffentlichen Grund aus einsehbar ist, ohne Verletzung des Bundesrechts und der Wirtschafts-

freiheit verbieten darf. In vielen Kantonen wurde Tabakwerbung eingeschränkt, und in zwei kantonalen Volksabstimmungen wurde sie klar beschlossen (BL und SO).

Die 191 Mitgliedstaaten der WHO haben am 21. Mai 2003 das Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (Tabakrahenübereinkommen) verabschiedet, das auch Einschränkungen der Werbung, der Promotion und des Sponsorings für Tabakwaren vorsieht. Die Schweiz hat das Tabakrahenübereinkommen am 25. Juni 2004 unterzeichnet. In der EU ist Tabakwerbung im Fernsehen bereits seit 1989 verboten. Am 26. Mai 2003 hat die EG zudem eine Richtlinie über Werbung und Sponsoring von Tabakerzeugnissen verabschiedet (Richtlinie 2003/33/EG). Seit dem 1. August 2005 ist die Werbung in den Printmedien, im Radio sowie das Sponsoring von Veranstaltungen mit grenzüberschreitender Wirkung verboten. Der Bundesrat arbeitet an der Ratifizierung des Rahmenübereinkommens.

2001 M 00.3615 Titelschutz für Psychologieberufe (N 26.11.01, Triponez; S 19.3.01)

Die Vernehmlassung zum Vorentwurf für ein Psychologieberufegesetz ist abgeschlossen und der Vernehmlassungsbericht liegt vor. Die Ergebnisse der Vernehmlassung sind allerdings kontrovers und tragen nicht im erhofften Masse zur Klärung der offenen Fragen bei. Einerseits wird die Schaffung eines Bundesgesetzes mehrheitlich begrüsst, welches den Anliegen des Titelschutzes und der Qualitätssicherung der Weiterbildung in spezialisierten Bereichen der Psychologie (insbesondere psychologische Psychotherapie) gerecht wird sowie die Berufsausübung landesweit einheitlich regelt. Andererseits gibt es stark divergierende Positionen hinsichtlich des Zwecks, des Geltungsbereichs und der Regulierungsdichte. Es wird insbesondere deutlich, dass der Titelschutz die Wirtschaftsfreiheit einschränken und zu faktischen Berufsverboten führen kann. Der Bundesrat wird einen Entscheid zum weiteren Vorgehen in der ersten Jahreshälfte 2007 treffen.

2001 M 00.3646 Titelschutz für Psychologieberufe (S 19.3.01, Wicki; N 26.11.01)

vgl. M 00.3615

2001 P 01.3604 Einführung einer monistischen Spitalfinanzierung. Bericht (N 14.12.01, Zäch; Abschreibung beantragt BBI 2004 5551) – vormals BSV

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Spitalfinanzierung, 04.061).

2002 P 01.3397 Wirkung der Politik auf die Volksgesundheit (N 17.4.02, Rossini)

Das Leitbild multisektorale Gesundheitspolitik ist 2005 fertig gestellt worden. Im Jahre 2006 wurden Fallstudien durchgeführt um zu klären, wie das Leitbild durch das Instrument einer Gesundheitsbeurteilung umgesetzt werden kann. Das Resultat zeigte, dass dieses Instrument taugliche Resultate erbringt. Bevor der Weg für eine eigenständige Regelung dieses Gesundheitsbeurteilungsinstrumentes eingeschlagen wird, wird 2007 der Einbau einer Gesundheitsbeurteilung in die vorgesehene Nachhaltigkeitsbeurteilung (zuständig hierfür ist das ARE) geprüft. Dieser Einbau hätte den Vorteil, dass für einzelne Vorhaben nicht mehrere, von einander unabhängige Beurteilungsinstrumente eingesetzt werden müssten.

2002 P 00.3368 Selbstständigerwerbende. Freiwillige Versicherung ausserhalb der Suva (N 6.6.02, Borer) – vormals BSV

Die Frage, ob sich Selbstständigerwerbende und deren Familienangehörige aus einer Branche, die dem SUVA-Bereich angehört, bei einem anderen Versicherer ihrer Wahl nach Artikel 68 UVG freiwillig versichern können, wird im Rahmen der gegenwärtigen UVG-Revision überprüft.

2002 P 00.3544 Unfallversicherung. Aufhebung des Monopols der Suva (N 6.6.02, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei) – vormals BSV

Die Aufhebung der für zahlreiche Branchen bestehenden Pflicht, die obligatorische Unfallversicherung der Arbeitnehmenden bei der SUVA abzuschliessen, wird im Rahmen der gegenwärtigen UVG-Revision überprüft.

2002 P 02.3177 Prüfung der Wirkungen von TarMed (S 18.6.02, Geschäftsprüfungskommission SR) – vormals BSV

Im Dezember 2003 wurde das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich mit der Erarbeitung der Studie «Vorbereitung einer Evaluation zu Einführung und Wirkungen von TARMED» beauftragt. Der Bericht des Institutes liegt vor und wurde 2005 im Rahmen des Forschungsprogramms KVG publiziert. Der Bericht enthält neben einem Evaluationskonzept eine erste Bestandesaufnahme über die Einführung des TARMED.

In der Bestandesaufnahme halten die Autoren fest, dass seit der Einführung von TARMED die Mengen und Kosten der erbrachten ärztlichen Leistungen (soweit sich das bisher ansatzweise feststellen lasse) signifikant gestiegen seien. Die bisherigen Korrekturen der Taxpunktwerte durch das Kostenneutralitätsbüro liessen hingegen erwarten, dass die Kosten nach unten korrigiert werden. Die Gründe für die beobachtete Mengenzunahme könnten erst mit genügender zeitlicher Distanz und konsolidierten Daten analysiert werden.

Die eigentliche – als zweiter Schritt vorgesehene – Evaluation war seit Anbeginn für das Jahr 2006 oder allenfalls 2007 geplant, da erst zu diesem Zeitpunkt genügend Daten über die TARMED-Einführung vorhanden sind. Unter dem Vorbehalt, dass die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen, könnte das Projekt im Jahr 2007 ausgelöst werden. Ergebnisse wären frühestens gegen Ende 2007 zu erwarten.

2002 P 00.3536 Patientenfonds (N 30.9.02, Gross Jost) – vormals BSV

Die Errichtung eines Patientenfonds durch die Leistungserbringer und Versicherer ist bis heute nicht erfolgt. Über einen Vorentwurf zur Revision des Haftpflichtrechts wurde in den Jahren 2000/2001 eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Vorschläge bezüglich Verschärfung der Haftung für Hilfspersonen sowie jene zu Beweiserleichterungen waren umstritten. Der Bundesrat hat beschlossen, die Revision des Haftpflichtrechts nicht in das Gesetzgebungsprogramm 2003–2007 aufzunehmen. Es wird somit in absehbarer Zeit keine neuen Vorschläge bezüglich Arzt- und Spitalhaftung geben. Obschon die neu gegründete Stiftung für Patientensicherheit Anstrengungen in Richtung niederschwelliger Kompensationsmöglichkeiten im Interesse der betroffenen

Patienten und im Interesse der Verbesserung des Umgangs mit Fehlern begrüsst, ist davon auszugehen, dass sie sich in ihrer Aufbauphase nicht federführend mit diesem Anliegen beschäftigen können.

2002 P 01.3049 Spitzenmedizin. Abbau von Überkapazitäten durch Lizenzen (N 30.9.02, Zäch; Abschreibung beantragt BBl 2004 5551) – vormals BSV

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Spitalfinanzierung, 04.061).

2002 P 02.3135 Förderung der Ernährungsinformation, -erziehung und -ausbildung (N 30.9.02, Gutzwiller)

Die Budgetkürzungen im Präventionsbereich haben es bisher nicht erlaubt, Massnahmen über das Bisherige hinaus (wie das noch laufende Programm Suisse Balance zur Förderung eines gesunden Körpergewichtes) zu finanzieren. Das BAG ist zurzeit mit der Ausarbeitung einer «Nationalen Strategie Ernährung, Bewegung und Gesundheit 2008–2012» beschäftigt, in welcher die Punkte 1 und 2 des Postulats teilweise aufgegriffen werden. Der Bundesrat wird die Strategie im Jahr 2007 verabschieden.

2002 P 02.3446 Ärztestopp. Wissenschaftliche Begleitung des Experiments (N 13.12.02, Freisinnig-demokratische Fraktion; Abschreibung beantragt BBl 2004 4293) – vormals BSV

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Vertragsfreiheit, 04.032).

2002 P 02.3383 Besondere Nachbetreuung von Wöchnerinnen (N 13.12.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.2009 [Minderheit Goll]) – vormals BSV

Mangels Ressourcen konnte der Bericht noch nicht in Angriff genommen werden. Hingegen werden im Rahmen der Entwicklung einer «Nationalen Strategie Ernährung, Bewegung und Gesundheit 2008–2012» Neugeborene und Kinder sowie auch deren Eltern als eine wichtige Zielgruppe definiert. Es ist vorgesehen, dem Bundesrat die nationale Strategie im Jahre 2007 zur Verabschiedung vorzulegen. Mittels Begleitforschung und Monitoring sollen dann im Bereich Ernährung und Bewegung die Schwerpunkte definiert und Massnahmen für die entsprechenden Zielgruppen festgelegt werden.

2003 P 02.3674 Monistische Finanzierung der Krankenversicherung. Bericht (N 21.3.03, Zisyadis; Abschreibung beantragt BBl 2004 5551) – vormals BSV

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Spitalfinanzierung, 04.061).

2003 P 02.3750 Modelle für die Spitalplanung (N 21.3.03, Rossini; Abschreibung beantragt BBl 2004 5551) – vormals BSV

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Spitalfinanzierung, 04.061).

2003 P 02.3626 Transparenz und Kohärenz zwischen den verschiedenen Leistungen der Sozialversicherungen und dem KVG (N 20.6.03, Loepfe; Abschreibung beantragt BBl 2005 2033) – vormals BSV

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zum Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung (05.025).

2003 P 03.3042 Bildung von Versorgungsregionen für die stationäre Behandlung gemäss KVG. Prüfung durch den Bundesrat (N 20.6.03, Wirz-von Planta; Abschreibung beantragt BBl 2004 5551) – vormals BSV

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Spitalfinanzierung, 04.061).

2003 P 03.3046 Kosten sparen durch Harmonisierung von Unfall- und Krankenversicherung (N 20.6.03, Zäch) – vormals BSV

Das Anliegen wird im Rahmen der gegenwärtigen UVG-Revision überprüft.

2003 P 03.3236 Prospektivstudie zur medizinischen Demographie (N 18.6.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079) – vormals BSV

Im Auftrag des BAG und der Kantone hat das Schweizerische Gesundheitsobservatorium im Frühjahr 2005 mit der Ausführung eines Projektauftrags zur Erarbeitung einer Studie zur medizinischen Demographie begonnen. Das Projekt enthält die Module «Angebot» und «Inanspruchnahme». In jedem Modul werden in mehreren Etappen unterschiedliche Fragestellungen studiert. Fernziel ist das Ableiten von Perspektiven zum Angebot von und zur Nachfrage nach Leistungserbringern in verschiedenen medizinischen Bereichen.

Die Arbeiten einer ersten Projektetappe, in deren Rahmen das Angebot an Ärztinnen und Ärzten in freier Praxis sowie die Inanspruchnahme von ambulanten ärztlichen Leistungen ermittelt und einer vertieften Analyse unterzogen wurden, sind abgeschlossen. Die Publikation der Resultate erfolgt im Frühjahr 2007. Zu diesem Zeitpunkt wird auch über die Weiterführung des Projektes entschieden.

2003 M 03.3007 Forschung am Menschen. Verfassungsgrundlage (S 12.3.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR 02.083; N 18.9.03)

Vgl. auch M 98.3543. Die Vernehmlassung ist von Februar bis Mai 2006 durchgeführt worden. Der Bundesrat wird den Bericht über das Ergebnis der Vernehmlassung anfangs 2007 genehmigen.

2003 P 03.3302 Zöliakie. Behebung der Deckungsmängel (N 3.10.03, Robbiani) – vormals BSV

Der Bundesrat hat in seiner Antwort zu diesem Vorstoss seine Bereitschaft erklärt, die Frage der Deckungsmängel beim Übergang von der Invaliden- zur Krankenversicherung nach Vollendung des 20. Lebensjahres zu prüfen. Das BAG hat eine Delegation der Schweizerischen Interessengemeinschaft für Zöliakie unter Nationalrat Favre empfangen und die verschiedenen Möglichkeiten zur Behebung dieser Deckungsmängel dargelegt (Invalidenversicherung, Krankenversicherung, steuerliche Entlastungen). Da sich auf Seiten der Krankenversicherung unter den heutigen gesetzlichen Rahmenbedingungen keine Lösung anbietet, hat die Schweizerische Interessengemeinschaft für Zöliakie ihre Absicht bekundet, insbesondere die Möglichkeiten auf Seiten der Invalidenversicherung vertieft zu prüfen.

2003 P 02.3087 Kleinere Medikamentenpackungen (N 8.12.03, Joder) – vormals BSV

Am 12. September 2005 haben sich das BAG und verschiedene Pharmaverbände auf ein Massnahmenpaket zur Senkung der Medikamentenkosten in der Höhe von 250 Millionen Franken geeinigt. In diesem Zusammenhang wurde auch die weiterführende Zusammenarbeit zwischen BAG und Pharmaindustrie in Bezug auf bestimmte Bereiche wie die Packungs- und Dosisrelation festgehalten. Der Bundesrat vertritt die Ansicht, dass in dieser Arbeitsgruppe auch die Problematik der therapiegerechten Verpackungsgrössen geprüft werden sollte. Gestützt auf den Schlussbericht der Arbeitsgruppe wird er prüfen, ob eine Anpassung der Aufnahmebedingungen in den entsprechenden Verordnungen angezeigt ist. Bereits heute wird in der Praxis bei der Aufnahme neuer Präparate streng darauf geachtet, dass zweckmässige Packungen angeboten werden.

2003 P 02.3643 Risikoausgleich. Hochkostenpool (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079) – vormals BSV

Mit dem Postulat der SGK-N (04.3440, Varianten zum Risikoausgleich) wurde der Bundesrat eingeladen, innert der Geltungsdauer des befristeten Risikoausgleichs nach Artikel 105 KVG neue Varianten zum Risikoausgleich zu prüfen. Anlässlich der Behandlung der Vorlage 04.061 (Spitalfinanzierung) in der SGK-S im Jahr 2005 wurden die Erweiterung der Kriterien für den Risikoausgleich und die Überführung des Risikoausgleichs in eine definitive Lösung über einen Antrag von Ständerätin Forster wieder aufgenommen. Ein Entwurf mit zwei neuen Kriterien betreffend den Gesundheitszustand wurde von der Kommission am 2. September 2005 in eine Vernehmlassung gegeben. Gestützt auf das Vernehmlassungsergebnis hat die Kommission am 1. Oktober 2005 eine Überarbeitung des Entwurfs beschlossen, welchen sie an ihrer Sitzung vom 23. Januar 2006 verabschiedet hat (mit nur einem neuen Kriterium, wobei dem Bundesrat die Kompetenz erteilt werden soll, ein weiteres Kriterium betreffend den Gesundheitszustand einzuführen). Der Ständerat hat in der Folge am 8. März 2006 der Neuerung zugestimmt. Die SGK-N hat anlässlich ihrer Sitzung vom 4. Mai 2006 ein Hearing zum Thema Risikoausgleich durchgeführt und wird die Beratungen 2007 fortsetzen. Unter diesen Gegebenheiten macht es keinen Sinn, dass der Bundesrat ausserhalb der Beratungen im Parlament eine Neuordnung des Risikoausgleichs prüft.

2003 P 02.3644 Bericht zur Vertragsfreiheit (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079; Abschreibung beantragt BBl 2004 4293) – vormals BSV

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Vertragsfreiheit, 04.032).

2003 P 02.3645 Bericht zu einem dual-fixen Modell (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079; Abschreibung beantragt BBl 2005 2033) – vormals BSV

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zum Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung (05.025).

2003 P 03.3424 Übernahme der angeborenen Krankheiten durch die Invalidenversicherung (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.307) – vormals BSV

Das Thema Kostenbeteiligung wurde im Rahmen der Botschaft zur Revision des KVG (Kostenbeteiligung, 04.034) wieder aufgenommen. Diese Vorlage sieht nebst einer Erhöhung des Selbstbehaltes auf 20 Prozent der die Franchise übersteigenden Kosten für Erwachsene unter Beibehaltung des jährlichen Höchstbetrages von 700 Franken auch die Möglichkeit vor, dass der Bundesrat für bestimmte Leistungen die Kostenbeteiligung herabsetzen oder aufheben kann. Während der Ständerat die Vorlage in diesem Sinne verabschiedet hat, hat sich die SGK-N für einen Aufschub der Beratungen bis zur Behandlung der Managed-Care-Vorlage (04.062) entschieden. Diese wird von der nationalrätlichen Kommission im Jahre 2007 behandelt.

2003 P 03.3425 Kostenbeteiligung bei Geburtsgebrechen und schweren oder chronischen Erkrankungen (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.307 [Minderheit Gross Jost]) – vormals BSV

vgl. P 03.3424

2003 P 03.3520 Unfallversicherungsgesetz. Änderung (N 19.12.03, Bortoluzzi) – vormals BSV

Das Anliegen wird im Rahmen der gegenwärtigen UVG-Revision überprüft.

2004 M 02.3170 Planung der Spitzenmedizin (S 19.9.02, Frick; N 1.3.04; Abschreibung beantragt BBl 2004 5551)

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Spitalfinanzierung, 04.061).

2004 P 04.3000 KVG. Lücken und Unstimmigkeiten bei Taggeldern (N 17.3.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 03.301)

Aufgrund einer anderen Prioritätensetzung im Bereich der Gesetzgebung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung konnte diese Thematik noch nicht in Angriff genommen werden.

2004 P 02.3122 Überprüfung des Leistungskatalogs (S 19.9.02, Stähelin; N 1.3.04)

Die von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung übernommenen Leistungen (Leistungskatalog) werden nach Artikel 32 Absatz 2 KVG periodisch überprüft. Dabei wurden 2006 die Voraussetzungen für die Kostenübernahme der ärztlichen Psychotherapie überprüft und revidiert.

2004 M 03.3597 Neuordnung der Pflegefinanzierung (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079, S 3.6.04; Abschreibung beantragt BBl 2005 2033)

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zum Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung (05.025).

2004 P 02.3641 Allein stehende Personen in Artikel 104 KVV (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079; S 3.6.04)

Der Ständerat folgte am 6. Juni 2006 dem Antrag des Bundesrates, das Postulat abzuschreiben. Der Nationalrat lehnte diesen Antrag am 23. Juni 2006 ab.

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die Verordnung über die Krankenversicherung zu ändern, um die Benachteiligung der allein stehenden Personen bezüglich Kostenbeteiligung bei Spitalaufenthalt zu beseitigen. Das KVG schreibt allerdings vor, dass die Versicherten einen nach der finanziellen Belastung der Familie abgestuften Beitrag an die Kosten des Aufenthalts im Spital leisten. Das Anliegen des Postulats lässt sich deshalb auf Verordnungsstufe kaum zweckmässig regeln.

Zurzeit behandelt das Parlament eine Botschaft zur Änderung des KVG betreffend Kostenbeteiligung (04.034). Dabei kann es auch die Kostenbeteiligung bei Spitalaufenthalt neu regeln. Solange diese Vorlage beim Parlament hängig ist, will der Bundesrat dieses Anliegen nicht auf Verordnungsstufe neu regeln, sondern wartet ab, ob das Parlament eine diesbezügliche Änderung des KVG beschliessen wird.

2004 P 02.3378 Unabhängige Stelle für Lebensmittelsicherheit (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 01.452; S 3.6.04)

Die Frage der Organisation der Lebensmittelsicherheit auf Stufe Bund wird zwischen den betroffenen Bundesstellen regelmässig diskutiert. Im Rahmen der Erfüllung der Motion 05.3228 der Spezialkommission NR 04.080 wurde ein Bericht verfasst, in welchem drei Reorganisationsvarianten untersucht werden. Der Bundesrat hat diesbezüglich entschieden, dass eine Variante, welche die Zusammenführung von Bundesamt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz (entsprechende Teile des BAG und des BLW) vorsieht, im Rahmen der laufenden Verwaltungsreform weiterverfolgt werden soll. Hierfür hat er das EVD und das EDI beauftragt, eine Projektgruppe aus Vertretern der betroffenen Verwaltungseinheiten einzusetzen. Diese hat die Planung und allfällige Realisierung an die Hand zu nehmen. Im Rahmen dieser Arbeiten werden auch die Anliegen der SGK-N betreffend Intensivierung der Bemühungen um den Gesundheitsschutz mitberücksichtigt werden.

2004 P 04.3436 Umsetzung der Integration der Militärversicherung in die Suva (S 21.9.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR 04.025) – vormals BAMV

Mit diesem Vorstoss will die SGK-S wissen, ob die Ziele der Integration erreicht worden sind. Die Integration der Militärversicherung in die SUVA wurde mit einem Rückstand auf die Planung effektiv erst auf den 1. Juli 2005 vollzogen. Laut der Vereinbarung zwischen Bund und SUVA gilt eine Übergangszeit von 3 Jahren. Der Bericht über die Zielerreichung kann also erst nach dieser Übergangszeit erstellt werden.

2004 P 04.3440 Varianten zum Risikoausgleich (N 6.10.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 04.031)

vgl. P 02.3643

2004 P 04.3509 Prämien der Nichtbetriebsunfallversicherung (N 17.12.04, Rime)

Das Anliegen wird im Rahmen der gegenwärtigen UVG-Revision überprüft.

2004 M 03.3239 Straffung der Beschwerdeverfahren zum KVG (S 17.6.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 10.3.04) – vormals EJPD/BJ

Im Rahmen der Beratung der Vorlage zur Revision des KVG im Bereich der Spitalfinanzierung (Botschaft 04.061 vom 15. September 2004, BBl 2004 5551) hat der Ständerat auf Vorschlag seiner vorberatenden Kommission am 8. März 2006 eine Neuregelung von Artikel 53 KVG verabschiedet, welche den Anliegen der Motion bezüglich Verfahrensstraffung Rechnung trägt. Die Diskussion der Vorlage in den Räten dauert derzeit noch an, weshalb noch kein konkretes Inkraftsetzungsdatum genannt werden kann.

Bundesamt für Statistik

2000 P 98.3286 Morbidität bei Krebs. Epidemiologische Daten (N 21.3.00, Cavalli)

Im Bericht «Zukunft der epidemiologischen Krebsforschung» aus dem Jahr 2002 wurden die Übernahme der zentralen Datenbank der Krebsregister sowie standardmässige Auswertungen durch das BFS vorgeschlagen. Dafür stehen jedoch nach wie vor keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Zurzeit werden weitere Möglichkeiten geprüft, um finanzielle Mittel für die Aufbereitung und epidemiologische Auswertung der Daten der Krebsregister durch das BFS verfügbar zu machen.

2000 P 97.3393 Behindertenstatistik (N 4.3.99, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR (95.418); S 15.3.00)

Das BFS hat einen Bericht über die Realisierbarkeit einer Statistik über Menschen mit Behinderung ausgearbeitet. Dieser wurde Ende Oktober 2006 bei den verschiedenen betroffenen Bundesämtern und Organisationen in die Vernehmlassung geschickt. Anhand der Vernehmlassung wird es möglich sein, die Prioritäten hinsichtlich einer regelmässigen Statistik über die Situation der Behinderten festzulegen. Darüber hinaus werden zurzeit Massnahmen zur Verbesserung der vorhandenen Datenbasen umgesetzt: Einerseits wurde das von Eurostat entwickelte minimale Datenset «Gesundheit» (MEHM für Minimum European Health Module) in mehrere Erhebungen aufgenommen, darunter die neue, jährliche SILC-Erhebung (Statistics on Income and Living Conditions) sowie die Erhebungen des Schweizer Haushalt-Panels. Andererseits werden die Anforderungen an eine Behindertenstatistik auch im Hinblick auf die Revision der BFS-internen Datenbanken diskutiert (Harmonisierung der Personen- und Haushaltserhebungen sowie neue Volkszählung).

2000 P 00.3546 Studie über Invalidität und Mortalität in der Berufswelt (N 15.12.00, Teuscher)

Die Vorschläge eines Expertenberichts zur Ergänzung bestehender oder geplanter Erhebungen aus dem Jahre 2003 sind insoweit umgesetzt worden, als das von Eurostat entwickelte minimale Datenset «Gesundheit» (MEHM für Minimum European Health Module) in die neue, jährliche SILC-Erhebung (Statistics on Income and Living Conditions) und die Erhebungen des Schweizer Haushalt-Panels aufgenommen wurde. In diesen Erhebungen werden gewisse Daten zur Arbeitssituation erfasst. Die neue Erhebung SILC wird ab 2007 jährlich durchgeführt. Zudem hat sich das Ressort Grundlagen Arbeit und Gesundheit des seco am «European Survey on Working Conditions (ESWC)» beteiligt, der alle fünf Jahre von der Dublin Foundation durchgeführt wird. Das Schweizerische Gesundheitsobservatorium hat 2005 den vom seco und der Nationalen Gesundheitspolitik Schweiz finanzierten Bericht «Arbeit und Gesundheit in der Schweiz. Surveybasiertes Monitoring der Arbeitsbedingungen und des Gesundheitszustandes der Schweizer Erwerbsbevölkerung» publiziert. Aufgrund der darin enthaltenen Vorschläge sind unter anderem in die Schweizerische Gesundheitsbefragung zusätzliche Fragen über den Bereich Arbeit und Gesundheit aufgenommen worden. Damit wird die Datenbasis für das entsprechende Monitoring weiter verbessert.

2002 P 01.3733 Statistik über familienergänzende Betreuungsverhältnisse (N 22.3.02, Fehr Jacqueline)

Da das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen und deren Trägerschaften sehr vielfältig ist, kann ein Überblick über die Zahl und die Form der familienergänzenden Betreuungsverhältnisse nicht mit einer einzigen Statistik befriedigt werden. Zudem liegen die meisten Kompetenzen bezüglich dem Betreuungsangebot auf Seiten der Gemeinden und Kantone.

Auf der Angebotsseite liegen Resultate vom BFS zur Anzahl Kinderkrippen und Horten nach Kantonen sowie zu den Beschäftigten aus der Betriebszählung vor. Die Schulstatistik liefert umfassende Daten zur Vorschule für die gesamte Schweiz und für die Kantone. Im Rahmen des Impulsprogramms des Bundes zur Schaffung neuer Krippenplätze hat das BSV eine erste Evaluation erarbeitet: «Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung: Bilanz nach drei Jahren», BSV 2006.

In der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung werden jährlich Angaben zur Inanspruchnahme von familienergänzender Kinderbetreuung erhoben; 2005 wurde ein Modul zum Thema «Vereinbarkeit von Beruf und Familie» an die Kernerhebung angehängt, welches Informationen zur Art der fehlenden Betreuungsmöglichkeiten liefert. Die neue Erhebung SILC (Statistics on Income and Living Conditions) kann ab 2007 jährlich differenziertere Daten nach Alter der familienextern betreuten Kinder kombiniert mit der Betreuungsdauer und der Betreuungseinrichtung liefern (Resultate ab 2008). Zur Höhe der Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung liegen Daten aus der Einkommens- und Verbrauchserhebung vor; ab 2006 auch Angaben zu allfälligen Vergünstigungen (Resultate 2008).

Das BFS wird im Rahmen des neuen Systems der Haushalts- und Personenstatistiken prüfen, ob noch verbleibende Informationsdefizite mit einem vertretbaren Aufwand behoben werden können.

Die verfügbaren Daten zur familienexternen Kinderbetreuung werden bei der Aktualisierung des statistischen Teils des Familienberichtes 2004 vom BFS aufgearbeitet und 2008 publiziert. Das BFS erarbeitet nach Vorliegen der erwähnten statistischen Resultate (2008) einen Evaluationsbericht im Sinne einer Machbarkeitsstudie für eine umfassende Statistik über familienergänzende Betreuungsverhältnisse.

2002 P 01.3788 Legislatur. «Sozialbericht» (N 22.3.02, Rossini)

Das BFS hat im Rahmen des Mehrjahresprogramms 2003–2007 erste konzeptuelle Vorarbeiten zum Projekt «Berichterstattung zum System der Sozialen Sicherheit» in Angriff genommen. Es konzentriert sich zurzeit auf die Bereitstellung der Grunddaten für eine Berichterstattung. Im Zentrum steht dabei die Erhebung SILC (Statistics on Income and Living Conditions), die 2007 eine erste Befragungswelle durchführen wird. Für 2009 ist vorgesehen, das Modul Altersvorsorge und Familienleistungen zu integrieren. Weitere Datenquellen sind die geplante Neurentnerstatistik (ab 2008/2009) sowie die bereits bestehende Sozialhilfestatistik und Pensionskassenstatistik. Eine wichtige Grundlage bildet zudem der sich im Aufbau befindende Bereich der Einkommensanalyse. Bereits realisiert ist das Modul Soziale Sicherheit zur Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2002 und 2005. Dieses Modul bietet eine wichtige Grundlage für den Bereich der Altersvorsorge und der Working Poor. Zum Modul 2002 ist der Auswertungsbericht publiziert worden. Analysen zum Modul 2005 inklusive Vergleich mit 2002 sind in Bearbeitung. Der Bericht wird 2007 veröffentlicht und beinhaltet eine Indikatorenansammlung zur Alterssicherung und vertiefende Analysen zu relevanten Themen. Die Indikatoren zu den Working Poor werden jährlich veröffentlicht. Im Bereich der Sozialhilfe wird basierend auf der neuen Sozialhilfestatistik eine nationale Berichterstattung zur Sozialhilfe aufgebaut. Erste gesamtschweizerische Ergebnisse wurden 2006 präsentiert, die nun jährlich weitergeführt werden. Der Analysebericht zu den Bedarfsleistungen der Kantone auf Basis des bestehenden Inventars wurde 2006 veröffentlicht, die Aktualisierung des Inventars der bedarfsabhängigen Leistungen wird 2007 durchgeführt. Seit 2001 existiert mit der Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit eine Gesamtschau über die Leistungen, die Ausgaben und die Finanzierung der Sozialen Sicherheit. Auf der Grundlage der oben erwähnten statistischen Grundlagen und Analysen ist vorgesehen, in Kooperation mit dem BSV und dem seco einen Legislatursozialbericht zu erstellen.

Bundesamt für Sozialversicherung

2000 P 97.3068 Wohneigentumsförderung für Invalide (N 4.3.99, Borel; S 15.3.00)

Die 1. BVG-Revision war hauptsächlich zur Konsolidierung der 2. Säule ausgestaltet worden. Das Anliegen dieses Postulats wurde daher in dieser Revision nicht geprüft und es hätte im Rahmen der Fragen zur Invalidität in der beruflichen Vorsorge behandelt werden sollen (vgl. P 02.3006). Nach dem Abbruch jener Arbeiten wird die Frage der Wohneigentumsförderung für Invalide separat geprüft werden.

2000 P 98.3076 Pensionskassen. Kontrolle der Aktiven (N 21.3.00, [Hochreutener]-Widrig)

Die Expertenkommission «Optimierung der Aufsicht» hat in ihrem Bericht vom April 2004 Empfehlungen abgegeben, welche auch die Anlagesicherheit und deren Überprüfung bei den Vorsorgeeinrichtungen betreffen. Nach Kenntnisnahme dieses Berichts durch den Bundesrat wurde anfangs 2005 eine Folgekommission «Strukturreform in der beruflichen Vorsorge» eingesetzt, die unter anderem den Auftrag hatte, die Notwendigkeit eines institutionalisierten Anlagespezialisten zu prüfen. Gestützt auf den Bericht dieser Kommission hat der Bundesrat eine Vorlage in die Vernehmlassung bis Ende Oktober 2006 geschickt, die auch die Kontrolle der Anlagen betraf. In der Folge beabsichtigt der Bundesrat, eine Botschaft zur Strukturreform zu erarbeiten und diese Mitte 2007 zu verabschieden.

2000 P 00.3291 Rentenalter für Schwerstarbeiterinnen und Schwerstarbeiter (N 6.10.00, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; Abschreibung beantragt BBl 2006 1957)

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zur 11. AHV-Revision (05.093).

2001 P 00.3400 Bessere politische Beteiligung von Jugendlichen (N 26.11.01, Wyss) – vormals BAK

Vor dem Hintergrund der Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe g sowie 11 Absatz 2 BV verlangt der Vorstoss verschiedene Massnahmen, um die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Das Begehren wird gleichzeitig mit der Beantwortung des Postulats Janiak (00.3469) für ein Rahmengesetz für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik geprüft. Im Bericht, der Ende 2007 verabschiedet werden soll, ist ein eigenes Kapitel zur Frage der Partizipation von Kindern und Jugendlichen vorgesehen.

2001 P 01.3450 Familienausgleichskassen und Familienzulagen. Bericht (N 14.12.01, Meier-Schatz)

Das Postulat verlangt einen detaillierten statistischen Bericht über die Familienausgleichskassen, welcher Auskunft gibt unter anderem über die Zahl der Bezüger und Nichtanspruchsberechtigten, die Finanzierungsmodalitäten, die Anzahl befreiter Betriebe, die Differenzen bei den Beitragssätzen, die Höhe der Verwaltungskosten und die Vermögensverhältnisse. In der Referendumsabstimmung vom 26. November 2006 wurde das Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG) angenommen. Dieses erteilt dem Bundesrat die Kompetenz, zur Wahrnehmung seiner Aufsichtsfunktion einheitliche Statistiken zu erstellen. Art und Umfang dieser Statistiken sind in den Ausführungsbestimmungen zu regeln, welche im Jahr 2007 erlassen werden. Nach Inkrafttreten des FamZG werden jährliche Statistiken über die Familienzulagen zur Verfügung stehen, welche auch Angaben über die Familienausgleichskassen enthalten werden.

2002 P 00.3499 Flexible Pensionierung für den Mittelstand (N 17.4.02, Wandfluh; Abschreibung beantragt BBl 2006 1957)

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zur 11. AHV-Revision (05.093).

2002 P 00.3231 Stärkung der Familien mit Kindern (N 17.4.02, Spezialkommission NR 00.016 [Minderheit Leutenegger Oberholzer])

Die Unterstützung und Entlastung von Familien mit Kindern ist eine dauernde Aufgabe. In den im Vorstoss angesprochenen Bereichen wurden bisher die folgenden Ergebnisse erzielt:

Familienbesteuerung: Die Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung wurden im Jahr 2006 vom Parlament verabschiedet, das Inkrafttreten ist für den 1. Januar 2008 vorgesehen. Der Bundesrat sieht die Einleitung eines Vernehmlassungsverfahrens zum Systemscheid für die Ehepaarbesteuerung vor.

Entlastung bei den Prämien für die obligatorische Krankenversicherung: Durch die am 1. Januar 2001 in Kraft getretene erste Teilrevision des KVG konnten erste Verbesserungen erzielt werden, welche eine stärkere Entlastung von Familien mit Kindern bewirkten. Im Jahre 2005 hatte das Parlament beschlossen, zusätzliche Mittel für die Verbilligung der Prämien von Kindern und jungen Erwachsenen in Ausbildung in Familien mit unteren und mittleren Einkommen zur Verfügung zu stellen. Die entsprechende Gesetzesrevision trat am 1. Januar 2006 in Kraft. Die Kantone mussten diese Änderung bis zum 1. Januar 2007 umsetzen.

Familienzulagen: In der Referendumsabstimmung vom 26. November 2006 stimmte das Volk dem Bundesgesetz über die Familienzulagen zu.

Schutz der Mutterschaft: Der Erwerbsersatz bei Mutterschaft im Rahmen des EOG ist seit dem 1. Juli 2005 in Kraft.

Familienergänzende Kinderbetreuung: Seit dem 1. Februar 2003 werden auf Grund des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung Beiträge an neu geschaffene Kinderbetreuungseinrichtungen geleistet. In der Herbstsession 2006 stimmte das Parlament einem zweiten, vierjährigen Verpflichtungskredit für den Zeitraum 1. Februar 2007 bis 31. Januar 2011 zu.

2002 P 02.3160 Umwandlungssatz. Spezielle Statistik zur Berechnung (N 21.6.02, Egerszegi-Obrist; Abschreibung beantragt BBI 2006 9477)

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft über die Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Anpassung des Mindestumwandlungssatzes, 06.092).

2002 P 00.3469 Rahmengesetz für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik (N 26.11.01, Janiak; S 18.6.02) – vormals BAK

Der Vorstoss verlangt ein Rahmengesetz, welches im Wesentlichen Grundlagen für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik schaffen und die Kantone beauftragen soll, eine umfassende Jugendförderung zu installieren. Auf Bundesebene sind mit dem im BSV neu geschaffenen Bereich Kinder-, Jugend- und Altersfragen die Voraussetzungen zu einer koordinierten Bearbeitung von Kinder- und Jugendfragen geschaffen worden. Der Bericht zum Postulat ist in Erarbeitung, wobei die interessierten Kinder- und Jugend-Dachorganisationen, kantonalen Konferenzen (EDK, SODK, KdK) und Bundesstellen einbezogen werden. Er soll Ende 2007 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2002 P 01.3350 Antragsrecht für die eidgenössische Jugendsession (N 30.9.02, Wyss) – vormals BAK

Das Postulat verlangt ein generelles Antragsrecht für die eidgenössische Jugendsession. Das Anliegen wird im Sinne einer Prüfung verbindlicher partizipativer Möglichkeiten der Jugendlichen im Rahmen des Berichts zum Postulat Janiak (00.3469) für ein Rahmengesetz für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik weiter verfolgt.

2002 P 02.3405 Oberaufsicht des Bundes über die berufliche Vorsorge (N 3.10.02, Hess Walter)

Nach den Arbeiten der Expertenkommission «Optimierung der Aufsicht» wurde durch den Bundesrat anfangs 2005 eine Folgekommission «Strukturreform in der beruflichen Vorsorge» eingesetzt, die ihren Bericht Ende 2005 erstellt hatte. Gestützt darauf hat der Bundesrat eine Vorlage ausarbeiten lassen, die bis Ende Oktober 2006 in Vernehmlassung stand. In der Folge beabsichtigt der Bundesrat, eine Botschaft zur Strukturreform zu erarbeiten und diese Mitte 2007 zu verabschieden.

2002 P 02.3420 BVG. Überprüfung der Anlagevorschriften (N 3.10.02, Sozialdemokratische Fraktion)

Die Frage einer Neufassung der Anlagevorschriften in der beruflichen Vorsorge wurde nicht in die Vernehmlassungsvorlage über die Strukturreform aufgenommen, da aufgrund der Komplexität des Themas weitere Abklärungen nötig waren. Stattdessen wurde die Frage dem Ausschuss Anlagefragen der Eidgenössischen BVG-Kommission unterbreitet, in welchem Mitglieder der BVG-Kommission und Anlagespezialisten vertreten sind, und welcher sich auch in der Vergangenheit bereits mit den Anlagerestriktionen beschäftigt hat. Der Ausschuss hat bisher 2 Mal getagt und wird seine Arbeit 2007 fortsetzen.

2002 P 02.3429 Kontrolle und Transparenz bei der zweiten Säule schaffen (N 3.10.02, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Die Prüfung einer geeigneten Aufsichtsstelle für Sammeleinrichtungen erfolgte im Rahmen der allgemeinen Arbeiten zur Optimierung der Aufsicht in der beruflichen Vorsorge und wurde daher Bestandteil eines von der Expertenkommission «Strukturreform in der beruflichen Vorsorge» bis Ende 2005 erstellten Berichts. Gestützt darauf hat der Bundesrat eine Vorlage ausarbeiten lassen, die bis Ende Oktober 2006 in Vernehmlassung stand. In der Folge beabsichtigt der Bundesrat, eine Botschaft zur Strukturreform zu erarbeiten und diese Mitte 2007 zu verabschieden.

2002 M 02.3007 Sammelstiftungen. Neue Regelung (N 16.4.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.027; S 28.11.02)

Im Rahmen der vom Bundesrat im August 2004 beschlossenen Agenda zur Weiterentwicklung der beruflichen Vorsorge wurde die Frage einer separaten Rechtsform bis nach Abschluss der übrigen in der Agenda erwähnten Arbeiten zur Strukturreform in der beruflichen Vorsorge (betr. v.a. die Optimierung der materiellen und strukturellen Aufsicht und Oberaufsicht) sowie zur Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen zurückgestellt. Der Bundesrat hatte sich damals vorbehalten, im Jahr 2007 neu über die Notwendigkeit weiterer Abklärungen betreffend die Rechtsform von Vorsorgeeinrichtungen zu entscheiden. Er wird deshalb in der ersten Hälfte 2007 darüber entscheiden, ob und in welchem Umfang die Fragen zur Rechtsform der Vorsorgeeinrichtungen noch einmal aufzunehmen sind.

2002 P 02.3453 Integrale Aufsicht über die beruflichen Vorsorgeeinrichtungen (N 3.10.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 28.11.02) – vormals EFD/EFV

Der Bundesrat hat mit der Botschaft zur Finanzmarktaufsicht entschieden, dass die berufliche Vorsorge nicht in die geplante Finanzmarktaufsichtsbehörde integriert wird, die die Banken- und Versicherungsaufsicht zusammenführt. Die Aufsicht in der beruflichen Vorsorge wurde hingegen von der Expertenkommission «Strukturreform in der beruflichen Vorsorge» geprüft, die Ende 2005 ihren Bericht erarbeitet hatte. Gestützt darauf hat der Bundesrat eine Vorlage ausarbeiten lassen, die bis Ende Oktober 2006 in Vernehmlassung stand. In der Folge beabsichtigt der Bundesrat, eine Botschaft zur Strukturreform zu erarbeiten und diese Mitte 2007 zu verabschieden.

2003 M 02.3401 Sicherheit und Vertrauen bezüglich der zweiten Säule der Altersvorsorge (N 3.10.02, Freisinnig-demokratische Fraktion; S 4.6.03)

Der Vorstoss wurde nur in Bezug auf Ziffer 2 (unabhängige Aufsicht über Anbieter im Bereich der 2. Säule) als Motion überwiesen. In den übrigen Punkten gilt er als abgeschrieben. Die Expertenkommission «Strukturreform in der beruflichen Vorsorge» hat bis Ende 2005 einen Bericht zu Fragen der Aufsicht erarbeitet. Gestützt darauf hat der Bundesrat eine Vorlage erstellen lassen, die bis Ende Oktober 2006 in Vernehmlassung stand. In der Folge beabsichtigt der Bundesrat, eine Botschaft zur Strukturreform zu erarbeiten und diese Mitte 2007 zu verabschieden.

2003 M 02.3418 Versicherungsaufsicht (N 3.10.02, Sozialdemokratische Fraktion; S 4.6.03)

Die Abgrenzung zwischen Versicherungsaufsicht und Vorsorgeaufsicht wurde mit dem revidierten Versicherungsaufsichtsgesetz geklärt. Die Optimierung der Aufsicht in der beruflichen Vorsorge wurde von der Expertenkommission «Strukturreform in der beruflichen Vorsorge» bearbeitet. Gestützt auf ihren Bericht hat der Bundesrat eine Vorlage erstellen lassen, die bis Ende Oktober 2006 in Vernehmlassung stand. In der Folge beabsichtigt der Bundesrat, eine Botschaft zur Strukturreform zu erarbeiten und diese Mitte 2007 zu verabschieden. Dabei sollen auch Fragen der Governance in Pensionskassen nochmals überprüft werden.

2003 P 03.3298 Jugendgewalt (N 3.10.03, Leuthard) – vormals BAK

Das Postulat verlangt ein Konzept mit konkreten Massnahmen gegen Jugendgewalt, Jugendkriminalität und Jugendsuizid. Verschiedene Untersuchungen wurden 2006 veröffentlicht, welche als Grundlage für die Erarbeitung des Berichts dienen werden. Die Arbeiten zum Postulatsbericht werden im 2. Halbjahr 2007 aufgenommen.

2003 P 03.3541 Alterspolitik. Strategie-Entwicklung (N 19.12.03, Leutenegger Oberholzer)

Das BSV hat 2005 eine interdepartementale Arbeitsgruppe konstituiert, die sich mit der im Postulat geforderten Strategie befassen wird. Der Bericht über eine nationale Alterspolitik soll im Frühjahr 2007 in die Ämterkonsultation gehen und im Juni 2007 dem Bundesrat vorgelegt werden.

2003 P 03.3470 Flexibilisierung der AHV-Renten (N 19.12.03, Studer Heiner; Abschreibung beantragt BBl 2006 1957)

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zur 11. AHV-Revision (05.093).

2003 P 03.3434 Indexierung der AHV-Renten (N 2.10.03, Spezialkommission NR 03.047; S 2.12.03)

Die Frage der Rentenindexierung gehört zu den zentralen Punkten der umfassenden 12. AHV-Revision. Eine entsprechende Vorlage sollte 2008/2009 vorliegen.

2003 P 03.3430 Berufliche Vorsorge. Einheitliche Bundesaufsicht über sämtliche Einrichtungen (S 18.12.03, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR 03.035) – vormals EFD/BPV

Die Aufsicht über die Säule 3a-Einrichtungen wurde mit der 1. BVG-Revision ausdrücklich den Aufsichtsbehörden der beruflichen Vorsorge übertragen. Die Abgrenzung zwischen Versicherungsaufsicht und Vorsorgeaufsicht wurde mit dem revidierten Versicherungsaufsichtsgesetz geklärt. Die Optimierung der Aufsicht in der beruflichen Vorsorge wurde von der Expertenkommission «Strukturreform in der beruflichen Vorsorge» bearbeitet. Gestützt auf ihren Bericht hat der Bundesrat eine Vorlage erstellen lassen, die bis Ende Oktober 2006 in Vernehmlassung stand. In der Folge beabsichtigt der Bundesrat, eine Botschaft zur Strukturreform zu erarbeiten und diese Mitte 2007 zu verabschieden.

2004 M 03.3578 Sanierungsmassnahmen bei öffentlichen Kassen (S 4.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR 03.060; N 1.3.04)

Im Rahmen der Agenda zur Weiterentwicklung der beruflichen Vorsorge hat sich im vergangenen Jahr eine vom EDI eingesetzte Expertenkommission mit der Frage befasst, welche Rahmenbedingungen künftig bezüglich der Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen gelten sollen. Die Expertenkommission hatte den Auftrag, bis Ende 2006 eine Vernehmlassungsvorlage zu erarbeiten. Die Arbeiten der Expertenkommission wurden mit den Arbeiten der Subkommission BVG der SGK-N koordiniert, die sich im Zusammenhang mit der parlamentarischen Initiative Beck betreffend die volle Ausfinanzierung sämtlicher öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen ebenfalls mit dieser Thematik befasst. Die Expertenkommission hat ihre Arbeiten termingerecht abgeschlossen und wird dem Bundesrat ihren Entwurf für eine Vernehmlassungsvorlage im ersten Quartal 2007 unterbreiten. Die Subkommission BVG der SGK-N hat von zwei Berichten des BSV Kenntnis genommen. Sie wird ihre Arbeiten anfangs 2007 gestützt auf vom BSV verlangte Ergänzungen sowie den Schlussbericht der Expertenkommission weiterführen.

2004 P 04.3234 Flexibles Rentenalter (N 8.10.04, Meyer Thérèse; Abschreibung beantragt BBl 2006 1957)

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft zur 11. AHV-Revision (05.093).

2004 M 03.3438 Für einen verbesserten Schutz des Vertrauens in die berufliche Vorsorge (S 1.10.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR, N 6.12.04; Abschreibung beantragt BBl 2006 9477)

Antrag auf Abschreibung in der Botschaft über die Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Anpassung des Mindestumwandlungssatzes, 06.092).

Staatssekretariat für Bildung und Forschung

2000 P 99.3528 Förderung der Musikausbildung (N 24.3.00, Bangerter) – vormals BBW

Mit dem Bericht «Musikalische Bildung in der Schweiz», der als Folge mehrerer parlamentarischer Vorstösse (P 99.3502, P 99.3528, P 99.3507, P 01.3482) unter der Federführung des BAK erstellt und vom Bundesrat am 10. Juni 2005 verabschiedet wurde, ist der Prüfungsauftrag eigentlich erfüllt worden. Der Bundesrat beantragte deshalb im Rahmen des Berichts über Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2005 die Abschreibung des Postulats. Auf Antrag der WBK-N hat der Nationalrat am 23. Juni 2006 aber beschlossen, mit der Abschreibung dieses Vorstosses bis zu dessen Umsetzung im Rahmen des Kulturförderungsgesetzes zuzuwarten.

2000 P 99.3510 Schweizerische Amtssprache als zuerst gelehrte Fremdsprache (N 13.6.00, Zwygart; Abschreibung beantragt BBl 2006 8977) – vormals BBW

Dieses Postulat ist mit dem Bericht der WBK-N vom 15. September 2006 zur parlamentarischen Initiative Levrat (04.429, Sprachengesetz) zur Abschreibung beantragt worden.

2000 P 00.3283 Studiengebühren an den Hochschulen (N 6.10.00, Zbinden) – vormals BBW

Das Thema einer allfälligen Erhöhung der Studiengebühren und deren Folgen werden im Zusammenhang mit der Regelung der Finanzierung und der Steuerung des Hochschulsystems behandelt. Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen des Reformprojekts «Hochschullandschaft Schweiz» geprüft. Die Vernehmlassung zum Hochschulrahmengesetz, in dem auch die Anliegen des Postulats aufgenommen werden, ist für die zweite Hälfte 2007 geplant.

2001 P 00.3755 Evaluation der Forschungsanstalten im ETH-Bereich (N 23.3.01, Haering) – vormals GWF

Der ETH-Rat hat im Rahmen seines Projekts «Zukunft der Forschungsanstalten» die Aufgaben sowie die strukturellen Rahmenbedingungen seiner Forschungsanstalten überprüft. Der daraus entstandene Bericht zuhanden des Departementvorstehers dient als Basis für weiterführende Diskussionen. Die Ergebnisse werden im Rahmen der Botschaft Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011 sowie des Leistungsauftrages des Bundesrates an den ETH-Bereich vorgelegt.

2001 P 00.3697 Mangelnde Attraktivität der naturwissenschaftlichen Studien (N 22.6.01, Riklin) – vormals BBW

Zur Umsetzung dieses Postulats wurden folgende Studien unternommen:

- Studie der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) unter dem Titel: Keine Lust auf Mathe, Physik, Technik? Zugang zu Mathematik, Naturwissenschaften und Technik attraktiver und geschlechtergerecht gestalten (SKBF, Aarau, Trendbericht Nr. 6, 2003).
- Studie der Universität der italienischen Schweiz zum Thema: Le choix des études universitaires en Suisse: Tendances et facteurs d'influence (2003, nicht veröffentlicht).
- Gesamtschweizerische Evaluation der Maturitätsanerkennungsregelung von 1995 unter dem Titel EVAMAR. Die Phase I dieser gross angelegten Evaluation, in der es unter anderem um das Wahlangebot an den Schulen und um das Wahlverhalten der Schülerinnen und Schüler geht, wurde im Herbst 2004 abgeschlossen. Die Resultate sind 2005 gemeinsam vom Bund und von der Erziehungsdirektorenkonferenz veröffentlicht worden.

Diese Studien enthalten Aussagen zur bestehenden Situation hinsichtlich der Wahl von naturwissenschaftlichen Studien sowie Vorschläge zur Verbesserung der bestehenden Situation.

Der Bund und die Erziehungsdirektorenkonferenz haben im Übrigen beschlossen, die gesamtschweizerische Maturitätsanerkennungsregelung einer Teilrevision zu unterziehen. Im Zentrum dieser Revision, die voraussichtlich in der ersten Hälfte 2007 beschlossen werden wird, steht die Verbesserung der Stellung der naturwissenschaftlichen Fächer in der gymnasialen Ausbildung. Dies wird sich voraussichtlich attraktivitätssteigernd auswirken.

2001 P 01.3490 Autonome Hochschule Schweiz (N 14.12.01, Kofmel) – vormals GWF

Der Bund erarbeitet mit den Kantonen ein Reformprojekt «Hochschullandschaft Schweiz». Diese Arbeiten sind gegenwärtig noch im Gange und werden in ein neues Hochschulrahmengesetz münden. Die Vernehmlassung zum Hochschulrahmengesetz, in dem auch die Anliegen des Postulats aufgenommen werden, ist für die zweite Hälfte 2007 geplant.

2001 P 01.3532 Exzellente Forschung Schweiz (N 14.12.01, Randegger) – vormals GWF

Für die im Postulat verlangte Qualitätssicherung in der Ressortforschung hat der Bund Standards eingeführt; für die Qualitätssicherung selbst sind jedoch die betroffenen Bundesämter zuständig. Die Überwachung wird durch einen vom Staatssekretär für Bildung und Forschung und von der Direktorin des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie geleiteten Ausschuss koordiniert. Dem Anliegen wird auch im Rahmen des BFT-Controllings im Hinblick auf die Botschaft Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011 Rechnung getragen.

2001 P 01.3534 Bericht über die Wirkung von Steuerungsmassnahmen im Bildungs- und Forschungsbereich (N 14.12.01, Fetz) – vormals GWF

Der Bundesrat hat beschlossen, das Anliegen des Postulats im Rahmen der Arbeiten am Projekt «Hochschullandschaft Schweiz» aufzunehmen. Ein externer Experte wurde mit der Erarbeitung eines entsprechenden Berichts beauftragt. Damit sollen die Vor- und Nachteile der in einigen Ländern (Deutschland, Niederlande, Grossbritannien) angewendeten Finanzierungsinstrumente untersucht werden. Aus einem Vergleich der Finanzierungsinstrumente sollen Folgerungen für unsere Hochschul- und Forschungsförderungspolitik gezogen werden. Ein gemeinsamer Bericht von EDI und EVD ist in Ausarbeitung und wird anfangs 2007 dem Parlament vorgelegt.

2001 P 01.3546 Wissensgesellschaft Schweiz (N 14.12.01, Freisinnig-demokratische Fraktion) – vormals GWF

Die Anpassung der Rahmenbedingungen des schweizerischen Wissenschaftssystems wird im Rahmen des Projekts «Hochschullandschaft Schweiz» erfolgen. Der Entwurf zu einem neuen Hochschulrahmengesetz soll 2007 in die Vernehmlassung gegeben werden. Den Anliegen wird im Rahmen des neuen Hochschulrahmengesetzes sowie einer allfälligen Revision anderer Gesetze (Forschungsgesetz, ETH-Gesetz) Rechnung getragen werden können.

2001 P 01.3568 Wissensgesellschaft Schweiz (S 29.11.01, Langenberger) – vormals GWF

vgl. P 01.3546

2002 P 00.3276 Verwaltungsräte für den ETH-Bereich (N 18.3.02, Neiryneck) – vormals GWF

Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen des Reformprojekts «Hochschullandschaft Schweiz» geprüft.

2002 P 01.3456 Leistungsabhängige Stipendien (N 18.3.02, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei) – vormals BBW

Um die NFA-Vorlage nicht zu gefährden, hat das Parlament generell darauf verzichtet, in das neue Ausbildungsbeitragsgesetz des Bundes (das erst auf 1.1.2008 in Kraft treten soll) inhaltliche Neuerungen aufzunehmen, wie es ursprünglich geplant war. Eine bessere Harmonisierung im Bereich der Ausbildungsbeiträge auf anderem Weg wurde aber als dringlich erachtet. Dabei werden noch weitere, vom Tenor des vorliegenden Postulats teilweise abweichende parlamentarische Vorstösse (M 06.3178, P 06.3300, P 06.3304, P 06.3342) zu berücksichtigen sein. Demzufolge sollen die Verbesserungen beim schweizerischen Stipendienwesen auf zwei Arten angegangen werden: einerseits im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung der Ausbildungsbeiträge, die von der Erziehungsdirektorenkonferenz seit 2006 vorbereitet wird (und alle Ausbildungsstufen betreffen soll), und andererseits im Rahmen der künftigen Hochschullandschafts-Gesetzgebung (nur für den Tertiärbereich, wo der Bund gemäss der neuen Bildungsverfassung eine finanzielle Förderungskompetenz behält). Bis zu deren Abschluss kann das Postulat aufrechterhalten werden.

2002 P 02.3569 Eidgenössische Maturitätsprüfungen. Gebühren (N 13.12.02, Eggly) – vormals BBW

Das Postulat fordert die Prüfung der Möglichkeit einer Ausnahme vom allgemein geltenden Kostendeckungsprinzip. Ob eine solche bei den eidgenössischen Maturitätsprüfungen gemacht werden kann, richtet sich nach der Allgemeinen Gebührenverordnung (SR 172.041.1), die der Bundesrat am 8. September 2004 erlassen hat. Die Verordnung sieht in den Artikeln 1 Absatz 4 und 3 Absatz 2 grundsätzlich Ausnahmemöglichkeiten vor. Bei der nächsten Anpassung der Gebühren und Entschädigungen im Bereich der Maturitätsprüfungen, die im Jahre 2007 vorgesehen ist, soll die Frage auf diesem neuen Hintergrund konkret angegangen werden.

2003 P 03.3181 Transparenz der Wissenschafts- und Forschungsfinanzierung (N 6.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089) – vormals GWF

Über die Möglichkeit einer allfälligen einheitlichen Regelung wird im Rahmen der Botschaft Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011 Bericht erstattet.

2003 P 03.3182 Einheitliche Umsetzung von Kooperationsprojekten (N 6.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089) – vormals BBW

Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen des Reformprojekts «Hochschullandschaft Schweiz» geprüft. Die Vernehmlassung zum Hochschulrahmengesetz, in dem auch die Anliegen des Postulats aufgenommen werden, ist für die zweite Hälfte 2007 geplant.

2003 M 03.3004 Overhead (N 6.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089; S 19.6.03) – vormals GWF

Die Berichterstattung zuhanden des Parlaments wird im Rahmen der Botschaft Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011 erfolgen.

2003 M 03.3184 Forschungsförderung. Forschungsnachwuchs und Qualitätssicherung (N 6.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089; S 19.6.03) – vormals GWF

Die Anliegen der Motion werden im Rahmen der Botschaft Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011 behandelt.

2003 P 03.3185 Bildungs-, Forschungs- und Technologiestandort. «Neues Denken» (N 6.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089; S 19.6.03) – vormals GWF

Die Behandlung der Frage, welche Reformziele in einer neuen Hochschulgesetzgebung verwirklicht werden sollen, erfolgt im Rahmen des Projekts «Hochschullandschaft Schweiz». Die Vernehmlassung zum Hochschulrahmengesetz, in dem auch die Anliegen des Postulats aufgenommen werden, ist für die zweite Hälfte 2007 geplant.

2003 P 03.3395 Gesamtstrategie für die schweizerischen Forschungsinstitutionen (N 3.10.03, Riklin) – vormals GWF

Das Postulat fordert – in Ergänzung zur Prüfung von Aufgaben und Stellung der Forschungsanstalten im ETH-Bereich (Postulat Haering 00.3755) – eine analoge Abklärung der anderen Bundesforschungsanstalten wie namentlich der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten oder des Instituts für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe IVI. Gewünscht wird eine Gesamtsicht über die Forschungsanstalten des Bundes und die Darlegung einer entsprechenden Förderstrategie (u.a. auch im Hinblick auf eine eventuelle Totalrevision des Forschungsgesetzes). Die Ressortforschung des Bundes wird unter Koordination mit laufenden Evaluationen (Geschäftsprüfungskommission NR und Motion Pfister Theophil 04.3483) im Rahmen der Botschaft Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011 (BFI-Botschaft 2008–2011) umfassend dargestellt und ist überdies auch Gegenstand des departementsübergreifenden BFT-Controllings. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden in die BFI-Botschaft 2008–2011 einfließen.

2003 P 03.3518 Hilfe für die Restrukturierung der Hochschulen (S 16.12.03, [Berger]-Leumann) – vormals GWF

Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen des Reformprojekts «Hochschullandschaft Schweiz» geprüft. Die Vernehmlassung zum Hochschulrahmengesetz, in dem auch die Anliegen des Postulats aufgenommen werden, ist für die zweite Hälfte 2007 geplant.

2004 M 04.3484 Hochschulfinanzierung. Portfoliobereinigung unter teuren Fächern (N 17.12.04, Randegger; S 15.12.04) – vormals GWF

vgl. P 03.3518

2004 M 04.3506 Hochschulfinanzierung. Portfoliobereinigung unter teuren Fächern (S 15.12.04, Bürgi; N 17.12.04) – vormals GWF

vgl. P 03.3518

2004 P 04.3601 Hochschulfinanzierung (N 17.12.04, Riklin) – vormals GWF

vgl. P 03.3518

2004 P 04.3502 Teilnahme der Schweiz an den Bildungsprogrammen der EU (N 17.12.04, Markwalder Bär) – vormals BBW

Mit der Botschaft Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011 wird sich der Bundesrat auch zur Beteiligung der Schweiz an den EU-Bildungs- und Jugendprogrammen äussern. Im Jahre 2007 soll mit der EU über eine Vollbeteiligung der Schweiz (bisher nur indirekte Teilnahme) verhandelt werden.

2004 P 04.3558 Stellung der Forscherinnen und Forscher in den Humanwissenschaften (N 17.12.04, Rossini) – vormals BBW

Dem Anliegen wird im Rahmen der Botschaft Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011 Rechnung getragen.

Justiz- und Polizeidepartement

Bundesamt Justiz

2000 P 00.3189 Staatsleitungsreform (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016)

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft vom 19. Dezember 2001 zur Staatsleitungsreform (BBl 2002 2095) die Abschreibung des Postulats beantragt.

2000 P 00.3270 Vorsorgliche Massnahmen zum Schutz des Gläubigers (N 6.10.00, Schwaab)

2001 P 01.3220 Koordination der gerichtlichen Verfahren im Krankheits- und Invaliditätsfall (N 5.10.01, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.438)

2004 M 02.3035 Teileinigung (Art. 112 ZGB). Verfahrensregelung (N 21.6.03, Janiak, S 3.3.04)

Abschreibung der Motion und der Postulate beantragt in der Botschaft vom 28. Juni 2006 zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) (BBl 2006 7221).

2000 P 00.3344 Berufsgeheimnis. Anpassung (N 6.10.00, Hollenstein)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat eingeladen, Artikel 321 Absatz 1 des schweizerischen Strafgesetzbuches so zu ändern, dass alle Angehörigen eines Gesundheitsberufes dem Berufsgeheimnis unterstellt werden.

Gemäss Artikel 35 des Datenschutzgesetzes (DSG) macht sich strafbar, «wer vorsätzlich geheime, besonders schützenswerte Personendaten oder Persönlichkeitsprofile unbefugt bekannt gibt, von denen er bei der Ausübung seines Berufes, der die Kenntnis solcher Daten erfordert, erfahren hat». Die von der Postulantin erwähnten Berufsgruppen werden von Artikel 35 DSG erfasst, wenn zur Ausübung ihres Berufes die Kenntnis geheimer und besonders schützenswerter Personendaten unerlässlich ist. Artikel 170 des Entwurfs einer Strafprozessordnung (E-StPO) räumt auch diesen Personen ein Zeugnisverweigerungsrecht ein. Der Ständerat als Erstrat hat diese Bestimmung in der Fassung des Entwurfs beschlossen. Im jetzigen Zeitpunkt erscheint es nicht angezeigt, alle Angehörigen eines Gesundheitsberufes in Artikel 321 Ziffer 1 StGB zu erwähnen und ihnen ein Zeugnisverweigerungsrecht nach Artikel 168 E-StPO einzuräumen. Im Unterschied zu den in Artikel 321 StGB aufgeführten und nach Artikel 168 zur Zeugnisverweigerung berechtigten Personen unterstehen andere Angehörige von Gesundheitsberufen nicht in jedem Fall einer Aufsichtsbehörde im Sinne von Artikel 321 Ziff. 2 StGB, welche die Entbindung vom Berufsgeheimnis verfügen kann. In diesem Zusammenhang sind die laufenden Arbeiten an einem Bundesgesetz über die Psychologieberufe zu beachten. Der entsprechende Vorentwurf vom Mai 2005 sieht vor, Psychologinnen und Psychologen dem Berufsgeheimnis nach Artikel 321 StGB zu unterstellen. Die Ergebnisse der Beratungen zu diesem Gesetz werden zeigen, ob die oben genannten Einwände (insbes. fehlende Aufsichtsbehörde) so weit dahinfallen, dass eine Gleichstellung der Psychologinnen und Psychologen mit den andern zur Zeugnisverweigerung nach Artikel 168 E-StPO berechtigten Personen gerechtfertigt erscheint.

2000 M 99.3656 Rechtliche Organisationsformen für freie Berufe (S 8.3.00, Cottier; N 7.12.00)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die verschiedenen Organisationsformen für den Zusammenschluss von Angehörigen der freien Berufe abzuklären und dem Parlament soweit erforderlich einen Vorschlag für geeignete rechtliche Grundlagen zu unterbreiten.

Der Markt verlangt insbesondere von Rechtsanwälten, Notaren und Ärzten immer stärker, dass sie sich zu grösseren Kollektiven mit oftmals zahlreichen Angestellten zusammenschliessen. Im Ausland wurden zu diesem Zweck zum Teil spezifische rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten geschaffen. Erste Vorarbeiten wurden bereits geleistet. Im Hinblick auf andere dringendere Gesetzgebungsprojekte im Gesellschaftsrecht (insb. Aktienrechtsrevision) genießt dieses Projekt aber keine Priorität.

2001 P 00.3236 Wiederauszahlungsklausel für Inhaberobligationen mit Grundpfandverschreibung (N 20.3.01, Jossen)

Das Anliegen, eine gesetzliche Grundlage für das von der Praxis entwickelte Institut der «Wiederauszahlungsklauseln für Kapitalhypotheken und Inhaberobligationen mit Grundpfandverschreibung» zu schaffen, wird im Rahmen der laufenden Teilrevision des ZGB (Immobilien- und Grundbuchrecht) geprüft. Dem Anliegen soll durch eine Aufhebung der Artikel 843 und 844 Absatz 2 ZGB entsprochen werden. Diese würde dazu führen, dass der Schuldbrief in allen Kantonen als die für alle Beteiligten optimale Grundpfandart gewählt werden könnte. Der Bundesrat nahm am 10. Juni 2005 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis und beauftragte das EJPD mit der Ausarbeitung der Botschaft. Diese wird dem Bundesrat in der 1. Hälfte 2007 vorgelegt werden.

2001 P 00.3723 Zusatzprotokoll Nr. 12 zur EMRK (N 23.3.01, Nabholz) – vormalis: EDA

2002 P 00.3674 Ratifizierung des Protokolls Nr. 12 der EMRK zur Verhinderung von Diskriminierungen (N 6.3.02, Teuscher)

Der Bundesrat hat die Unterzeichnung und Ratifikation des Protokolls Nr. 12 zur EMRK geprüft. Obschon er sich der Bedeutung dieses Instrumentes durchaus bewusst ist, stellt der Bundesrat fest, dass die Tragweite und die Folgen seiner Umsetzung für die schweizerische Rechtsordnung noch schwer abzuschätzen sind (Anwendungsbereich, Spielraum der Staaten, eventuelle Drittwirkung, eventuelle positive Verpflichtungen, gesetzgeberisch tätig zu werden). Aus diesem Grund hat er vorläufig darauf verzichtet, diesem Instrument beizutreten. Nichtsdestoweniger wird der Bundesrat die Rechtsentwicklung verfolgen, um beurteilen zu können, ob sich neue Gesichtspunkte ergeben, welche ihm die Unterzeichnung des Protokolls Nr. 12 erlauben würden. Indes ist dessen Unterzeichnung in der laufenden Legislaturperiode nicht vorgesehen.

2001 P 01.3163 Verbesserung der Situation der ledigen Mütter (N 22.6.01, Schmied Walter)

Der Frage der Verbesserung der Situation der ledigen Mütter muss im Zusammenhang mit der Behandlung der beiden parlamentarischen Initiativen betreffend Ergänzungsleistungen für Familien (00.436 Fehr Jacqueline, 00.437 Meier-Schatz) die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt werden. In beiden Fällen hat der Nationalrat eine Fristverlängerung bis zur Sommersession 2007 beschlossen.

2001 M 00.3513 Übergriffe auf Angestellte des öffentlichen Verkehrs. Ergänzung des Schweizerischen Strafgesetzbuches oder Spezialgesetzgebung (N 20.3.01, Jutzet, S 2.10.01)

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft 23. Februar 2005 betr. Bahnreform 2 (BBL 2005 2415) die Abschreibung des Postulats beantragt. Dem Anliegen des Motionärs wird des Weiteren im Rahmen der Änderung von Artikel 18a des Personenbeförderungsgesetzes, in Kraft ab 1.1.2007, Rechnung getragen.

2001 M 00.3714 Netzwerkkriminalität. Änderung der rechtlichen Bestimmungen (S 6.3.01, Pfisterer Thomas; N 20.9.01)

Am 10. Dezember 2004 beschloss der Bundesrat die Eröffnung eines Vernehmlassungsverfahrens zu zwei Gesetzesentwürfen, die auf Vorschlägen der Arbeitsgruppen «Netzwerkkriminalität» und «Genesis» beruhen. Einerseits soll die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Provider für illegale Inhalte im Internet speziell geregelt werden (Vorentwurf A). Andererseits werden im zweiten Gesetzesentwurf (Vorentwurf B) neue Ermittlungsmöglichkeiten des Bundes vorgeschlagen. Dieser Entwurf sieht auch vor, dass die Bundeskriminalpolizei gegenüber den kantonalen Strafverfolgungsbehörden weisungsberechtigt ist, um so die Durchführung von Verfahren koordinieren zu können. Das Vernehmlassungsverfahren dauerte bis Ende April 2005. Von 283 zur Stellungnahme eingeladenen Adressaten sind 99 Antworten eingegangen. Die Stellungnahmen sind in einem Bericht vom September 2005 zusammengefasst und ausgewertet. Im Grundsatz wird der Vorentwurf A zwar von einer Mehrheit begrüsst, im Detail aber stark kritisiert. Anders sieht die Situation beim Vorentwurf B aus. Die vom Bundesrat in Artikel 344 Absatz 1 VE-StGB vorgeschlagene Kompetenz, wonach die Bundesanwaltschaft (BA) und die Bundeskriminalpolizei (BKP) in Fällen, in denen eine der kantonalen Gerichtsbarkeit unterstehende strafbare Handlung mittels elektronischer Kommunikationsnetze begangen wurde und der zuständige Kanton noch nicht bekannt ist, erste dringend notwendige Ermittlungen durchführen können, wird von einer Mehrheit klar befürwortet. Ursprünglich war geplant, in der ersten Jahreshälfte 2006 dem Bundesrat über die Vernehmlassungsergebnisse Bericht zu erstatten und zum Vorentwurf B eine Botschaft vorzuschlagen, die dem Parlament separat unterbreitet werden sollte. Das Verfahren hat sich verzögert, weil ergänzende Abklärungen notwendig wurden, insbesondere betreffend die Frage, wie die für die neue Ermittlungskompetenz des Bundes benötigten zusätzlichen Ressourcen zu finanzieren sind.

2001 P 01.3288 Völkermord. Überlebende als Privatkläger (N 5.10.01, Mugny)

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft vom 21. Dezember 2005 zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts die Abschreibung des Postulats beantragt (BBl 2006 1085).

2002 P 01.3673 Nach der Swissair-Krise. Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (S 18.3.02, Lombardi)

2002 P 02.3045 Rechtliche Analyse als Folge des Swissair-Debakels (S 5.6.02, Wicki)

2002 P 02.3474 Bündelung der verschiedenen Interessen im Sanierungsprozess (S 12.12.02, Geschäftsprüfungskommission SR)

2002 P 02.3475 Ausrichtung des SchKG auf das Sanierungsziel (S 12.12.02, Geschäftsprüfungskommission SR)

Das Bundesamt für Justiz hat eine Expertengruppe als «groupe de réflexion» eingesetzt mit dem Auftrag, den Revisionsbedarf des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG) im Lichte der parlamentarischen Vorstösse zu prüfen. Drei Fragenkomplexe stehen im Vordergrund. Zunächst ist abzuklären, ob und inwieweit das schweizerische Sanierungsverfahren (v.a. das Nachlassverfahren nach SchKG) noch weiter an das Chapter Eleven des US-Bankruptcy Codes angeglichen werden soll (z.B. Erleichterungen für die Einleitung des Verfahrens, Verstärkung der Wirkungen einer Nachlassstundung). Sodann sind Schnittstellen des materiellen Privatrechts mit dem Insolvenzrecht zu analysieren. Dabei geht es vor allem um die Frage der Behandlung der Dauerschuldverhältnisse (z.B. Arbeits- und Mietverträge, Leasingverpflichtungen). Die praktische Erfahrung hat gezeigt, dass die Weitergeltung langfristiger Verträge die Sanierung eines angeschlagenen Unternehmens stark beeinträchtigen kann. Der dritte Fragenkomplex betrifft das Problem des Konzernkonkurses. Zu prüfen ist die Wünschbarkeit eines besonderen Konzernkonkursrechts. Die Expertengruppe hat ihre Arbeit Ende 2003 aufgenommen und dem Bundesamt für Justiz ihren Bericht zum Handlungsbedarf im April 2005 abgeliefert. Sie bejaht punktuellen Handlungsbedarf. Das Bundesamt für Justiz hat die Expertengruppe im August 2006 beauftragt, bis im Herbst 2007 einen Vorentwurf für eine entsprechende Teilrevision zu erarbeiten.

2002 M 00.3169 Schluss mit unlauteren Gewinnversprechen (N 20.3.01, Sommaruga; S 4.6.02)

Die Anliegen der Motion wurden im Rahmen der Totalrevision des Bundesgesetzes betreffend die Lotterien und die gewerbmässigen Wetten geprüft. Der Bundesrat hat nach durchgeführter Vernehmlassung am 18. Mai 2004 entschieden, die Revisionsarbeiten vorläufig zu sistieren, um den Kantonen Gelegenheit zu geben, die festgestellten Mängel selber zu beheben. Die Kantone haben inzwischen ein Konkordat ausgearbeitet, das am 1. Juli 2006 in Kraft getreten ist. Nachdem sich das Inkrafttreten des Konkordats sowie der Aufbau der darin vorgesehenen neuen interkantonalen Vollzugsstrukturen um rund ein Jahr verzögert haben, wird das EJPD dem Bundesrat erst ein Jahr später als vorgesehen, nämlich Anfang 2008, Bericht erstatten können.

2002 M 01.3196 Internetkriminalität. Wirksame Bekämpfung mit effizientem Verfahren (N 20.9.01, Aepli Wartmann; S 4.6.02)

In der Motion wird der Bundesrat ersucht, Dispositionen zur wirksamen Bekämpfung von Straftaten an Kindern, namentlich im Internet, zu treffen. Der Bundesrat hat die Ablehnung einzelner Teilbereiche des parlamentarischen Vorstosses beantragt. Er hat jedoch in der Stellungnahme seine Entschlossenheit bekräftigt, sich besonders für die Bekämpfung von Delikten gegen die Integrität von Kindern zu engagieren und die mit Hilfe von Informations- und Kommunikationssystemen begangenen strafbaren Handlungen verstärkt zu bekämpfen.

An seiner Sitzung vom 10.12. 2004 hat der Bundesrat zwei neue Gesetzesentwürfe zur Vernehmlassung verabschiedet, die auf Vorschlägen der Arbeitsgruppen «Netzwerkkriminalität» und «Genesis» beruhen. Einerseits soll die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Provider für illegale Inhalte im Internet speziell geregelt werden (Vorentwurf A). Andererseits werden im zweiten Gesetzesentwurf neue Ermittlungskompetenzen des Bundes vorgeschlagen (Vorentwurf B). Dieser Entwurf sieht auch vor, dass die Bundeskriminalpolizei gegenüber den kantonalen Strafverfolgungsbehörden weisungsberechtigt ist, um so die Durchführung von Verfahren koordinieren zu können. Von 283 zur Stellungnahme eingeladenen Adressaten sind 99 Antworten eingegangen.

Die Stellungnahmen sind in einem Bericht vom September 2005 zusammengefasst und ausgewertet. Obwohl eine Mehrheit den Vorentwurf A im Grundsatz begrüsst, wird die vorgeschlagene Regelung im Einzelnen stark kritisiert. Ganz anders sieht die Situation beim Vorentwurf B aus. Die vom Bundesrat in Artikel 344 Absatz 1 VE-StGB vorgeschlagene Kompetenz, wonach BA und BKP in Fällen, in denen eine der kantonalen Gerichtsbarkeit unterstehende strafbare Handlung mittels elektronischer Kommunikationsnetze begangen wurde und der zuständige Kanton noch nicht bekannt ist, erste dringend notwendige Ermittlungen durchführen können, wird von einer Mehrheit der Vernehmlasser befürwortet. Ursprünglich war geplant, dem Bundesrat in der ersten Jahreshälfte 2006 zu beantragen, den Vorentwurf B von der Vorlage zu trennen und mit einer separaten Botschaft dem Parlament zu unterbreiten. Das Verfahren hat sich verzögert, weil ergänzende Abklärungen notwendig wurden, insbesondere betreffend die Frage, wie die für die neue Ermittlungskompetenz des Bundes benötigten zusätzlichen Ressourcen zu finanzieren sind.

2002 P 01.3261 Mehr Schutz für Minderheitsaktionäre (N 11.3.02, Leutenegger Oberholzer; S 5.6.02)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf zu prüfen, inwieweit die Rechte von Minderheitsaktionären in materieller und formeller Hinsicht verbessert werden können.

Diesem Anliegen soll im Rahmen einer umfassenden Aktienrechtsrevision Rechnung getragen werden. Das Revisionsvorhaben erstreckt sich auf folgende Punkte: Flexibilisierung des Kapitals, Einsatz von neuen Technologien, Corporate Governance, so insbesondere der Schutz von Minderheitsaktionären. Die Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts wurde 2006 durchgeführt. Der Bundesrat wird die Botschaft 2007 verabschieden.

2002 P 01.3329 Corporate governance in der Aktiengesellschaft (N 5.10.01, Walker Felix, S 5.6.02) Punkte 1–3

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die Vereinbarkeit des Aktienrechts mit den Grundsätzen der Corporate Governance zu untersuchen und allfällige Defizite des geltenden Rechts aufzuzeigen.

Die Anliegen der Corporate Governance bildet einen wichtigen Teilgehalt einer umfassenden Aktienrechtsrevision, die sich zudem auch auf die Flexibilisierung des Kapitals und den Einsatz von neuen Technologien erstreckt. Die Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts wurde 2006 durchgeführt. Der Bundesrat wird die Botschaft 2007 verabschieden.

2002 P 02.3086 Corporate Governance. Anlegerschutz (N 21.6.02, Walker Felix)

Das Postulat lädt den Bundesrat ein abzuklären, wie der Anlegerschutz bei börsenkotierten Unternehmen verbessert werden kann. Inhaltlich betrifft der Vorstoss zwei Fragenkomplexe: einerseits die Anforderungen an die Revision der Jahresrechnung, andererseits das materielle Rechnungslegungsrecht.

Was den Bereich der Revision angeht, so wurden die Anliegen des Postulats mit der Änderung des Obligationenrechts (Revisionspflicht) und mit dem neuen Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Zulassung und Beaufsichtigung von Revisoren berücksichtigt.

Eine Anpassung des materiellen Rechnungslegungsrechts ist Gegenstand der laufenden Aktienrechtsrevision. Am 2. Dezember 2005 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts. Die Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesrates wurde 2006 durchgeführt. Der Bundesrat wird die Botschaft 2007 verabschieden.

2002 P 02.3149 Belastungsgrenze. Neue Begriffsdefinition (N 4.10.02, Chevrier)

2003 M 01.3713 Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht. Änderung (S 18.3.02, Hess Hans; N 3.12.03)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 17. Mai 2006 zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (Agrarpolitik 2011), BBl 2006 6337.

2002 P 02.3489 Rechnungslegungsrecht und Revision (N 13.12.02, Leutenegger Oberholzer) Punkte 1–5 und 7–9

Das Postulat fordert den Bundesrat auf zu prüfen, inwieweit diverse Aspekte des materiellen Rechnungslegungsrechts neu geregelt werden müssen.

Eine Anpassung des materiellen Rechnungslegungsrechts ist Gegenstand der laufenden Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts. Die Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesrates wurde 2006 durchgeführt. Der Bundesrat wird die Botschaft 2007 verabschieden.

2002 P 02.3532 Bestimmungen über Architektur- und Bauleistungen im OR. Schutz der Auftraggebenden (N 13.12.02, Fässler)

Nach dem Vorstoss soll der Bundesrat prüfen, ob die Bestimmungen des Obligationenrechts über Architektur- und Baudienstleistungen unter einem neuen Titel zusammenzufassen, zeitgemäss zu formulieren und zu ergänzen sind, namentlich durch eine präzisere Regelung der Rüge-, Garantie- und Haftungsfristen, durch eine Pflicht der Auftragnehmenden, zur Sicherstellung von Garantie- und Haftungsansprüchen der Auftraggeberschaft eine Bank- oder Versicherungsgarantie vorzuweisen, durch eine klare Umschreibung der Anforderungen an einen Generalunternehmervertrag und allgemein an Verträge zu Fest- oder Pauschalpreisen, die unterschiedliche Dienstleistungen beinhalten, und durch Unterstellung der Architekturleistungen unter die Kausalhaftung.

Ende April 2004 hat der Bundesrat ein Vernehmlassungsverfahren über einen Vorentwurf zu einer Teilrevision des Zivilgesetzbuches (Immobiliarsachen- und Grundbuchrecht) eröffnet, der unter anderem verschiedene Präzisierungen und Änderungen im Bereich des Bauhandwerkerpfandrechts vorsieht. Der Bundesrat nahm am 10. Juni 2005 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis und beauftragte das EJPD mit der Ausarbeitung der Botschaft. Diese wird dem Bundesrat in der 1. Hälfte 2007 vorgelegt werden. Weitere Gesetzesrevisionen sind weder hängig noch geplant (vgl. auch die Antwort des Bundesrates auf die Anfrage Fässler-Osterwalder Hildegard 04.1058. Wie steht's mit dem Bauherrenschutz?).

2003 M 02.3470 Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen zur Rechnungslegung und Unternehmenskontrolle
(S 12.12.02, Geschäftsprüfungskommission SR; N 4.6.03)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, die Bestimmungen des Obligationenrechts im Bereich der Rechnungslegung und Unternehmenskontrolle zu verschärfen und allenfalls in einem neuen Gesetz zu regeln.

Der Bundesrat hat am 23. Juni 2004 dem Parlament die Botschaft zur Änderung des Obligationenrechts (Revisionspflicht im Gesellschaftsrecht) sowie zum Bundesgesetz über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren zugeleitet (BBl 2004 3969 ff.). Diese Vorlage wurde vom Parlament am 16. Dezember 2005 verabschiedet. Die Vorlage tritt voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2007 in Kraft. Mit dem neuen Gesetz werden verschiedene Mängel des geltenden Rechts beseitigt und für sämtliche Rechtsformen ein aktuelles und ausgewogenes Konzept der Revision geschaffen. Es gilt, eine qualitativ gute Rechnungsprüfung zu gewährleisten und das Vertrauen in die Revisionsstelle zu festigen. Die Vorschriften zur Revisionsstelle im OR und im ZGB werden durch ein Bundesgesetz über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren (Revisionsaufsichtsgesetz) ergänzt. Eine staatliche Aufsichtsbehörde wird mit einem Zulassungssystem sicherstellen, dass Revisionsdienstleistungen nur von Fachpersonen erbracht werden, die hierfür genügend qualifiziert sind. Die Revisionsstellen von Publikumsgesellschaften werden zudem einer griffigen Aufsicht unterstellt.

Die Anliegen der Corporate Governance sowie die Revision des materiellen Rechnungslegungsrechts bilden wichtige Teilgelte einer umfassenden Aktienrechtsrevision. Die Vorlage erfasst insbesondere folgende Bereiche: Führung und Kontrolle von Unternehmen, Verbesserung der Aktionärsrechte, institutionelle Stimmrechtsvertretung usw.; Durchführung der Generalversammlung (Einsatz neuer Technologien z.B. Internet); Kapitaländerungsverfahren (sog. Kapitalband) die sich zudem auch auf die Flexibilisierung des Kapitals und den Einsatz von neuen Technologien erstreckt. Die Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts wurde 2006 durchgeführt. Der Bundesrat wird die Botschaft 2007 verabschieden.

2003 P 01.3523 Sterbehilfe. Gesetzeslücke schliessen statt Tötung erlauben (N 11.12.01, Zäch; S 17.6.03)

2004 M 03.3180 Sterbehilfe und Palliativmedizin (S 17.6.03, Kommission für Rechtsfragen SR; N 10.3.04)

Nach dem Postulat soll der Bundesrat prüfen, ob und in welcher Form gesetzliche Regelungen der indirekten aktiven und der passiven Sterbehilfe nach den Richtlinien der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften (SAMW) notwendig seien. Ferner soll der Bundesrat ein Massnahmenpaket zur speziellen Förderung der Palliativmedizin unterbreiten. Die gleiche Stossrichtung haben auch die Motion 03.3180 «Sterbehilfe und Palliativmedizin» (S 17.6.03, Kommission für Rechtsfragen SR; N 10.3.04) und die von den Räten noch nicht behandelte Motion 05.3352 «Expertenarbeit zum Thema Sterbehilfe» der FDP-Fraktion. Zur Beurteilung des gesetzgeberischen Handlungsbedarfs setzte der Vorsteher des EJPD im Herbst 2004 eine verwaltschaftsinterne Arbeitsgruppe ein und beauftragte sie, sich vorerst mit den akuten Problemen des so genannten «Sterbetourismus» zu befassen. Nach Diskussionen mit internen und externen Experten wurde die Studie ausgeweitet und im Verlaufe des Jahres 2005 zum Bericht «Die Sterbehilfe in der Schweiz – Handlungsbedarf für den Bundesgesetzgeber?» ausgebaut. Er befasst sich hauptsächlich mit den Fragen nach dem gesetzgeberischen Handlungsbedarf bei der indirekten aktiven und bei der passiven Sterbehilfe, bei der Suizidhilfe und dem sog. «Sterbetourismus» sowie nach möglichen Massnahmen zur Förderung der Palliativmedizin. Der Bericht wurde dem Parlament Ende Mai 2006 mit vom Bundesrat beschlossenen Empfehlungen zum weiteren Vorgehen vorgelegt.

2003 M 02.3323 Bekämpfung der Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln (N 4.10.02, Hess Bernhard; S 2.10.03)

Die Motion verpflichtet den Bundesrat, Vorschläge zur Revision des Strafgesetzbuches zu unterbreiten, damit Übergriffe auf das Personal in öffentlichen Verkehrsmitteln künftig als Offizialdelikt geahndet werden können. Der Vorstoss verfolgt das gleiche Ziel wie die Motion Jutetz 00.3513, deren Abschreibung in der Botschaft vom 23. Februar 2005 zur Bahnreform 2 (BBl 2005 2415) beantragt wird.

2003 M 02.3246 Insider-Strafnorm (N 4.10.02, Jossen; S 2.10.03)

Die Motion verlangt vom Bundesrat, eine Änderung der Insider-Strafnorm (Art. 161 StGB) vorzuschlagen, damit die Norm künftig auch Wertschriftenverkäufe erfasst, die im Vorfeld einer Warnung vor einem Gewinneinbruch getätigt werden, um einen erwarteten Kurseinbruch abzufedern. Die diesbezügliche Gesetzesänderung wurde im Rahmen der Vorlage zur Umsetzung der revidierten Empfehlungen der «Financial action task force» (FATF) unter Federführung des EFD an die Hand genommen. Zum entsprechenden Vorentwurf und Bericht wurde im 1. Quartal 2005 das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Der Bundesrat nahm von den Ergebnissen Ende September 2005 Kenntnis. Ende September 2006 entschied der Bundesrat über das weitere Vorgehen in der Umsetzung der revidierten Empfehlungen der FATF. Gleichzeitig entschied der Bundesrat, die Teilrevision der Insider-Strafnorm aus der FATF-Vorlage herauszulösen und beschleunigt zu behandeln. Am 8. Dezember 2006 verabschiedete der Bundesrat diese Botschaft zur Umsetzung der Motion Jossen zu Händen des Parlaments (BBl 2007 439).

2003 P 03.3344 Schutzmassnahmen für «Whistleblowers» (S 2.10.03, Marty Dick)

Der Bundesrat hat die Frage des Schutzes für «Whistleblowers» im Zusammenhang mit der M 03.3212 Gysin Remo «Gesetzlicher Schutz für Hinweisgeber von Korruption» geprüft. Er ist dabei zur Auffassung gelangt, dass kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Trotzdem hat der Nationalrat den Vorstoss am 13. Juni 2005 angenommen. Der Ständerat seinerseits stimmte am 22. März 2006 einer Neuformulierung der Motion zu. Diese umschreibt den gesetzgeberischen Handlungsbedarf klarer und lässt gleichzeitig offen, welche Eingriffe ins Arbeitsrecht (Kündigungsschutz) schliesslich nötig sind. Dies erlaubte es dem Bundesrat, die geänderte Motion zu unterstützen. Den gleichen Beschluss fasste am 23. November 2006 die Rechtskommission des Nationalrates. Der Nationalrat wird anfangs 2007 entscheiden.

2003 P 03.3580 Strafbestimmungen bei Verletzung von Amtsgeheimnissen (S 9.12.03, Staatspolitische Kommission SR 03.013)

Das Öffentlichkeitsgesetz ist am 1. Juli 2006 in Kraft getreten. Die Änderung des Strafgesetzbuches erfolgte auf den 1. Januar 2007. Für beide Erlasse ist es für eine Beurteilung der Auswirkungen noch zu früh. Die gewünschte Überprüfung der Strafbestimmung betreffend Amtsgeheimnisverletzung und die Beurteilung der Notwendigkeit einer allfälligen Verschärfung dieser Bestimmung gestützt auf die praktischen Erfahrungen werden erst in einigen Jahren gemacht werden können.

2004 M 03.3235 Kindeswohl und Haager Übereinkommen (N 3.10.03, Leuthard; S 3.3.04)

Der Bundesrat wurde mit der Motion Leuthard beauftragt, sich für eine Anpassung des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführungen sowie für eine kindsgerechtere Handhabung der bestehenden Normen einzusetzen. Eine Anpassung des Haager Übereinkommens kann im Rahmen der Haager Konferenz erfolgen. Rund alle fünf Jahre treffen sich Vertreter dessen Mitgliedstaaten und diskutieren die Anwendung des Kindesentführungsübereinkommens in einer Spezialkommission in Den Haag. Die Schweizerische Delegation hatte im Hinblick auf die 5. Spezialkommission im Oktober/November 2006 an der Sitzung der Commission des affaires générales et de la politique (Steuerungsorgan) vom April 2006 beantragt, das Übereinkommen unter dem Aspekt des Kindeswohls zu verbessern. Ein entsprechender Prüfantrag war vom Steuerungsorgan an die 5. Spezialkommission gegangen. Das schweizerische Arbeitspapier figuriert im Schlussdokument der 5. Spezialkommission. Es ist nun Sache des Steuerungsorgans, eine allfällige Ergänzung/Revision des Kindesentführungsübereinkommens zu traktandieren. Um eine verbesserte Anwendung des Kindesentführungsübereinkommens in der Schweiz zu erreichen, hat der Bundesrat eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, welche am 11. Juli 2006 in die Vernehmlassung geschickt wurde. Der Bundesrat beabsichtigt, dem Parlament in der ersten Hälfte 2007 einen Gesetzesentwurf samt Botschaft zu unterbreiten.

2004 P 02.3085 Angriffe auf uniformierte Soldaten sind Officialdelikte (N 10.3.04, Schlüer)

Die Motion Schlüer vom 20. März 2002 verlangt, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass gewalttätige Angriffe auf uniformierte Armeeinghörige als Officialdelikte geahndet und bestraft werden. Der Vorstoss wurde am 10. März 2004 als Postulat überwiesen. Der entsprechende Bericht soll dem Bundesrat im Verlauf des Jahres 2007 unterbreitet werden.

2004 M 03.3305 Grundbuchbereinigung (S 2.10.03, Lauri; N 15.6.04)

Das Anliegen, den Kantonen mittels einer Änderung des ZGB griffige Instrumente zur Verfügung zu stellen, um das Grundbuch von bedeutungslosen und unklaren Einschreibungen zu entlasten sowie vor überflüssigen Einschreibungen zu schützen, wurde im Rahmen der laufenden Teilrevision des ZGB (Immobiliarsachen- und Grundbuchrecht) geprüft. Dem Anliegen soll durch eine gründliche Revision der Artikel 743 und 744 sowie 976 entsprochen werden. Zukünftig müssen bei jeder Teilung eines Grundstücks sowie bei jeder Vereinigung von Grundstücken nebst den Dienstbarkeiten auch die Vormerkungen und Anmerkungen bereinigt werden. Überdies können die Kantone für bestimmte Gebiete ein öffentliches Bereinigungsverfahren anordnen. Aus systematischen Gründen werden die revidierten Bestimmungen zur Bereinigung ins Grundbuchrecht integriert. Der Bundesrat nahm am 10. Juni 2005 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis und beauftragte das EJPD mit der Ausarbeitung der Botschaft. Diese wird dem Bundesrat in der 1. Hälfte 2007 vorgelegt werden.

Bundesamt für Polizei

2001 M 00.3418 Waffenimitationen und «soft air guns». Bekämpfung des Missbrauches (N 6.10.00, Sicherheitspolitische Kommission NR 00.400; S 6.3.01)

2001 P 01.3001 Waffengesetz. Änderung (N 14.3.01, Sicherheitspolitische Kommission NR 00.307; S 19.9.01)

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft vom 11. Januar 2006 betreffend Änderung des Bundesgesetzes über Waffen, Waffenzubehör und Munition (Waffengesetz, WG) die Abschreibung der Motion und des Postulats beantragt (BBl 2006 2713).

2001 P 01.3271 Untersuchung über die Wirtschaftskriminalität (N 5.10.01, Mugny)

Mit der Entgegennahme des Postulates erklärte sich der Bundesrat bereit, zu untersuchen, wie viele Vergehen in der Schweiz in den einzelnen Bereichen der Wirtschaftskriminalität begangen werden. Zu diesem Thema wurde vom Bundesamt für Polizei ein strategischer Analysebericht erstellt, der das Thema Wirtschaftskriminalität sowie die Möglichkeiten, diese methodologisch abzugrenzen und zu quantifizieren, erläuterte. Die Ergebnisse dieses Berichtes wurden im Bericht zur inneren Sicherheit Schweiz 2002 ausführlich dargelegt. Wirtschaftskriminalität wird zudem im jährlich erscheinenden Bericht Innere Sicherheit (BISS) ausgeleuchtet. Damit wurde ein erster Grundstein im Sinne des Postulates gelegt.

Im Dezember 1999 verabschiedete das Eidgenössische Parlament die Effizienzvorlage (Umsetzung von Massnahmen zur Verbesserung der Effizienz und der Rechtsstaatlichkeit in der Strafverfolgung (EffVor)). Dem Bund wurden dabei neue Kompetenzen im Bereich der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Wirtschaftskriminalität zugesprochen.

Im Februar 2006 setzte der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) eine Projektorganisation zur Erarbeitung einer Situationsanalyse im Bereich der Effizienzvorlage (EffVor) unter dem Vorsitz von Regierungsrat Hanspeter Uster (Zug) ein. Der Bericht («Bericht Uster») wurde am 31. August 2006 von der Projektgruppe verabschiedet und am 29. September veröffentlicht.

Der Bundesrat hat am 15. Dezember 2006 die Stossrichtung des «Bericht Uster» – die Konzentration auf komplexe und aufwändige Verfahren, insbesondere auch auf komplexe Fälle von Wirtschaftskriminalität – gutgeheissen. Für die Umsetzung wird in einem ersten Schritt eine Projektgruppe einen Detailbericht vorlegen, um diesen in einem zweiten Schritt umzusetzen. Das neue Konzept soll ab dem 01. Januar 2008 gelten. Im Zuge der Umsetzung dürfte die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität wieder verstärkt analytisch begleitet werden.

2002 P. 01.3009 Straffung im Sicherheitsbereich (N 20.3.02, Sicherheitspolitische Kommission NR)

Auf Antrag des Bundesrats, der auf den notwendigen Abschluss des Projekts Überprüfung des Systems innere Sicherheit Schweiz (USIS) verwies, überwies der Nationalrat die Motion in Form eines Postulats am 20. März 2002. Seit dem Abschluss von USIS im Frühling 2004 traf der Bundesrat strukturelle Massnahmen zur wirksamen Koordination und Zusammenarbeit unter den mit Sicherheitsaufgaben betrauten Dienststellen auf Stufe Bund.

So wurde ein departementsübergreifender Kern- und Krisenstab (Stab SiA) beschlossen und 2006 aufgebaut. Der Stab SiA unterstützt den SiA und die Lenkungsgruppe Sicherheit, indem er ihre Nachrichtenbedürfnisse aktualisiert, Analysen der Verwaltung zur Sicherheitslage zu einem Lagebild (SWISSREL) verdichtet, ihre Sekretariate führt, Vorsorgeplanungen erstellt und zur Krisenbewältigung auf Stufe Bund beiträgt. Er unterstützt andere Krisenmanagementorgane des Bundes, stellt die Infrastruktur zur Verfügung und dient als Auskunft- und Ansprechstelle. Zum besseren Einbezug der Kantone wurde eine Vertretung der Kantone als ständiges Mitglied in die LGSi aufgenommen. Die revidierten Weisungen über die Organisation der sicherheitspolitischen Führung des Bundesrats traten am 1. August 2006 in Kraft. Schliesslich überprüfte der Bundesrat die Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten und ihre Führung durch die Exekutive. Beschlüsse sind für Januar 2007 vorgesehen.

Der Bundesrat hat zur Optimierung des Zusammenwirkens von Sicherheitsorganen auf Stufe Bund und Kantonen und zur Stärkung der sicherheitspolitischen Führung Massnahmen getroffen. Er verfolgt ihre Umsetzung und Wirksamkeit und wird bei Bedarf weitere Anpassungen anordnen.

2002 M 01.3012 Bekämpfung der Pädophilie (N 11.12.01, Kommission für Rechtsfragen NR; S 4.6.02)

2002 P 02.3522 Weisungsbefugnis des Bundes in kantonsübergreifenden Strafverfolgungsaktionen (N 13.12.02, Christlichdemokratische Fraktion)

In der Motion wird der Bundesrat ersucht, Dispositionen zur wirksamen Bekämpfung von Straftaten an Kindern, namentlich im Internet, zu treffen. Der Bundesrat hat die Ablehnung einzelner Teilbereiche des parlamentarischen Vorstosses beantragt. Er hat jedoch in der Stellungnahme seine Entschlossenheit bekräftigt, sich besonders für die Bekämpfung von Delikten gegen die Integrität von Kindern zu engagieren und die mit Hilfe von Informations- und Kommunikationssystemen begangenen strafbaren Handlungen verstärkt zu bekämpfen.

An seiner Sitzung vom 10.12. 2004 hat der Bundesrat zwei neue Gesetzesentwürfe zur Vernehmlassung verabschiedet, die auf Vorschlägen der Arbeitsgruppen «Netzwerkriminalität» und «Genesis» beruhen. Einerseits soll die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Provider für illegale Inhalte im Internet speziell geregelt werden (Vorentwurf A). Andererseits werden im zweiten Gesetzesentwurf neue Ermittlungskompetenzen des Bundes vorgeschlagen (Vorentwurf B). Dieser Entwurf sieht auch vor, dass die Bundeskriminalpolizei gegenüber den kantonalen Strafverfolgungsbehörden weisungsberechtigt ist, um so die Durchführung von Verfahren koordinieren zu können. Von 283 zur Stellungnahme eingeladenen Adressaten sind 99 Antworten eingegangen. Die Stellungnahmen sind in einem Bericht vom September 2005 zusammengefasst und ausgewertet. Obwohl eine Mehrheit den Vorentwurf A im Grundsatz begrüsst, wird die vorgeschlagene Regelung im Einzelnen stark kritisiert. Ganz anders sieht die Situation beim Vorentwurf B aus. Die vom Bundesrat in Artikel 344 Absatz 1 VE-StGB vorgeschlagene Kompetenz, wonach BA und BKP in Fällen, in denen eine der kantonalen Gerichtsbarkeit unterstehende strafbare Handlung mittels elektronischer Kommunikationsnetze begangen wurde und der zuständige Kanton noch nicht bekannt ist, erste dringend notwendige Ermittlungen durchführen können, wird von einer Mehrheit der Vernehmlasser befürwortet. Ursprünglich war geplant, dem Bundesrat in der ersten Jahreshälfte 2006 zu beantragen, den Vorentwurf B von der Vorlage zu trennen und mit einer separaten Botschaft dem Parlament zu unterbreiten. Das Verfahren hat sich verzögert, weil ergänzende Abklärungen notwendig wurden, insbesondere betreffend die Frage, wie die für die neue Ermittlungskompetenz des Bundes benötigten zusätzlichen Ressourcen zu finanzieren sind.

2002 P 02.3441 Kriminalstatistik und Waffendelikte (S 2.12.02, Berger)

In den vergangenen zwei Jahren wurde eine Revision der polizeilichen Kriminalstatistik angestrebt. Diese neue Statistik sieht auch zusätzliche Informationen im Sinne des Postulats vor. Die Realisierung erfolgt zurzeit durch das Bundesamt für Statistik. Die Harmonisierung der Datenerfassung mit allen Kantonen ist jedoch komplex und dürfte im Jahr 2009 abgeschlossen sein, so dass die erste neue Statistik 2010 vorliegt.

2003 P 02.3742 Schaffung eines Sicherheitsdepartementes (N 20.6.03, Vaudroz René)

Der Bundesrat nahm das Postulat am 14. Mai 2003 entgegen. Gestützt auf Erfahrungen bei Sicherheitsvorkehrungen bei Grosseignissen prüfte er die Zusammenarbeit zwischen den auf Stufe Bund mit Sicherheitsaufgaben betrauten Dienststellen und beschloss am 8. September 2004, die sicherheitspolitische Führungsfähigkeit durch strukturelle Massnahmen zu stärken. Er übertrug den Vorsitz seines Sicherheitsausschusses (SiA) dem Vorsteher des VBS und beauftragte den SiA, einen departementsübergreifenden Krisenstab zu konzipieren. Gleichzeitig beschloss er, mit der Prüfung eines Sicherheitsdepartementes bis zum Vorliegen von Erfahrungen mit dem Stab und mit der Assoziierung der Schweiz an Schengen/Dublin abzuwarten. Am 22. Dezember 2004 beschloss der Bundesrat die Schaffung eines Kern- und Krisenstabs (Stab SiA) und stimmte dessen Organisation am 22. Juni 2005 zu. Dabei beauftragte er den SiA, den Stab bis Ende 2008 zu evaluieren.

Der Stab SiA wurde 2006 aufgebaut. Er unterstützt den SiA und die Lenkungsgruppe Sicherheit, indem er ihre Nachrichtenbedürfnisse aktualisiert, Analysen der Verwaltung zur Sicherheitslage zu einem Lagebild (SWISSREL) verdichtet, ihre Sekretariat führt, Vorsorgeplanungen erstellt und zur Krisenbewältigung auf Stufe Bund beiträgt. Er unterstützt andere Krisenmanagementorgane des Bundes, stellt die Infrastruktur zur Verfügung und dient als Auskunft- und Ansprechstelle. Die revidierten Weisungen über die Organisation der sicherheitspolitischen Führung des Bundesrats traten am 1. August 2006 in Kraft.

Der Bundesrat wird sich der Frage der Schaffung eines Sicherheitsdepartements annehmen, wenn die Ergebnisse der Evaluation des Stabs SiA das nahe legen sollten, also frühestens ab Ende 2008.

2003 P 03.3188 Kinder- und Jugendschutz (N 3.10.03, Kommission für Rechtsfragen NR 02.457)

Im Postulat der Kommission für Rechtsfragen wurde der Bundesrat beauftragt, die im Rahmen des Postulats Janiak (00.3469 Rahmengesetz für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik) aufgeworfenen Massnahmen einer Überprüfung zu unterziehen.

Die Kriterien des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) für Subventionen an Dachorganisationen im Bereich des Kinderschutzes wurden bei der Beantwortung des Postulats dargelegt. Die Subventionspraxis hat sich seitdem nicht verändert. Ab 1. Januar 2006 löst der Bereich «Familie, Generationen und Gesellschaftsfragen» die Zentralstelle für Familienfragen ab und wird mit einem neuen Kreditvolumen gezielt Präventionsprojekte im Kinderschutz unterstützen können.

Die Ermittlungs- und Repressionsmassnahmen gegen alle direkt oder indirekt über Internet an Kindern begangenen Handlungen konnten verstärkt werden. Die Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBIK) hat sich schweizweit etabliert und konnte seit 2003 Hunderte von Verdachtsfällen mit einem Bezug zur Schweiz ermitteln und an die zuständigen Kantone weiterleiten. Die bei der Beantwortung des Postulats monierten Schwierigkeiten mit der Auskunftspflicht der Provider bei Randdaten haben sich inzwischen gelöst. Obwohl die Kooperation mit den schweizerischen Providern auf freiwilliger Basis einwandfrei funktioniert, wird von allen Beteiligten eine gesetzliche Festhaltung der bestehenden Praxis gewünscht. Eine Ergänzung der Verordnung vom 31. Oktober 2001 über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (VÜPF) drängt sich mittelfristig auf. Auch bei der Koordination internationaler Polizeiaktionen gegen Kinderpornografie zeigt sich eine deutliche Verbesserung. Durch die Schaffung und Etablierung eines eigenen Kommissariats PMM (Pädophilie, Pornografie, Menschenhandel, Menschenschmuggel) bei der Bundeskriminalpolizei (BKP) konnten bei den Folgeaktionen nach Genesis Verbesserungen bei der Dossieraufbereitung, der kantonalen Koordination, dem Ablauf der Aktionen, der Auswertung und der Medienarbeit erfolgreich umgesetzt werden.

Neben den bereits erwähnten ausgebauten Massnahmen im Kampf gegen Pädokriminalität wurde verstärkt politische Arbeit geleistet. So hat der Bundesrat im März 2005 der Ratifikation des Fakultativprotokolls bezüglich Kinderrechte, Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornografie zugestimmt. Auch die auf Gesetzesebene erwähnten Verbesserungen wurden weiterverfolgt. Die vom Parlament am 13. Dezember 2002 verabschiedete Revision des AT-StGB, der in Artikel 5 für die Verfolgung von im Ausland gegenüber Kindern begangenen schweren Sexual- und andern Delikten praktisch das Universalitätsprinzip vorsieht, wurde auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. Artikel 386 des revidierten StGB über Präventionsmassnahmen wurde gemäss Beschluss des Bundesrates vom 2. Dezember 2005 vorzeitig auf den 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt.

Im Auftrag der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren (KKJPD) konnte unter Federführung der Schweizerische Kriminalprävention (SKP) im Jahr 2005 eine nationale dreijährige Präventionskampagne gegen Kinderpornografie und Pädokriminalität auf dem Internet lanciert werden. Die Kampagne wird von Bund und Kantonen gemeinsam finanziert.

2003 M 02.3723 Internationales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung der Internetkriminalität (N 21.3.03, Fehr Jacqueline: S 9.12.03)

Die erwähnte Motion zur Schaffung eines Kompetenzzentrums zur Bekämpfung der Internetkriminalität bei den Vereinten Nationen (UNO) wurde vom Ständerat als Zweitkammer am 9. Dezember 2003 an den Bundesrat überwiesen. Wie in der Antwort der damaligen Departementsvorsteherin EJPD Ruth Metzler-Arnold festgehalten, erachtet der Bundesrat die Forderungen der Motion, die Schweiz solle die Federführung beim Aufbau eines Kompetenzzentrums zur Bekämpfung der Internetkriminalität im Rahmen der UNO übernehmen, vor allem als politisches Signal, die Schweizer Erfahrungen im Bereich Bekämpfung der Internetkriminalität auch auf internationaler Ebene einfließen zu lassen. Dies wurde auf operativer Ebene, namentlich durch die Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBIK) und neu der Melde- und Analysestelle zur Informationssicherung (MELANI) bereits erreicht. Die internationale Zusammenarbeit sowie der Informations- und Wissensaustausch mit Partnern im Ausland ist bei diesen zwei Fachzentren bereits sehr hoch und wird ständig ausgebaut.

Das federführende Departement EJPD wird weiter mit dem Eidgenössischen Departement für Auswärtiges EDA in Kontakt treten, um die von der Motion geforderte Stossrichtung eines internationalen Kompetenzzentrums zu verfolgen.

2004 P 03.3579 Führung durch den Bund. Ereignisse von nationaler Bedeutung (N 19.3.04, Sicherheitspolitische Kommission NR)

Der Bundesrat nahm das Postulat am 11. Februar 2004 entgegen. Gestützt auf Erfahrungen bei Sicherheitsvorkehrungen bei Grossereignissen prüfte er die Zusammenarbeit zwischen den auf Stufe Bund mit Sicherheitsaufgaben betrauten Dienststellen und beschloss am 8. September 2004, die sicherheitspolitische Führungsfähigkeit durch strukturelle Massnahmen zu stärken. Er übertrug den Vorsitz seines Sicherheitsausschusses (SiA) dem Vorsteher des VBS und beauftragte den SiA, einen departementübergreifenden Krisenstab zu konzipieren. Am 22. Dezember 2004 beschloss er die Schaffung eines Kern- und Krisenstabs (Stab SiA) und stimmte dessen Organisation am 22. Juni 2005 zu.

Der Stab SiA wurde 2006 aufgebaut. Er unterstützt den SiA und die Lenkungsgruppe Sicherheit, indem er ihre Nachrichtenbedürfnisse aktualisiert, Analysen der Verwaltung zur Sicherheitslage zu einem Lagebild (SWISSREL) verdichtet, ihre Sekretariate führt, Vorsorgeplanungen erstellt, in besonderer Lage bundesinternes und bundesexternes Fachwissen zuhanden der sicherheitspolitischen Führung vernetzt und zur Krisenbewältigung auf Stufe Bund beiträgt. Er unterstützt andere Krisenmanagementorgane des Bundes, stellt die Infrastruktur zur Verfügung und dient als Auskunfts- und Ansprechstelle für das Krisenmanagement auf Stufe Bund, auch den Kantonen. Der Stab SiA ist dem Vorsitzenden des SiA unterstellt und kann bei Bedarf – wenn z.B. die Bewältigung einer Krise das erfordert – personell vorübergehend verstärkt werden. Der Stab SiA hat keine Führungsverantwortung oder Linienkompetenzen, und dient der Führungsunterstützung zugunsten des SiA, der LGSi und bei Bedarf der Departemente. Die revidierten Weisungen über die Organisation der sicherheitspolitischen Führung des Bundesrats traten am 1. August 2006 in Kraft.

Bundesamt für Migration

2004 P 04.3464 Überprüfung der Niederlassungsabkommen (S 14.12.04, Stähelin) – vormals: IMES

Mit dem in der Form eines Postulats eingereichten Vorstoss wird der Bundesrat beauftragt, die nicht formell aufgehobenen Niederlassungsabkommen der Schweiz oder der Kantone mit anderen Staaten zusammenzustellen, auf ihre Anwendbarkeit und rechtliche wie praktische Relevanz hin zu überprüfen und Vorschläge zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten.

Der Bundesrat hatte beantragt, das Postulat abzuschreiben. Er kam nach einer Vorabklärung zum Schluss, dass die Anwendbarkeit der Abkommen und Verträge mit Vorteil im jeweiligen Einzelfall geprüft werden sollte. An seiner Sitzung vom 6. Juni 2006 hat der Ständerat indes beschlossen, das Postulat nicht abzuschreiben.

Das federführende Bundesamt für Migration hat seither mit den weiteren betroffenen Dienststellen den Handlungsbedarf für die Erfüllung des Postulats evaluiert. Neben dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (BFM und BJ) sind insbesondere auch das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten und das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) betroffen.

Ein Bericht soll nun so rasch als möglich fertig gestellt werden.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum

1999 P 99.3557 Urheberrechtsentschädigung auf Subventionen (N 22.12.99, Christen)

2000 P 00.3127 Produzenten-Urheberrecht (N 23.6.00, Weigelt)

2001 P 01.3401 Folgerecht im Urheberrechtsgesetz (N 5.10.01, Aeppli Wartmann) – vormals: BJ

2001 P 01.3417 Urheberrechtsgesetz. Teilrevision (N 5.10.01, Kommission für Rechtsfragen NR)

2002 P 02.3356 Urheberrecht. Ratifikation von zwei Wipo-Abkommen und Regelung der Privatkopie (N 4.10.02, Baumann J. Alexander)

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft vom 10. März 2006 zum Bundesbeschluss über die Genehmigung von zwei Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum und zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes (BBl 2006 3389) die Abschreibung der Postulate beantragt.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Verteidigung

2000 P 97.3619 Koordination und zentrale Leitung der Nachrichtendienste (N 8.3.99, Schmid Samuel; S 7.3.00)

Das Postulat hat sinngemäss zum Inhalt, mit einer möglichst zweckmässigen Organisation die Wirksamkeit der Nachrichtendienste zu erhöhen bzw. insgesamt die Funktion und Koordination zwischen den Nachrichtendiensten zu verbessern.

Mit dieser Zielsetzung beschäftigt sich der Bundesrat bereits seit geraumer Zeit. Die letzten grundsätzlichen Beschlussfassungen zu diesem Thema erfolgten anlässlich der Sitzungen vom 22. Juni 2005 sowie vom 5. Juli 2006. Dabei hat der Bundesrat unter anderem entschieden, gemeinsame Plattformen SND (VBS) – DAP (EJPD) und ein sog. «Interface» zwischen SND (VBS) – ZISP (EDA) einzurichten, die Frage der Übertragung allfälliger Kompetenzen im Bereich der politischen Führung der Nachrichtendienste an den Sicherheitsausschuss (SiA) bzw. Vorsitzenden des SiA zu prüfen sowie die Funktion des Nachrichtenkoordinators abzuschaffen. Gleichzeitig beauftragte der Bundesrat den SiA, die Zweckmässigkeit und Wirkung gerade dieser neu beschlossenen Massnahmen hinsichtlich Effektivität und Effizienz der Gesamtleistung der Nachrichtendienste zu evaluieren und ihm bis Ende 2006 Bericht zu erstatten.

Der Bundesrat wird sich voraussichtlich erst anfangs des Jahres 2007 gesamtheitlich mit verschiedenen Aspekten im nachrichtendienstlichen Kontext, u.a. auch mit den fraglichen Evaluationsergebnissen, beschäftigen können. Sobald dies erfolgt ist und der Bundesrat allfällige Folgebeschlüsse getroffen hat, wird auch die Abschreibung des Postulates möglich sein.

2000 P 00.3490 Volkswirtschaftlicher Nutzen der Landesverteidigung (N 15.12.00, Engelberger)

2000 P 00.3508 Nutzen der Landesverteidigung (N 15.12.00, Borer)

Das VBS beabsichtigte ursprünglich, die Studie «Kosten der Landesverteidigung (A 95)» aus dem Jahre 2000 zu aktualisieren. Aus Gründen des fortschreitenden Personalabbaus sowohl in der Direktion für Sicherheitspolitik als auch im Departementsbereich Verteidigung kann dieses Vorhaben nicht vor dem Jahr 2008 angegangen werden.

Die wesentlich komplexere Analyse des Nutzens der Landesverteidigung ist unter den gegebenen Voraussetzungen – angesichts der Sparanstrengungen des Bundes und aus dem Blickwinkel der damit verbundenen Selbstbeschränkung auf die wesentlichsten Bundesaufgaben – im Sinne des Postulates zurzeit nicht machbar.

2004 P 04.3049 Armee XXII. Bericht (N 18.6.04, Sozialdemokratische Fraktion)

Erhebliche Teile der im Postulat formulierten Anliegen (Berichterstattung zu Bedrohungsszenarien, Einschätzung der Strategien der EU und Auswirkungen von ihnen auf die Schweiz, Kooperation mit der EU, Armeeaufträge, Wehrdienstmodelle, allgemeine Wehrpflicht) sind bereits in verschiedenen Dokumenten behandelt worden:

- in der Botschaft über Änderungen der Armeorganisation und des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes (Rechtliche Anpassungen zur Umsetzung des Entwicklungsschrittes 2008/11 der Armee) vom 31. Mai 2006;
- im Zwischenbericht vom 31. Dezember 2005 zur Überprüfung der Zielsetzungen der Armee im Rahmen der Berichterstattung an die Bundesversammlung gemäss Artikel 149b des Militärgesetzes;
- und im Bericht des Bundesrates zur Wehrgerechtigkeit in Erfüllung des Postulats 05.3526 SR Wicki, der vom Bundesrat im ersten Quartal 2007 verabschiedet werden soll.

Der Bundesrat hat in seinen Antworten auf die gleichlautenden Interpellationen 06.3471 und 06.3472 (Freisinnig-demokratische Fraktion bzw. SR Leumann-Würsch: Sicherheitspolitik. Entwicklungsschritt 2008–2011) ausgeführt, dass er bereit ist, dem Parlament regelmässig einmal pro Legislatur Bericht über die sicherheitspolitische Strategie zu erstatten, auch wenn er nicht beabsichtigt, jedes Mal einen neuen sicherheitspolitischen Bericht im bisherigen Sinne zu verfassen, sondern den Umfang der Berichterstattung dem Ausmass der Veränderungen der Strategie anzupassen. Mit diesen Berichten wird auch das Kernanliegen des vorliegenden Postulates aufgenommen werden.

2004 P 04.3259 Assistenzdienst der Armee. Anpassung des Genehmigungsverfahrens (S 5.10.04, Sicherheitspolitische Kommission SR)

Das Postulat ersucht den Bundesrat zu prüfen, wie das Genehmigungsverfahren der Assistenzdienste der Armee vereinfacht werden kann. Es empfiehlt unter anderem die Prüfung eines zweiteiligen Modells, wonach weniger bedeutungsvolle Assistenzdienste (zum Beispiel Routineeinsätze, nicht umstrittene Verlängerung von Einsätzen) mit einer Sammelbotschaft vorgelegt, Friedensförderungsdienste und bedeutungsvollere Assistenzdienste hingegen weiterhin einzeln genehmigt werden sollen. Das Postulat wird – gemeinsam mit der Motion der Freisinnig-demokratischen Fraktion (05.3019, Auslandseinsätze der Armee zur Friedensförderung. Grösserer Handlungsspielraum für den Bundesrat) im Rahmen der Revision 09 der Militärgesetzgebung (Militärgesetz, Armeorganisation, Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme) behandelt und kann deshalb voraussichtlich im Jahre 2009 abgeschrieben werden.

Finanzdepartement

Generalsekretariat

2004 P 04.3298 Bundesaufgaben durch Verwaltungsstellen des Bundes. Transparenz im Vollzug (S 27.09.04, Schmid-Sutter)

Der Bundesrat wurde ersucht die Transparenz im Vollzug von Bundesaufgaben zu verbessern und Bericht über Expertenaufträgen und Mitgliedschaften von Bundesstellen und Departementsangehörigen zu erstatten.

Einen entsprechenden Bericht findet sich in Ämterkonsultation und wird im Laufe des Jahre 2007 veröffentlicht.

Eidgenössische Finanzverwaltung

2000 P 98.3480 Eigenmittelvorschriften zur Abdeckung der Systemrisiken bei global tätigen Banken (N 24.3.00, Strahm; Abschreibung beantragt BBI 2006 2829)

Der Bundesrat hat am 1. Februar 2006 eine Botschaft zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finanzmarktaufsichtsgesetz, FINMAG; BBI 2006 2829) verabschiedet. Mit der Botschaft beantragt er die Abschreibung des Postulats.

2000 M 97.3401 Nachrichtenlose Vermögen. Bundesrat muss handeln (N 3.3.99, Grobet; S 20.6.00) – vormals: EJP/BJ

In der zweiten Hälfte der 90-er Jahre hat das Parlament verschiedene Vorstösse überwiesen, die vom Bundesrat eine Analyse jener Bestimmungen der schweizerischen Rechtsordnung verlangen, die den Umgang mit nachrichtenlosen Vermögenswerten regeln. Der Bundesrat wurde eingeladen, dem Parlament die nötigen Verbesserungen vorzuschlagen, falls sich beim geltenden Recht Mängel zeigen sollten. Die vor der Wintersession 1999 überwiesenen Vorstösse wurden von den eidgenössischen Räten im Hinblick auf das neue Parlamentsgesetz abgeschrieben. Pendent sind noch zwei am 20. Juni 2000 eingereichte Motionen.

1997 hat der Bundesrat das EJP mit der Analyse der Rechtslage und der Vorbereitung einer Vernehmlassungsvorlage für ein Bundesgesetz über nachrichtenlose Vermögenswerte (BGNV) beauftragt. Das EJP und das EFD führten im Jahr 2000 gemeinsam die Vernehmlassung durch. Gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 15. Mai 2002 wurde das Ergebnis der Vernehmlassung publiziert. Der Vorentwurf fand im Grundsatz allgemein Zustimmung; in Bezug auf die konkrete Ausgestaltung war das Echo jedoch sehr kontrovers. Der Bundesrat hat daraufhin das EFD mit der Einsetzung einer kleinen Expertenkommission beauftragt. Gemäss Auftrag des Bundesrats soll die gesetzliche Regelung Rahmenbedingungen für mehr Selbstregulierung definieren. Mit Verfügung vom 1. Juli 2002 hat das EFD einer Expertenkommission unter dem Vorsitz von Prof. Thévenoz, Genf, den Auftrag erteilt, bis Ende 2003 einen Bericht samt Gesetzesentwurf vorzulegen. Das Mandat wurde bis Mitte 2004 verlängert, weil die erforderlichen Arbeiten mehr Zeit beansprucht haben als geplant. Das EFD hat den Expertenbericht am 6. Juli 2004 publiziert. Am 4. Mai 2005 hat sich der Bundesrat im Grundsatz für die Ausarbeitung einer Botschaft durch das EFD ausgesprochen. Gleichzeitig hat er dem EFD verschiedene Abklärungsaufträge erteilt. Sie wurden vom EFD vorgenommen. Im Rahmen der Ausarbeitung der Botschaft ist zu prüfen, wie sich die angestrebten Ziele im Rahmen einer Revision bestehender Gesetze (Privatrecht; Finanzmarktrecht) realisieren lassen. Das Ergebnis dieser Prüfung wirkt sich auf den Inhalt der Botschaft aus.

2000 M 97.3306 Erfahrungen mit Vermögenswerten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Rechtliche Konsequenzen (N 10.10.97, Rechsteiner Paul; S. 20.6.00) – vormals: EJP/BJ

vgl. M 97.3401

2000 P 00.3103 Schaffung von Schiedsverfahren zum Interessenausgleich zwischen Schuldnerländern und Gläubigern (N 4.10.00, Eymann)

Der grosse Anteil von hold-out Gläubigern und die zahlreichen Schiedssprüche in der komplexen Schuldenrestrukturierung Argentinien haben einmal mehr aufgezeigt, dass ein Mechanismus zur geordneten Abwicklung einer Umschuldung souveräner Staaten nach wie vor notwendig ist. Die Schweiz hat sich in den letzten Jahren für die Erarbeitung eines solchen Verfahrens stark eingesetzt. Jedoch ist heute die internationale Marktsituation für Entwicklungs- und Schwellenländer so günstig wie selten zuvor, so dass gegenwärtig international kaum Impulse zur Erstellung eines Mechanismus' zur Restrukturierung souveräner Schulden ausgehen. Zusätzlich zur weiterlaufenden HIPC-Initiative hat der IWF als Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele an seiner Jahrestagung 2005 eine G8-Initiative zur Entschuldung hochverschuldeter armer Länder verabschiedet (Multilateral Debt Relief Initiative, MDRI). Diese wird von der Schweiz unterstützt und hat die vollständige Streichung der multilateralen Schulden zum Ziel. Dadurch soll den Ländern ein verstärktes finanzielles Engagement bei Armutsreduktion und Wachstumsförderung ermöglicht werden. Der IWF hat im Dezember 2005 begonnen, diese Initiative umzusetzen. Inzwischen wurden bereits die IWF-Schulden von 22 Ländern gestrichen. Im Rahmen der Initiative sollen auch die Ausstände der berechtigten Länder bei Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank zu 100 Prozent gestrichen werden.

2003 P 03.3071 SAirGroup. Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen (N 20.06.03, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Mit der als Postulat überwiesenen Motion wird der Bundesrat aufgefordert, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass gegen fehlbare Organe von SAirGroup zivilrechtliche Verantwortlichkeitsklagen eingereicht werden. Bei einem Verzicht des Liquidators SAirGroup (RA Karl Wüthrich) soll der Bund die ihm vom Aktienrecht eingeräumten Klagemöglichkeiten selbstständig wahrnehmen. – Aufgrund vertiefter Abklärung hat der Liquidator verantwortlichkeitsbegründende Handlungen ehemaliger Organe von SAirGroup festgestellt. Nach unserer Beurteilung kehrt er zusammen mit dem Gläubigerausschuss alles Mögliche vor, um allfällige Haftpflichtansprüche nach Artikel 754 f. OR durchzusetzen. Zuletzt hat er im Oktober 2006 zur Unterbrechung der Verjährungsfristen ein zivilprozessuales Sühneverfahren gegen mehr als 40 Personen eingeleitet. In diesem Zusammenhang machen wir darauf aufmerksam, dass sich einzelne Geschädigte wegen der Tätigkeit der Bundesvertreter im Verwaltungsrat von SAirGroup gestützt auf Artikel 762 Absatz 4 OR ein klageweises Vorgehen gegen den Bund vorbehalten. Bisher wurden allerdings gegen die Bundesvertreter keine individuell zurechenbaren Vorwürfe erhoben. *Zusammenfassend* gelangen wir zum Schluss, dass die finanziellen Auseinandersetzungen im Nachgang zur Swissair-Krise noch längere Zeit in Anspruch nehmen

dürften. Je nach Entwicklung der Lage kann sich seitens des Bundes neuer Handlungsbedarf einstellen. Der Vorstoss, der in die gleiche Richtung zielt wie das Postulat von Frau NR Leutenegger Oberholzer (03.3155), soll daher pendent gehalten werden.

2003 P 03.3155 Swissair-Bericht von Ernst&Young. Rechtliche Konsequenzen
(N 20.06.03, Leutenegger Oberholzer Susanne)

Das mit Zustimmung des Bundesrates angenommene Postulat von Frau Leutenegger Oberholzer deckt sich weitgehend mit der Motion der SVP-Fraktion (M 03.3071). Zusätzlich fordert die Postulantin, der Bundesrat habe für die Einleitung strafrechtlicher Verfahren zu sorgen und allfällige Einstellungsbeschlüsse anzufechten. – Zum strafrechtlichen Aspekt ist Folgendes zu ergänzen: Die Zürcher Staatsanwaltschaft hat Ende März 2006 die Öffentlichkeit darüber informiert, dass gegen 19 Personen der ehemaligen SAirGroup-Führung wegen verschiedener Vermögens- und Urkundendelikte Anklage erhoben wurde. Für die schweren Anklagepunkte (wie Gläubigerschädigung, Misswirtschaft, Urkundenfälschung) verjährt die Strafverfolgung erst nach 15 Jahren. Es ist somit davon auszugehen, dass der Kanton Zürich das in seiner Zuständigkeit liegende Verfahren weiterhin im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der verfügbaren Ressourcen vorantreibt. Für eine Intervention des Bundes gibt es jedenfalls keinen Anlass. Im Übrigen ist das Postulat von Frau NR Leutenegger Oberholzer aus den gleichen Gründen pendent zu halten wie der Vorstoss der SVP-Fraktion (03.3071).

2003 P 03.3345 Strukturformen aus Sicht der Finanzpolitik (S 3.12.03, Schweiger)

Der ursprünglich als Motion eingereichte Vorstoss enthält eine umfangreiche Liste mit 40 Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushaltes. Einige Massnahmen hat der Bundesrat bereits im Rahmen der beiden Entlastungsprogramme beantragt, wobei nicht alle eine parlamentarische Mehrheit fanden. Andere sollen im Rahmen separater Strukturformen in den einzelnen Aufgabengebieten oder im Rahmen der vom Bundesrat am 31. August 2005 in Angriff genommenen flächendeckenden und systematischen Überprüfung sämtlicher Tätigkeiten und Leistungen des Bundes gestützt auf ein Aufgabenportfolio untersucht werden. Bei der systematischen Aufgabenüberprüfung wird der Bundesrat sämtliche Aufgabenkategorien des Staates kritisch durchleuchten und entscheiden, in welchen Bereichen staatliches Handeln nach wie vor notwendig ist und wo mit namhaften Aufgabenverzicht und Reformen deutliche und nachhaltige Einsparungen erzielt werden können. Im Jahr 2006 hat der Bundesrat erste materielle Entscheide getroffen: Ende April 2006 hat er das Wachstumsziel für den gesamten Bundeshaushalt bestimmt. Demnach soll sich der Bundeshaushalt bis ins Zieljahr 2015 im Rahmen des nominellen Wirtschaftswachstums entwickeln und jährlich im Mittel mit höchstens 3 Prozent wachsen. Dies entspricht einer Stabilisierung der Staatsquote. Das globale Zielwachstum hat der Bundesrat Anfang Juli 2006 auf die Stufe der einzelnen Aufgabengebiete herunter gebrochen und damit ein Prioritätenprofil festgelegt. Das eigentliche Kernstück des Projekts – die Aufgabenüberprüfung und die Entwicklung von Reform- und Abbau-massnahmen – haben die federführenden Departemente Ende August 2006 in Angriff genommen. Bis Ende 2007 sollen die Ergebnisse der Überprüfung in einem Aktionsplan zu Händen des politischen Dialogs verabschiedet werden.

2003 P 03.3348 Finanzpolitische Prüfung von längerfristigen Reformen (S 3.12.03, Bürgi)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, zusätzlich zu den im Rahmen des Entlastungsprogramms 03 verabschiedeten kurz- und mittelfristigen Massnahmen 11 weitere Massnahmen zur längerfristigen Sanierung des Bundeshaushaltes zu prüfen. Die Sanierungsstrategie des Bundesrates trägt diesem Anliegen Rechnung: Während die beiden Entlastungsprogramme 03 und 04 in erster Linie Sofortmassnahmen zur Einhaltung der Schuldenbremse-Regel beinhalten, sollen gezielte Reformen in den einzelnen Aufgabengebieten zu einer langfristig nachhaltigen Finanzpolitik beitragen. Zudem hat der Bundesrat am 31. August 2005 eine flächendeckende und systematische Überprüfung sämtlicher Tätigkeiten und Leistungen des Bundes gestützt auf ein Aufgabenportfolio in Angriff genommen. Im Rahmen dieses Projekts wird der Bundesrat sämtliche Aufgabenkategorien des Staates überprüfen und entscheiden, in welchen Bereichen staatliches Handeln nach wie vor notwendig ist und wo mit namhaften Aufgabenverzicht und Reformen deutliche und nachhaltige Einsparungen erzielt werden können. Die systematische Aufgabenüberprüfung umfasst auch die im Postulat genannten ausgabenseitigen Bereiche (s. auch Ausführungen zu 2003 P 03.3345).

2004 P 04.3445 Kostentransparenz für staatliche Leistungen (N 17.12.04, Freisinnig-demokratische Fraktion)

Wie in der Stellungnahme des Bundesrates für die Annahme dieses Postulates beschrieben, ist eine Beantwortung im Rahmen der Projektarbeiten Bilaterale II – Reform Finanzstatistik vorgesehen. Der Abschluss dieses Projektes ist für Ende 2008 vorgesehen. Dieses läuft parallel zu den gleichzeitig laufenden Vorhaben «Neues Rechnungsmodell Bund» und «Reform der Rechnungslegung der Kantone und Gemeinden». Alle diese Bestrebungen haben als gemeinsames Ziel, eine möglichst hohe Transparenz über das Gebaren der öffentlichen Hand herzustellen, wobei bei der Finanzstatistik zusätzlich die Vergleichbarkeit im Vordergrund steht. Was das spezifische Anliegen des Postulates anbelangt, so sind bisher folgende Vorarbeiten erledigt worden:

- Gutachten des Instituts für Finanzwissenschaft und Finanzrecht an der Hochschule St. Gallen: «Prüfung der Rechtsgrundlagen für die Harmonisierung der Rechnungslegung der öffentlichen Haushalte und des öffentlichen Sektor im weiteren Sinne».
- Entwurf einer neuen Nomenklatur der Aufgabengebiete des Staates. Die Vergleichbarkeit staatlicher Leistungen setzt voraus, dass die Produktgliederungen auf die funktionale Gliederung beziehen und mit dieser abgestimmt sind.
- Entwurf für die Schaffung eines schweizerischen Gremiums für die Rechnungslegung öffentlicher Gemeinwesen

Die zwei zuletzt genannten Entwürfe sind zusammen mit dem Entwurf für ein neues Handbuch «Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2)» Bestandteil einer im ersten Halbjahr 2007 von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren durchgeführten Vernehmlassung.

Anhand der hier genannten Vorarbeiten wird im Verlaufe des Jahres 2008 ein Bericht des Bundesrates in Beantwortung des randvermerkten Postulates erstellt werden.

Personalamt

2001 P 01.3262 Keine Löhne unter 3000 Franken bei Bundes-Unternehmen und in der Bundesverwaltung (N 14.12.01, Leutenegger Oberholzer)

Der Bericht zum Postulat ist bereit für die Traktandierung und Verabschiedung durch den Bundesrat.

Grundlage des Berichts ist eine Umfrage bei allen Departementen und bei den bundesnahen Unternehmen (Post, SBB, Skyguide, ETH, SUVA, Swissmedic, Tierverkehrsdatenbank, Institut für geistiges Eigentum (IGE), RUAG, Hotel Bellevue). Die Umfrageergebnisse haben gezeigt, dass die im Postulat erhobene Forderung nach monatlichen Mindestlöhnen von 3000 Franken netto erfüllt ist. Grundsätzlich ist durch die geltenden Vorschriften gewährleistet, dass dieser Mindestbetrag auch inskünftig eingehalten wird. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass ein monatlicher Mindestlohn von 3000 Franken netto für Angestellte der allgemeinen Bundesverwaltung und der bundesnahen Unternehmen nicht nur zum jetzigen Zeitpunkt, sondern auch zukünftig gewährleistet ist.

2003 P 03.3436 Weiterführung des Praktikantenprogrammes (N 2.10.03, Spezialkommission des Nationalrates 03.047)

Für die Durchführung von Hochschulpraktika stehen 2007 im Rahmen des Globalkredits für Erwerbsbehinderte sowie Fachhochschul- und Hochschulpraktikanten rund 5 Millionen zur Verfügung. Somit ist die Weiterführung des Praktikantenprogramms sichergestellt. Im März 2007 wird die Human-Resources-Konferenz Bund (HRK) über ein neues Konzept Hochschulpraktika befinden. Damit ist unter anderem auch sichergestellt, dass die Hochschulpraktika in der Bundesverwaltung den Anforderungen der Bologna-Reform genügen. Die Beantwortung des Postulats erfolgt anschliessend.

2004 P 04.3416 Künftige Personalpolitik des Bundes (N 17.12.04, Rey)

Mit der Verfassung des Berichts zur künftigen Personalpolitik des Bundes wird zugewartet. Der Bundesrat hat am 29. November 2006 Grundsatzentscheide zur Personalpolitik beschlossen und verschiedene Aufträge über die konkrete Ausgestaltung der Personalpolitik erteilt. Die Aufträge sind bis Ende des 3. Quartals 2007 zu bearbeiten und die Detailkonzepte dem Bundesrat zu unterbreiten. Nach Genehmigung der Detailkonzepte durch den Bundesrat wird der Bericht zur Personalpolitik erstellt.

Eidgenössische Steuerverwaltung

2001 M 00.3154 Mehrwertsteuer. Jährliche Abrechnung (N 13.12.00, Lustenberger; S 7.6.01)

Mit der Motion wird vom Bundesrat verlangt, Artikel 45 des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer (MWSTG) dahingehend zu ändern, dass Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis zu einer gewissen Höhe, beispielsweise 2 Millionen Franken, wahlweise eine jährliche Abrechnung der Mehrwertsteuer ermöglicht wird. Dabei sind vierteljährliche Akontozahlungen aufgrund der Vorjahreszahlen der Unternehmung vorzusehen. Das Anliegen wird damit begründet, die geltende vierteljährliche Abrechnungsperiode führe für viele KMU zu einem unnötigen administrativen Aufwand. Den Betrieben mit einem Umsatz von bis zu 2 Millionen Franken jährlich solle deshalb ermöglicht werden, zwischen einer vierteljährlichen und einer jährlichen Abrechnungsperiode zu wählen. Um Steuerausfällen vorzubeugen, sollten die Unternehmen, die sich für die jährliche Abrechnung entscheiden, vierteljährliche Akontozahlungen – basierend auf ihren Vorjahreszahlen – leisten. Dieses System habe sich im Rahmen der AHV bereits bewährt.

Mit Bericht vom 16. Juni 2003 hat der Bundesrat zahlreiche Massnahmen zur administrativen Entlastung in den Unternehmen beschlossen; darunter auch die Möglichkeit der einjährigen und mit vierteljährlichen Akontozahlungen verbundenen Abrechnung über die Mehrwertsteuer. Die Eidg. Steuerverwaltung (ESTV) hat in der Folge die Möglichkeiten zur Einführung der jährlichen Abrechnung bei der Mehrwertsteuer eingehend untersucht. Drei mögliche Varianten wurden erarbeitet. Sie unterscheiden sich vor allem durch die Anzahl der betroffenen Steuerzahler sowie dadurch, ob Akontozahlungen vorgesehen sind oder nicht. Der Bundesrat hat von den Vorschlägen am 7. Juni 2004 Kenntnis genommen und diese in die Vernehmlassung gegeben.

Von den 80 Vernehmlassungsadressaten, welche eine Stellungnahme eingereicht haben, wünschen lediglich deren 14 die Einführung der jährlichen Abrechnung; generell wird weitaus mehr eine Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems verlangt. 15 Kantone sowie die überwiegende Mehrheit der übrigen Vernehmlassungsteilnehmer teilen die Auffassung des Bundesrates, das Projekt der einjährigen Abrechnung nicht weiterzuverfolgen. Da die Einführung der jährlichen Abrechnung mehr Nachteile als Vorteile bringen würde, empfiehlt der Bundesrat, von dieser zu Gunsten einer generellen Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems abzusehen. In diesem Sinne hat er in Erfüllung des Postulates von alt Nationalrat Hansueli Raggenbass vom 19. März 2003 (03.3087) bereits zahlreiche Schritte zu Verbesserungen und Vereinfachungen des Mehrwertsteuersystems vorgenommen (Bericht «10 Jahre Mehrwertsteuer»). So sind Änderungen der Mehrwertsteuerpraxis der ESTV bereits per 1. Januar 2005 bzw. – wo weitere Abklärungen notwendig waren – per 1. Juli 2005 eingeleitet worden (insgesamt 22 Praxisänderungen mit dem Ziel formeller Vereinfachungen).

Am 24. Mai 2006 hat der Bundesrat sodann die Verordnung zum Mehrwertsteuergesetz geändert und auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt. Die neuen Verordnungsbestimmungen enthalten ausdrückliche Anweisungen an die Verwaltung, die Mehrwertsteuer pragmatisch und kundenfreundlich, also mit weniger Formstrenge, anzuwenden. Weiter hat der Bundesrat im Rahmen der Totalrevision des Mehrwertsteuergesetzes sehr viele konkrete Vorschläge zur deutlichen Vereinfachung und Effizienzsteigerung der Mehrwertsteuer gemacht. Diese Gesetzesvorschläge werden anfangs 2007 in die Vernehmlassung gehen.

2001 P 01.3215 Stempelabgabe. Permanente Beobachtung der Entwicklung (N 22.6.01, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 01.021)

Mit dem Vorstoss der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates wird der Bundesrat ersucht, die Entwicklung der eidg. Stempelabgaben permanent zu beobachten und der parlamentarischen Kommission periodisch Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag auf Gesetzesänderungen zu stellen.

Um die Entwicklung des Marktes aus der Sicht der Umsatzabgabe zu beobachten, ist am 20. August 2001 die Arbeitsgruppe «PRETIME» (Prévoir Droits de Timbre) ins Leben gerufen worden. Sie setzt sich aus Vertretern der Eidg. Steuerverwaltung, der Schweizerischen Nationalbank, des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der Privatwirtschaft zusammen. Ihre Hauptaufgabe besteht in der rechtzeitigen Erkennung von Tendenzen zur Abwanderung oder Verlagerung von Geschäften und Arbeitsplätzen ins Ausland.

Die Arbeitsgruppe hat sich insbesondere mit den in der parlamentarischen Beratung stehenden Änderungen des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben befasst. Bei den Entwicklungen, welche die Arbeitsgruppe verfolgt, standen 2004 die Tendenzen im internationalen Wertschriftenhandel im Vordergrund.

Der Bundesrat verzichtet darauf, wesentliche materielle Änderungen bei den Stempelabgaben im Rahmen der Unternehmenssteuerreform II anzupacken. Solche tiefgreifende Reformen im Stempelabgaberecht werden im Zusammenhang mit der Prüfung neuer Steuersysteme (z.B. einer dualen Einkommenssteuer) aktuell werden.

2003 P 02.3663 Mehrwertsteuer. Reduzierter Satz für die elektronische Information im Wissenschaftsbereich
(S 5.3.03, Berger)

Der reduzierte MWST-Satz von heute 2,4 Prozent gemäss Artikel 36 des Mehrwertsteuergesetzes (MWSTG) soll nach dem vorliegenden Vorstoss auch auf elektronische Informationen im Bereich der Wissenschaft, der Forschung und der Bildung angewendet werden. Deshalb wird der Bundesrat ersucht, die nötigen Anpassungen des MWSTG im Rahmen der nächsten Gesetzesrevision (Variante: innerhalb von zwei Jahren) vorzunehmen.

Nach der erwähnten Bestimmung des MWSTG findet der reduzierte Steuersatz von 2,4 Prozent namentlich Anwendung auf die Lieferung und den Eigenverbrauch von Gütern des täglichen Bedarfes, von Medikamenten und Druckerzeugnissen. Der Bundesrat hat in den Artikeln 32 und 33 der Verordnung vom 29. März 2000 zum MWSTG abschliessend geregelt, was unter Druckerzeugnissen zu verstehen ist. Bei der Überlassung von elektronischen Informationen handelt es sich nicht um eine Lieferung wie bei den Druckerzeugnissen, sondern um eine Dienstleistung. Die Dienstleistung besteht in der Gewährung des Rechtes, Einsicht in Programme, Datenbanken und Ähnliches zu nehmen. Es kann sich deswegen nicht um eine Lieferung handeln, weil hier keine Verfügung über Gegenstände verschafft wird.

Der Bundesrat hat sich bereits im Rahmen der Ausarbeitung der Botschaft zur neuen Finanzordnung 2007 gegen die Einführung eines zusätzlichen reduzierten Steuersatzes für arbeitsintensive Dienstleistungen geäussert. Er lehnt es deshalb auch ab, den reduzierten Steuersatz für weitere Umsätze, so namentlich für Dienstleistungen im Bereich der elektronischen Informationen für Wissenschaft, Forschung und Unterricht, einzuführen. Dagegen spricht auch der Grundsatz der Erhebungswirtschaftlichkeit. Nach diesem Grundsatz soll die Mehrwertsteuer vereinfacht, also nicht komplizierter ausgestaltet werden.

Der Bundesrat hat in Erfüllung des Postulates von alt Nationalrat Hansueli Raggenbass vom 19. März 2003 (03.3087) zahlreiche Schritte in Richtung einer Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems unternommen (Bericht «10 Jahre Mehrwertsteuer»). Weiter hat der Bundesrat konkrete Vorschläge zur Vereinfachung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer gemacht. Diese Gesetzesvorschläge werden anfangs 2007 in die Vernehmlassung gehen. In einer Variante wird vorgeschlagen, alle Lieferungen und Dienstleistungen zu demselben, gegenüber heute tieferen Satz zu besteuern (Einheitssatz).

2003 P 03.3313 Bürokratiebefreiung im Steuersystem (N 3.10.03, Christlichdemokratische Fraktion)

Die CVP-Fraktion verlangte vom Bundesrat, bis Mitte 2004 aufzuzeigen, wie Steuererklärungen und Steuerveranlagungen für natürliche und juristische Personen markant vereinfacht werden können. Insbesondere soll der Bundesrat gezielte Revisionen des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer und des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden vorschlagen, mit dem Ziel einer radikalen administrativen Vereinfachung und der Möglichkeit des vollständigen elektronischen Verkehrs mit den Behörden in Sachen Steuern. Diese Revisionen sollen ertragsneutral konzipiert werden. Sie sollen vorab den Vollzug für alle Betroffenen erleichtern und das Ausfüllen einer regulären Steuererklärung in kurzer Zeit ermöglichen.

Der mit dem Postulat verlangte Bericht wurde von der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) in Zusammenarbeit mit verschiedenen kantonalen Steuerverwaltungen vorbereitet und vom Bundesrat am 20. Oktober 2004 veröffentlicht.

Eingehende materielle Ausführungen zum Bericht können dem letztjährigen Geschäftsbericht entnommen werden. Obwohl das Postulat nach Ansicht des Bundesrates mit der Ablieferung des Berichts erfüllt ist, wurde der entsprechende Antrag im Rahmen der letztjährigen Geschäftsberichterstattung abgelehnt.

2004 P 03.3623 Mehrwertsteuer. Weniger Papierkrieg (N 19.3.04, Triponez)

Der Bundesrat ist nach dem vorliegenden Vorstoss eingeladen, Massnahmen zu ergreifen, um die offiziellen Dokumente der Hauptabteilung Mehrwertsteuer dahingehend zu verringern und zu vereinfachen, dass sie für die KMU-Inhaber lesbar und verständlich werden.

Der Umfang der von der Eidg. Steuerverwaltung ESTV herausgegebenen Dokumentation (namentlich Wegleitung, Branchenbrochüren und Erläuterungen zu Einzelfragen in Form von Merkblättern) hängt in grossem Mass davon ab, dass die heutige Ausgestaltung der Mehrwertsteuer sehr komplex ist. Sie ist im Bemühen entstanden, den Steuerpflichtigen und auch ihren Treuhändern möglichst viele Anleitungen mit Beispielen zu geben. Der Bundesrat und die ESTV sind aber immerzu bestrebt, die Obliegenheiten der Steuerpflichtigen möglichst gering zu halten und die Erfüllung ihrer Aufgaben möglichst zu vereinfachen. Zudem werden auf Grund zahlreicher Praxisänderungen mit dem Ziel formeller Vereinfachungen und vor allem auch durch die Arbeiten im Rahmen der Revision des Mehrwertsteuergesetzes auch die Publikationen einfacher werden. Die ESTV ist daran, sämtliche Dokumente in Zusammenarbeit mit den Steuerpflichtigen und ihren Verbänden zu überarbeiten, konsequent zu vereinfachen und auf die Benutzergruppen zuzuschneiden. Diese geänderten Publikationen werden sodann dem MWST-Konsultativgremium zur Stellungnahme vorgelegt und voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 veröffentlicht werden.

Eidgenössische Zollverwaltung

2000 P 00.3166 Entlöhnung der Grenzwächter (N 3.6.00, Schmied Walter)

Auf Grund der unveränderten Ausgangslage und des erhöhten Berufsrisikos ist das Postulat nach wie vor aktuell. Zwar hat der Vorsteher des EFD auf den 1. Januar 2001 im unteren Besoldungsbereich eine Verbesserung im Rahmen von 1–2 Besoldungsklassen bewilligt. Die getroffenen Massnahmen greifen jedoch gerade bei der «abwanderungsgefährdeten» Gruppe der jungen Beamten wenig. Dies spiegelt sich auch in der Fluktuationsrate; diese liegt zwar gesamthaft im Rahmen, jedoch ist ein Grossteil der Austretenden nicht älter als 30 Jahre. Die Situation wird zusätzlich verschärft durch den Umstand, dass mit dem Reorganisationsprojekt «Innova» Kaderstellen aufgehoben wurden. Das junge Personal hat deshalb auf lange Jahre praktisch keine Aussicht auf Beförderung.

Problematisch ist die Situation nach wie vor auf dem Platz Genf und in den anderen Agglomerationen wegen den hohen Lebenshaltungskosten. Zudem hatte die Umsetzung des neuen Personalrechts im Bereich der Zulagen zur Folge, dass ein Grenzwächter im Durchschnitt monatlich zwischen 100 und 200 Franken weniger verdient.

2000 P 00.3378 Arbeitsbedingungen des Grenzwachtkorps (N 15.12.00, Baumann J. Alexander)

vgl. P 00.3166

vgl. P 99.3626

2001 P 99.3626 Verstärkung des Grenzwachtkorps (N 2.10.00, Schmied Walter; S 13.3.01)

Die knappen Personalressourcen sowie die niedrige Kontrolldichte sind immer noch ein Problem. Zwar hat der Bundesrat im Herbst 2002 290 Festungswächter (heute «militärische Sicherheit», MilSich) bewilligt, die im Bereich der Sicherung helfen, jedoch die Polizei- und Zollarbeit des Grenzwächters nicht übernehmen können. Durch den Einsatz entstehen zusätzliche Kosten für Verpflegung, Transport und Unterkunft. Das VBS kann für 2007 täglich nur noch 53 Angehörige der MilSich (= Aufwand für 80 AdMilSich) zur Verfügung stellen. Zudem wurde dieser Einsatz durch das Parlament (Botschaft des BR vom 26. mai 2004 – BBl 2004 2871) nur bis zum 31. Dezember 2007 genehmigt. Ein Einsatz von Milizkräften im Sicherungsbereich ist auf Grund des erhöhten Berufsrisikos für das Grenzwachtkorps grundsätzlich nicht adäquat. Im Jahre 2007 wird jedoch ein Pilotprojekt für den Einsatz von Durchdienstern, welche die GWK-interne Ausbildung absolviert haben, durchgeführt.

Auch unter Schengen wird der Personalbestand des GWK vollständig für die Aufgabenerfüllung der EZV benötigt (Zoll- und Sicherheitsaufgaben). Das durch den Wegfall der Möglichkeit von systematischen Personenkontrollen an der Grenze und durch den erwarteten Abbau des Einsatzes der nachbarlichen Partnerbehörden an der Schweizer Grenze (neu: Schengener Binnengrenze) entstehende Sicherheitsdefizit muss durch eine optimierte Informationsverarbeitung und durch die nationalen Ersatzmassnahmen (in Kooperation mit der Polizei) kompensiert werden.

Bundesamt für Bauten und Logistik

2001 P 01.3515 Missbräuche und Willkür bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen (S 28.11.01, Jenny)

Der Bundesrat hat am 1. September 2004 die Ziele der Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BoeB; SR 172.056.1) verabschiedet. Das Beschaffungsrecht des Bundes soll moderner, klarer und flexibler werden. Zudem ist im Rahmen der Revision in Zusammenarbeit mit den Kantonen auf eine Harmonisierung des schweizerischen Beschaffungsrechts hinzuwirken. Die vom Bundesrat festgelegten Ziele sind das Resultat einer umfassenden Stärken-Schwächen-Analyse, an der sich Beschaffungsstellen, Anbieter, Forschungsinstitutionen und Wirtschaftskreise beteiligt haben. Am 7. April 2005 hat der Projektausschuss unter der Leitung des Bundesamtes für Bauten und Logistik den Bericht über die (Fein-)Ziele und Inhalte der Revision des BoeB verabschiedet. Im Projektausschuss nehmen neben Bundesstellen auch die Kantonsvertretungen Einsitz. Der bereinigte Bericht bildet die strategisch verbindliche Grundlage für die Normenredaktion. Die Normenredaktion ist bereits weit fortgeschritten. Von Bundesseite wird die gesamtschweizerische Harmonisierung des Beschaffungsrechts in dem Sinne angestrebt, dass die internationalen Übereinkommen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens sowie die binnenmarktrelevanten Grundsätze und Inhalte in einem Bundesgesetz und in einer ausführenden Verordnung geregelt werden. Dabei verbleiben gewisse Regelungsinhalte aufgrund der verfassungsmässigen Lage bei den Kantonen. Der Zeitpunkt, in dem der Gesetzesentwurf dem Parlament unterbreitet wird, hängt unter anderem von den Fortschritten der laufenden Revision des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen ab. Diese soll voraussichtlich im Jahre 2007 abgeschlossen sein. Die Revision des BoeB ist Bestandteil des Massnahmenpakets des Bundesrates zur Förderung des Wirtschaftswachstums in der Schweiz und weist mittel- bis langfristig ein hohes gesamtwirtschaftliches Nutzenpotenzial auf.

2003 P 03.3535 Öffentliches Beschaffungswesen (N 19.12.03, Meier-Schatz)

Das Seco hat ein Gesamtkonzept für eine Statistik über das öffentliche Beschaffungswesen erarbeitet. Im Rahmen der Revision des Beschaffungsrechts soll ein entsprechender Artikel über eine gesamtschweizerische Beschaffungsstatistik formuliert werden. Betreffend Terminplan der Revision des Beschaffungsrechts siehe Erläuterungen zu P 01.3515 Missbräuche und Willkür bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen (S 28.11.01, Jenny).

2004 M 04.3616 Normen und Standards der Bundesverwaltung (N 6.12.04, Finanzkommission NR 04.047; S 8.12.04)

Der Bund beschafft jährlich Güter, Bau- und Dienstleistungen in Milliardenhöhe auf dem privaten Markt. Der Beschaffungsorganisation kommt eine grosse Bedeutung zu, damit diese Beschaffungen wirtschaftlich und mit der notwendigen Professionalität getätigt werden. Aufgrund dieser Ausgangslage wurde unter der Leitung der Beschaffungskommission des Bundes (BKB) eine zweckmässige Beschaffungsorganisation der Bundesverwaltung evaluiert und in der Verordnung über die Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens des Bundes (Org-VoeB, SR 172.056.15) geregelt. Eines der Hauptziele dieser Verordnung, welche auf den 1.1.2007 in Kraft gesetzt wurde, ist die Förderung des strategischen Beschaffungsmanagements: Die organisatorischen Voraussetzungen für ein integriertes und strategisch ausgerichtetes Beschaffungsmanagement (schlanke und kundenorientierte Beschaffungsprozesse mittels Einsatz neuer Technologien, Abschluss von Rahmenverträgen, Professionalisierung durch

gezielte und umfassende Aus- und Weiterbildung sowie fachlicher Unterstützung) sollen eine wirtschaftliche und dienstleistungsorientierte Beschaffungstätigkeit gewährleisten.

Das EFD / Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) verfügt, um seine Aufgabe bezüglich der langfristigen Kosten-Nutzen-Optimierung im Immobilienmanagement und in der Logistik sicherstellen zu können, über Führungsinstrumente, welche die Normen und Standards im Bereich Bauten, Raumbewirtschaftung und Logistik der allgemeinen Bundesverwaltung festlegen.

Das EFD / BBL stellt diese Führungsinstrumente im Rahmen der Koordination der Bau- und Liegenschaftsorgane des Bundes (KBOB), welche die Interessen der Mitglieder als Liegenschaftseigentümer und -besitzer sowie als Bauherren, Liegenschaftsbewirtschafter und -betreiber wahrnimmt, den anderen Departementen zur Verfügung. Für die bundesweite Durchsetzung fehlt der KBOB selber jedoch die entsprechende Weisungskompetenz. Die Verordnung über das Immobilienmanagement und die Logistik des Bundes vom 14. Dezember 1998 soll entsprechend abgeändert werden.

Diese Anpassung wird sinnvollerweise aber erst vorgenommen, wenn die künftige Organisation der Immobilien des ETH-Bereichs feststeht. Die notwendige Klärung wird im Rahmen der Revision des ETH-Gesetzes erfolgen.

Bundesamt für Privatversicherungen

2001 P 00.3541 Volle Freizügigkeit beim Wechsel der Zusatzversicherung (N 20.3.01, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Die obligatorische Befristung von Vorbehalten beim Abschluss der neuen Zusatzversicherung nach VVG, welche das Postulat zur Erleichterung des Übertrittes zu einer anderen Zusatzversicherung einführen möchte, bedeutet einen Eingriff in die Vertragsfreiheit. Die in der Begründung des Postulats angeführte Erosion im Zusatzversicherungsbereich darf indessen auch den Versicherern nicht gleichgültig sein. Es geht letztlich um Fragen der Risikoprüfung und Risikoeinschätzung, die im privaten Versicherungsbereich in die Verantwortung des Versicherungsunternehmens fallen. Die damit verbundenen Fragen bedürfen daher einer sorgfältigen Klärung in einem umfassenden Kontext. Dazu bietet sich die Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes an. Die mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs beauftragte Expertenkommission unter der Leitung von Prof. Dr. Anton K. Schnyder hat den Vorentwurf für ein neues VVG Anfang August 2006 vorgelegt. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat das Bundesamt für Privatversicherungen nun beauftragt, gestützt auf den Expertenentwurf bis Ende 2007 eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten.

2001 P 00.3542 Versicherungsvergünstigungen beim Wechsel der Zusatzversicherung (N 20.3.01, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

In der Grundversicherung wird der Wechsel des Versicherers ermöglicht, indem das Recht auf einen Wechsel gesetzlich verankert ist und Artikel 105 KVG einen Risikoausgleich zwischen den Kassen vorsieht.

Bei den Zusatzversicherungen nach VVG ist der Wechsel zu einem anderen Zusatzversicherer erschwert nicht nur wegen des im Postulat erwähnten Verlustes von Versicherungsvergünstigungen, sondern insbesondere weil die Versicherer nicht verpflichtet sind, einen Zusatzversicherten neu aufzunehmen.

Das Recht auf den Wechsel des Versicherers müsste deshalb auch für die Zusatzversicherungen nach VVG gesetzlich verankert werden, was einen Eingriff in die Vertragsfreiheit bedeuten würde. Die damit verbundenen Fragen bedürfen daher einer sorgfältigen Klärung in einem umfassenden Kontext. Dazu bietet sich die Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes an. Die mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs beauftragte Expertenkommission unter der Leitung von Prof. Dr. Anton K. Schnyder hat den Vorentwurf für ein neues VVG Anfang August 2006 vorgelegt. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat das Bundesamt für Privatversicherungen nun beauftragt, gestützt auf den Expertenentwurf bis Ende 2007 eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten.

2001 P 00.3570 Versicherungsvertragsgesetz. Verjährungsbestimmungen (N 23.3.01, Hofmann Urs)

Das Anliegen des Postulates, die zweijährige Verjährungsfrist gemäss Artikel 46 Absatz 1 VVG zu erhöhen, deckt sich mit der Lehre. Ob eine Angleichung an die allgemeine Verjährungsfrist des Obligationenrechtes (10 Jahre) praktisch und rechtlich umgesetzt werden könnte, bedarf jedoch auch im Zusammenhang mit den Regelungen im Haftpflichtrecht grundsätzlicher Abklärungen. Dazu bietet sich die Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes an. Die mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs beauftragte Expertenkommission unter der Leitung von Prof. Dr. Anton K. Schnyder hat den Vorentwurf für ein neues VVG Anfang August 2006 vorgelegt. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat das Bundesamt für Privatversicherungen nun beauftragt, gestützt auf den Expertenentwurf bis Ende 2007 eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten.

2001 M 00.3537 Diebstähle. Beginn der Verjährung bei Kenntnis (N 23.3.01, Jossen; S 6.12.01)

Nach bundesgerichtlicher Praxis zu Artikel 46 VVG beginnt die zweijährige Verjährungsfrist mit Eintritt des versicherten Ereignisses und nicht erst mit Kenntnis dieses Ereignisses zu laufen. Dies kann dazu führen, dass Versicherungsansprüche schon verjährt sind, wenn der Versicherte von diesem Ereignis, beispielsweise einem Diebstahl, Kenntnis erhält. Diese stossende Rechtsfolge sollte beseitigt werden. Dazu bietet sich die Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes an. Die mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs beauftragte Expertenkommission unter der Leitung von Prof. Dr. Anton K. Schnyder hat den Vorentwurf für ein neues VVG Anfang August 2006 vorgelegt. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat das Bundesamt für Privatversicherungen nun beauftragt, gestützt auf den Expertenentwurf bis Ende 2007 eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten.

2003 P 02.3693 VVG: Lücke bei der Taggeldversicherung (N 21.3.03, Robbiani)

Nach der Regelung im geltenden Versicherungsvertragsgesetz (VVG) ruht die Leistungspflicht des Versicherers, wenn der Versicherungsnehmer sich mit der Prämienzahlung im Rückstand befindet und die Mahnung des Versicherers ohne Erfolg geblieben ist. Für einen Kollektivvertrag in der Krankentaggeldversicherung bedeutet dies, dass die versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über keine Versicherungsdeckung mehr verfügen, wenn der Arbeitgeber (Versicherungsnehmer) mit der Prämienzahlung im Verzug ist. Es ist zwar davon auszugehen, dass die Versicherten zu diesem Zeitpunkt über die Sistierung der Versi-

cherungsdeckung informiert werden müssen. Sie haben nach heutiger Rechtslage aber keine gesetzliche Möglichkeit, in die Einzelversicherung überzutreten. Allerdings besteht schon heute eine Praxis, welche den Anliegen des Postulats teilweise Rechnung trägt, indem in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen von einigen Versicherern eine Informationspflicht sowie ein Übertrittsrecht vorgesehen wird. Dadurch wird die vom Postulat als unbefriedigend bezeichnete Situation wesentlich entschärft. Trotzdem rechtfertigt es sich, die Frage in einem umfassenden Kontext sorgfältig zu prüfen. Dazu bietet sich die Totalrevision des VVG an. Die mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs beauftragte Expertenkommission unter der Leitung von Prof. Dr. Anton K. Schnyder hat den Vorentwurf für ein neues VVG Anfang August 2006 vorgelegt. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat das Bundesamt für Privatversicherungen nun beauftragt, gestützt auf den Expertenentwurf bis Ende 2007 eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten.

2004 P 03.3596 Zusammenhänge zwischen Grund- und Zusatzversicherung in der Krankenversicherung (N 8.3.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 98.406)

Der Bundesrat hat den Auftrag so verstanden, dass es darum geht, die Unterschiede zwischen der obligatorischen Grundversicherung nach KVG und der fakultativen Krankenzusatzversicherung nach VVG und insbesondere das Verhältnis bzw. die Zusammenwirkung beider Systeme darzustellen, wobei schwergewichtig die privatrechtliche Krankenzusatzversicherung mit Blick auf die aufgeworfenen Fragen im Vordergrund steht. Für das Anliegen um Ausarbeitung von Gesetzgebungsvorschlägen zu diesen Fragen hat er auf die laufenden Revisionsarbeiten (KVG-Revision und VVG-Totalrevision) hingewiesen, da deren Ergebnisse nicht vorweggenommen werden sollten. Die mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs beauftragte Expertenkommission unter der Leitung von Prof. Dr. Anton K. Schnyder hat den Vorentwurf für ein neues VVG Anfang August 2006 vorgelegt. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat das Bundesamt für Privatversicherungen nun beauftragt, gestützt auf den Expertenentwurf bis Ende 2007 eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten.

Volkswirtschaftsdepartement

Staatssekretariat für Wirtschaft

2000 P 99.3149 Investitionsrisikogarantie. Reform mit sozialen und ökologischen Mindeststandards (N 15.6.00, Strahm)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, zu prüfen, ob im Rahmen der geplanten Revision der Investitionsrisikogarantie (IRG) des Bundes auch soziale und ökologische Mindeststandards als Bedingung für die Garantieerteilung einzuführen sind und ob allenfalls im Entscheidungsgremium der IRG eine Vertretung der Zivilgesellschaft sicherzustellen ist.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft hat Abklärungen zum Bedarf der schweizerischen Direktinvestoren für eine IRG sowie über die Modalitäten vergleichbarer ausländischer staatlicher Investitionsversicherungen eingeleitet. Andere geschäftliche Prioritäten (neues Bundesgesetz über die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV) liessen es bisher nicht zu, die Entscheidungsgrundlagen zu vervollständigen und Beschlüsse über die Zukunft der IRG zu erwirken. Eine eigentliche Revision der IRG ist im heutigen Zeitpunkt nicht beschlossen.

Es ist vorgesehen, den Entscheidprozess im Laufe des Jahres 2007 wieder aufzunehmen. Die Anliegen des Postulats, das der Nationalrat am 15. Juni 2000 angenommen hat, werden dabei geprüft.

2000 P 00.3198 WTO. Soziale und Umweltfragen (N 15.6.00, Aussenpolitische Kommission NR 99.302)

Eine neue WTO-Verhandlungsrunde wurden im November 2001 in Doha, im Rahmen der vierten Ministerkonferenz der WTO, lanciert. Diese Verhandlungen hätten gemäss ursprünglichem Kalender Ende 2004 beendet sein sollen. Nach dem Abbruch der fünften Ministerkonferenz der WTO in Cancún (September 2003) beschlossen die Mitglieder, die Verhandlungen so schnell wie möglich wieder aufzunehmen. Mit Entscheid des Generalrates vom 1. August 2004 konnten die Verhandlungen von Doha angekurzelt und die notwendigen Grundlagen für die nächste Phase der Verhandlungen über die Modalitäten geschaffen werden. Bisher konnte jedoch kein Entscheid über die Modalitäten getroffen werden. Die Verhandlungen wurden sogar Ende Juli 2006 suspendiert und erst Mitte November 2006 wieder aufgenommen. Da die wichtigsten politischen Entscheide immer noch ausstehen, diese aber Bedingung für eine Verlängerung der *Trade Promotion Authority* des Präsidenten der USA sind, werden die Verhandlungen bestenfalls Ende 2007 oder Mitte 2008 abgeschlossen werden können. Sollte jedoch keine Einigung über die Modalitäten bis spätestens Ende März 2007 erzielt werden können, müsste man mit einer Verschiebung des Verhandlungsbeschlusses bis 2009/2010 rechnen.

Im Laufe dieser Verhandlungen setzt sich die Schweiz insbesondere dafür ein, dass Umweltfragen tatsächlich in den Rahmen der multilateralen Handelspolitik integriert werden. Ausserdem achtet die Schweiz im Falle der Sozialnormen darauf, dass die Bestimmungen, die innerhalb der WTO entwickelt werden, kohärent sind mit jenen, die in den anderen internationalen Organisationen entwickelt wurden, und umgekehrt. Allerdings erachtet eine grosse Anzahl von Mitgliedern der WTO die Behandlung dieser Themen im Rahmen dieser Organisation als problematisch, und jede entsprechende Entscheidung wird einen Konsens erfordern. Man wird den Ausgang der Verhandlungen der Doha-Runde abwarten müssen, um eine abschliessende Beurteilung durchführen zu können.

2002 P 01.3681 Schaffung einer parlamentarischen Versammlung im Rahmen der WTO (N 22.3.02, Aussenpolitische Kommission NR)

Der Bundesrat ist weiterhin der Meinung, dass eine stärkere Einbindung der Parlamente bei den WTO-Verhandlungen beziehungsweise bei der Doha-Runde wünschenswert ist. Ihre aktivere Beteiligung kann die Vorbereitung und die Verhandlung internationaler Verpflichtungen und gegebenenfalls die Umsetzung Letzterer in das nationale Recht verbessern. Dies würde ferner das Verständnis für die Institution und ihre Probleme entscheidend verbessern. Tatsächlich kann solch ein Anstoss aber nicht von der Schweiz alleine kommen. Im Weiteren kann die Schweiz andere Staaten nicht dazu zwingen, ihre Parlamente in die Aktivitäten der WTO einzubeziehen. Die Teilnahme der nationalen Parlamente am WTO-Verhandlungsprozess wird nicht wirklich sinnvoll sein, falls nicht eine möglichst grosse Anzahl nationaler Parlamente repräsentiert ist. Ausserdem hat die Verfassungsordnung des jeweiligen Landes Einfluss auf die parlamentarische Begleitung der WTO-Aktivitäten. Zweifelsohne müssen verschiedene Formen der Beteiligung gefunden werden. Die Teilnahme der Parlamente in der WTO kann deshalb nur ein langfristiges Ziel sein. Demzufolge ist der Bundesrat der Meinung, dass die Idee zur Schaffung einer parlamentarischen WTO-Plattform zuerst von den Parlamenten selbst kommen sollte. Die Förderung dieser Idee könnte vor allem durch Kontakte zwischen den Parlamenten erfolgen. Der Bundesrat wird selbstverständlich die Entwicklungen in diese Richtung unterstützen.

2002 P 01.3644 Bericht über den Handlungsbedarf aus dem Fall Swissair (N 21.6.02, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Das Bundesamt für Justiz hat eine Expertengruppe als «groupe de réflexion» eingesetzt mit dem Auftrag, den Revisionsbedarf des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG) im Lichte der parlamentarischen Vorstösse zu prüfen. Drei Fragenkomplexe stehen im Vordergrund. Zunächst ist abzuklären, ob und inwieweit das schweizerische Sanierungsverfahren (v.a. das Nachlassverfahren nach SchKG) noch weiter an das Chapter Eleven des US-Bankruptcy Codes angeglichen werden soll (z.B. Erleichterungen für die Einleitung des Verfahrens, Verstärkung der Wirkungen einer Nachlassstundung). Sodann sind Schnittstellen des materiellen Privatrechts mit dem Insolvenzrecht zu analysieren. Dabei geht es vor allem um die Frage der Behandlung der Dauerschuldverhältnisse (z.B. Arbeits- und Mietverträge, Leasingverpflichtungen). Die praktische Erfahrung hat gezeigt, dass die Weitergeltung langfristiger Verträge die Sanierung eines angeschlagenen Unternehmens stark beeinträchtigen kann. Der dritte Fragenkomplex betrifft das Problem des Konzernkonkurses. Zu prüfen ist die Wünschbarkeit eines besonderen Konzernkonkursrechts. Die Expertengruppe hat ihre Arbeit Ende 2003 aufgenommen und dem Bundesamt für Justiz ihren Bericht zum Handlungsbedarf im April 2005 abgeliefert. Sie bejaht punktuellen Handlungsbedarf. Das Bundesamt für Justiz hat die Expertengruppe im August 2006 beauftragt, bis im Herbst 2007 einen Vorentwurf für eine entsprechende Teilrevision zu erarbeiten.

2002 P 01.3067 Sicherheit der Nahrungsmittel. Wichtiges Thema der WTO-Verhandlungen (N 13.3.02, Christlichdemokratische Fraktion; S 11.12.02)

Für den Bundesrat haben der Schutz und die Information der Konsumentinnen und Konsumenten betreffend Sicherheit und Qualität der Nahrungsmittel einen hohen Stellenwert. Die Bestimmungen und die erforderlichen Instrumente, um diese Ziele zu verwirklichen, sind in der Schweiz in verschiedenen Erlassen verankert. Diese Frage ist zudem ein Hauptthema in den Landwirtschaftsverhandlungen im Rahmen der Doha-Runde in der WTO. Die Schweiz wird auch weiterhin darauf achten, dass diese Fragen in den laufenden Verhandlungen genügend berücksichtigt werden. Da aber viele WTO-Mitglieder eine andere Ansicht vertreten, wird dies keine einfache Aufgabe sein. Vor dem Ende der Runde, frühestens Ende 2007, wird es nicht möglich sein abzuschätzen, inwieweit die Regeln in diesem Bereich verstärkt werden können.

2003 P 02.3698 Rahmenbedingungen für eine gesellschaftspolitisch legitimierte Wirtschaft (N 21.3.03, Walker Felix)

Der Bundesrat hat seit der Einreichung des Postulats dem Parlament bereits mehrere Vorlagen unterbreitet, welche auf eine Verbesserung der «Guten Unternehmensführung» (Corporate Governance) zielen oder die gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft auf andere Weise zu stärken versuchen. Erwähnt werden können die neuen Regeln über die Transparenz betreffend Vergütungen an Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung, über die Revisionspflicht im Gesellschaftsrecht oder die weitere Verschärfung des Korruptionsstrafrechts. Ausserdem hat der Bundesrat zu ähnlich gelagerten parlamentarischen Vorstössen bereits Stellung genommen (namentlich Postulat APK-N 00.3415 «Internationaler Kodex zur Wahrung der Menschenrechte» und Motion Gysin Remo 03.3375 «UNO-Konvention zur internationalen Unternehmensverantwortung und -haftung»). Eine Übersicht über diese Entwicklungen ist noch in Vorbereitung. Die Stellungnahme des Bundesrates ist für das erste Halbjahr 2007 vorgesehen.

2003 P 02.3702 Förderung der Wachstumspotenziale bei KMU (N 21.3.03, Walker Felix)

Der Bundesrat teilt die Bedenken, die im Postulat geäussert werden. Er hat am 18. Januar 2006 den Bericht «Vereinfachung des unternehmerischen Alltags» publiziert, der sich mit der Reduktion der administrativen Belastung der KMU auseinandersetzt. Zum selben Thema wurden am 8. Dezember 2006 eine Botschaft und ein Gesetzesentwurf zur Aufhebung und Vereinfachung von Bewilligungsverfahren an das Parlament überwiesen. Betreffend die weiteren Themen, die das Postulat anspricht (Exporte, öffentliches Beschaffungswesen, Investitionshilfen), wird 2007 ein Bericht veröffentlicht, der die Gesamtheit der Politik des Bundes zu Gunsten von KMU darlegt.

2003 P 03.3136 Neue Regionalpolitik. Konferenz für die Entwicklung des ländlichen Raumes und der Berggebiete (S 18.6.03, Stadler)

In der Beratung des Ständerats vom 19. Juni 2006 zum Bundesgesetz über Regionalpolitik wurde, entgegen dem Antrag des Bundesrats, beschlossen, dieses Postulat noch nicht abzuschreiben. Mit Artikel 20 des BG vom 6. Oktober 2006 über Regionalpolitik wurde in der Folge der Bundesrat beauftragt, die Zusammenarbeit mit den Kantonen, dem Berggebiet und dem ländlichen Raum sicherzustellen. Gleichzeitig wurde ihm aber auch die Kompetenz über den Entscheid der organisatorischen Ausgestaltung übertragen. Im Laufe des Jahres 2007 wird der Vollzug dieses Artikels in einer Verordnung geregelt, zu der auch die Kantone angehört werden.

2004 P 03.3635 Wachstum und Fiskalquote. Untersuchung (N 19.3.04, Leutenegger Oberholzer)

In der Botschaft zum Entlastungsprogramm 2004 wurde auf die kurzfristigen Wachstumswirkungen von Ausgabensenkungen zwecks Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts eingegangen. In der Folge wurden von Mitarbeitern des Finanzdepartementes Studien zu den Wachstumswirkungen der Staatsquote (vgl. *Christoph A Schaltegger*: Ist die Höhe der Staatsquote schuld an der Schweizer Wachstumsschwäche?, Die Volkswirtschaft 1/2-2005) und der einzelnen Ausgabenpositionen angestellt (vgl. *Colombier, C.* (2004), Government and Growth, *Working Paper of the Group of Economic Advisers*, No. 4, Swiss Federal Finance Administration (http://www.efv.admin.ch/d/wirtschaft/studien/pdf/oekt_publ04_internet.pdf)). Auf die weiteren Fragen wird 2007 im Rahmen einer Aktualisierung des Wachstumsberichts des EVD aus dem Jahr 2002 eingegangen werden.

2004 P 04.3001 Landesweite Informations- und Aufklärungskampagne über die Folgen der Schwarzarbeit (N 17.6.04, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 02.010)

Der Bundesrat hat beschlossen, das neue Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die dazugehörige Verordnung auf den 1. Januar 2008 in Kraft zu setzen. Um die Öffentlichkeit und die betroffenen Kreise über die neuen Bestimmungen zu informieren und sie für das Anliegen zu sensibilisieren, wird im Sinne des Postulats eine nationale Informations- und Sensibilisierungskampagne durchgeführt. Diese beginnt Ende 2007 und wird sich über zwei Jahre erstrecken. Das SECO ist daran, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Sozialpartnern die Kampagne vorzubereiten.

Bundesamt für Landwirtschaft

2001 P 01.3183 Dezentrale Besiedelung als Aufgabe der Zukunft (N 22.6.01, Fässler; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)

Die Abschreibung wird in der Botschaft vom 17. Mai 2006 zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik beantragt.

2002 P 02.3361 Entwicklung der Landwirtschaft in den Berg- und Randregionen (N 4.10.02, Hassler; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)

Die Abschreibung wird in der Botschaft vom 17. Mai 2006 zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik beantragt.

2002 P 01.3068 Sicherheit und Qualität von Nahrungsmitteln (N 5.6.02, Christlichdemokratische Fraktion; S 11.12.02; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)

Die Abschreibung wird in der Botschaft vom 17. Mai 2006 zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik beantragt.

2002 P 01.3399 Gleiche Chancen für Schweizer Nahrungsmittel (N 13.3.02, Sommaruga; S 11.12.02; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)

Die Abschreibung wird in der Botschaft vom 17. Mai 2006 zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik beantragt.

2003 P 02.3769 Strategien für die multifunktionale Landwirtschaft (N 21.3.03, Sommaruga; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)

Die Abschreibung wird in der Botschaft vom 17. Mai 2006 zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik beantragt.

2003 P 00.3746 Gesunde Tiere statt Millionen für den Rinderwahnsinn (N 5.6.02, Sommaruga; S 18.6.03; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)

Die Abschreibung wird in der Botschaft vom 17. Mai 2006 zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik beantragt.

2003 P 03.3003 Stärkung der Wettbewerbsbedingungen der Landwirtschaft (N 7.5.03, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 02.046; S 5.6.03; Abschreibung beantragt BBI 2006 6338)

Die Abschreibung wird in der Botschaft vom 17. Mai 2006 zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik beantragt.

Bundesamt für Veterinärwesen

2003 P 02.3165 Artgerechte Tierhaltung auch für Fische (N 4.6.03, Sommaruga)

Mit der Entgegennahme des Postulates hat sich der Bundesrat bereit erklärt, Massnahmen zum besseren Schutz von Fischen zu prüfen. Wie bereits in der Antwort auf den Vorstoss festgehalten, regelt das Tierschutzgesetz den Umgang mit sämtlichen Wirbeltieren und ist somit auch für Fische anwendbar. Spezifische Regelungen für Fische fehlen jedoch bisher. Das neue Tierschutzgesetz ist in der Wintersession 2005 von den eidgenössischen Räten verabschiedet worden. Das EVD hat vom 12 Juli bis zum 10. November 2006 eine Anhörung zu den Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz durchgeführt. In diesen werden Mindestanforderungen für die Haltung und den Umgang mit Fischen sowie eine Ausbildung der Personen, welche mit Fischen umgehen, vorgeschlagen. Nach der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen und der Überarbeitung der Vorlage ist ein Inkrafttreten der Bestimmungen im Januar 2008 geplant.

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie

2000 P 98.3187 Nachholbildungsinitiative (N 16.9.99, Sozialdemokratische Fraktion; S 20.3.00)

Der Bundesrat hat bereits in seiner Antwort auf die dem Postulat zugrunde liegende Motion auf die entsprechenden Arbeiten zum neuen Berufsbildungsgesetz hingewiesen. Das neue Berufsbildungsgesetz ist am 13. Dezember 2002 verabschiedet und auf Beginn 2004 in Kraft gesetzt worden. Es enthält in den Artikeln 9 (Förderung der Durchlässigkeit) sowie 33 (Prüfungen und andere Qualifikationsverfahren) und 35 (Förderung anderer Qualifikationsverfahren) Bestimmungen, die Nachholbildungen besonders fördern. Dies wird dadurch erreicht, dass die Zulassung zu Qualifikationsverfahren nicht mehr vom Besuch bestimmter Bildungsgänge abhängig gemacht werden kann.

Zur Entwicklung von gesamtschweizerischen Verfahren zur Validierung von bereits erbrachten Bildungsleistungen wurde vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie im Rahmen einer breit abgestützten Plattform «Validation des Acquis» ein nationaler Leitfaden erarbeitet. Die konkrete Durchführung der Verfahren obliegt den Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt. Der Leitfaden wird im Sommer 2007 in Kraft gesetzt und seine Umsetzung nach einer Erprobungsphase 2009 ausgewertet.

Die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel für die Kantone und Organisationen der Arbeitswelt richtet sich grundsätzlich nach den Finanzierungsmechanismen des Berufsbildungsgesetzes. Entwicklungsaufwand und besondere Leistungen kann der Bund auf Grund von Beitragsgesuchen unterstützen.

2000 P 00.3271 Informations- und Kommunikationstechnologien. Bewusstseinsbildung (N 6.10.00, Lalive d'Epinay)

Der Bundesrat hat in seiner Antwort auf die als Postulat überwiesene Motion den Stand der Arbeiten bezüglich der Sensibilisierung über die Informations- und Kommunikationstechnologien dargestellt. Er wies namentlich auf die Aufgaben der interdepartementalen Arbeitsgruppe «Informationsgesellschaft» (IdA IG) hin. Ihr Mandat und ihre Arbeiten liefen bis ins Jahr 2005 weiter. Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement ist, vertreten durch das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), Teil dieser IdA IG und ihres Leitungsausschusses. Das BBT hat im Namen des IdA IG 2004 einen Bericht zuhanden des Bundesrates zum Thema «Digitale Spaltung» erarbeitet.

Das BBT führt verschiedene Projekte durch, die den Massnahmen zur Sensibilisierung für die Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien und der Wirkung auf die Wirtschaftstätigkeit zugerechnet werden können.

Das grösste dieser Projekte ist die im Jahre 2002 gemeinsam mit den Kantonen und der Privatwirtschaft lancierte Bildungsinitiative «Public Private Partnership – Schule im Netz». Ziel von «Schule im Netz» ist es, möglichst viele Lehrpersonen aller Schulen der Primar- und Sekundarstufe für den pädagogisch-didaktisch sinnvollen Einsatz von ICT im Unterricht aus- und weiterzubilden sowie alle Schulen der Primar- und Sekundarstufe mit moderner ICT-Infrastruktur auszurüsten und am Internet anzuschliessen. «Schule im Netz» soll die Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler befähigen, ICT in den Unterricht zu integrieren und Verständnis und Akzeptanz von ICT bei Behörden, Lehrpersonen und Eltern erhöhen.

In den letzten 5 Jahren konnten mit Bundesmitteln von rund CHF 35 Mio. insgesamt 54 interkantonale Projekte zur Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen unterstützt werden, wovon Ende 2006 bereits 34 abgeschlossen wurden. Weiter konnten verschiedene Projekte realisiert werden, die den Lehrpersonen in der ganzen Schweiz zu gute kamen u.a. die Ausschreibung Good Practice, in welcher Anwendungen und Produkte für den lehrplanbezogenen Einsatz von ICT im alltäglichen Unterricht stufen- und fachbezogen entwickelt werden, sowie verschiedene Handweiser, welche Lehrpersonen Hilfestellungen zu alltäglichen Problemen im Umgang mit ICT im Schulunterricht liefern.

Ein weiteres Projekt ist das Programm «Virtueller Campus Schweiz», welches die Hochschulen in der Einführung und Anwendung von E-Learning und Online-Ausbildung unterstützen will. Dabei soll die Zusammenarbeit zwischen den Schulen verstärkt werden. Im Herbst 2005 wurde eine vierte Serie von Projekten bewilligt. Hierbei konnten von Seiten der Fachhochschulen nochmals 10 Projekte (total ca. 1 Mio. CHF) mit Laufzeit 2006–07 gefördert werden.

2000 P 98.3355 Telematik-Offensive (N 5.6.00, Theiler; S 7.12.00)

Vgl. Stellungnahme zu 2000 P 00.3271.

2001 P 01.3170 Weiterbildungsurlaub (N 22.6.01, Rossini)

Der Bundesrat hat als Ziel 5 seines wachstumspolitischen Massnahmenpakets die Sicherung eines wettbewerbsfähigen Bildungssystems festgehalten. Er hat das EVD und EDI beauftragt, die Rolle des Bundes in der berufsorientierten Weiterbildung zu prüfen und Lösungen zu finden, um die Rahmenbedingungen der berufsorientierten Weiterbildung optimal auszugestalten. Die bisherigen Möglichkeiten, welche die Verfassung dem Bund einräumte, waren allerdings beschränkt. Mit der an der Volksabstimmung vom 21. Mai 2006 angenommenen Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung hat der Bund im neuen Artikel 64a die Kompetenz erhalten, Weiterbildungsgrundsätze festzulegen und die Weiterbildung subsidiär zu fördern. Das Ausführungsgesetz zum neuen Weiterbildungsartikel bedingt eine grundlegende Neubestimmung der Grundsätze einer umfassenden schweizerischen Weiterbildungspolitik. Die Erarbeitung des entsprechenden Konsenses wird längere Zeit dauern. Die Vorarbeiten zu einem umfassenden Weiterbildungsgesetz wurden bereits an die Hand genommen.

2001 P 01.3640 Impulsprogramm zur Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen (N 6.12.01, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 00.072)

Vgl. Stellungnahme zu 2000 P 98.3187. Ergänzend dazu ist zu bemerken:

Im Rahmen der Verordnung über die berufliche Grundbildung Fachmann/Fachfrau Betreuung wird eine verkürzte Ausbildung für umsteigende und wiedereinsteigende Frauen und Männer in standardisierter Form ermöglicht. Weitere entsprechende Angebote sind im Gesundheitsbereich geplant.

2001 P 01.3641 Weiterbildungsoffensive für wenig qualifizierte Personen. Entwicklung eines Baukastensystems (N 6.12.01, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 00.072)

Vgl. Stellungnahme zu 2000 P 98.3187. Ergänzend dazu ist zu bemerken:

Dem Zusammenhang mit der Wirtschaft wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Insbesondere wird es darum gehen, dass die in diesen Verfahren erreichten Abschlüsse nicht in den Verdacht minderwertiger Qualifikationen geraten.

2002 P 01.3425 Weiterbildungsgesetz (N 6.12.01, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 00.072; S 18.9.02)

Vgl. Stellungnahme zu 2001 P 01.3170.

2003 P 03.3186 KTI. Neue rechtliche Grundlage (N 5.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089)

Der Bundesrat lässt aufgrund der als Postulat überwiesenen Motion die Notwendigkeit sowie die Optionen für eine Verbesserung und Neugestaltung der rechtlichen Grundlagen der KTI durch das zuständige Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) prüfen und erarbeiten.

Das BBT hat dabei neben den eigenen Arbeiten externe Experten beigezogen und entsprechende Unterlagen erarbeiten lassen. Eine erste Aussprache zwischen der Vorsteherin des EVD und verschiedenen Experten fand Ende des Berichtsjahres statt. Der Bundesrat hat den Grundsatzentscheid zur Revision der gesetzlichen Grundlagen der KTI in seine Ziele 2007 aufgenommen.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

2004 P 03.3439 Zweckmässigkeit der Angliederung des BFU an das UVEK (N 18.3.04, Geschäftsprüfungskommission NR 02.448)

Das UVEK betreibt derzeit ein Reorganisationsprojekt mit folgenden Zielen:

Zusammenlegung des Büros für Flugunfalluntersuchungen (BFU) und der Unfalluntersuchungsstelle Bahnen und Schiffe (UUS) zu einer «Kommission für Unfalluntersuchungen» (Arbeitstitel), die wie folgt gegliedert ist:

- Operative Abteilung
- Verwaltungsrat (Arbeitstitel)

Der Verwaltungsrat soll namentlich eine durchgängige Qualitätskontrolle der von der operativen Abteilung verfassten Berichte sicherstellen. Die Eidg. Kommission für Flugunfalluntersuchungen (EFUK) wird abgeschafft werden.

Im Rahmen dieses Projektes (das u.a. auch eine Rechtsänderung auf Gesetzesstufe bedingt) wird auch die administrative Zuordnung dieser «Kommission für Unfalluntersuchungen» geprüft und damit dem Anliegen des Postulates entsprochen.

Bundesamt für Verkehr

2000 P 00.3041 Alptransit. Tunnelstation Sedrun (N 6.10.00, Gadiant)

Der Bundesrat hat am 19. Oktober 2005 entschieden, das Raumkonzept Gotthard und das Vorhaben Porta Alpina Sedrun zu unterstützen. Dazu hat er die Mitfinanzierung einer Vorinvestition durch den Bund beschlossen. Gemäss Aussprachepapier vom 5. Oktober 2005 entscheidet der Bund über die Mitfinanzierung der Hauptinvestition, wenn das Raumkonzept Gotthard vorliegt und verschiedene betriebliche und sicherheitstechnische Fragen geklärt sind.

Die weiteren Schritte können grundsätzlich jederzeit eingeleitet werden. Der Kanton Graubünden legt nahe, die Arbeiten so rasch als möglich aufzunehmen, weil dadurch sichergestellt ist, dass die Bauarbeiten am besten mit denjenigen im Basistunnel abgestimmt werden können. Er weist darauf hin, dass ein späterer Einbau höhere Kosten zur Folge hätte.

Das UVEK hat deshalb im Mai 2006 das BAV beauftragt, die technische, betriebliche und sicherheitstechnische Machbarkeit der Porta Alpina zu Händen des Bundesrats bis Anfang 2007 vertieft zu untersuchen. Diese Arbeiten dienen als Grundlage für den Entscheid des Bundesrats, ob jetzt eine Botschaft für die Mitfinanzierung der Hauptinvestition Porta Alpina auszuarbeiten oder ob darüber später zu entscheiden sei. Der Bundesrat wird über das weitere Vorgehen Anfang 2007 entscheiden.

2001 P 99.3561 Zukunft der historischen Gotthardbahn (N 5.3.01, [Ratti]-Simoneschi)

Der Gotthard-Bergstrecke kommen nach Fertigstellung des Gotthard-Basistunnels grundsätzlich drei Funktionen zu: Sie dient dem Interregio- und dem Tourismusverkehr sowie als Entlastungsstrecke für den Basistunnel. Welche Aufgaben die Bergstrecke dereinst konkret übernehmen wird, kann jedoch erst später, nämlich vor der Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels, entschieden werden. Dies, weil Angebots- und Betriebskonzepte auf die tatsächlichen Bedürfnisse ausgerichtet sein müssen und sich diese heute für den Zeitraum 2015–2020 nicht mit der nötigen Genauigkeit voraussagen lassen. Es ist zudem nicht Aufgabe des Bundesrates, sich mit den mittel- und langfristigen Nutzungsmöglichkeiten dieses Bauwerkes zu befassen. Mit Entscheid vom 8.11.2006 hat der Bundesrat die SBB als künftige Betreiberin dieser Strecke beauftragt. Sie hat diese wichtige Frage in die Planungsarbeiten einzubeziehen, so dass die Entscheidgrundlagen rechtzeitig vorliegen werden.

2001 P 01.3139 Gesetz über den öffentlichen Verkehr (N 22.6.01, Vollmer)

Am 8. Dezember 2005 hat der Ständerat als Zweitrat die Rückweisung der Bahnreform 2 beschlossen und den Bundesrat beauftragt, die Vorlage zu stückeln. Eine erste Botschaft wird sich mit den unbestrittenen Elementen befassen. Dazu gehört auch der Gegenstand des vorliegenden Vorstosses. Im Jahr 2007 wird der Bundesrat dem Parlament die Zusatzbotschaft zur Bahnreform 2 (Revision der Erlasse über den öffentlichen Verkehr) vorlegen.

Sobald die Vorlage Zusatzbotschaft zur Bahnreform 2 (Revision der Erlasse über den öffentlichen Verkehr) von den eidgenössischen Räten verabschiedet ist, kann der vorliegende Vorstoss abgeschrieben werden.

2001 P 01.3238 S-Bahn Zentralschweiz (N 5.10.01, Theiler)

Mit dem Bericht des Kantons Luzern zur S-Bahn Luzern hat der Kanton die Prioritäten für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs neu festgelegt. Die Stossrichtung wird vom Bund grundsätzlich unterstützt. Die erste Ausbautetappe wurde mit der Inbetriebnahme der 1. Etappe BAHN 2000 Ende 2004 in Betrieb genommen.

Die zweite Ausbautetappe, welche namentlich den Bau neuer S-Bahn-Haltestellen vorsah, hätte über die Leistungsvereinbarung zwischen den SBB und der Eidgenossenschaft für die Jahre 2003–06 finanziert werden sollen. Mit dem Entlastungsprogramm 2003 musste der Bund jedoch diese Mittel einsparen. Bei den Leistungsvereinbarungen ist der Spielraum für Erweiterungsinvestitionen sehr eingeschränkt. Mit oberster Priorität gilt es Kapazitätsengpässe zu beseitigen bzw. massgebliche Kapazitätssteigerungen zu erreichen. Die S-Bahn Zentralschweiz ist demzufolge nicht auf der Prioritätenliste der LV 07-10.

Die Realisierung der dritten Ausbautetappe sah der Kanton Luzern über die 2. Etappe BAHN 2000 vor. Aufgrund der erforderlichen Anpassungen am FinöV-Fonds im Rahmen der Vorlage zu Änderungen bei der Finanzierung der FinöV-Projekte (FINIS) und des Entlastungsprogramms 03 mussten die Arbeiten der zweiten Etappe BAHN 2000 zeitlich verschoben werden. Die FINIS-Vorlage schränkt den finanziellen Handlungsspielraum des Bundes im FinöV-Fonds gegenüber der ursprünglichen Planung ab 2011 ein. Der Bundesrat hat deshalb am 26. Mai 2004 beschlossen, sämtliche, noch nicht verbindlich beschlossenen öV-Projekte im Rahmen der Vorlage Gesamtschau FinöV beziehungsweise zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) 2007 einer Gesamtüberprüfung zu unterziehen. Darunter fallen auch die Projekte aus der zweiten Etappe von BAHN 2000.

Sobald die Vorlage zur Gesamtschau FinöV den eidg. Räten verabschiedet ist, kann der vorliegende Vorstoss abgeschrieben werden.

2001 P 01.3284 Gesetzliche Datenschutzregelungen im Bereich personenbezogener Mobilitätsdaten (N 5.10.01, Vollmer)

Die Anliegen des Postulates betreffend gesetzliche Datenschutzregelungen im Bereich personenbezogener Mobilitätsdaten werden im Rahmen von Bahnreform 2 berücksichtigt. So werden im Eisenbahngesetz und im Personenbeförderungsgesetz für alle konzessionierten Transportunternehmungen (KTU) Bestimmungen erlassen, welche einheitliche Grundsätze zur Bearbeitung von Daten durch KTU aufstellen. Die KTU sind darauf angewiesen, Daten bei ihren Kunden zu erheben und diese zu bearbeiten. Nur so können sie den Betrieb optimal auf die Kundschaft ausrichten und insbesondere persönliche Fahrkarten (Halbtax- und Generalabonnemente) ausstellen oder ein elektronisches Fahrausweissystem einführen. Das Austauschen von Daten erleichtert den Unternehmen die gegenseitige Anerkennung der Fahrausweise und ermöglicht es Ihnen, sich untereinander noch besser auf die Bedürfnisse der Reisenden abzustimmen. Die Veröffentlichung von schützenswerten Daten wird auf Verordnungsstufe restriktiv geregelt. Deshalb hat der Bundesrat im Rahmen der Botschaft zu Bahnreform 2 die Abschreibung dieses Postulates beantragt.

Am 8. Dezember 2005 hat der Ständerat als Zweitrat die Rückweisung der Bahnreform 2 beschlossen und den Bundesrat beauftragt, die Vorlage zu stückeln. Eine erste Botschaft wird sich mit den unbestrittenen Elementen befassen. Dazu gehört auch der Gegenstand des vorliegenden Vorstosses. Sobald die Vorlage Zusatzbotschaft zur Bahnreform 2 (Revision der Erlasse über den öffentlichen Verkehr) von den eidgenössischen Räten verabschiedet ist, kann der vorliegende Vorstoss abgeschrieben werden.

2001 P 01.3403 Bahnverbindungen nach Graubünden (N 5.10.01, Gadiant)

Am 12. Dezember 2004 ist BAHN 2000, erste Etappe einschliesslich der Neubaustrecke Mattstetten–Rothrist in Betrieb gegangen. Die Neubaustrecke reduziert die Reisezeiten zwischen Bern und Zürich in erheblichem Masse. Davon profitieren auch die Verkehrsbeziehungen zwischen der Romandie bzw. dem Espace Mittelland und der Ostschweiz. So dauert die Fahrt von Chur nach Bern neu noch 140 statt 177 Minuten, und Lausanne ist von Chur aus neu in 210 statt in 249 Minuten erreichbar. Diese Attraktivitätssteigerungen werden nicht ohne Wirkung auf das Fahrgastaufkommen auf diesen Relationen bleiben. Um diese fundiert erfassen zu können, wurde mit der im Postulat geforderten Erhebung zugewartet. Nur so kann sichergestellt werden, dass die gewonnenen Erkenntnisse tatsächlich dem neusten Stand entsprechen und die aktuellen Bedürfnisse wiedergeben. Die Ergebnisse werden im Rahmen der Vorarbeiten zur Gesamtschau FinöV beziehungsweise zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) 2007 berücksichtigt.

Sobald die Vorlage zur Gesamtschau FinöV den eidgenössischen Räten verabschiedet ist, kann der vorliegende Vorstoss abgeschrieben werden.

2001 P 01.3460 Mit freien Mitteln des Kredites von «Bahn 2000», erste Etappe, gestrichene Bahninfrastrukturprojekte realisieren (N 14.12.01, Weigelt)

Seit der Annahme des Konzepts BAHN 2000 durch das Stimmvolk konnten dank technischen Weiterentwicklungen (z.B. Neigetechnik) auch ohne Ausbau der Infrastruktur Fahrzeitverkürzungen erreicht werden. Inwieweit es sinnvoll ist, ursprünglich geplante Massnahmen zu realisieren, wurde im Rahmen der Arbeiten zum Anschluss der Ost- und Westschweiz an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz der Eisenbahnen (HGV) und zur zweiten Etappe von BAHN 2000 geprüft.

Inzwischen haben sich die finanzpolitischen Voraussetzungen grundlegend geändert: Die erforderlichen Anpassungen am FinöV-Fonds im Rahmen der Vorlage zu Änderungen bei der Finanzierung der FinöV-Projekte (FINIS) schränken den finanziellen Handlungsspielraum des Bundes gegenüber der ursprünglichen Planung ab 2011 ein. Der Bundesrat hat deshalb am 26. Mai 2004 beschlossen, die HGV-Projekte zu phasieren und sämtliche noch nicht verbindlich beschlossenen öV-Projekte einer Gesamtüberprüfung zu unterziehen. Die für die Ostschweiz geforderten Verbesserungen wie jene zwischen St. Gallen und St. Margrethen werden in der ersten Phase HGV realisiert. Alle anderen Projekte werden im Rahmen der Vorarbeiten zur Gesamtschau FinöV beziehungsweise zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) 2007 geprüft.

Sobald die Vorlage zur Gesamtschau FinöV den eidg. Räten verabschiedet ist, kann der vorliegende Vorstoss abgeschrieben werden.

2002 P 01.3710 Gleichbehandlung aller Transportunternehmungen des öffentlichen Verkehrs (N 21.6.02, Bezzola)

Der Bundesrat möchte die gesetzlichen Rahmenbedingungen für alle Unternehmen angeglichen werden. Dieses Anliegen war Bestandteil der Bahnreform 2. Ziel im Bereich Rollmaterial ist die Harmonisierung der Finanzierungsbedingungen. Ursprünglich wurde erwartet, dass sich die Bahnen aus eigenem Antrieb in einer Rollmaterialgesellschaft organisieren. Trotz erheblichem Beschaffungsbedarf und Unterstützungsangeboten aus der Finanzbranche wurden nur vereinzelt Schritte in diese Richtung unternommen. Dies wird aber weiterhin als Aufgabe der Unternehmen betrachtet und demzufolge auf eine gesetzliche Regelung der Rollmaterialbeschaffung verzichtet. Die Frage der Staatsgarantie und der Öffnung der Beschaffung über die Eurofima (Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial) für die Privatbahnen kann allerdings auch ohne Einrichtung eines Rollmaterialpools gelöst werden. Um eine Gleichstellung zwischen SBB und übrigen Bahnen zu erreichen, müssen die Privatbahnen von einer Staatsgarantie (allenfalls über Eurofima) profitieren können. Dies wurde in diesem Sinn in der Botschaft zur Bahnreform 2 vorgeschlagen. Deshalb hat der Bundesrat im Rahmen der Botschaft zur Bahnreform 2 die Abschreibung dieses Postulates beantragt.

Am 8. Dezember 2005 hat der Ständerat als Zweitrat die Rückweisung der Bahnreform 2 beschlossen und den Bundesrat beauftragt, die Vorlage aufzuteilen. Eine erste Botschaft wird sich mit den unbestrittenen Elementen befassen. Dazu gehört auch der Gegenstand des vorliegenden Vorstosses. Sobald die Vorlage Zusatzbotschaft zur Bahnreform 2 (Revision der Erlasse über den öffentlichen Verkehr) von den eidg. Räten verabschiedet ist, kann der vorliegende Vorstoss abgeschrieben werden.

2002 P 02.3217 Infrastrukturerergänzungen für den Bahnverkehr im Raum Luzern (S 6.6.02, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 02.301)

Das Anliegen wurde im Rahmen der bisherigen Arbeiten zur zweiten Etappe von BAHN 2000 geprüft. Inzwischen haben sich die finanzpolitischen Voraussetzungen grundlegend geändert: Die erforderlichen Anpassungen am FinöV-Fonds im Rahmen der Vorlage zu Änderungen bei der Finanzierung der FinöV-Projekte (FINIS) schränken den finanziellen Handlungsspielraum des Bundes gegenüber der ursprünglichen Planung ab 2011 ein. Der Bundesrat hat deshalb am 26. Mai 2004 beschlossen, sämtliche noch nicht verbindlich beschlossenen öV-Projekte einer Gesamtüberprüfung zu unterziehen. Darunter fällt auch der geforderte Ausbau des Bahnhofs Luzern zu einem vollwertigen Hauptknoten und einem Zentrum der Zentralschweizer S-Bahn. Die entsprechende Vorlage zur Gesamtschau FinöV beziehungsweise zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) soll 2007 vorliegen.

Sobald die Vorlage zur Gesamtschau FinöV den eidgenössischen Räten verabschiedet ist, kann der vorliegende Vorstoss abgeschrieben werden.

2003 M 01.3753 Harmonisierung der Finanzierung im öffentlichen Verkehr (S 6.3.02, Brändli; N 5.3.03)

Vgl. P 01.3710

2003 P 02.3386 Infrastrukturerergänzungen für den Bahnverkehr im Raum Luzern (N 2.6.03, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 02.301)

Das Anliegen wurde im Rahmen der bisherigen Arbeiten zur zweiten Etappe von BAHN 2000 geprüft. Inzwischen haben sich die finanzpolitischen Voraussetzungen grundlegend geändert: Die erforderlichen Anpassungen am FinöV-Fonds im Rahmen der Vorlage zu Änderungen bei der Finanzierung der FinöV-Projekte (FINIS) schränken den finanziellen Handlungsspielraum des Bundes gegenüber der ursprünglichen Planung ab 2011 ein. Der Bundesrat hat deshalb am 26. Mai 2004 beschlossen, sämtliche noch nicht verbindlich beschlossenen öV-Projekte einer Gesamtüberprüfung zu unterziehen. Darunter fällt auch der geforderte Ausbau des Bahnhofs Luzern zu einem vollwertigen Hauptknoten und einem Zentrum der Zentralschweizer S-Bahn. Die entsprechende Vorlage zur Gesamtschau FinöV beziehungsweise zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) soll 2007 vorliegen.

Sobald die Vorlage zur Gesamtschau FinöV den eidgenössischen Räten verabschiedet ist, kann der vorliegende Vorstoss abgeschrieben werden.

Bundesamt für Zivilluftfahrt

2000 P 00.3162 Luftverkehr. Lufthygienische Massnahmen (N 23.6.00, Leutenegger Oberholzer) – vormals: BUWAL

Im Jahr 1993 erschien die Studie «Die Auswirkungen der Luftfahrt auf die Umwelt» (erstellt durch die Elektrowatt Ingenieurunternehmung AG EWL, im Auftrag der Bundesämter für Zivilluftfahrt und für Militärflugplätze), welche bereits damals zu den von der Postulantin aufgeworfenen Fragen Auskunft gab. Das BAZL und seine Partnerämter (BABLW, ARE, BAFU, Seco) aktualisieren zurzeit diese Studie und erweitern dabei den abgedeckten Bereich. Die neue Studie unter dem Titel «Nachhaltiger Luftverkehr: Bestandaufnahme – Perspektiven – Handlungsspielraum» bezweckt, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen der Luftfahrt unter verschiedenen Szenarien in den nächsten ca. 15 Jahren darzustellen und die Beeinflussung dieser Wirkungen abzuschätzen. Bisher liegen bundesintern die Arbeitspakete betreffend Auswirkungen der Luftfahrt auf Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft sowie zu spezifisch lärm- und raumplanungsbezogenen Aspekten vor. Auf Grund der nötigen und sinnvollen Koordination der Studie mit den Arbeiten zur Beurteilung der Nachhaltigkeit verschiedener Betriebsvarianten im Prozess Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) für den Flughafen Zürich dürften die Resultate der Studie nicht vor Mitte 2007 vorliegen.

2002 P 02.3339 Verbot von Heliskiing im Unesco-Weltnaturerbe Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn (N 4.10.02, Teuscher)

Der Bundesrat hat im Jahr 2000 im Rahmen des SIL den Auftrag erteilt, das Netz der Gebirgslandeplätze generell zu überprüfen und dabei auch die Grundsatzfrage zu prüfen, ob und in welchem Ausmass das Heliskiing weiterbetrieben werden soll. Ursprünglich war geplant, den Schlussbericht des BAZL Ende 2002 dem Bundesrat vorzulegen. Auf Grund der tragischen Unfälle von Halifax, Nassenwil, Bassersdorf und Überlingen und der darauf hin nötigen Anstrengungen zur Intensivierung der Sicherheitsaufsicht wurden die Projektarbeiten basierend auf einem Entscheid des UVEK zwischen November 2003 und Juli 2005 sistiert. Inzwischen sind die Arbeiten am Konzeptteil «SIL B6a Gebirgslandeplätze» wieder aufgenommen worden. Im Herbst 2006 fand eine Anhörung der betroffenen Kantone, Fachverbände und Umweltorganisationen zu einem vom BAZL gemeinsam mit ARE, BAFU und VBS erarbeiteten Konzeptentwurf statt. Der auf Grund der Resultate dieser Anhörung überarbeitete Entwurf wird im Januar 2007 einer Anhörung der betroffenen Kantone gemäss Raumplanungsverordnung unterzogen. Nach Anhörung der Kantone und einer daraus ggf. resultierenden Bereinigung des Konzeptteils wird eine bundesinterne Ämterkonsultation durchgeführt werden, bevor dieser frühestens im Sommer 2007 vom Bundesrat beschlossen werden kann.

2002 P 02.3096 Aufnahme des Luftverkehrs in die Störfallverordnung (N13.12.02, Rechsteiner-Basel)

Der Bundesrat hat im Juni 2006 das Sicherheitskontrollgesetzes (SKG) samt dazugehöriger Botschaft zu Händen des Parlaments verabschiedet. Die parlamentarische Beratung ist im Gange. Im Januar 2007 werden gemäss Beschluss der UREK des Ständerates mit den betroffenen Verbänden und Interessengruppen Hearings durchgeführt. Mit dem SKG werden unter anderem die Flughäfen verpflichtet, einen Sicherheitsbericht einzureichen. Der verantwortliche Anlagenbetreiber muss nachweisen, dass die Anlage den sicherheitstechnischen Anforderungen entspricht und das Risiko für die Bevölkerung und die Umwelt tragbar ist. Dieser Sicherheitsbericht wird eine viel umfassendere Übersicht über die Störfallsituation geben, als dies heute der Fall ist; die Ziele des Postulats würden bei der Umsetzung des SKG verwirklicht. Mit einem Inkrafttreten des SKG kann frühestens anfangs 2008 gerechnet werden.

2002 P 02.3472 Überprüfung der Befristung von Betriebsbewilligungen (S 12.12.02, Geschäftsprüfungskommission SR)

Mit dem Inkrafttreten des sektoriellen Abkommens über den Luftverkehr zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft am 1. Juni 2002 hat die Schweiz als Bestandteil des dritten Liberalisierungspakets auch die Verordnung (EWG) Nr. 2407/92 des Rates vom 23. Juli 1992 über die Erteilung von Betriebsgenehmigungen an Luftfahrtunternehmen (2407/92, ABl. EG Nr. L 240 vom 24.8.1992, S. 1) übernommen. Diese ist somit seit dem 1. Juni 2002 in der Schweiz unmittelbar anwendbar.

In Bezug auf die zeitliche Gültigkeit von Betriebsbewilligung sieht die Verordnung 2407/92 im Gegensatz zu den Bestimmungen im Luftfahrtgesetz (SR 748.0) und in der Luftfahrtverordnung (SR 748.01) keine Befristung vor. Eine Betriebsbewilligung gilt so lange, wie das Luftfahrtunternehmen seinen Verpflichtungen nach der Verordnung 2407/92 nachkommt. Sind die Anforderungen der Verordnung nicht mehr erfüllt, ist die Betriebsbewilligung zu entziehen. Vor diesem Hintergrund ist die im schweizerischen Luftrecht enthaltene Befristung einer Betriebsbewilligung nicht sinnvoll, zumal auch die übrigen operationellen und technischen Bewilligungen nicht zwingend einer Befristung unterliegen. Weil eine Befristung keine inhaltlichen Auswirkungen auf die operationelle, technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Luftfahrtunternehmens hat und da die Verordnung 2407/92 den Bestimmungen im Luftfahrtgesetz und in der Luftfahrtverordnung vorgeht, ist eine Änderung des Luftfahrtgesetzes und der Luftfahrtverordnung nicht prioritär in Angriff zu nehmen. Hingegen wird der Bundesrat aus Transparenzgründen die entsprechenden Bestimmungen im Rahmen anderer anstehender Rechtsanpassungen ändern. Die laufende Teilrevision des Luftfahrtgesetzes soll anfangs 2009 in Kraft treten. Die Luftfahrtverordnung wird auf den gleichen Zeitpunkt angepasst werden.

2003 P 03.3124 Trinationalisierung des Euro-Airports Basel-Mülhausen-Freiburg (N 20.6.03, Kurrus)

Die Frage der Trinationalisierung des binationalen EuroAirport wurde im Rahmen einer Arbeitsgruppe Bund / Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Jahr 2006 vertieft geprüft, wobei sich zeigte, dass eine echte Trinationalisierung, d.h. der Einbezug von Deutschland in den französisch-schweizerischen Staatsvertrag mit gleichen Rechten und Pflichten sowohl unter finanziellen wie auch unter rechtlichen und politischen Aspekten kaum, wenn überhaupt, innert nützlicher Frist realisierbar wäre.

Hingegen sieht man durchaus eine Möglichkeit, mit geeigneten institutionellen Mitteln Deutschland und allenfalls auch private Körperschaften am Betrieb des Flughafens zu beteiligen und dadurch mehr Mitsprache gewähren zu können. Dabei werden auch die Ergebnisse der Gespräche mit Deutschland über die Benutzung des süddeutschen Luftraums für An- und Abflüge im Zusammenhang mit dem Flughafen Zürich zu berücksichtigen sein. Dieser Lösungsansatz soll nun weiter verfolgt und mit unseren Partnern diskutiert werden.

Bundesamt für Energie

2004 P 04.3283 Begrenzte Ölvorräte. Szenarien (N 8.10.04, Grüne Fraktion)

Der Bundesrat führt derzeit eine eingehende Diskussion über die Energiezukunft der Schweiz (Energiesstrategie). Die Entscheide werden die Grundlage für die Abschreibung des Postulats bilden.

Bundesamt für Strassen

2000 M 99.3456 Überprüfung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz (S 6.10.99, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 99.408; N 20.3.00)

Der Entwurf des Sachplans Strasse (und Schiene) wurde 2002 einer breiten Vernehmlassung unterzogen. Aufgrund der Ergebnisse hat das UVEK entschieden, die beiden Sachpläne zu vereinen. Ziel dieses Sachplans Verkehr ist, die langfristigen Grundlagen für die Verkehrsinfrastrukturen in der Verantwortung des Bundes zu schaffen. Das Konzept (Programmteil) des Sachplans steht. Darin sind die funktionalen Kriterien beschrieben, anhand derer das Bundesstrassennetz definiert wird (Grund- und Ergänzungsnetz). Am 26. April 2006 hat der Bundesrat den Programmteil des Sachplans Verkehr gutgeheissen und das UVEK mit der Umsetzung beauftragt. Nun erfolgt die Umsetzung der strategischen Vorgaben. Dieser Schritt erfolgt wiederum in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen.

Im Rahmen des Sachplans Verkehr wurde ein erster Netzvorschlagn erarbeitet. Dieser Netzvorschlagn wird vom ASTRA im Projekt «Bundesstrassen-Netze 2020» weiterbearbeitet.

Am 6. Oktober 2006 wurde zudem vom Parlament das Bundesgesetz über den Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, das Nationalstrassennetz sowie Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen angenommen. Das Projekt «Bundesstrassen-Netze 2020» muss nun mit den einzelnen Vorhaben des Infrastrukturfonds koordiniert werden. Voraussichtlich im Jahr 2008 wird das Parlament die Botschaft zum neuen Netzbeschluss erhalten.

Im Rahmen des Projekts «Bundesstrassen-Netze 2020» werden alle Anliegen von Netzerweiterungen und Aufklassierung von bestehenden Verbindungen zu Nationalstrassen geprüft, die in parlamentarischen Vorstössen eingebracht wurden.

2000 M 00.3201 Klarheit über die Zukunft des Nationalstrassennetzes (S 16.6.00, Spezialkommission SR 00.016; N 20.6.00)

Vgl. M 99.3456

2000 M 00.3217 Konzept über die Zukunft des Nationalstrassennetzes (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016; S 3.10.00)

Vgl. M 99.3456

2000 P 99.3238 Nationalstrassenzubringer Appenzellerland (N 19.9.00, Vallender)

Vgl. M 99.3456

- 2000 M 99.3374 Hirzeltunnel (N 19.9.00, Bosshard)
Vgl. M 99.3456
- 2000 P 99.3421 Grosser St. Bernhard als Alternative zum Montblanc (N 19.9.00, [Epiney]-Chevrier)
Vgl. M 99.3456
- 2000 P 00.3302 Zufahrt Emmental (N 6.10.00, Schenk)
Vgl. M 99.3421
- 2000 M 00.3381 Autobahnverbindung J20 und A16. Klassierung als Nationalstrasse (N 6.10.00, Schmied Walter)
Vgl. M 99.3456
- 2000 P 00.3589 Erweiterung des Anschlusses an die A4 Schaffhausen Süd zugunsten von Neuhausen am Rheinfluss (S 30.11.00, Briner)

Im Vorstoss wird verlangt, dass die Erweiterung des Anschlusses Schaffhausen Süd der A4 mit einer Umfahrung der Gemeinde Neuhausen a.Rhf. (Galgenbuckeltunnel) geprüft wird.

In der Tat belastet der heutige Anschluss Schaffhausen Süd die Gemeinde Neuhausen a.Rhf. stark, weil der Verkehr an einer verkehrstechnisch ungünstigen Stelle abgegeben bzw. abgenommen wird. Der Kanton wurde deshalb im Dezember 2001 beauftragt, ein generelles Projekt zu erarbeiten.

Am 21. Dezember 2005 hat der Bundesrat auf Antrag der Regierung des Kantons Schaffhausen das generelle Projekt für den Ausbau des Nationalstrassenzubringers zur A4 genehmigt. Als nächster Schritt wird nun das Ausführungsprojekt erarbeitet, welches voraussichtlich anfangs 2007 öffentlich aufgelegt wird. Die Bau-Ausführung kann danach – je nach verfügbarem Budget und nach Zeitbedarf für die Einsprachenbehandlung – erfolgen. Das Projekt befindet sich somit plangemäss in Entwicklung.

- 2001 P 99.3545 Bilaterale Verhandlungen und Schwerverkehr (N 5.3.01, [Ratti]-Simoneschi)

Intelligentes Verkehrsführungssystem für den alpenquerenden Lastwagenverkehr: Ein entsprechendes System wurde konzipiert, geprüft und verbessert. Das in Betrieb stehende Tropfenzählersystem hat sich nach Urteil der Beteiligten bewährt und die Ziele werden erreicht. Unterstützend tragen neue Informationssysteme im Internet und in den Medien (v.a. Truck-Info) zur Planung und Stauverhinderung bei.

Intelligentes Verkehrsführungssystem für den gesamten Verkehrsfluss und dessen internationale Abstimmung: Das Konzept für ein Verkehrsmanagementsystem Schweiz (VM-CH) mit den Komponenten Verkehrsdaten-Management, Verkehrsbeeinflussung und Verkehrsinformation ist vom ASTRA im Jahr 2003 vorbereitet worden. Zudem werden die rechtlichen/organisatorischen Fragen bearbeitet. Die Architektur und die nötigen Teilsysteme einer Lösung sind konzipiert. Die Umsetzung auf 1.1.2008 im Rahmen NFA wird vorbereitet.

Zusätzliche Parkflächen und obligatorische Warteplätze, um Stau auf den Fahrbahnen zu vermeiden: Das Konzept befindet sich in Umsetzung; der Standort des Kontroll- und Abstellplatzes nördlich des Gotthardtunnels ist definiert (Ripshausen, Kt. Uri), die Projektierungsarbeiten für einen Kontroll- und Abstellplatz südlich des Gotthardtunnels schreiten voran.

Einsatzzentrale zur Simulation, Information und Verkehrsumleitung: Die Realisierung einer solchen Zentrale ist Bestandteil der Weiterführung des Konzeptes «Verkehrsmanagement Schweiz», die Vorarbeiten sind im Gange.

Das Leitbild Verkehrs-Telematik ITS-CH 2012 ist publiziert.

- 2001 P 01.3007 Nationalstrassennetz (N 19.3.01, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, NR 00.401)
Vgl. M 99.3456

- 2001 P 01.3402 Bericht zur Bedeutung und Förderung des Langsamverkehrs (N 5.10.01, Aeschbacher)

Eine stärkere Entwicklung des Langsamverkehrs (zu Fuss gehen, Velo fahren, Wandern usw.) in der Schweiz soll dazu beitragen, dass die heutigen und künftigen Mobilitätsbedürfnisse möglichst umweltschonend, gesundheitsfördernd und volkswirtschaftlich effizient befriedigt werden können. Mit diesem Auftrag hat das ASTRA zusammen mit den interessierten Bundesämtern, Vertretungen verschiedener Kantone und Agglomerationen sowie privaten Fachorganisationen den Entwurf eines Leitbildes erarbeitet, das Vision, Grundstrategie sowie Leitsätze und Massnahmen zur Förderung des Langsamverkehrs umfasst.

Im Vernehmlassungsverfahren, welches das UVEK 2003 durchführte, fand das Grundanliegen des Leitbildes, dass sich der Langsamverkehr (LV) neben dem motorisierten Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr zu einem gleichberechtigten dritten Pfeiler einer effizienten Personenverkehrspolitik entwickeln soll, breite Unterstützung. Die Bedeutung des Langsamverkehrs bestätigte sich dabei nicht nur als eigenständige Mobilitätsform sondern auch als Zubringer zu den anderen Verkehrsträgern (kombinierte Mobilität; Transportketten). Grundsätzliche Einwände gegen die Förderung des Langsamverkehrs ergaben sich bei der Finanzierungsfrage, bei der Aufgabenteilung Bund, Kantone und Private sowie bei der Verfassungsmässigkeit einzelner Handlungsfelder.

Gegenwärtig fokussiert das ASTRA seine knappen Ressourcen in erster Linie auf möglichst direkt umsetzbare Massnahmen zur Entwicklung des Langsamverkehrs. Dazu gehört zum Beispiel die adäquate Verankerung des LV in den Agglomerationsprogrammen gemäss Infrastrukturfondsgesetz oder die sachgerechte Behandlung der LV-Anliegen im Rahmen des vom Bundesrat verabschiedeten Sachplans Verkehr. Dazu gehören aber auch eine Intensivierung der Vollzugsanstrengungen beim Fuss- und Wanderwegesetz sowie eine umsichtige Begleitung des Strassenverkehrsgesetzes im Bereich der Verordnung über Tempo-30-Zonen und Begegnungszonen. Schliesslich strebt das ASTRA an, die Stärkung des Langsamverkehrs als Massnahme in der bundesrätlichen «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2007» zu verankern.

2001 P 01.3147 Übernahme der europäischen Baumuster für Anhänger und Sattelaufleger (N 5.10.01, Giezendanner)

Sobald EG-Gesamtgenehmigungen für Anhänger vorliegen, werden die entsprechenden Übereinstimmungsbescheinigungen (COC) schon aufgrund der geltenden Vorschriften – wie heute bei den Motorwagen, Motorrädern und landwirtschaftlichen Traktoren – anerkannt. Zum Eigengebrauch importierte Fahrzeuge sind generell von der Typengenehmigung befreit (Art. 4 Abs. 1 TGV). Das Verfahren für die EG-Gesamtgenehmigung von Anhängern ist in der RL 70/156/EWG bereits geregelt; gemäss Kommissionsentwurf vom 14. Juli 2003 ist die obligatorische Anwendung für das Jahr 2008 vorgesehen, freiwillige Genehmigungen auf dieser Basis sind ein Jahr nach Beschlussfassung möglich.

Mit der Umsetzung des neuen Art. 12 Abs. 3 SVG wird auch auf die Typengenehmigungspflicht für Anhänger mit EG-Gesamtgenehmigung verzichtet. Sobald die EU ihre Massnahmen umgesetzt hat, ist dem Anliegen somit Rechnung getragen.

2001 M 01.3308 Umklassierung der Strasse Leuk-Leukerbad (N 5.10.01, Jossen)

Vgl. M 99.3456

2001 P 01.3372 Polizeiliche Verkehrslenkung auf den Nationalstrassen. Kosten (N 5.10.01, Steinegger)

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass es nicht darum gehen kann, die klassischen Tätigkeiten der Polizei wieder zu finanzieren. Prüfwert sei aber, inwieweit die Aufwendungen für die eigentliche polizeiliche Bewirtschaftung einzelner Nationalstrassenstrecken übernommen werden können.

Nach dem schweren Ereignis im Gotthardtunnel im Oktober 2001 wurde auf der Gotthard-Route ein Schwerverkehrsmanagement eingerichtet. Zudem verstärkten die Kantone die Kontrollen der Lastwagen. Beide Massnahmen werden durch LSVA-Einnahmen abgegolten. Das Anliegen wird im Rahmen des Projektes NFA weiter geprüft.

2001 P 01.3264 Konzept über das Nationalstrassennetz. Änderung (S 25.9.01, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 00.320)

Vgl. M 99.3456

2001 P 01.3383 Vereinheitlichung der kantonalen Bewilligungspraxis für Ausnahmetransporte (N 21.6.01, Estermann)

Dem Postulat ist anlässlich der VRV-Revision zur Erhöhung der Fahrzeug-Gesamtgewichte per 1.1.2005 bereits teilweise entsprochen worden, indem die Abgabe von Dauerbewilligungen für Ausnahmetransporte bis 30 m Länge, 3 m Breite, 4 m Höhe und 44 t Betriebsgewicht mit Gültigkeit «Durchgangsstrassen ganze Schweiz» ermöglicht wurde. Dies hat durch die Verminderung des administrativen Aufwandes eine Vereinfachung und Vereinheitlichung des Bewilligungsverfahrens zur Folge. Im Jahr 2006 wurden weitere VRV-Revisionsvorschläge in die Anhörung geschickt: Aufhebung der Sperrzeiten für Ortsdurchfahrten, Erweiterung der Zuständigkeitsregelung des Standortkantons, administrative Vereinfachung bei den Sonntags- und Nachtfahrerbewilligungen, Gegengewichtstransporte bei Autokranen und hinterer Ladungsüberhang (die letzten beiden Punkte sind Vorschläge der ASTAG und wurden in der Anhörung als solche gekennzeichnet). Der Bundesrat wird im Laufe des Jahres 2007 über diese Vorschläge entscheiden.

Schliesslich trifft sich seit 2004 die Arbeitsgruppe Sonderbewilligungen der Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) wieder zu Arbeitssitzungen, wobei das ASTRA in beratender Funktion mitwirkt. Ziel dieser Gruppe ist die weitere Vereinheitlichung der kantonalen Bewilligungspraxis. Auf Initiative dieser Arbeitsgruppe hat der asa-Vorstand die Technischen Mitteilungen 1/2005 verabschiedet, welche primär die Lockerung der Adhäsionsvorschriften zum Inhalt haben. Die Transportunternehmer profitieren davon in erheblichem Umfang, weil sie mit den vorhandenen Fahrzeugen nun wesentlich höhere Gesamtgewichte transportieren dürfen. Im Laufe des Jahres 2007 soll zudem die Anwendungspraxis betreffend der Begleitung durch Hilfspersonen vereinfacht und damit vereinheitlicht werden.

2001 P 01.3483 Gotthardtunnel. Notfall- und Sanierungskonzept (N 14.12.01, Estermann)

Im Zusammenhang mit den schweren Ereignissen im Mont-Blanc-, Tauern- und Gotthard-Tunnel haben die betroffenen Alpenländer verschiedene Arbeitsgruppen zur Aufarbeitung der Unfälle eingesetzt. Diese befassen sich u.a. mit der Tunnelsicherheit sowie der Harmonisierung der Bewirtschaftungsmassnahmen der wichtigsten Übergänge im Alpenbogen. Etliche Anliegen des Postulanten werden in diesem Rahmen geprüft.

Die zuständigen Kantone wenden für die laufenden und anstehenden Unterhaltsarbeiten seit Jahren eine eingespielte und bewährte Unterhaltsstrategie an: Die notwendigen Arbeiten im Fahrraum werden in mehreren Unterhaltswochen zu vier Nächten pro Jahr erledigt. Der Tunnel wird von 20.00 Uhr bis 05.00 Uhr geschlossen. Erneuerungsarbeiten, welche eine monatelange Schliessung des Tunnels erfordern, sind erst etwa in 30 Jahren vorgesehen. Es macht wenig Sinn, die dannzumal möglichen Probleme schon heute zu diskutieren.

2002 P 01.3396 Lastwagenstaus auf Schweizer Autobahnen (N 21.3.02, Hegetschweiler)

Die Probleme des Schwerverkehrs insbesondere auf der Nord-Süd-Route erforderten verschiedene Massnahmen. So wurde die Wiedereröffnung des Gotthard-Strassentunnels nach dem Unfall im Oktober 2001 von einem Verkehrsmanagement begleitet. Sowohl am Gotthard- wie am San Bernardino-Tunnel wurden Dosiersysteme eingerichtet, die inzwischen laufend verfeinert wurden. Diese Systeme funktionieren heute im Grossen und Ganzen zufriedenstellend. Die Sicherheit in den Tunnels und der Verkehrsfluss wurden verbessert. Die Dosierung am Gotthard bewirkt, dass die früher aufgetretenen Staus vor dem Zoll in Chiaso seither praktisch ausbleiben.

Das Schwergewicht der Anstrengungen besteht darin, genügend Abstellflächen ausserhalb der Fahrbahnen zu schaffen. Es ist nicht einfach, geeignete Standorte zu finden. Der Standort des Kontroll- und Abstellplatzes nördlich des Gotthardtunnels ist definiert (Ripshausen, Kt. Uri), die Projektierungsarbeiten für einen Kontroll- und Abstellplatz südlich des Gotthardtunnels schreiten voran.

An einigen Zollübergängen (z.B. Basel) wurden in der Zwischenzeit spezielle Spuren für den Schwerverkehr ausgeschieden, damit der übrige Verkehr durch wartende Lastwagen nicht behindert wird. Die provisorisch erweiterte Zollanlage (Peza) wurde im Oktober 2005 in Betrieb genommen. Bei Staugefahr werden die Lastwagen mit zollpflichtiger Ware von Ordnungsdiensten auf den Warteraum dirigiert und von dort in Tranchen zur Zollabfertigung gelotst. Die Kosten der Peza von 20 Mio. Franken wurden vollständig vom Bund über die LSVA finanziert.

2002 P 01.3103 Sicherung ungesicherter Bahnübergänge (N 21.3.02, Hollenstein)

Das Postulat verlangt die Prüfung, welche finanzielle Unterstützung der Bund zur Sicherung ungesicherter Bahnübergänge leisten kann. Die Bundesversammlung hat im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 beschlossen, den jährlichen Beitrag des Bundes zur Sanierung der gefährlichsten Bahnübergänge in der Höhe von 12 Millionen Franken zu streichen. Der Bundesrat hat aus Gründen der Dringlichkeit die Aufhebung dieser Subvention auf den 1. Januar 2007 verschoben und eine Task Force mit dem Auftrag betraut, diese Mittel möglichst rasch und unbürokratisch für die Schliessung bestehender Sicherheitslücken bei Bahnübergängen einzusetzen. Von den 190 gefährlichsten Bahnübergängen sind bis Ende November 2006 120 saniert, aufgehoben oder es wurden betriebliche Massnahmen getroffen. Bei 24 Bahnübergängen ist die Realisierung im Gang oder diese steht kurz vor der Ausführung. 21 Bahnübergänge erhalten keinen Bundesbeitrag, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Sie werden saniert oder aufgehoben. Für die verbleibenden Bahnübergänge (25) läuft das Plangenehmigungsverfahren bzw. die Projekte sind noch in der Vorbereitung.

2002 P 01.3098 Nationalstrassennetz. Ergänzung (N 21.3.02, Schmid Odilo)

Vgl. M 99.3456

2002 P 01.3111 Bypass Luzern (N 21.3.02, Theiler)

Vgl. M 99.3456

2002 P 01.3759 Aktive Sicherheits- und Präventionsmassnahmen bei Tunnels. Thermographisches Portal (N 22.3.02, Simoneschi)

Die ursprüngliche Idee, überhitzte Lastwagen während ihrer Fahrt zu dedektieren und anzuhalten, musste fallengelassen werden: Das Problem, nach einer allfälligen Dedektion den richtigen Lastwagen aus einer fahrenden Kolonne heraus zu holen, konnte von keinem der geprüften Produkte zufriedenstellend gelöst werden. Zudem fehlten die nötigen Abstellplätze für die betroffenen Lastwagen.

Mit dem mittlerweile eingeführten Tropfenzählersystem auf der Nord-Süd-Achse haben sich die Rahmenbedingungen geändert: In der Zwischenzeit werden sämtliche Lastwagen vor dem Gotthardtunnel (zumindest kurz) angehalten, so dass ein überhitzter Lastwagen klar identifiziert werden kann. Die Erstellung von Thermoportalen soll unter diesen Umständen nochmals geprüft werden.

Mittlerweile hat das ASTRA die Umsetzung dieser Massnahme der Geschäftsleitung Gotthard-Strassentunnel in Auftrag gegeben. Entsprechend wird im Jahr 2007 eine Versuchsanlage installiert.

2002 P 01.3680 Aktive Schutzmassnahmen gegen Brände in unterirdischen Verkehrsführungen (S 6.3.02, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Seit dem Unfall im Gotthardtunnel im Oktober 2001 betrachtet man die Sicherheit in Tunnels in einer gesamthaften Art und berücksichtigt sämtliche Faktoren, welche die Sicherheit beeinflussen können (Verkehrsteilnehmer, Infrastruktur, Betrieb und Fahrzeuge). Verschiedene Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in Tunnels wurden seither geprüft und teilweise umgesetzt. Dazu gehören beispielsweise die Verbesserung der Branddetektion (Wärmedetektionskabel, Wärmekameras, usw.), Verbesserung gewisser Lüftungssysteme (z.B. im Gotthard- und San Bernardinotunnel), Erleichterung der Selbstrettung von Verkehrsteilnehmern (spezifische Ausbildung im Rahmen der Führerprüfung, verstärkte Information bezüglich richtigem Verhalten im Ereignisfall), verbesserte Signalisation der Sicherheitseinrichtungen (SOS-Nischen, Fluchtwege, Notausgänge), Planung und Ausbau von verbesserten oder neuen Fluchtwegen (z.B. San Bernardinotunnel und Grosser St. Bernhard-Tunnel) sowie verbesserte Ausrüstung von Lastwagen (Obligatorium für Feuerlöscher).

Die meisten Massnahmen und Erkenntnisse entfalten ihre Wirkung grundsätzlich in sämtlichen unterirdischen Verkehrsführungen, insbesondere in National- und Hauptstrassentunnels. Sie werden im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten und der Verhältnismässigkeit fortlaufend umgesetzt. Weitere Massnahmen werden ebenfalls laufend geprüft, auch in Zusammenarbeit mit ausländischen Fachstellen.

Am 29. Juni 2005 hat der Bundesrat zudem das UVEK beauftragt, das Projekt der Übungsanlage in Balsthal (SO) und Lungern (OW) weiter zu verfolgen. Feuerwehr, Sanität und Polizei sollen sich künftig in Tunnelbauwerken realitätsnah auf den Ernstfall vorbereiten können. Das Gesamtpaket an Sicherheitsmassnahmen in Tunnelbauwerken auf Nationalstrassen kann mit diesem organisatorischen Element abgerundet und die Sicherheit der Ereignisdienste wie auch der Verkehrsteilnehmer weiter verbessert werden.

2002 P 02.3116 Erhöhung der Sicherheit auf Autobahnen (N 21.6.02, Christlichdemokratische Fraktion)

Die Probleme des Schwerverkehrs insbesondere auf der Nord-Süd-Route erforderten verschiedene Massnahmen. So wurde die Wiedereröffnung des Gotthard-Strassentunnels nach dem Unfall im Oktober 2001 von einem Verkehrsmanagement begleitet. Sowohl am Gotthard- wie am San Bernardino-Tunnel wurden Dosiensysteme eingerichtet, die inzwischen laufend verfeinert wurden. Diese Systeme funktionieren heute im Grossen und Ganzen zufriedenstellend. Die Sicherheit in den Tunnels und der Verkehrsfluss wurden verbessert. Die Dosierung am Gotthard bewirkt, dass die früher aufgetretenen Staus vor dem Zoll in Chiasso seither praktisch ausbleiben.

Das Schwergewicht der Anstrengungen besteht darin, genügend Abstellflächen ausserhalb der Fahrbahnen zu schaffen. Es ist nicht einfach, geeignete Standorte zu finden. Der Standort des Kontroll- und Abstellplatzes nördlich des Gotthardtunnels ist definiert (Ripshausen, Kt. Uri), die Projektierungsarbeiten für einen Kontroll- und Abstellplatz südlich des Gotthardtunnels schreiten voran.

An einigen Zollübergängen (z.B. Basel) wurden in der Zwischenzeit spezielle Spuren für den Schwerverkehr ausgeschieden, damit der übrige Verkehr durch wartende Lastwagen nicht behindert wird. Die provisorisch erweiterte Zollanlage (Peza) wurde im Oktober 2005 in Betrieb genommen. Bei Staugefahr werden die Lastwagen mit zollpflichtiger Ware von Ordnungsdiensten auf den Warteplatz dirigiert und von dort in Tranchen zur Zollabfertigung gelotst. Die Kosten der Peza von 20 Mio. Franken wurden vollständig vom Bund über die LSVA finanziert.

Überholverbote für Lastwagen können erlassen werden, soweit dies u.a. der Verkehrssicherheit und dem Verkehrsfluss dient. Solche Verkehrsbeschränkungen werden laufend bezogen auf das ganze Netz geprüft und auch verfügt. Es ist jedoch nicht angezeigt, ganze Zufahrtsrampen und Agglomerationsgürtel mit solchen Verboten zu belegen. Es kommt vielmehr auf die örtlichen Gegebenheiten, insbesondere die Verkehrssituation, an.

Bereits vor dem Tunnelbrand im Oktober 2001 wurde im Gotthardstrassentunnel mit dem Einbau einer leistungsfähigeren Lüftungsanlage begonnen. Der Einbau von fixen, automatischen Brandlöschanlagen ist vorderhand nicht angebracht. Gegenwärtig scheinen die bestehenden Systeme noch nicht derart entwickelt zu sein, dass sie den technischen Sicherheits- und Wirtschaftlichkeitsanforderungen, welche die besonderen Bedingungen in Tunneln stellen, in optimaler Weise zu genügen vermögen. Die Nachteile oder gar Gefahren solcher Systeme und der Mangel ihrer technologischen Reife lassen deren Einrichtung noch nicht als angezeigt erscheinen.

Schliesslich wurde auch die Signalisation der Sicherheitseinrichtungen verbessert und wird noch weiter ergänzt.

2002 P 02.3216 Umfahrung des Raumes Luzern für den Nord-Süd-Verkehr (S 6.6.02, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 02.300)

Vgl. M 99.3456

2002 P 01.3735 Risikoanalysen zur Gefahrenreduktion in Strassentunnels und besonders gefährlichen Strassenabschnitten (N 13.12.02, Hollenstein)

Die Erstellung von Risikoanalysen zur Reduktion von Gefahren in Strassentunnels und besonders gefährlichen Strassenabschnitten ist eine Möglichkeit, die Risiken zu senken. Seit dem Unfall im Gotthardtunnel im Oktober 2001 betrachtet man die Sicherheit in Tunneln in einer gesamthaften Art und berücksichtigt sämtliche Faktoren, welche die Sicherheit beeinflussen können (Verkehrsteilnehmer, Infrastruktur, Betrieb und Fahrzeuge). Auf dieser Basis werden die Massnahmen im Rahmen der Möglichkeiten und der Verhältnismässigkeit nach dem aktuellen Stand der Technik und der Kenntnisse umgesetzt.

Bezogen auf die Risiken in Nationalstrassentunnels sind die Kantone bereits heute verpflichtet, Unfallszenarien auszuarbeiten, die Risiken systematisch zu analysieren und alle organisatorischen Massnahmen zu ergreifen, um die Gefährdung der Verkehrsteilnehmer im Ereignisfall möglichst gering zu halten. Die diesbezügliche Koordination durch die Bundesbehörden wird in Zukunft noch verstärkt.

Am 23. November 2005 hat der Bundesrat das Handlungsprogramm «Via sicura» beraten und seinen Willen bekräftigt, die Verkehrssicherheit in der Schweiz weiter zu erhöhen. Das UVEK wird dem Bundesrat ein konkretes Massnahmenpaket in verschiedenen Varianten vorlegen.

2003 P 02.3126 Arbeitsbedingungen der Chauffeure (N 20.6.03, Rechsteiner Paul)

In der EU wurde der digitale Fahrtsschreiber (DFS) am 1. Mai 2006 eingeführt. Die entsprechenden Änderungen im schweizerischen Recht sind am 1. November 2006 in Kraft getreten. Ab dem 1. Januar 2007 (Ablauf der Übergangsfrist) müssen demnach neu in Verkehr gesetzte Fahrzeuge mit DFS ausgerüstet werden. Das neue System macht die Kontrolltätigkeit der Vollzugsbehörden effizienter, verbessert den Arbeitnehmerschutz und erhöht durch seine Manipulationssicherheit die Verkehrssicherheit.

Innerhalb der Schweiz sind spezialisierte Schwerverkehrskontrollzentren (SVKZ) im Entstehen (als erstes konnte am 26. November 2004 das SVKZ Unterrealta in Betrieb genommen werden). Diese werden die Kontrolltätigkeit der Vollzugsbehörden systematischer und effizienter machen. Zusätzlich wird gegenwärtig das Meldewesen an die EU u. a. auch in Bezug auf ARV-Verstöße von ausländischen Fahrzeugführern in der Schweiz neu aufgebaut. Damit wird die internationale Zusammenarbeit gestärkt, die Ahndung von Verstößen verbessert und die Verkehrssicherheit erhöht.

Auf europäischer Ebene wurden im Dezember 2005 neue Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen verabschiedet, die in der EU am 11. April 2007 in Kraft treten. Diese werden die sozialen Bedingungen der Chauffeure sowie die allgemeine Strassenverkehrssicherheit verbessern. Sodann wurde auch eine Verschärfung der Kontrollbestimmungen beschlossen (Erhöhung der zu kontrollierenden Arbeitstage von bisher 1 auf 3 %; Erhöhung der Betriebskontrollen im Verhältnis zu den Strassenkontrollen). Die Chauffeurverordnung wird gegenwärtig diesem neuen EG-Recht angepasst (November 2006–Januar 2007: Anhörung bei den Kantonen und interessierten Organisationen). Das angepasste schweizerische Recht soll ab 2008 gelten.

2003 P 02.3385 Umfahrung des Raumes Luzern für den Nord-Süd-Verkehr (N 2.6.03, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 02.300)

Vgl. M 99.3456

2003 P 02.3236 Sachplan Strasse 2004. Ausbau der A4 im Kanton Zug (N 18.12.03, Scherer Marcel)

Am 4. Mai 2005 hat der Bundesrat das generelle Projekt für den Sechsspur-Ausbau auf der Nationalstrasse A4 genehmigt. Grund für den Spurausbau ist die sichere Ver- und Entflechtung des Verkehrs auf diesem Autobahnabschnitt nach der Eröffnung der A4 im Knonauer Amt etwa im Jahr 2010. Gemäss Verkehrsprognosen wird nach der Eröffnung der A4 im Jahr 2010 im Verkehrsdreieck Zürich-West – Islisbergtunnel – Knonauer Amt ein durchschnittlicher Tagesverkehr von 90'000 Fahrzeugen erwartet. Der Ausbau auf zwei mal drei Spuren mit Standstreifen zwischen den Verzweigungen Blegi und Rotkreuz wird ermöglichen, den Verkehr der zwei Autobahnen A4 (von und nach Zürich) und A4a (Richtung Zug / Baar) auf dieser gemeinsamen Teilstrecke mit der nötigen Qualität und Sicherheit zu führen. Darüber hinaus wird mit dem Ausbau im Kanton Zug eine auf die vorgesehene Siedlungsentwicklung dieser Region abgestimmte Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt.

2003 P 01.3684 Aktive Schutzmassnahmen gegen Brände in unterirdischen Verkehrsführungen (N 18.12.03, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Vgl. P 01.3680

2004 P 04.3249 Erhalt der Fahrtauglichkeit (N 8.10.04, Marty Kälin)

Das Begehren erfordert eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes. Es soll zusammen mit den Massnahmen von Via sicura, dem Handlungsprogramm des Bundes für mehr Sicherheit auf der Strasse, die eine Gesetzesänderung erfordern, voraussichtlich im Jahre 2007 in eine Vernehmlassung gegeben werden.

2004 P 04.3404 Verhinderung schwerer Unfälle mit Lastwagen im Strassenverkehr (N 8.10.04, Marty Kälin)

Das Begehren soll zusammen mit den Massnahmen von Via sicura, dem Handlungsprogramm des Bundes für mehr Sicherheit auf der Strasse, voraussichtlich im Jahre 2007 in eine Vernehmlassung gegeben werden.

2004 P 04.3315 Nationalstrassenzubringer Appenzellerland (S 8.10.04, Altherr)

Vgl. M 99.3456

2004 M 03.3587 Strengere Sanktionen gegen das Führen eines Motorfahrzeuges ohne den erforderlichen Führerausweis (N 19.3.04, Joder; S 9.12.04)

Vgl. P 04.3249

2004 P 04.3516 SVG. Kein Verzicht auf Rückgriffsrecht bei Grobfahrlässigkeit (N 17.12.04, Joder)

Vgl. P 04.3249

2004 P 04.3512 Stopp der Raserei (N 17.12.04, Teuscher)

Vgl. P 04.3249

2004 P 04.3472 Massnahmenkonzept gegen Raser (N 17.12.04, Hochreutener)

Vgl. P 04.3249

2004 P 04.3496 Nationalstrassenzubringer Glarnerland (S 9.12.04, Jenny)

Vgl. M 99.3456

Bundesamt für Umwelt

2000 P 00.3275 Revision der Technischen Verordnung über Abfälle (N 6.10.00, Theiler)

Das Postulat verlangt eine Anpassung der Standortkriterien für Deponien: Standorte, bei denen die undurchlässigen Gesteinsschichten wenig mächtig sind, sollen mit technischen Mitteln verbessert werden können. Eine entsprechende Anpassung der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) wurde erarbeitet und im August 2004 in die Anhörung gegeben. Die Anhörung ergab stark divergierende Anträge, was eine neuerliche Überarbeitung erforderlich machte. Neu wurden auch übergangsrechtliche Bestimmungen in die Verordnungsrevision einbezogen. In der zweiten, im Frühjahr 2005 durchgeführten Anhörung wurde verschiedentlich gefordert, auf die im Deponiebau schwierigen Verhältnisse besonders Rücksicht zu nehmen. Die definitive Vorlage wird Anfang 2007 bereit stehen.

2000 M 00.3184 Konzept betreffend lufthygienische Massnahmen des Bundes (N 23.6.00, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR 99.077; S 27.11.00)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament einen Bericht vorzulegen, wie er die Luftreinhalte-Ziele erreichen will und wie die Grenzwerte bei allen Luftschadstoffen eingehalten werden können. Ende 2005 wurde dazu ein technischer Grundlagenbericht veröffentlicht (Weiterentwicklung des Luftreinhalte-Konzepts, BUWAL, Schriftenreihe Umweltschutz Nr. 379).

Aufgrund der starken Feinstaubbelastung in den Wintermonaten der beiden letzten Jahre hat der Bundesrat am 16.6.2006 den Aktionsplan Feinstaub verabschiedet. Darin wurden Massnahmen für einen Teilbereich des Luftreinhaltekonzeptes, den besonders gefährlichen Dieseleruss und weitere Feinstaubemissionen, vorgezogen. Aus Kapazitätsgründen und wegen der Komplexität der Materie konnten die restlichen Teile des Konzeptes noch nicht abgeschlossen werden.

2001 P 01.3628 Forst- und Güterstrassen. Beteiligung des Bundes an Sanierungsarbeiten (N 14.12.01, Lustenberger)

Das Postulat beantragt zu prüfen, ob nicht nur die Erstellung und die Wiederherstellung von Forst- und Güterstrassen, sondern auch deren Sanierung unterstützt werden soll. Die Subventionierungspraxis von Erschliessungsanlagen im Wald wird im Rahmen der Teilrevision des Waldgesetzes geprüft.

2002 P 02.3125 Unabhängige Toxikologie-Forschung in der Schweiz (N 30.9.02, Graf) – vormals: EDI/BBW

Das Postulat verlangt vom Bundesrat in einem Bericht darzulegen, wie in Zukunft die unabhängige Lehre, Forschung und Information in den verschiedenen Bereichen der Toxikologie gewährleistet werden sollen. Speziell soll aufgezeigt werden, wie die Kapazitäten und der Nachwuchs gefördert werden können. Zudem ist aufzuzeigen, wie eine unabhängige Toxikologie in der Schweiz finanziert werden kann. In seiner Stellungnahme hat der Bundesrat die betroffenen Bundesstellen beauftragt, im Bericht auch die Bedürfnisse hinsichtlich Lehre, Forschung und Dienstleistungen im Bereich der Toxikologie darzulegen, die dem Bund zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben erwachsen.

Die mit der Erarbeitung des Berichts beauftragte interdepartementale Arbeitsgruppe hat die Arbeiten abgeschlossen. Der Bericht soll Anfang 2007 dem Bundesrat vorgelegt werden.

2003 M 02.3382 Haushaltneutrale Verbilligung von Gastreibstoffen zwecks Minderung des CO₂-Ausstosses (N 6.3.03, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR 01.3690; S 16.6.03; Abschreibung beantragt BBl 2006 4259)

Die Motion wird gemäss Botschaft zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes vom 3. Mai 2006 zur Abschreibung beantragt.

2003 P 03.3261 Terrassenlandschaften der Schweiz (N 3.10.03, Schmid Odilo)

Der Bundesrat beachtet bei seinen landschaftsrelevanten Tätigkeiten im Rahmen des geltenden Rechts und der vorhandenen finanziellen Mittel das Anliegen zur Erhaltung und Aufwertung von Terrassenlandschaften. Aus Gründen fehlender Ressourcen hat er jedoch bisher darauf verzichtet, mit den Kantonen gemeinsame Grundsätze und Wege für die Erhebung und Erhaltung von Terrassenlandschaften auszuarbeiten.

2004 P 03.3590 Reduktion von Einwirkungen von Düngerüberschüssen und Pflanzenschutzmitteln auf die Umwelt (S 9.3.04, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Im Bericht des Bundesrates vom 21. Mai 2003 über die Reduktion der Umweltrisiken von Düngern und Pflanzenschutzmitteln hat der Bundesrat die Umweltproblematik hinsichtlich der Verwendung von Düngern, speziell von regionalen Hofdüngerüberschüssen, und von Pflanzenschutzmitteln (PSM) ausführlich dargelegt. Gestützt auf diesen Bericht und auf die Feststellung, dass die umweltrelevanten Ziele bisher noch nicht erreicht worden sind, hat die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates (UREK-SR) ein weiteres Postulat eingereicht. Dieses fordert den Bundesrat auf, die Einwirkungen auf die Umwelt durch das Ausbringen von Hofdüngern, durch Ammoniakemissionen aus der intensiven Nutztierhaltung und durch die Anwendung von PSM zu beurteilen und zu prüfen, ob und welche zusätzlichen Massnahmen zum Schutz der Umwelt notwendig sind.

Die mit der Erarbeitung dieses Berichts beauftragte Arbeitsgruppe hat die neuesten Daten zur Abschätzung der Umwelteinwirkungen zusammengetragen und daraus mögliche Massnahmenvorschläge abgeleitet. Der Bericht soll dem Bundesrat bis Ende 2007 vorgelegt werden.

2004 M 02.3005 Waldgesetz. Kulturlandverlust durch wachsende Waldränder (N 18.3.04, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR 01.443; S 29.9.04)

Die Motion verlangt eine Anpassung des Waldgesetzes, damit das Einwachsen von Landwirtschaftsflächen zu Wald aufgehalten werden kann. Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Wald (Waldgesetz) und zur Volksinitiative «Rettet den Schweizer Wald» nimmt das Anliegen der Motion auf, indem einerseits die Möglichkeiten zur Festlegung von statischen Waldgrenzen erweitert werden und andererseits die Rodungsersatzpflicht abgeschwächt wird.

2004 P 04.3460 Klimaveränderungen und Wasserreserven (N 17.12.04, Rey) – vormals: BWG

Das Postulat verlangt einen Bericht über die möglichen Auswirkungen der Klimaveränderungen auf die Wasserreserven. Es soll dargelegt werden, welche Daten zu erheben sind, wie die Problematik weiterzuerfolgen ist, damit kritische Entwicklungen erkannt werden, und welche Massnahmen für die betroffenen Gebiete rechtzeitig zu treffen sind. Die für diesen Bericht notwendigen vorbereitenden Arbeiten sind u.a. im Rahmen des OcCC-Projektes «Auswirkungen der Klimaänderungen auf die Schweiz im Jahre 2050» durchgeführt worden und stehen kurz vor dem Abschluss. Es ist geplant, dem Bundesrat den Bericht im Verlaufe des Jahres 2007 vorzulegen.

Bundesamt für Raumentwicklung

1995 P 94.3514 Ermöglichung von Road Pricing in Städten (N 24.3.95, Vollmer) – vormals: UVEK/GS

Mittels Postulat vom 16. November 2004 (04.3619) hat die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates (KVF-N) den Bundesrat eingeladen, in einem Bericht darzulegen, unter welchen Bedingungen und in welcher Form die Einführung eines Road Pricing in der Schweiz sinnvoll wäre. Insbesondere soll der Bericht darüber Auskunft geben,

- ob die Einführung des Road Pricings eine Änderung der Bundesverfassung voraussetzt;
- für welche Strassen, zu welchen Zwecken, mit welchen Bemessungsgrundlagen ein Road Pricing allenfalls sinnvoll wäre und wie allenfalls Kompensationen bei anderen Verkehrsabgaben erfolgen könnten;
- unter welchen Bedingungen allenfalls ein Versuch mit Road Pricing sinnvoll und möglich wäre.

Die Forderungen des Postulats Vollmer (94.3514) betreffen in wesentlichen Teilen die gleichen Bereiche.

Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich im ersten Halbjahr 2007 verabschieden.

2004 P 04.3619 Einführung eines Road Pricing (N 17.3.05, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 03.471)

Vgl. P 94.3514

2000 P 99.3459 Vereinheitlichung des Baurechts (N 4.10.99, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie 98.439; S 8.3.00)

Die Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) hat die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) anlässlich ihrer Hauptversammlung vom 22. September 2005 verabschiedet und den Kantonen den Beitritt zur IVHB empfohlen. Das Beitrittsverfahren wurde mittlerweile eröffnet. Als erster Kanton ist Graubünden der IVHB beigetreten. In weiteren Kantonen sind die Vorarbeiten im Hinblick auf einen Beitritt im Gang. Um die Kantone gezielt zu unterstützen, soll im laufenden Jahr zudem eine Umsetzungshilfe erarbeitet werden. Die Voraussetzungen, um bezüglich der Begriffe und Messweisen als einem der zentralen Themen der vom Postulat angestrebten Vereinheitlichung des Baurechts eine Harmonisierung zu erreichen, sind damit gut. Ende 2006 wurde vom Verein «Normen für die Raumplanung» zudem der Schlussbericht des Instituts für Raumentwicklung der Hochschule Rapperswil über die Verfahren in der Nutzungsplanung verabschiedet. Auf dieser Grundlage soll geprüft werden, ob diese Thematik nach den Begriffen und Messweisen zu einem zweiten Modul der IVHB weiterentwickelt werden könnte. Die Arbeiten im Hinblick auf die Vereinheitlichung weiterer Bereiche des formellen Baurechts werden demnach – eng begleitet vom Bund – weitergeführt.

2003 P 02.3733 Freizeitverkehr. Bericht (S 11.3.03, Bieri)

Das Postulat verlangt einen Bericht, der:

- die Bedeutung des Freizeitverkehrs in der Verkehrspolitik und dem dazugehörigen Umfeld, insbesondere für den Tourismus aufzeigt;
- Massnahmen für eine nachhaltige Freizeitverkehrspolitik evaluiert;
- die Handlungsmöglichkeiten und den Handlungsbedarf des Bundes darlegt;
- Vorschläge ausarbeitet, um dem Freizeitverkehr innerhalb der Verkehrspolitik entsprechend seiner Bedeutung Gewicht zu verschaffen.

Auf Grund des Postulats werden zwecks Abklärung der Wirksamkeit verschiedene Pilot- und Demonstrationsprojekte im Bereich des Freizeitverkehrs unterstützt. Daneben werden derzeit verschiedene Grundlagenarbeiten ausgeführt. Der Schlussbericht, in dem insbesondere konkrete Handlungsansätze aufgezeigt werden sollen, wird voraussichtlich Ende 2007 vorliegen.

2004 M 04.3260 Alpenkonvention und Berggebiet (S 15.6.04, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR, 01.083; N 21.9.04)

Die Motion verlangt einen Bericht, der aufzeigt:

- inwiefern mit Blick auf die Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention das bestehende Landesrecht eine nachhaltige Entwicklung des Berggebietes sicherstellt und
- welche Massnahmen und Gesetzesänderungen, die sich nicht nur auf die neue Regionalpolitik beschränken, allfällig notwendig sind.

Bund, Kantone und Städte haben unter Federführung des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) im Herbst 2006 die Arbeiten am Raumkonzept Schweiz aufgenommen. Dieses soll Grundlage einer koordinierten Raumentwicklungspolitik bilden. In neun Regionen der Schweiz werden vom März bis November 2007 Foren durchgeführt, die es Organisationen und Vereinen sowie weiteren interessierten Kreisen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erlauben sollen, ihre Anliegen zur Raumentwicklung in der Schweiz einzubringen und sich aktiv an der Erarbeitung des Raumkonzepts Schweiz zu beteiligen. Die ersten Resultate dieser Foren werden auch in die Beantwortung der Motion einfließen. Dabei wird aber auch der vom Parlament im Herbst 2006 beschlossenen Neuen Regionalpolitik (NRP), dem Infrastrukturfonds, der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes sowie dem aktuellen Stand der Diskussionen zur Agrarpolitik 2011 Rechnung zu tragen sein. Die Antwort des Bundesrates auf die Motion wird voraussichtlich im Herbst 2007 vorliegen.

Anhang 1: Übersicht über alle im Verlauf des Berichtsjahres 2006 abgeschriebenen Motionen und Postulate

a) Mit dem Bericht über Motionen und Postulate 2005 abgeschrieben

Die Seitenzahlen beziehen sich auf den Bericht Motionen und Postulate des Vorjahres oder auf das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung des laufenden Jahres.

P 00.3696	Universitäten und Fachhochschulen. Konzentration der Zuständigkeit in einem Bundesamt (N 4.10.01, Riklin)	1
P 01.3464	Publikationen des Bundes. Einführung von ISBN (N 14.12.01, Gadiant)	1
P 03.3102	Öffentlichkeit von Gesetzestexten. Übernahme der für die Schweiz relevanten EU-Rechtserlasse in die schweizerische Rechtssammlung (N 20.6.03, Vollmer)	1
P 99.3505	Forschung und Ausbildung über gewaltfreie Konfliktbewältigung (N 22.12.99, Haering Binder)	3
P 01.3160	Föderalismusbericht. Erhaltung des Föderalismus bei den verschiedenen europapolitischen Optionen (S 21.6.01, Pfisterer Thomas)	3
P 03.3066	Schweizerische Neutralität. Bericht (S 18.6.03, Reimann)	4
P 03.3050	Schweizerische Neutralität. Bericht (N 16.12.03, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)	4
P 03.3328	Kohäsionsbeiträge der Schweiz an die erweiterte EU (N 16.12.03, Sozialdemokratische Fraktion)	4
P 02.3348	Uno-Agentur für erneuerbare Energien in Genf. Schweiz als Initiantin (N 9.3.04, [Wiederkehr]-Studer Heiner)	4
P 03.3584	Europapolitik der Schweiz. Leistungen der Schweiz (S 18.3.04, Aussenpolitische Kommission SR 03.2022)	5
P 04.3233	Israel. Stopp dem Mauerbau in besetzten Gebieten (N 8.10.04, Maury Pasquier)	5
P 01.3154	Gleichstellung. Wirkungsanalyse in allen Vorlagen (N 22.6.01, Leutenegger Oberholzer)	6
P 01.3461	Unterstützung kultureller Organisationen (N 16.4.02, Müller-Hemmi)	6
P 01.3092	Rettung des audiovisuellen Kulturgutes der Schweiz (N 16.4.02, Widmer)	6
P 00.3422	Bericht Prämienverbilligung für EU-Bürgerinnen und -Bürger (N 25.9.00, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.047)	6
P 00.3482	Kostenwahrheit bei der ärztlichen Abgabe von Heroin (N 16.4.02, Waber)	6
P 02.3175	Verstärkung der interkantonalen Spitalplanung (S 18.6.02, Geschäftsprüfungskommission SR)	7
P 02.3176	Vorbereitung des Überganges zur Leistungsplanung (S 18.6.02, Geschäftsprüfungskommission SR)	7
P 02.3233	Herkunftsbezeichnung für Fische (N 4.10.02, Zisyadis)	7
P 02.3248	Depression. Ursachenforschung und Informationskampagne (N 4.10.02, Dormann Rosmarie)	7
P 02.3251	Suizidprävention (N 4.10.02, Widmer)	8
M 00.3670	Krankenkassen. Transparenz und Kontrolle (N 30.9.02, Meyer Thérèse; S 10.3.03)	8
P 03.3237	Evaluation der Bundesbeiträge an die Krankenversicherung (N 18.6.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079)	8
P 03.3010	Bericht zu einer nationalen Strategie zur psychischen Gesundheit (N 20.6.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)	8
P 02.3642	Umsetzung komplexer Reformvorhaben im Gesundheitswesen (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079)	8
P 00.3178	Regelungslücken im medizinischen Datenschutz (N 13.6.00, Kommission für Rechtsfragen NR 99.093)	8
P 00.3007	Anlaufstelle für soziale Fragen (N 23.6.00, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 99.423)	8
P 02.3183	Verbesserung der Amtshilfe in der beruflichen Vorsorge (N 21.6.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.027)	9
P 02.3495	BVG im Vergleich zur AHV. Bericht (N 13.12.02, Leutenegger Oberholzer)	9
P 02.3640	Gleichbehandlung Teilliquidation und Freizügigkeit (S 28.11.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR 00.027)	9

P 03.3103	Ausübung der Berufstätigkeit für über 65-jährige. Grundlagen (N 20.6.03, Liberale Fraktion)	9
P 03.3522	Wachstumswirkungen des institutionellen Zwangssparens (N 19.12.03, Strahm)	9
P 05.3176	Weiterbeschäftigung von behinderten Personen (S 14.6.05, Ory)	9
P 99.3502	Förderung der Musikausbildung (S 21.12.99, Danioth)	10
P 01.3549	Schuleintritt im 6. Altersjahr (N 18.3.02, Gutzwiller)	10
P 01.3734	Gesamtschweizerische Bildungsstrategie (N 22.3.02, Zbinden)	10
P 03.3183	Zuwendungen an Hochschulen (N 6.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089)	10
P 00.3004	Ratifizierung der Konvention über den strafrechtlichen Umweltschutz (N 23.3.00, Aussenpolitische Kommission NR 00.003)	11
P 00.3118	Lizenzgesetzgebung im Softwarebereich (N 23.6.00, Cina)	11
P 00.3187	Mitwirkung und Kündigungsschutz bei Standortverlegungen und -auflösungen (N 23.6.00, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 99.422)	11
P 00.3681	Anwendung des neuen Scheidungsrechtes (N 20.3.01, Jutzet)	11
P 00.3734	Online-Shopping. Konsumentenrechte (N 22.6.01, Vollmer)	11
P 02.3524	Internationale Vereinbarung gegen die Internet-Kinderpornografie (N 13.12.02, Christlichdemokratische Fraktion)	11
M 02.3479	ZGB. Änderung des Eheverbotes (N 13.12.02, Janiak; S 2.10.03)	12
P 03.3422	Überprüfung von allgemeinen Geschäftsbedingungen (N 2.10.03, Kommission für Rechtsfragen NR 02.461 [Minderheit Leuthard])	12
P 03.3489	Fernkommunikation durch Anwälte (S 9.12.03, Leumann)	12
P 04.3267	Private Sicherheitsfirmen (S 22.9.04, Stähelin)	12
M 04.3203	Fakultatives Staatsvertragsreferendum. Parallelismus von staatsvertraglicher und innerstaatlicher Rechtsetzung (N 8.10.04, Staatspolitische Kommission NR; S 15.6.05; N 6.10.05)	12
P 03.3131	Ausschaffung abgewiesener Asylsuchender (N 20.6.03, Bugnon)	12
P 02.3521	Einstellung von Entwicklungshilfe bei massivem Asylrechtsmissbrauch (N 24.9.03, Hess Bernhard)	13
P 02.3567	Abschluss von Rückführungsabkommen (N 24.9.03, Lalive d'Epinay)	13
P 03.3191	Rolle der NGO im Asyl- und Flüchtlingsbereich (S 2.10.03, Aussenpolitische Kommission SR)	14
P 04.3620	Personenfreizügigkeit. Verfolgung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt (N 13.12.04, Kommission NR 04.067)	14
P 03.3573	Massnahmen gegen Menschenhandel in der Schweiz (N 16.12.04, Kommission für Rechtsfragen NR)	14
P 03.3471	Swisstopo. Gebührenentlastung für gemeinnützige Organisationen (N 19.12.03, Genner)	16
P 05.3463	Keine Militärhilfe für «Rekrutenguide» (N 7.10.05, Grüne Fraktion)	16
P 02.3717	Verwendung freier Software in der Bundesverwaltung (S 17.3.03, Gentil)	17
P 01.3484	Aufsicht über die Vermögensverwalter (N 14.12.01, Walker Felix)	17
P 02.3000	Internationale Regulierung der Finanzmärkte (N 22.3.02, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 01.404 [Minderheit Gysin Remo])	17
P 03.3464	Veröffentlichung der Subventionen in der Staatsrechnung (N 19.12.03, [Imhof]-Imfeld)	18
P 03.3435	Weiteres Sanierungsprogramm (N 4.12.03, Spezialkommission des Nationalrates 03.047)	18
P 99.3571	Wechsel zum Beitragsprimat (N 21.12.99, Finanzkommission NR 99.023)	19
M 00.3179	Pensionskasse des Bundes (N 6.6.00, Staatspolitische Kommission NR 99.023; S 14.6.00)	19
P 01.3004	Steuerabzüge für gemeinnützige Arbeit (N 20.6.01, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 00.418)	20

P 03.3087	Mehrwertsteuer. Evaluation (N 20.6.03, Raggenbass)	20
P 00.3578	Expo.02. Volltransparenz über die Gesamtkosten für den Bund. Limitierungserklärung (N 27.9.01, Baumann J. Alexander; S 14.3.02)	22
P 03.3423	Bericht zur regionalen Erschöpfung im Patentrecht (N 3.10.03, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)	22
P 98.3063	Anhebung des schweizerischen Konsumentenschutzes auf das EWR/EU-Niveau (N 9.3.00, Vollmer)	22
P 00.3057	E-Commerce. Regulierungsbedarf (N 23.6.00, Durrer)	22
P 01.3362	Ursprungsbezeichnung von Konsumgütern (N 13.3.02, Grobet)	22
P 02.3629	Strukturwandel im Binnensektor. Bericht (N 13.12.02, Leutenegger Oberholzer)	22
P 02.3473	Früherkennung der Lage in der Volkswirtschaft (S 11.12.02, Geschäftsprüfungskommission SR)	22
P 03.3456	WTO-Verhandlungen. Ausnahmen im öffentlichen Dienstleistungsbereich und Subventionssystem (N 19.12.03, Aussenpolitische Kommission NR)	22
P 00.3605	Nachfrageorientierte Weiterbildung (N 23.3.01, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 99.304)	22
P 01.3208	Regelung der Freizügigkeit der Architektinnen und Architekten (N 22.6.01, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 00.445)	23
P 01.3765	Bildungsangebote an landwirtschaftlichen Schulen (N 22.3.02, Fässler)	23
P 02.3008	Massnahmen angesichts des Mangels an qualifiziertem Personal in den Einrichtungen zur Betreuung von Kindern (N 17.4.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.403)	23
P 02.3627	Fachhochschulen und Bologna-Modell. Bericht des Bundesrates (N 21.3.03, Strahm)	24
P 03.3100	Nutzen wir unsere Talente und Patente (N 20.6.03, Fässler)	24
M 02.3492	System Bologna an Fachhochschulen (N 21.3.03, Randegger; S 11.12.03)	24
P 03.3663	Freie Berufe. Bericht (N 19.3.04, Cina)	25
P 00.3218	Liberalisierung und Privatisierung bei Swisscom, Post und SBB (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016)	26
P 00.3045	Öffentlicher Dienst. Grundzüge für die Umsetzung (N 6.10.00, Robbiani)	26
P 00.3046	Strategie der vom Bund kontrollierten Betriebe (N 6.10.00, Robbiani)	26
M 00.3419	Liberalisierung mit landesweiter Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft (S 5.10.00, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 99.309; N 5.3.01)	26
P 01.3472	Ehemalige Regiebetriebe des Bundes und Randgebiete (N 14.12.01, Robbiani)	26
P 02.3765	Evaluation zur schrittweisen Öffnung des Postmarktes (N 21.3.03, Sozialdemokratische Fraktion)	26
P 00.3335	Revitalisierung der Eisenbahnlinie Belfort-Delsberg (N 6.10.00, Gross Andreas)	26
P 01.3709	Einzelwagenladungsverkehr (N 21.6.02, Hollenstein)	27
P 03.3581	Porta Alpina Surselva. Nachhaltigkeit (S 17.12.03, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 03.2026)	27
P 02.3044	Sicherheit der Schweizer Flughäfen. ILS-Ausstattung (N 21.6.02, Polla)	27
P 02.3557	Einheitliches Luftverkehrsleitsystem in Europa. Beteiligung der Schweiz (N 13.12.02, Widmer)	28
P 02.3471	Überprüfung der Zuständigkeit bei der Streckenkonzession (S 12.12.02, Geschäftsprüfungskommission SR)	28
P 01.3658	Kostenwahrheit in der Luftfahrt (N 2.6.03, Sozialdemokratische Fraktion)	29
P 03.3133	Fachgruppe Luftverkehr (N 20.6.03, Sozialdemokratische Fraktion)	29
P 99.3483	Interdisziplinäre alpine Forschung (S 8.12.99, Danioth)	29
M 99.3483	Interdisziplinäre alpine Forschung (S 8.12.99, [Danioth]-Inderkum; N 21.6.00)	29
P 02.3704	Zukunft der Elektrizitätsversorgung. Bericht (N 20.6.03, Sozialdemokratische Fraktion)	29
P 01.3360	Mehr Sicherheit und Lebensqualität für Fussgänger (N 5.10.01, Hubmann)	30

P 01.3766	Missachtung des Fussgängervortritts am Streifen. Aufnahme in Ordnungsbussenkatalog (N 22.3.02, Wiederkehr)	30
P 02.3760	Massnahmen gegen das Fahren in angetrunkenem Zustand (N 21.3.03, Simoneschi)	30
P 03.3130	Verbot von EURO-0-Lastwagen auf alpenquerenden Transitachsen (N 3.10.03, Pedrina)	30
P 03.3084	Verbot von Euro-0-Lastwagen auf alpenquerenden Transitachsen (N 17.3.05, [Mariétan]-Kohler)	30
P 02.3002	Massnahmen gegen Überschreitungen der Höchstgewichte im Schwerverkehr über die Alpen (N 18.12.03, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)	30
P 99.3389	Bisherige und geplante zukünftige Lärmschutzmassnahmen (N 22.12.99, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)	31
P 00.3572	Lärmsituation in der Schweiz (N 15.12.00, Leutenegger Oberholzer)	31
P 99.3649	Die Aaregletscher gehören zum Unesco-Welterbe (N 12.6.01, Teuscher)	31
P 01.3615	Klimaerwärmung. Schutz des Berggebietes (N 14.12.01, Sozialdemokratische Fraktion)	31
P 00.3682	Elektrosmog. Forschung (N 4.3.02, Wyss)	31
P 01.3642	Verwertung von Kunststoffabfällen (N 22.3.02, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)	31
P 01.3137	Lebensmittel. Deklaration (N 17.4.02, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)	AB N 1111
P 01.3775	Zulassung von zusätzlichem Einstreumaterial bei Schweinen (N 4.6.03, Scherer)	AB N 1111
P 01.3193	Erhaltung des hohen Gesundheitsstatus der Schweinepopulation (N 22.6.01, Leu)	AB N 1111

b) Mit Botschaften im Jahr 2006 abgeschrieben

Die Seitenzahlen beziehen sich auf das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung, das nach Räten getrennt ist. (N = Nationalrat, S = Ständerat). Handelt es sich um das Amtliche Bulletin des Vorjahres, ist dies besonders vermerkt. Die Angaben in der Klammen bezeichnen den zuständigen Rat. Bei Motionen sind beide Räte vermerkt.

P 04.3135	Prioritäten in der Verkehrserschliessung (S 15.6.04, Brändli)	S 237
P 01.3648	Diskriminierender Begriff «Invalidität» (N 13.12.01, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 01.015)	N 417
P 01.3134	Hypothetisches Invalideneinkommen bei der Bemessung der Invalidität (N 6.6.02, Widmer)	N 417
P 04.3088	Wiedereingliedern statt ausgrenzen und berenten! (N 18.6.04, Sozialdemokratische Fraktion)	N 417
M 04.3618	Zolltarifarisches Massnahmen. Jährliche Berichterstattung (N 9.3.05, Aussenpolitische Kommission NR; S 2.6.05)	N 258 / S 30
P 04.3098	Flexible Invalidenrente (S 2.6.04, Ory)	S 612
M 04.3091	Taggeld statt Rente (N 18.6.04, Sozialdemokratische Fraktion; S 15.12.04)	N 417 / S 612
M 04.3201	Frühzeitige Invaliditätsvorbeugung (S 2.6.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 3.3.05)	N 417 / S 612
P 99.3300	Abschaffung der steuerlichen Doppelbelastung bei Familienunternehmen (N 24.3.00, Imhof)	N 858
P 99.3455	Wirkungsvollere Ausgestaltung der steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven (N 24.3.00, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)	N 858
M 99.3472	Ausweitung der Bestimmungen über Risikokapital auf die Kantone (N 21.12.99, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 97.400; S 22.6.00)	N 858 / S 125
P 00.3155	Aktiengesellschaften und Aktionäre. Abschaffung der Doppelbesteuerung der Erträge (N 13.12.00, Zuppiger)	N 858
P 01.3556	Generationenwechsel in einem Unternehmen. Steueraufschub (N 14.12.01, Bader Elvira)	N 858
P 01.3557	Besteuerung der Kapitalgewinne bei Betriebsaufgabe (N 22.3.02, Eberhard)	N 858
M 01.3214	Beseitigung von fiskalischen Ungerechtigkeiten für KMU (N 26.9.01, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 01.021; S 5.6.02)	N 858 / S 125
M 02.3638	Rasche Vorlage einer Botschaft zur Unternehmenssteuerreform II (N 2.12.02, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 01.021; S 17.3.03)	N 858 / S 125
P 02.3696	Eigenmietwert bei Hofaufgabe (N 21.3.03, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)	N 858 / S 125
P 03.3112	Fortbestand der Familienbetriebe (N 3.10.03, Fattebert)	N 858
P 03.3445	Steuererleichterung für Personengesellschaften (N 19.12.03, Eggly)	N 858
P 01.3371	CO ₂ -Gesetz. Entscheidungsbasis (N 5.10.01, Leutenegger Hajo)	N 1069
P 00.3064	Opferhilfegesetz (N 14.6.00, Leuthard)	N 1105
P 01.3729	Verjährung von Ansprüchen gemäss Opferhilfegesetz (N 22.3.02, Jossen)	N 1105
P 00.3603	Waffengesetz. Änderung (S 13.12.00, Sicherheitspolitische Kommission SR 00.307)	S 377
P 01.3017	Neue strategische Ausrichtung der Regionalpolitik (S 19.6.01, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)	S 508
P 02.3171	Begleitmassnahmen für Bergbahnen (S 12.6.02, Epiney)	S 508
P 04.3574	Bilanz der aktuellen Regionalpolitik als Grundlage der NRP (S 16.12.04, Berset)	S 508
P 00.3656	Regionalpolitik überdenken (N 23.3.01, Robbiani)	N 1393
P 01.3003	Regionalpolitik. Behebung der bestehenden Mängel und bessere Koordination der verschiedenen Instrumente (N 7.3.01, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 00.075)	N 1393

P 02.3753	Beschleunigung der Regionalpolitik (N 21.3.03, Robbiani)	N 1393
P 03.3015	Neue Regionalpolitik. Finanzierung (N 3.10.03, Gadiet)	N 1393
P 03.3140	Zukunft der Bergregionen (N 20.6.03, Chevrier)	N 1393
M 03.3059	Elektrizitätsmarkt. Sichere Versorgung (S 16.6.03, Schweiger; N 18.3.04)	2005: N 1098 / S 907
M 03.3393	Eigeninitiative der Bevölkerung im ländlichen Raum (N 3.10.03, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; S 25.9.03)	N 205 / S 815
M 03.3343	Verbesserte Nutzung bestehender Wohngebäude im ländlichen Raum (S 25.9.03, Lauri; N 3.10.03)	N 205 / S 815
M 02.3218	Erleichterung des Agglomerationsverkehrs. Mitwirkung des Bundes (N 4.10.02, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 11.3.03)	S 237 / N 1419
P 00.3369	Direkte Bundessteuer. Milderung der Progression (N 13.12.00, Raggenbass; S 8.6.01)	N 1547 / S 492
M 04.3380	Familienbesteuerung (N 15.6.05, Christlichdemokratische Fraktion; S 28.9.05)	N 1547 / S 492
M 03.3012	Berücksichtigung der Senken im Kyoto-Protokoll (N 18.3.04, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR 02.059; S 29.9.04)	N 1069 / S V
P 04.3316	Schliessung der CO2-Ziellücke (S 29.9.04, Stähelin)	S V
P 03.3233	Rasche Anerkennung des Trusts für den Finanzplatz Schweiz notwendig (N 19.12.03, [Suter]-Pelli)	N V
P 01.3596	Biologische Ressourcen des Südens. Recht auf Partizipation (N 14.12.01, Sommaruga)	N V
P 03.3043	Öffentliche Gelder an Pferdehalter (S 18.6.03, Jenny)	S V
P 03.3179	Volksabstimmungen. Information durch die Bundesbehörden (N 23.9.03, Staatspolitische Kommission NR; S 29.9.05)	S 308 / N V

Anhang 2: Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2006 noch hängigen Motionen und Postulate

Bundeskanzlei

2000 P 00.3194	E-Switzerland. Staat als Modellanwender (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016)
2000 P 00.3208	E-Switzerland (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016)
2000 M 00.3190	Nutzung der Informationstechnologie für die direkte Demokratie (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016; S 3.10.00)
2000 M 00.3208	E-Switzerland (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016; S 3.10.00), Punkt 1
2000 P 00.3298	E-Switzerland. Gesetzesänderungen, Zeitplan und Mittel (N 6.10.00, Freisinnig-demokratische Fraktion)
2000 P 00.3208	E-Switzerland (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016; S 3.10.00)
2000 P 00.3347	E-Switzerland. Gesetzesänderungen, Zeitplan und Mittel (S 18.9.00, Leumann)
2000 P 00.3595	Administrative Entlastung von Unternehmen bei den bundesrechtlichen Verfahren (S 14.12.00, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR), Punkte 1, 2, und 5
2004 P 04.3159	Anglizismen. Bundesrat als «Federal Executive Committee»? (N 18.6.04, Berberat)
2004 P 04.3462	Deutsche Rechtschreibreform. Konsensfindung (N 17.12.04, Riklin)
2005 M 03.3311	Effizienzpaket (N 27.9.04, Christlichdemokratische Fraktion; S 7.3.05)
2005 M 04.3755	Externe Studien. Zentrale Sammlung und Veröffentlichung (N 18.3.05, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; S 29.9.05)
2005 M 04.3803	Reform der Verwaltungsstrukturen des Bundes (N 17.6.05, Häberli-Koller; S 29.9.05)
2006 M 04.3702	Reform der Verwaltungsstrukturen des Bundes (S 9.6.05, Stähelin; N 9.5.06)
2006 M 05.3815	Entrümpelung des Bundesrechtes (S 23.3.06, Stähelin; N 19.12.06)
2006 P 06.3612	Lesefreundliche Abstimmungsbotschaften (N 20.12.06, Kiener-Nellen)

Departement für auswärtige Angelegenheiten

2000 P 98.3396	Zusatzprotokoll von 1952 zur EMRK. Ratifikation (N 18.12.98, Baumberger; S 9.3.00)
2000 P 00.3414	Regelmässige Berichterstattung über die Menschenrechtspolitik der Schweiz (N 3.10.00, Aussenpolitische Kommission NR)
2000 P 00.3527	Fakultativprotokoll zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Unterzeichnung und Ratifizierung durch die Schweiz (N 15.12.00, Maury Pasquier)
2002 M 00.3277	Gleichbehandlung belgischer und schweizerischer Rentner (N 6.3.02, Neirynek; S 4.10.01)
2002 M 01.3334	Gleichbehandlung belgischer und schweizerischer Rentner (S 4.10.01, Paupe; N 6.3.02)
2002 P 01.3306	Neue bilaterale Verhandlungen mit der EU. Paralleluntersuchungen über die Auswirkungen eines allfälligen EU-Beitrittes (N 6.3.02, Aussenpolitische Kommission NR)
2002 P 02.3394	Eidgenössische Kommission für Menschenrechte (S 3.10.02, Aussenpolitische Kommission SR 01.463)
2002 P 02.3625	Globale öffentliche Güter. Bericht (N 13.12.02, Gadiant)
2002 P 02.3591	Konditionalität (N 13.12.02, Leuthard)
2003 P 02.3730	Beitritt der Schweiz zur EU. Bericht (N 21.3.03, Rennwald)
2003 P 03.3178	Friedensförderung und Konfliktbearbeitung (S 30.9.03, Sicherheitspolitische Kommission SR 02.076)
2004 P 02.3529	Entwicklungszusammenarbeit mit indigenen Völkern in Tropenwaldgebieten (N 9.3.04, Eggly)
2004 P 02.3093	Mitgliedschaft in der Uno-Menschenrechtskommission (N 21.6.02, Gysin Remo; S 18.3.04)
2004 M 02.3786	Unverzögliche Ratifikation der Internationalen Seerechtskonvention (N 9.3.04, Wyss; S 15.12.04)
2004 P 04.3424	Kohäsionsfonds im Rahmen der Bilateralen II (N 17.12.04, Walker Felix)
2004 P 04.3571	Die Fünfte Schweiz als Verbindung zur Welt (S 15.12.04, Lombardi)
2004 P 04.3621	Bilaterale Abkommen mit der EU. Evaluation (N 9.12.04, Aussenpolitische Kommission NR 04.063)
2005 M 04.3796	Aufnahme international gültiger Regeln für private Militärunternehmen und Sicherheitsfirmen (N 17.6.05, Wyss; S 15.12.05)
2005 M 05.3017	Transparenz im internationalen Entwicklungshilfe-Rating (N 17.6.05, Freisinnig-demokratische Fraktion; S 15.12.05)
2005 P 05.3657	Waffenhandelsvertrag (S 15.12.05, Gentil)
2005 P 05.3564	Rahmenvertrag zwischen der Schweiz und der EU (S 15.12.05, Stähelin)
2006 P 05.3747	Kinder als Zielgruppe der schweizerischen Entwicklungspolitik (N 24.3.06, Gadiant)
2006 P 06.3006	Schweizerische Kohäsionszahlungen nicht zulasten der öffentlichen Entwicklungshilfe (N 13.3.06, Aussenpolitische Kommission NR 04.021)
2006 P 05.3711	Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz. Verbesserung von Effizienz und Effektivität (S 20.3.06, Aussenpolitische Kommission SR)
2006 M 05.3808	Disparitätenzahlungen (N 13.3.06, Leuthard; S 9.6.06)
2006 M 05.3900	Schweizer Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria (S 20.3.06, Amgwerd; N 14.6.06)

Departement des Innern

Generalsekretariat

Keine.

Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

2005 P 05.3694 Ursachen von Gewalt untersuchen und Massnahmen dagegen ergreifen (N 16.12.05, Stump)

Bundesamt für Kultur

2000 P 99.3507 Musikförderung durch den Bund (N 24.3.00, Gysin Remo)
2000 P 00.3094 Internationale Messe für Buch und Presse in Genf. Unterstützung durch den Bund (N 23.6.00, Neirynek)
2000 M 00.3193 Massnahmen zur eidgenössischen Verständigung (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016, S 3.10.00; Abschreibung beantragt BBI 2006 8977)
2000 P 00.3466 Funktionaler Analphabetismus. Bericht (N 15.12.00, Widmer)
2001 M 00.3034 Unterstützung der mehrsprachigen Kantone (N 13.6.00, Jutzet, S 20.3.01; Abschreibung beantragt BBI 2006 8977)
2001 P 01.3385 Buchpreisbindung (N 5.10.01, Widmer)
2001 P 01.3482 Jugend und Musik (N 14.12.01, Meier-Schatz)
2001 P 01.3431 Bundesunterstützung der Genfer Buchmesse (N 14.12.01, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2002 P 00.3321 Reform der Pro Helvetia (N 18.3.02, Zbinden)
2002 P 00.3497 Einheitliche Bücherpreise (N 18.3.02, Zisyadis)
2002 P 02.3276 Sicherung der Existenz und des Auftrages des Schweizerischen Alpinen Museums (S 19.9.02, Maissen)
2003 P 03.3426 Beseitigung der Diskriminierungen von Fahrenden in der Schweiz (N 3.10.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2003 P 02.3068 Schweizerisches Landesmuseum. Leistungsauftrag an das Verkehrshaus der Schweiz (N 5.6.03, Widmer; S 16.12.03)
2004 P 04.3343 Kulturförderungsgesetz (S 21.9.04, Bieri)
2005 P 04.3643 Buch- und Verlagsförderung (N 18.3.05, Müller-Hemmi)

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie

2006 M 05.3692 Einheitliches meteorologisches Warnsystem (N 16.12.05, Wyss; S 25.9.06)

Schweizerisches Bundesarchiv

Keine.

Bundesamt für Gesundheit

1998 P 98.3025 Kommission zur Untersuchung schwerer medizinischer Zwischenfälle (N 9.10.98, Günter)
2000 M 98.3543 Schaffung eines Bundesgesetzes betreffend medizinische Forschung am Menschen (S 16.3.99, Plattner; N 21.3.00)
2000 P 00.3342 Finanzierung der Palliativbehandlung (N 6.10.00, Rossini) – vormals BSV
2000 P 99.3621 Cannabisanbau (N 30.11.00, Simoneschi)
2000 P 00.3435 Verbot der Tabakwerbung (N 15.12.00, Tillmanns)
2001 M 00.3615 Titelschutz für Psychologieberufe (N 26.11.01, Triponez; S 19.3.01)
2001 M 00.3646 Titelschutz für Psychologieberufe (S 19.3.01, Wicki; N 26.11.01)
2001 P 01.3604 Einführung einer monistischen Spitalfinanzierung. Bericht (N 14.12.01, Zäch; Abschreibung beantragt BBI 2004 5551) – vormals BSV
2002 P 00.3565 Nichtionisierende Strahlen. Grenzwerte (N 16.4.02, Sommaruga)
2002 P 01.3397 Wirkung der Politik auf die Volksgesundheit (N 17.4.02, Rossini)
2002 P 00.3368 Selbstständigerwerbende. Freiwillige Versicherung ausserhalb der Suva (N 6.6.02, Borer) – vormals BSV
2002 P 00.3544 Unfallversicherung. Aufhebung des Monopols der Suva (N 6.6.02, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei) – vormals BSV
2002 P 02.3177 Prüfung der Wirkungen von TarMed (S 18.6.02, Geschäftsprüfungskommission SR) – vormals BSV
2002 P 00.3536 Patientenfonds (N 30.9.02, Gross Jost) – vormals BSV

2002 P 01.3049	Spitzenmedizin. Abbau von Überkapazitäten durch Lizenzen (N 30.9.02, Zäch; Abschreibung beantragt BBl 2004 5551) – vormals BSV
2002 P 02.3135	Förderung der Ernährungsinformation, -erziehung und -ausbildung (N 30.9.02, Gutzwiller)
2002 P 02.3379	Schutz vor dem Passivrauchen (N 25.9.02, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 02.020)
2002 P 02.3446	Ärztestopp. Wissenschaftliche Begleitung des Experiments (N 13.12.02, Freisinnig-demokratische Fraktion; Abschreibung beantragt BBl 2004 4293) – vormals BSV
2002 P 02.3383	Besondere Nachbetreuung von Wöchnerinnen (N 13.12.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.2009 [Minderheit Goll]) – vormals BSV
2003 P 02.3674	Monistische Finanzierung der Krankenversicherung. Bericht (N 21.3.03, Zisyadis; Abschreibung beantragt BBl 2004 5551) – vormals BSV
2003 P 02.3750	Modelle für die Spitalplanung (N 21.3.03, Rossini; Abschreibung beantragt BBl 2004 5551) – vormals BSV
2003 P 02.3626	Transparenz und Kohärenz zwischen den verschiedenen Leistungen der Sozialversicherungen und dem KVG (N 20.6.03, Loepfe; Abschreibung beantragt BBl 2005 2033) – vormals BSV
2003 P 03.3042	Bildung von Versorgungsregionen für die stationäre Behandlung gemäss KVG. Prüfung durch den Bundesrat (N 20.6.03, Wirz-von Planta; Abschreibung beantragt BBl 2004 5551) – vormals BSV
2003 P 03.3046	Kosten sparen durch Harmonisierung von Unfall- und Krankenversicherung (N 20.6.03, Zäch) – vormals BSV
2003 P 03.3236	Prospektivstudie zur medizinischen Demographie (N 18.6.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079) – vormals BSV
2003 M 03.3007	Forschung am Menschen. Verfassungsgrundlage (S 12.3.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR 02.083; N 18.9.03)
2003 P 03.3302	Zöliakie. Behebung der Deckungsmängel (N 3.10.03, Robbiani) – vormals BSV
2003 P 02.3087	Kleinere Medikamentenpackungen (N 8.12.03, Joder) – vormals BSV
2003 P 02.3643	Risikoausgleich. Hochkostenpool (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079) – vormals BSV
2003 P 02.3644	Bericht zur Vertragsfreiheit (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079; Abschreibung beantragt BBl 2004 4293) – vormals BSV
2003 P 02.3645	Bericht zu einem dual-fixen Modell (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079; Abschreibung beantragt BBl 2005 2033) – vormals BSV
2003 P 03.3424	Übernahme der angeborenen Krankheiten durch die Invalidenversicherung (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.307) – vormals BSV
2003 P 03.3425	Kostenbeteiligung bei Geburtsgebrechen und schweren oder chronischen Erkrankungen (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.307 [Minderheit Gross Jost]) – vormals BSV
2003 P 03.3520	Unfallversicherungsgesetz. Änderung (N 19.12.03, Bortoluzzi) – vormals BSV
2004 M 02.3170	Planung der Spitzenmedizin (S 19.9.02, Frick; N 1.3.04; Abschreibung beantragt BBl 2004 5551)
2004 M 03.3239	Straffung der Beschwerdeverfahren zum KVG (S 17.6.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 10.3.04) – vormals EJPD/BJ
2004 P 04.3000	KVG. Lücken und Unstimmigkeiten bei Taggeldern (N 17.3.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 03.301)
2004 P 02.3122	Überprüfung des Leistungskatalogs (S 19.9.02, Stähelin; N 1.3.04)
2004 M 03.3597	Neuordnung der Pflegefinanzierung (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079, S 3.6.04; Abschreibung beantragt BBl 2005 2033)
2004 P 02.3641	Allein stehende Personen in Artikel 104 KVV (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.079; S 3.6.04)
2004 P 02.3378	Unabhängige Stelle für Lebensmittelsicherheit (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 01.452; S 3.6.04)
2004 P 04.3205	Doppelspurigkeiten und Militärversicherung (N 18.6.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR) – vormals BAMV
2004 P 04.3436	Umsetzung der Integration der Militärversicherung in die Suva (S 21.9.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR 04.025) – vormals BAMV
2004 P 04.3440	Varianten zum Risikoausgleich (N 6.10.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 04.031)

2004 P 04.3509	Prämien der Nichtbetriebsunfallversicherung (N 17.12.04, Rime)
2005 P 04.3594	Risikopotenzial von drahtlosen Netzwerken (N 18.3.05, Allemann)
2005 P 04.3540	Versichertenkarte. Effiziente Umsetzung (N 18.3.05, Stahl)
2005 M 04.3611	Sistierung der Versicherungspflicht während der Rekrutenschule (N 18.3.05, Berberat; S 14.6.05)
2005 P 05.3161	Transparenz und Koordination bei Prävention und Gesundheitsförderung (N 17.6.05, Humbel Näf)
2005 P 05.3230	Einsatz von Bundesmitteln in der Gesundheitsprävention (S 14.6.05, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2005 M 04.3614	Invalidenleistungen der Unfallversicherung. Koordination (N 3.3.05, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 03.3601; S 20.9.05)
2005 M 05.3009	Regelmässige Überprüfung der Medikamentenpreise nach Patentablauf (N 17.6.05, Christlichdemokratische Fraktion; S 12.12.05)
2005 M 05.3136	Mehr Transparenz bei klinischen Studien (N 17.6.05, Hubmann; S 12.12.05)
2005 M 04.3439	Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (N 16.6.05, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 04.423; S 13.12.05)
2005 P 05.3625	Für eine bessere Information der Krankenversicherten (N 16.12.05, Robbiani)
2005 P 05.3650	Organisation der Suva. Anpassung an die Grundsätze der Good Governance (N 16.12.05, Recordon)
2005 P 05.3678	KVG. Rückerstattung der Generikapreise (N 16.12.05, Darbellay)
2005 P 05.3708	Prämienvorbereitung in der Krankenversicherung. Monitoring (N 16.12.05, Rossini)
2006 M 05.3119	Kaufkraft und Preise 5. Tiefere Medikamentenpreise (S 14.6.05, Sommaruga Simonetta; N 14.3.06)
2006 M 04.3624	Qualitätssicherung und Patientensicherheit im Gesundheitswesen (N 3.3.05, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 04.433, S 14.6.05; N 14.3.06)
2006 P 05.3693	Voraussetzungen für den optimalen Einsatz von Telemedizin schaffen (N 24.3.06, Stump)
2006 P 05.3878	Gesundheitsversorgung. Positive Anreize zur Förderung der Patientensicherheit und der Qualitätssicherung (N 24.3.06, Heim Bea)
2006 M 05.3436	Nationale Strategie zur Förderung der Gesundheit und Stärkung der Autonomie im Alter (N 7.10.05, Heim Bea; S 15.6.06)
2006 M 05.3392	Unfallversicherung. Finanzierung der Teuerungszulagen (N 7.10.05, Hochreutener; S 15.6.06)
2006 P 06.3063	Unbequeme Fragen an unser Gesundheitssystem (S 15.6.06, Sommaruga Simonetta)
2006 M 05.3591	Leistungen bei Mutterschaft (N 24.3.06, Gutzwiller; S 20.9.06)
2006 P 06.3222	Verschärfte Sanktionen bei Alkoholverkauf an Jugendliche (N 6.10.06, Marty Kälin)
2006 P 06.3380	Information über die Zusammensetzung von Medikamenten (N 6.10.06, Robbiani)
2006 P 06.3414	Zulassungspraxis von Swissmedic (N 6.10.06, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2006 P 06.3438	Zu teure Krebsmedikation (S 5.12.06, David)

Bundesamt für Statistik

2000 P 98.3286	Morbidität bei Krebs. Epidemiologische Daten (N 21.3.00, Cavalli)
2000 P 97.3393	Behindertenstatistik (N 4.3.99, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR (95.418); S 15.3.00)
2000 P 00.3546	Studie über Invalidität und Mortalität in der Berufswelt (N 15.12.00, Teuscher)
2002 P 01.3733	Statistik über familienergänzende Betreuungsverhältnisse (N 22.3.02, Fehr Jacqueline)
2002 P 01.3788	Legislatur. «Sozialbericht» (N 22.3.02, Rossini)
2002 P 02.3491	Schaffung eines Barometers über die Ungleichheit und Armut (N 13.12.02, Rennwald) – vormals EVD/SECO
2003 P 03.3534	Lohnleichheitsbericht (N 19.12.03, Teuscher)
2006 P 06.3037	Gleichstellung. Lohnstrukturerhebung (N 23.6.06, Fehr Hans-Jürg)
2006 P 05.3809	Volkszählung 2010. Planung von flankierenden Massnahmen (N 23.6.06, Widmer)

Bundesamt für Sozialversicherung

2000 P 97.3068	Wohneigentumsförderung für Invalide (N 4.3.99, Borel; S 15.3.00)
2000 P 98.3076	Pensionskassen. Kontrolle der Aktiven (N 21.3.00, [Hochreutener]-Widrig)
2000 P 00.3200	Zukunftsmodelle für die soziale Sicherheit (S 16.6.00, Spezialkommission SR 00.016)
2000 P 00.3291	Rentenalter für Schwerstarbeiterinnen und Schwerstarbeiter (N 6.10.00, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; Abschreibung beantragt BBI 2006 1957)
2001 P 01.3172	Ergänzungsleistungen. Evaluation (N 22.6.01, Rossini)
2001 P 00.3400	Bessere politische Beteiligung von Jugendlichen (N 26.11.01, Wyss) – vormals BAK
2001 P 01.3450	Familienausgleichskassen und Familienzulagen. Bericht (N 14.12.01, Meier-Schatz)
2002 P 00.3743	Gesamtschau für die Sozialwerke (N 17.4.02, Baumann J. Alexander)
2002 P 00.3499	Flexible Pensionierung für den Mittelstand (N 17.4.02, Wandfluh; Abschreibung beantragt BBI 2006 1957)
2002 P 02.3006	BVG. Regelungsbedarf bei Invaliditätsleistungen (N 16.4.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.027)
2002 P 00.3231	Stärkung der Familien mit Kindern (N 17.4.02, Spezialkommission NR 00.016 [Minderheit Leutenegger Oberholzer])
2002 P 02.3160	Umwandlungssatz. Spezielle Statistik zur Berechnung (N 21.6.02, Egerszegi-Obrist; Abschreibung beantragt BBI 2006 9477)
2002 P 02.3208	BVG. Förderung von Arbeitsplätzen von über 55-Jährigen (N 21.6.02, Polla)
2002 P 02.3172	Mehrbedarf der Sozialversicherungen. Aktualisierte Gesamtschau (S 18.6.02, Beerli)
2002 P 00.3469	Rahmengesetz für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik (N 26.11.01, Janiak; S 18.6.02) – vormals BAK
2002 P 01.3350	Antragsrecht für die eidgenössische Jugendsession (N 30.9.02, Wyss) – vormals BAK
2002 P 02.3405	Oberaufsicht des Bundes über die berufliche Vorsorge (N 3.10.02, Hess Walter)
2002 P 02.3420	BVG. Überprüfung der Anlagevorschriften (N 3.10.02, Sozialdemokratische Fraktion)
2002 P 02.3429	Kontrolle und Transparenz bei der zweiten Säule schaffen (N 3.10.02, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2002 P 02.3457	Verselbstständigte Sammelstiftungen als Vermögensträger (N 3.10.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2002 M 02.3007	Sammelstiftungen. Neue Regelung (N 16.4.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.027; S 28.11.02)
2002 P 02.3453	Integrale Aufsicht über die beruflichen Vorsorgeeinrichtungen (N 3.10.02, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 28.11.02) – vormals EFD/EFV
2003 M 02.3401	Sicherheit und Vertrauen bezüglich der zweiten Säule der Altersvorsorge (N 3.10.02, Freisinnig-demokratische Fraktion; S 4.6.03)
2003 M 02.3418	Versicherungsaufsicht (N 3.10.02, Sozialdemokratische Fraktion; S 4.6.03)
2003 P 03.3269	Risikoprämie in der beruflichen Vorsorge (N 3.10.03, Robbiani)
2003 P 03.3298	Jugendgewalt (N 3.10.03, Leuthard) – vormals BAK
2003 P 02.3167	Aktualisierte Gesamtschau über den finanziellen Mehrbedarf der Sozialversicherungen im Hinblick auf den Mehrwertsteuerbeschluss für die AHV/IV (N 8.12.03, Freisinnig-demokratische Fraktion)
2003 P 03.3541	Alterspolitik. Strategie-Entwicklung (N 19.12.03, Leutenegger Oberholzer)
2003 P 03.3470	Flexibilisierung der AHV-Renten (N 19.12.03, Studer Heiner; Abschreibung beantragt BBI 2006 1957)
2003 P 03.3434	Indexierung der AHV-Renten (N 2.10.03, Spezialkommission NR 03.047; S 2.12.03)
2003 P 03.3430	Berufliche Vorsorge. Einheitliche Bundesaufsicht über sämtliche Einrichtungen (S 18.12.03, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR 03.035) – vormals EFD/BPV
2003 P 03.3009	Bericht zur Informationspflicht von Ergänzungsleistungs-Bezugsberechtigten (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.428)
2004 M 03.3314	Bürokratiebefreiung im Verkehr mit den Sozialversicherungen (N 3.10.03, Christlichdemokratische Fraktion; S 17.3.04)
2004 M 03.3578	Sanierungsmassnahmen bei öffentlichen Kassen (S 4.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR 03.060; N 1.3.04)

2004 P 03.3008	Information im Rahmen des ELG (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.428; S 2.6.04)
2004 P 04.3234	Flexibles Rentenalter (N 8.10.04, Meyer Thérèse; Abschreibung beantragt BBl 2006 1957)
2004 M 03.3438	Für einen verbesserten Schutz des Vertrauens in die berufliche Vorsorge (S 1.10.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR, N 6.12.04; Abschreibung beantragt BBl 2006 9477)
2005 M 04.3200	Bessere Versicherungsmöglichkeiten für die KMU in der beruflichen Vorsorge (S 2.6.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 3.3.05).
2005 M 03.3454	Für eine transparente Finanzierung der AHV (S 18.9.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR 00.014; N 3.3.05)
2005 P 03.3570	Langfristige Sicherung des AHV/IV-Fonds (S 4.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 3.3.05)
2005 P 05.3070	Weniger anforderungsreiche Tätigkeit und Anspruch auf IV-Rente (N 17.6.05, Robbiani)
2005 M 04.3623	Flexibilisierung des Rentenalters (N 3.3.05, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 03.467; S 20.9.05; N 29.11.05)
2005 M 05.3154	Mehr Wettbewerb bei der Beschaffung von IV-Hilfsmitteln (N 17.6.05, Müller Walter; S 6.12.05)
2005 M 05.3276	IV-Revision. Wettbewerb im Bereich der Hilfsmittel und Instrumente (N 7.10.05, Meier-Schatz; S 6.12.05)
2006 M 05.3468	Festlegung einer Gesamtstrategie für eine verstärkte Aufsicht des Bundes über den IV-Vollzug (S 6.12.05, Geschäftsprüfungskommission SR; N 22.3.06)
2006 P 05.3651	Ältere Arbeitnehmer stärken. Änderungen der Altersgutschriften im BVG (N 24.3.06, Christlichdemokratische Fraktion)
2006 P 06.3003	Harmonisierung Alimentenbevorschussung und Alimenteninkasso (N 7.6.06, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2006 M 06.3001	Gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut (N 24.3.06, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 13.12.06)

Staatssekretariat für Bildung und Forschung

2000 P 99.3528	Förderung der Musikausbildung (N 24.3.00, Bangerter) – vormals BBW
2000 P 99.3510	Schweizerische Amtssprache als zuerst gelehrte Fremdsprache (N 13.6.00, Zwygart; Abschreibung beantragt BBl 2006 8977) – vormals BBW
2000 P 00.3283	Studiengebühren an den Hochschulen (N 6.10.00, Zbinden) – vormals BBW
2001 P 00.3755	Evaluation der Forschungsanstalten im ETH-Bereich (N 23.3.01, Haering) – vormals GWF
2001 P 00.3697	Mangelnde Attraktivität der naturwissenschaftlichen Studien (N 22.6.01, Riklin) – vormals BBW
2001 P 01.3490	Autonome Hochschule Schweiz (N 14.12.01, Kofmel) – vormals GWF
2001 P 01.3532	Exzellente Forschung Schweiz (N 14.12.01, Randegger) – vormals GWF
2001 P 01.3534	Bericht über die Wirkung von Steuerungsmassnahmen im Bildungs- und Forschungsbereich (N 14.12.01, Fetz) – vormals GWF
2001 P 01.3546	Wissengesellschaft Schweiz (N 14.12.01, Freisinnig-demokratische Fraktion) – vormals GWF
2001 P 01.3568	Wissengesellschaft Schweiz (S 29.11.01, Langenberger) – vormals GWF
2002 P 00.3276	Verwaltungsräte für den ETH-Bereich (N 18.3.02, Neiryneck) – vormals GWF
2002 P 01.3456	Leistungsabhängige Stipendien (N 18.3.02, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei) – vormals BBW
2002 P 01.3731	Schulische Grundkompetenzen. Systematische Evaluation (N 22.3.02, Widmer) – vormals BBW
2002 P 02.3569	Eidgenössische Maturitätsprüfungen. Gebühren (N 13.12.02, Eggly) – vormals BBW
2003 P 03.3181	Transparenz der Wissenschafts- und Forschungsfinanzierung (N 6.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089) – vormals GWF
2003 P 03.3182	Einheitliche Umsetzung von Kooperationsprojekten (N 6.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089) – vormals BBW
2003 M 03.3004	Overhead (N 6.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089; S 19.6.03) – vormals GWF
2003 M 03.3184	Forschungsförderung. Forschungsnachwuchs und Qualitätssicherung (N 6.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089; S 19.6.03) – vormals GWF
2003 P 03.3185	Bildungs-, Forschungs- und Technologiestandort. «Neues Denken» (N 6.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089; S 19.6.03) – vormals GWF

- 2003 P 03.3282 Bericht über die Forschung im Bildungsbereich (N 3.10.03, Simoneschi-Cortesi) – vormals BBW
- 2003 P 03.3395 Gesamtstrategie für die schweizerischen Forschungsinstitutionen (N 3.10.03, Riklin) – vormals GWF
- 2003 P 03.3518 Hilfe für die Restrukturierung der Hochschulen (S 16.12.03, [Berger]-Leumann) – vormals GWF
- 2004 P 04.3024 Die ICT-Revolution und der Denk- und Werkplatz Schweiz (N 18.6.04, Widmer) – vormals BBW
- 2004 M 04.3484 Hochschulfinanzierung. Portfoliobereinigung unter teuren Fächern (N 17.12.04, Randegger; S 15.12.04) – vormals GWF
- 2004 M 04.3506 Hochschulfinanzierung. Portfoliobereinigung unter teuren Fächern (S 15.12.04, Bürgi; N 17.12.04) – vormals GWF
- 2004 P 04.3601 Hochschulfinanzierung (N 17.12.04, Riklin) – vormals GWF
- 2004 P 04.3502 Teilnahme der Schweiz an den Bildungsprogrammen der EU (N 17.12.04, Markwalder Bär) – vormals BBW
- 2004 P 04.3558 Stellung der Forscherinnen und Forscher in den Humanwissenschaften (N 17.12.04, Rossini) – vormals BBW
- 2005 P 04.3627 Impulsprogramm im Biotechnologiebereich. Nutzung des Wachstumspotenzials (N 18.3.05, Freisinnig-demokratische Fraktion)
- 2005 P 04.3658 Gleichgewicht von Lehre und Forschung (N 18.3.05, Widmer)
- 2005 P 04.3737 Aktionsplan «Nachhaltige Entwicklung an den Hochschulen» (S 16.3.05, Ory)
- 2005 P 05.3399 Leistungsüberprüfung im Bereich Bildung, Forschung und Technologie (N 7.10.05, Bruderer)
- 2005 M 04.3206 Finanzierung der ausländischen Studentinnen und Studenten an Hochschulen (N 16.6.05, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 03.437; S 6.12.05)
- 2005 M 05.3223 Reservebildung beim Nationalfonds (N 2.6.05, Spezialkommission NR 04.080; S 6.12.05)
- 2005 P 05.3508 Massnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Studiengängen Mathematik, Naturwissenschaften und Technik (S 6.12.05, Fetz)
- 2005 P 05.3595 Qualitätssicherung bei der Förderung der Universitäten (S 6.12.05, David)
- 2005 P 05.3596 Gesamtschau der notwendigen Bildungs-, Forschungs- und Innovationsmittel für 2007–2011 (S 6.12.05, Fetz)
- 2006 M 04.3105 Förderung der medizinischen Forschung (N 29.11.05, Dunant; S 13.3.06)
- 2006 M 05.3360 Ein Departement für Bildung, Forschung und Innovation (S 21.9.05, Bürgi; N 14.3.06)
- 2006 P 06.3050 Gründung einer «Stiftung Forschung Schweiz» (N 23.6.06, Freisinnig-demokratische Fraktion)
- 2006 P 06.3068 Interessenkonflikte in der Forschung. Einheitliche Richtlinien (N 23.6.06, Widmer)
- 2006 M 05.3378 Ein Departement für Bildung, Forschung und Innovation (N 14.3.06, Pfister Theophil; S 20.9.06)
- 2006 M 05.3379 Ein Departement für Bildung, Forschung und Innovation (N 14.3.06, Widmer; S 20.9.06)
- 2006 M 05.3380 Ein Departement für Bildung, Forschung und Innovation (N 14.3.06, Randegger; S 20.9.06)
- 2006 M 05.3381 Ein Departement für Bildung, Forschung und Innovation (N 14.3.06, Riklin; S 20.9.06)
- 2006 M 05.3777 Landwirtschaft. Risiken und Nutzen der Gentechnik (N 24.3.06, Sozialdemokratische Fraktion; S 25.9.06)
- 2006 M 05.3828 Forschungen über gesundheitliche Risiken transgener Pflanzen und Lebensmittel (N 24.3.06, Sozialdemokratische Fraktion; S 25.9.06)
- 2006 P 06.3263 Mikrotechnik und Nanotechnologie als strategisches Projekt von nationalem Interesse (N 6.10.06, Burkhalter)
- 2006 P 06.3321 Bericht über die Vereinbarkeit von Familie und Studium (N 6.10.06, Fehr Jacqueline)
- 2006 P 06.3342 Gesamtschweizerisches System zur Studienfinanzierung (N 6.10.06, Randegger)
- 2006 P 06.3304 Gesamtschweizerisches System zur Studienfinanzierung (S 20.9.06, Leumann)
- 2006 P 06.3278 Bildungsbericht (S 20.9.06, Schmid-Sutter Carlo)
- 2006 M 06.3408 Bildung und Forschung. Für eine echte Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen (N 5.10.06, Freisinnig-demokratische Fraktion; S 13.12.06)
- 2006 P 06.3497 Zukunft des Historischen Lexikons der Schweiz und Verbreitung von schweizergeschichtlichem Wissen in der Bevölkerung (S 5.12.06, Frick)

Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen

Keine.

Justiz- und Polizeidepartement

Generalsekretariat

Keine.

Eidgenössische Spielbankenkommission

Keine.

Bundesamt für Justiz

- 2000 P 00.3189 Staatsleitungsreform (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016; Abschreibung beantragt BBI 2002 2095)
- 2000 P 00.3270 Vorsorgliche Massnahmen zum Schutz des Gläubigers (N 6.10.00, Schwaab; Abschreibung beantragt BBI 2006 7221)
- 2000 P 00.3344 Berufsgeheimnis. Anpassung (N 6.10.00, Hollenstein)
- 2000 M 99.3656 Rechtliche Organisationsformen für freie Berufe (S 8.3.00, Cottier; N 7.12.00)
- 2001 P 00.3236 Wiederauszahlungsklausel für Inhaberoobligationen mit Grundpfandverschreibung (N 20.3.01, Jossen)
- 2001 P 00.3723 Zusatzprotokoll Nr. 12 zur EMRK (N 23.3.01, Nabholz) – vormals: EDA
- 2001 P 01.3163 Verbesserung der Situation der ledigen Mütter (N 22.6.01, Schmied Walter)
- 2001 P 01.3038 Justizreform. Entlastung der Gerichte von Bund und Kantonen (S 12.6.01, Kommission für Rechtsfragen SR 00.301)
- 2001 M 00.3513 Übergriffe auf Angestellte des öffentlichen Verkehrs. Ergänzung des Schweizerischen Strafgesetzbuches oder Spezialgesetzgebung (N 20.3.01, Jutzet, S 2.10.01; Abschreibung beantragt BBI 2005 2415)
- 2001 M 00.3714 Netzwerkkriminalität. Änderung der rechtlichen Bestimmungen (S 6.3.01, Pfisterer Thomas; N 20.9.01)
- 2001 P 01.3288 Völkermord. Überlebende als Privatkläger (N 5.10.01, Mugny; Abschreibung beantragt BBI 2006 1085)
- 2001 P 01.3220 Koordination der gerichtlichen Verfahren im Krankheits- und Invaliditätsfall (N 5.10.01, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 00.438; Abschreibung beantragt BBI 2006 7221)
- 2002 P 00.3674 Ratifizierung des Protokolls Nr. 12 der EMRK zur Verhinderung von Diskriminierungen (N 6.3.02, Teuscher)
- 2002 P 01.3660 Handlungsbedarf im Reiserecht (N 22.3.02, Sommaruga)
- 2002 P 01.3673 Nach der Swissair-Krise. Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs? (S 18.3.02, Lombardi)
- 2002 M 00.3169 Schluss mit unlauteren Gewinnversprechen (N 20.3.01, Sommaruga; S 4.6.02)
- 2002 M 01.3196 Internetkriminalität. Wirksamere Bekämpfung mit effizientem Verfahren (N 20.9.01, Aepli Wartmann; S 4.6.02) – vormals BAP
- 2002 P 01.3261 Mehr Schutz für Minderheitsaktionäre (N 11.3.02, Leutenegger Oberholzer; S 5.6.02)
- 2002 P 01.3329 Corporate governance in der Aktiengesellschaft (N 5.10.01, Walker Felix; S 5.6.02) Punkte 1–3
- 2002 P 02.3142 Keine Rache kündigungen gegen Frauen, die sich wehren (N 21.6.02, Hubmann)
- 2002 P 02.3086 Corporate Governance. Anlegerschutz (N 21.6.02, Walker Felix)
- 2002 P 02.3045 Rechtliche Analyse als Folge des Swissair-Debakels (S 5.6.02, Wicki)
- 2002 P 02.3149 Belastungsgrenze. Neue Begriffsdefinition (N 4.10.02, Chevrier; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)
- 2002 P 02.3239 Pflegekinderwesen in der Schweiz (N 4.10.02, Fehr Jacqueline)
- 2002 P 02.3489 Rechnungslegungsrecht und Revision (N 13.12.02, Leutenegger Oberholzer) Punkte 1–5 und 7–9
- 2002 P 02.3532 Bestimmungen über Architektur- und Bauleistungen im OR. Schutz der Auftraggebenden (N 13.12.02, Fässler)
- 2002 P 02.3474 Bündelung der verschiedenen Interessen im Sanierungsprozess (S 12.12.02, Geschäftsprüfungskommission SR)
- 2002 P 02.3475 Ausrichtung des SchKG auf das Sanierungsziel (S 12.12.02, Geschäftsprüfungskommission SR)
- 2003 M 02.3470 Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen zur Rechnungslegung und Unternehmenskontrolle (S 12.12.02, Geschäftsprüfungskommission SR; N 4.6.03)
- 2003 P 01.3523 Sterbehilfe. Gesetzeslücke schliessen statt Tötung erlauben (N 11.12.01, Zäch; S 17.6.03)
- 2003 M 02.3323 Bekämpfung der Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln (N 4.10.02, Hess Bernhard; S 2.10.03)

2003 M 02.3246	Insider-Strafnorm (N 4.10.02, Jossen; S 2.10.03)
2003 P 03.3344	Schutzmassnahmen für «Whistleblowers» (S 2.10.03, Marty Dick)
2003 M 01.3713	Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht. Änderung (S 18.3.02, Hess Hans, N 3.12.03; Abschreibung beantragt BBl 2006 6338)
2003 P 03.3266	StGB-Revision. Ahndung des Vandalismus (N 19.12.03, Eggly)
2003 P 03.3580	Strafbestimmungen bei Verletzung von Amtsgeheimnissen (S 9.12.03, Staatspolitische Kommission SR 03.013)
2004 M 02.3035	Teileinigung (Art. 112 ZGB). Verfahrensregelung (N 21.6.03, Janiak, S 3.3.04; Abschreibung beantragt BBl 2006 7221)
2004 M 03.3235	Kindeswohl und Haager Übereinkommen (N 3.10.03, Leuthard; S 3.3.04)
2004 M 03.3180	Sterbehilfe und Palliativmedizin (S 17.6.03, Kommission für Rechtsfragen SR; N 10.3.04)
2004 M 03.3239	Straffung der Beschwerdeverfahren zum KVG (S 17.6.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 10.3.04)
2004 P 02.3085	Angriffe auf uniformierte Soldaten sind Offizialdelikte (N 10.3.04, Schlüer)
2004 P 02.3194	Vorbehaltloser Kinderschutz (N 10.3.04, Teuscher)
2004 M 03.3305	Grundbuchbereinigung (S 2.10.03, Lauri; N 15.6.04)
2004 P 03.3233	Rasche Anerkennung des Trusts für den Finanzplatz Schweiz notwendig (N 19.12.03, [Suter]-Pelli); S 22.9.04)
2004 P 04.3367	Wirksamer Kinderschutz bei Kindesentführung durch einen Elternteil (N 17.12.04, Vermot-Mangold)
2005 M 04.3411	Bundesanwalt. Überprüfung der Aufsicht (N 8.10.04, Hofmann Urs; S 8.3.05)
2005 P 03.3214	Haager Übereinkommen über internationale Kindesentführungen. Schutz der Kinder (N 13.6.05, Vermot-Mangold)
2005 P 05.3069	Verschollenerklärung. Änderung des Verfahrens bei Naturkatastrophen (N 17.6.05, Nordmann)
2005 P 05.3138	Bericht über die Adoptionen (N 17.6.05, Hubmann)
2005 P 04.3250	Elterliche Sorge. Gleichberechtigung (N 28.9.05, Wehrli)
2005 P 05.3443	Bandenunwesen. Sensibilisierungskampagne und Anpassung des Strafrechtes (N 7.10.05, Chevrier)
2005 P 05.3477	Strafbarkeit von Zwangsheiraten und arrangierten Heiraten (N 28.9.05, Staatspolitische Kommission NR 02.024)
2006 M 05.3232	Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung (E 16.6.05, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 04.076; N 6.3.06) – vormals: UVEK/GS
2006 M 06.3004	Massnahmen gegen Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen (S 7.3.06, Kommission für Rechtsfragen SR 05.065; N 9.3.06) – vormals BAP
2006 P 05.3807	Betreibungsrecht und Aussenbeziehungen (N 24.3.06, Widmer)
2006 P 06.3026	Freier Internetzugriff auf Handelsregisterdaten (N 23.6.06, Imfeld)
2006 M 06.3049	Hundehalter in die Pflicht nehmen (N 23.6.06, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; S 28.9.06)
2006 P 06.3402	Erleichterung der erbrechtlichen Übertragung von Unternehmungen (S 28.9.06, Brändli)
2006 M 05.3713	Scheidungsrecht. Überprüfung der Regelung betreffend Vorsorgeausgleich und Kinderbelange (N 15.3.06, Kommission für Rechtsfragen NR (04.405); S 18.12.06)

Bundesamt für Polizei

2000 P 00.3206	Grossverbrechen. E-Kriminalität (N 8.6.00, Spezialkommission NR 00.016)
2001 M 00.3418	Waffenimitationen und «soft air guns». Bekämpfung des Missbrauches (N 6.10.00, Sicherheitspolitische Kommission NR 00.400, S 6.3.01; Abschreibung beantragt BBl 2006 2713)
2001 P 01.3271	Untersuchung über die Wirtschaftskriminalität (N 5.10.01, Mugny)
2001 P 01.3001	Waffengesetz. Änderung (N 14.3.01, Sicherheitspolitische Kommission NR 00.307, S 19.9.01; Abschreibung beantragt BBl 2006 2713)
2002 P 01.3009	Straffung im Sicherheitsbereich (N 20.3.02, Sicherheitspolitische Kommission NR)
2002 M 01.3012	Bekämpfung der Pädophilie (N 11.12.01, Kommission für Rechtsfragen NR; S 4.6.02)
2002 P 02.3522	Weisungsbefugnis des Bundes in kantonsübergreifenden Strafverfolgungsaktionen (N 13.12.02, Christlichdemokratische Fraktion)
2002 P 02.3441	Kriminalstatistik und Waffendelikte (S 2.12.02, Berger)

2003 P 02.3742	Schaffung eines Sicherheitsdepartementes (N 20.6.03, Vaudroz René)
2003 P 03.3222	G8. Zusammenarbeit der kantonalen Polizeikorps (N 3.10.03, Guisan)
2003 P 03.3188	Kinder- und Jugendschutz (N 3.10.03, Kommission für Rechtsfragen NR 02.457)
2003 M 02.3723	Internationales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung der Internetkriminalität (N 21.3.03, Fehr Jacqueline; S 9.12.03)
2003 P 03.3444	Innere Sicherheit. Kohärenz und Solidarität bei Polizeieinsätzen (N 19.12.03, Eggly)
2004 P 03.3579	Führung durch den Bund. Ereignisse von nationaler Bedeutung (N 19.3.04, Sicherheitspolitische Kommission NR)
2005 M 04.3224	Verwendung von Symbolen, welche extremistische, zu Gewalt und Rassendiskriminierung aufrufende Bewegungen verherrlichen, als Straftatbestand (N 7.3.05, Kommission für Rechtsfragen NR 04.2010; S 15.6.05)
2005 P 05.3006	Effizientere Bekämpfung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen (S 15.6.05, Sicherheitspolitische Kommission SR)
2006 P 05.3610	Polizeistatistische Übersicht (N 24.3.06, Haering)

Bundesamt für Migration

2001 P 00.3659	Stellung der Frauen in der Asylpolitik (N 23.3.01, Menétrey-Savary) – vormals BFF
2003 P 03.3276	Bericht über die Auswirkungen einer Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die EU-Beitrittsstaaten (N 3.10.03, Heberlein) – vormals IMES
2003 P 03.3327	Auswirkungen der Erweiterung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Mitgliedsländer. Bericht (N 3.10.03, Sozialdemokratische Fraktion) – vormals IMES
2004 P 04.3464	Überprüfung der Niederlassungsabkommen (S 14.12.04, Stähelin) – vormals IMES

Bundesanwaltschaft

2005 M 03.3574	Massnahmen gegen Menschenhandel in der Schweiz. Schutz von Opfern und Zeugen (N 19.3.04, Kommission für Rechtsfragen NR; S 8.3.05)
----------------	--

Bundesamt für Metrologie und Akkreditierung

Keine.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum

1999 P 99.3557	Urheberrechtsentschädigung auf Subventionen (N 22.12.99, Christen; Abschreibung beantragt BBI 2006 3389)
2000 P 00.3127	Produzenten-Urheberrecht (N 23.6.00, Weigelt; Abschreibung beantragt BBI 2006 3389)
2001 P 01.3401	Folgerecht im Urheberrechtsgesetz (N 5.10.01, Aeppli Wartmann; Abschreibung beantragt BBI 2006 3389) – vormals: BJ
2001 P 01.3417	Urheberrechtsgesetz. Teilrevision (N 5.10.01, Kommission für Rechtsfragen NR; Abschreibung beantragt BBI 2006 3389)
2002 P 02.3356	Urheberrecht. Ratifikation von zwei Wipo-Abkommen und Regelung der Privatkopie (N 4.10.02, Baumann J. Alexander; Abschreibung beantragt BBI 2006 3389)
2006 P 06.3056	Schutz der Marke Schweiz (N 23.6.06, Hutter Jasmin)
2006 P 06.3174	Verstärkung der Marke Made in Switzerland (S 9.6.06, Fetz)

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Verteidigung

2000 P 97.3619	Koordination und zentrale Leitung der Nachrichtendienste (N 8.3.99, Schmid Samuel; S 7.3.00)
2000 P 00.3354	Armee XXI. Leistungsfähiges Budgetplanungssystem (N 6.10.00, Marti Werner)
2000 P 00.3490	Volkswirtschaftlicher Nutzen der Landesverteidigung (N 15.12.00, Engelberger)
2000 P 00.3508	Nutzen der Landesverteidigung (N 15.12.00, Borer)
2001 P 00.3702	Kostenbeteiligung des Bundes an der Sanierung von schadstoffbelasteten Böden bei Schiessanlagen (N 23.3.01, Heim)
2003 P 02.3395	Koordination des Nachrichtendienstes (N 23.9.03, Sicherheitspolitische Kommission NR 02.403)
2004 P 04.3049	Armee XXII. Bericht (N 18.6.04, Sozialdemokratische Fraktion)
2004 P 04.3259	Assistenzdienste der Armee. Anpassung des Genehmigungsverfahrens (S 5.10.04, Sicherheitspolitische Kommission SR)
2005 P 05.3221	Kriterien für die Veräusserung der VBS-Liegenschaften (S 8.6.05, Lombardi)
2005 M 05.3001	Umfassende Gesetzesgrundlage für das System der Nachrichtendienste (N 6.6.05, Sicherheitspolitische Kommission NR 02.403; S 19.9.05; N 28.11.05)
2005 P 05.3526	Bericht zur Wehrgerechtigkeit (S 5.12.05, Wicki)
2006 P 06.3418	Günstige Voraussetzungen für einen allfälligen Aufwuchs der Armee schaffen (N 3.10.06, Sicherheitspolitische Kommission NR 06.050)
2006 M 06.3318	Ausbildungsanforderungen für Berufsoffiziere (N 6.10.06, Rutschmann; S 18.12.06)
2006 M 06.3013	Ablösung der Armee beim Schutz ausländischer Vertretungen (N 12.6.06, Sicherheitspolitische Kommission NR; S 18.12.06)

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

2006 M 05.3715	Standortbestimmung zu den Schutzanlagen und Schutzräumen (N 16.3.06, Finanzkommission NR 05.047; S 18.12.06)
----------------	--

Bundesamt für Sport

Keine.

Finanzdepartement

Generalsekretariat

- 2004 P 04.3298 Bundesaufgaben durch Verwaltungsstellen des Bundes. Transparenz im Vollzug (S 27.9.04, Schmid-Sutter Carlo)
- 2005 P 04.3645 Verstärkung des Grenzwachtkorps durch Teile der Militärischen Sicherheit (S 14.3.05, Pfisterer Thomas)
- 2005 P 05.3239 E-Government. Neuer Ansatz (N 7.10.05, Noser)
- 2006 M 05.3470 Festlegung und Durchsetzung von Normen und Standards im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (N 8.3.06, Finanzkommission NR; S 20.6.06)

Eidgenössische Finanzverwaltung

- 2000 P 98.3480 Eigenmittelvorschriften zur Abdeckung der Systemrisiken bei global tätigen Banken (N 24.3.00, Strahm; Abschreibung beantragt BBI 2006 2829)
- 2000 M 97.3401 Nachrichtenlose Vermögen. Bundesrat muss handeln (N 3.3.99, Grobet; S 20.6.00) – vormals: EJPD/BJ
- 2000 M 97.3306 Erfahrungen mit Vermögenswerten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Rechtliche Konsequenzen (N 10.10.97, Rechsteiner Paul; S 20.6.00) – vormals: EJPD/BJ
- 2000 P 00.3103 Schaffung von Schiedsverfahren zum Interessenausgleich zwischen Schuldnerländern und Gläubigern (N 4.10.00, Eymann)
- 2003 P 03.3071 SAir Group. Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen (N 20.6.03, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
- 2003 P 03.3155 Swissair-Bericht von Ernst & Young. Rechtliche Konsequenzen (N 20.6.03, Leutenegger Oberholzer)
- 2003 P 03.3345 Strukturreformen aus der Sicht der Finanzpolitik (S 3.12.03, Schweiger)
- 2003 P 03.3348 Finanzpolitische Prüfung von längerfristigen Reformen (S 3.12.03, Bürgi)
- 2004 P 02.3443 Schuldenbremse respektieren; Staatsquote senken (N 9.6.04, Christlichdemokratische Fraktion)
- 2004 P 02.3444 Schuldenbremse respektieren; Staatsquote senken (N 9.6.04, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
- 2004 P 02.3442 Schuldenbremse respektieren; Staatsquote senken (N 9.6.04, Freisinnig-demokratische Fraktion)
- 2004 P 02.3560 Stopp den Ausgaben (N 9.6.04, Freisinnig-demokratische Fraktion)
- 2004 P 04.3445 Kostentransparenz für staatliche Leistungen (N 17.12.04, Freisinnig-demokratische Fraktion)
- 2004 P 04.3584 Vermögens- und Schuldenbilanz des Staates (N 17.12.04, Sozialdemokratische Fraktion)
- 2004 P 04.3542 Schuldentransparenz (N 17.12.04, Zuppiger)
- 2005 P 04.3441 Verwaltungsführung im dritten Kreis (S 14.3.05, Geschäftsprüfungskommission SR; Abschreibung beantragt BBI 2206 8233)
- 2005 P 04.3573 Schuldentransparenz (S 14.3.05, Lauri)
- 2005 M 04.3811 Überprüfung des Aufgabenportfolios des Staates (S 14.3.05, Altherr; N 2.6.05)
- 2005 M 05.3003 So genanntes Vierkreismodell (N 17.3.05, Finanzkommission NR 04.079, S 13.6.05; Abschreibung beantragt BBI 2206 8233)
- 2005 P 05.3148 Pensionskasse der SBB. Besorgniserregende Lage (N 17.6.05, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
- 2005 P 05.3175 Umsetzung der FATF-Empfehlungen in anderen Ländern. Evaluation (S 14.6.05, Stähelin)
- 2005 M 04.3810 Überprüfung des Aufgabenportfolios des Staates (N 2.6.05, Favre; S 28.9.05)
- 2005 M 04.3518 Wachstumspolitisch sinnvolle Mehrausgaben (S 14.3.05, Schweiger; N 19.9.05)
- 2005 M 05.3228 Zusammenführung von BWL, BLW, BVET und Eidgenössischer Forstdirektion (N 2.6.05, Spezialkommission NR 04.080; S 29.9.05)
- 2005 P 05.3363 KTU und Pensionskasse Ascoop. Massnahmen des Bundes (S 28.9.05, Lauri)
- 2005 P 05.3456 Kosten, Nutzen und Erfolg der FATF-Empfehlungen. Evaluation (S 28.9.05, Stähelin)
- 2006 M 05.3714 Struktur und Inhalt des Finanzplans (N 7.12.05, Finanzkommission NR 05.047; S 21.3.06)
- 2006 P 05.3783 Prioritätensetzung und Aufgabenverzicht (N 24.3.06, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
- 2006 M 04.3202 KMU- und wachstumsfreundliche rechtliche Umsetzung der Basler Eigenmittelempfehlungen (Basel I und Basel II) (N 17.3.05, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

- 2006 M 05.3224 Zweckgebundene Verwendung der Mineralölsteuer (N 2.6.05, Kommission 04.080 NR; S 20.6.06)
2006 M 05.3287 Konkretisierung finanzpolitisch wichtiger Strukturreformen (S 8.12.05, Lauri; N 21.6.06)
2006 M 06.3176 Verlässlichkeit der strategischen Ziele des Bundes (N 9.5.06, Geschäftsprüfungskommission NR; S 5.10.06)

Eidgenössisches Personalamt

- 2000 P 00.3147 Neuregelung der Ruhegehälter (N 6.10.00, Mathys)
2001 P 01.3143 Ausserparlamentarische Kommissionen. Transparenz bei den Entschädigungen (N 22.6.01, Bühlmann)
2001 P 01.3262 Keine Löhne unter 3000 Franken bei Bundes-Unternehmen und in der Bundesverwaltung (N 14.12.01, Leutenegger Oberholzer)
2003 P 02.3388 Nebenerwerbstätigkeit von Mitgliedern des diplomatischen Corps (N 21.3.03, Aussenpolitische Kommission NR)
2003 P 03.3436 Weiterführung des Praktikantenprogrammes (N 2.10.03, Spezialkommission des Nationalrates 03.047)
2004 P 03.3241 Einschränkung der Entschädigungsberechtigten und Kürzung der Entschädigungen für Führungskräfte in der Verwaltung bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses (N 8.3.04, Finanzkommission NR; S 4.6.04)
2004 P 04.3416 Künftige Personalpolitik des Bundes (N 17.12.04, Rey)
2005 M 05.3152 Vertretung der sprachlichen Minderheiten in den Bundesämtern (N 17.6.05, Berberat; S 29.9.05)
2005 P 05.3286 Verbindliche Sozialpartnerschaft auch beim Bund (S 28.9.05, Fetz)
2006 M 05.3186 Sprachliche Diskriminierungen in Stellenausschreibungen des Bundes (N 7.10.05, Simoneschi-Cortesi; S 6.3.06)
2006 M 05.3174 Vertretung der sprachlichen Minderheiten in den Bundesämtern (S 14.6.05, Studer Jean; N 8.3.06)
2006 P 06.3029 Gleichstellung. Lohnpraxis des Bundes (N 23.6.06, Graf-Litscher)
2006 P 06.3144 Wie trägt der Bund zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bei? (N 6.10.06, Robbiani)

PUBLICA

Keine.

Eidgenössische Steuerverwaltung

- 1999 P 98.3352 Bestrafung bei Steuerhinterziehung (N 16.12.99, Grobet)
2000 P 99.3499 Rechtsstaatliche Garantien im BSU-Verfahren (N 4.10.00, Steiner)
2001 M 00.3154 Mehrwertsteuer. Jährliche Abrechnung (N 13.12.00, Lustenberger; S 7.6.01)
2001 P 01.3215 Stempelabgabe. Permanente Beobachtung der Entwicklung (N 22.6.01, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 01.021)
2002 P 02.3264 Umsatzabgabe für Pensionskassen und Entwicklung der europäischen Gesetzgebung (S 19.9.02, Saudan)
2003 P 02.3663 Mehrwertsteuer. Reduzierter Satz für die elektronische Information im Wissenschaftsbereich (S 5.3.03, Berger)
2003 P 02.3650 Direkte Bundessteuer. Vollumfänglicher Abzug der Krankenversicherungsprämien (N 20.6.03, Mörgeli)
2003 P 03.3313 Bürokratiebefreiung im Steuersystem (N 3.10.03, Christlichdemokratische Fraktion)
2004 P 03.3623 Mehrwertsteuer. Weniger Papierkrieg (N 19.3.04, Triponez)
2004 P 03.3565 Weiterbildungskosten. Steuerliche Behandlung (S 10.3.04, David)
2004 P 03.3433 Erhöhung der Zahl der Steuerinspektoren (N 8.3.04, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR (02.308) Minderheit Berberat)
2005 M 03.3481 Bankgeheimnis für Effektenhändler (S 2.3.04, [Merz]-Büttiker; N 17.3.05)
2005 P 03.3175 Befreiung der Pensionskassen von Grundstückgewinnsteuern und Handänderungsgebühren (N 15.3.05, Kaufmann)
2005 P 04.3430 Weiteres Vorgehen im Bereich der Ehegatten- und Familienbesteuerung (S 14.3.05, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR 03.314)
2005 P 05.3049 Übertragung von Beteiligungsrechten im Zusammenhang mit der Unternehmensnachfolge (S 14.6.05, Heberlein)
2005 M 04.3179 Steuerbefreiung von Feuerwehrsold (N 8.10.04, Banga; S 28.9.05)
2005 M 04.3263 Selbstständige Vorlage für die Ehepaar- und Familienbesteuerung (N 15.6.05, Donzé; S 28.9.05)
2005 M 04.3276 Übergang zur Individualbesteuerung (N 15.6.05, Freisinnig-demokratische Fraktion; S 28.9.05)
2005 M 04.3495 Revision des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer (N 17.12.04, Christlichdemokratische Fraktion; S 5.10.05)
2006 M 05.3465 Befristung der Ausnahmen von der Mehrwertsteuer auf fünf Jahre (S 5.10.05, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 8.3.06)

- 2006 M 05.3466 Vereinfachung der Mehrwertsteuer und Vereinheitlichung der Sätze (S 5.10.05, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 8.3.06)
- 2006 P 05.3646 REIT-Zulassung in der Schweiz (N 23.6.06, Kaufmann) – vormals: EFV
- 2006 P 05.3779 Bericht über die Folgen der Einführung der Individualbesteuerung (N 23.6.06, Meier-Schatz)
- 2006 P 06.3042 Duale Einkommenssteuer (N 23.6.06, Sadis)
- 2006 P 06.3376 Mehrwertsteuer beeinträchtigt Gesundheitsvorsorge (N 20.12.06, Gutzwiller)

Eidgenössische Zollverwaltung

- 2000 P 00.3166 Entlohnung der Grenzwächter (N 23.6.00, Schmied Walter)
- 2000 P 00.3378 Arbeitsbedingungen des Grenzwachtkorps (N 15.12.00, Baumann J. Alexander)
- 2001 P 99.3626 Verstärkung des Grenzwachtkorps (N 2.10.00, Schmied Walter; S 13.3.01)
- 2004 P 04.3435 Systemwechsel bei der Zollbemessung (N 29.9.04, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 03.078)
- 2005 M 04.3275 Teilnahme an Schengen/Dublin. Sicherheitskonzept (N 8.10.04, Freisinnig-demokratische Fraktion; S 8.3.05)
- 2006 M 05.3860 Treibstofftransporte der Bundesbetriebe an privatwirtschaftliche Betriebe. Erhebung der LSVA (N 23.6.06, Giezendanner; S 26.9.06)

Eidgenössische Alkoholverwaltung

- 2006 M 05.3336 Naturweine mit über 15 Volumenprozent Alkohol (N 7.10.05, Germanier; S 26.9.06)

Bundesamt für Informatik

Keine

Bundesamt für Bauten und Logistik

- 2001 P 01.3515 Missbräuche und Willkür bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen (S 28.11.01, Jenny)
- 2003 P 03.3535 Öffentliches Beschaffungswesen (N 19.12.03, Meier-Schatz)
- 2004 M 04.3616 Normen und Standards der Bundesverwaltung (N 6.12.04, Finanzkommission NR 04.047; S 8.12.04)

Bundesamt für Privatversicherungen

- 2001 P 00.3541 Volle Freizügigkeit beim Wechsel der Zusatzversicherung (N 20.3.01, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
- 2001 P 00.3542 Versicherungsvergünstigungen beim Wechsel der Zusatzversicherung (N 20.3.01, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
- 2001 P 00.3570 Versicherungsvertragsgesetz. Verjährungsbestimmungen (N 23.3.01, Hofmann Urs)
- 2001 M 00.3537 Diebstähle. Beginn der Verjährung bei Kenntnis (N 23.3.01, Jossen; S 6.12.01)
- 2003 P 02.3693 VVG. Lücke bei der Taggeldversicherung (N 21.3.03, Robbiani)
- 2004 P 03.3437 Rückkommen auf den Beschluss zum Modell «Winterthur» (N 8.3.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
- 2004 P 03.3596 Zusammenhänge zwischen Grund- und Zusatzversicherung in der Krankenversicherung (N 8.3.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 98.406)
- 2004 P 04.3051 Grenzgänger und Krankentaggeld (N 18.6.04, Robbiani)
- 2005 P 05.3237 Solvenz von Lebensversicherungen (N 7.10.05, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 04.488)

Eidgenössische Finanzkontrolle

Keine.

Volkswirtschaftsdepartement

Generalsekretariat

Keine.

Vollzugsstelle für den Zivildienst

2006 M 04.3672 Zivildienst. Einführung des Tatbeweises (N 14.12.05, Studer Heiner; S 20.6.06; N 18.12.06)

Büro für Konsumentenfragen

Keine.

Wettbewerbskommission

2006 P 06.3634 Bericht über wettbewerbswidrige vertikale Vertriebsabreden nach Kartellgesetz (N 20.12.06, Kommission für Rechtsfragen NR 05.082)

Staatssekretariat für Wirtschaft

- 1997 P 97.3070 Atypische Beschäftigungsformen (N 20.6.97, Rennwald)
- ¹ 1997 M 96.3618 Auswirkungen neuer und bestehender Gesetze und Verordnungen auf Klein- und Mittelbetriebe (KMU) (S 30.4.97, Forster; N 19.12.97)
- 1999 P 99.3547 Vom freien Personenverkehr betroffene Grenzregionen. Unterstützung (N 22.12.99, Lachat)
- 2000 P 99.3433 IAO-Konvention 169 zum Schutze indigener Völker (Ureinwohner) (N 24.3.00, Gysin Remo)
- 2000 P 99.3149 Investitionsrisikogarantie. Reform mit sozialen und ökologischen Mindeststandards (N 15.6.00, Strahm)
- 2000 P 00.3198 WTO. Soziale und Umweltfragen (N 15.6.00, Aussenpolitische Kommission NR 99.302)
- 2000 P 00.3442 Kompensationszahlungen für Randregionen (N 15.12.00, Robbiani)
- 2001 P 00.3343 Unterstützung der Grenzregionen (N 5.6.01, Robbiani)
- 2001 P 01.3069 Polyvalenter Service public in Randgebieten (N 22.6.01, Robbiani)
- 2002 P 01.3681 Schaffung einer parlamentarischen Versammlung im Rahmen der WTO (N 22.3.02, Aussenpolitische Kommission NR)
- 2002 P 01.3644 Bericht über den Handlungsbedarf aus dem Fall Swissair (N 21.6.02, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
- 2002 P 01.3067 Sicherheit der Nahrungsmittel. Wichtiges Thema der WTO-Verhandlungen (N 13.3.02, Christlichdemokratische Fraktion; S 11.12.02)
- 2003 P 02.3698 Rahmenbedingungen für eine gesellschaftspolitisch legitimierte Wirtschaft (N 21.3.03, Walker Felix)
- 2003 P 02.3702 Förderung der Wachstumspotenziale bei KMU (N 21.3.03, Walker Felix)
- 2003 M 01.3089 Wachstumspolitik. Sieben Massnahmen (N 5.6.02, Freisinnig-demokratische Partei; S 18.6.03)
- 2003 P 03.3136 Neue Regionalpolitik. Konferenz für die Entwicklung des ländlichen Raumes und der Berggebiete (S 18.6.03, Stadler)
- 2003 P 03.3153 Förderung der Unternehmerinnen in der Schweiz (N 3.10.03, Fetz)
- 2004 P 03.3635 Wachstum und Fiskalquote. Untersuchung (N 19.3.04, Leutenegger Oberholzer)
- 2004 P 04.3001 Landesweite Informations- und Aufklärungskampagne über die Folgen der Schwarzarbeit (N 17.6.04, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 02.010)
- 2004 P 04.3199 Koordination der Landeswerbung (S 9.6.04, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR 04.019)
- 2004 P 04.3390 Cassis-de-Dijon-Prinzip (N 8.10.04, Leuthard)
- 2004 P 04.3434 Konzept für eine koordinierte Landeswerbung der Schweiz (N 29.9.04, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 04.019)
- 2004 P 04.3647 Entsendegesetz. Wirksamkeit der Sanktionen (N 13.12.04, Spezialkommission Personenfreizügigkeit NR 04.067)
- 2004 P 04.3648 Missstände im Bereich des Personalverleihs (N 13.12.04, Spezialkommission Personenfreizügigkeit NR 04.067)
- 2005 P 05.3185 Zugang zu den Dienstleistungsmärkten. Bericht des Bundesrates (N 17.6.05, Rey)
- 2005 P 05.3121 Kaufkraft und Preise 7. Abbau der tarifarischen Hemmnisse. Anpassung Zolltarif (N 17.6.05, Sozialdemokratische Fraktion)

¹ Die M 96.3618 wurde mit Geschäftsbericht 2000 fälschlicherweise abgeschrieben. Sie muss wieder als unerledigt geführt werden (Antrag von SR Forster anlässlich der Behandlung vom 4.6.03 des Geschäftsberichts 2002 (ad 03.001/IV Zusatzbericht der GPK zuhanden der eidg. Räte).

2005 P 05.3122	Kaufkraft und Preise 8. Abbau der nichttarifarisches Hemmnisse (N 17.6.05, Sozialdemokratische Fraktion)
2005 M 04.3712	AVG. Verhinderung der Umgehung der flankierenden Massnahmen (N 18.3.05, Gysin Hans Rudolf; S 27.9.05)
2005 P 05.3375	Auswirkungen künftiger Freihandelsabkommen auf Agrardossier in der Doha-Runde (N 7.10.05, Walter Hansjörg)
2005 M 05.3473	Bilaterale Verträge. Erleichterung des Marktzuganges für Schweizer KMU in der Europäischen Union (S 27.9.05, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 16.12.05)
2005 P 05.3649	Monitoring flankierende Massnahmen (N 16.12.05, Fehr Hans-Jürg)
2006 M 04.3473	Aufhebung von technischen Handelshemmnissen (S 2.6.05, Hess Hans; N 15.3.06)
2006 P 05.3816	Preisinsel Schweiz (S 7.3.06, David)
2006 P 05.3862	Volkswirtschaftliche Auswirkungen des wachsenden Einkaufstourismus (S 7.3.06, Germann)
2006 P 06.3151	Einseitige Anerkennung des Cassis-de-Dijon-Prinzips. Offenlegung der mutmasslichen Auswirkungen (N 23.6.06, Baumann J. Alexander)
2006 M 03.3603	Massnahmenplan für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (N Fehr Jacqueline; S 21.9.06)
2006 P 06.3333	Clusters in der Wirtschaftsförderung (N 6.10.06, Rey)
2006 P 06.3401	EU-Agrarfreihandel. Klarheit schaffen vor der Aufnahme von Verhandlungen (S 21.9.06, Frick)
2006 P 06.3574	ICT. Mehr Wachstum, höhere Produktivität, konkurrenzfähige Schweiz (N 20.12.06, Christlichdemokratische Fraktion)

Bundesamt für Landwirtschaft

2001 P 01.3183	Dezentrale Besiedelung als Aufgabe der Zukunft (N 22.6.01, Fässler; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)
2002 P 02.3361	Entwicklung der Landwirtschaft in den Berg- und Randregionen (N 4.10.02, Hassler; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)
2002 P 01.3068	Sicherheit und Qualität von Nahrungsmitteln (N 5.6.02, Christlichdemokratische Fraktion, S 11.12.02; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)
2002 P 01.3399	Gleiche Chancen für Schweizer Nahrungsmittel (N 13.3.02, Sommaruga; S 11.12.02; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)
2003 P 02.3769	Strategien für die multifunktionale Landwirtschaft (N 21.3.03, Sommaruga; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)
2003 P 00.3746	Gesunde Tiere statt Millionen für den Rinderwahnsinn (N 5.6.02, Sommaruga, S 18.6.03; Abschreibung beantragt BBI 2006 6337)
2003 P 03.3003	Stärkung der Wettbewerbsbedingungen der Landwirtschaft (N 7.5.03, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 02.046, S 5.6.03; Abschreibung beantragt BBI 2006 6338)
2005 M 04.3301	Umsetzung von Artikel 182 des Landwirtschaftsgesetzes (N 8.10.04, Glasson; S 15.3.05)
2006 M 04.3764	Weniger Verwaltungsaufwand in der Landwirtschaft (N 18.3.05, Darbellay, S 7.3.06; Abschreibung beantragt BBI 2006 6338)
2006 P 05.3883	Auswirkungen der Versteigerung von Importkontingenten beim Fleisch. Bericht (N 24.3.06, Walter Hansjörg)
2006 P 06.3637	Ausgeglichene Düngerbilanz (S 20.12.06, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR 06.038)

Bundesamt für Veterinärwesen

2003 P 02.3165	Artgerechte Tierhaltung auch für Fische (N 4.6.03, Sommaruga)
2006 M 05.3576	Artgerechte Haltung von Wildtieren (N 16.12.05, Aeschbacher; S 20.6.06)
2006 M 05.3812	Artikel 7a und 7c des Tierschutzgesetzes. Inkraftsetzung (N 15.3.06, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.092; S 20.6.06)
2006 M 05.3790	Artikel 7a und 7c des Tierschutzgesetzes. Inkraftsetzung (S 16.3.06, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR 02.092; N 15.06.06)
2006 M 06.3062	Gefährliche Hunde. Verantwortung ist der beste Schutz (N 23.6.06, Freisinnig-demokratische Fraktion; S 21.9.06)
2006 P 06.3515	Schlacht- und Fleischkontrolle (N 20.12.06, Wehrli)

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie

2000 P 98.3187	Nachholbildungsinitiative (N 16.6.99, Sozialdemokratische Fraktion; S 20.3.00)
2000 P 00.3271	Informations- und Kommunikationstechnologien. Bewusstseinsbildung (N 6.10.00, Lalive d'Épinay)
2000 P 98.3355	Telematik-Offensive (N 5.6.00, Theiler; S 7.12.00)
2001 P 01.3170	Weiterbildungsurlaub (N 22.6.01, Rossini)
2001 P 01.3640	Impulsprogramm zur Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen (N 6.12.01, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 00.072)
2001 P 01.3641	Weiterbildungsinitiative für wenig qualifizierte Personen. Entwicklung eines Baukastensystems (N 6.12.01, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 00.072)
2002 P 01.3425	Weiterbildungsgesetz (N 6.12.01, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 00.072; S 18.9.02)
2003 P 03.3186	KTI. Neue rechtliche Grundlage (N 5.5.03, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 02.089)
2005 P 04.3809	Uneinheitliche Berufsbezeichnungen gemäss neuem Berufsbildungsgesetz (N 18.3.05, Vollmer)
2005 M 04.3552	Akkreditierung von Privatschulen (N 17.12.04, Freysinger; S 6.6.05)
2005 P 03.3621	Lehrstellensituation. Bericht und Massnahmenplan zur Verbesserung (N 17.6.05, Galladé)
2005 M 04.3688	Angepasste Organisation für die KTI (N 18.3.05, Noser; S 27.9.05)
2006 P 06.3018	Bericht zu Defiziten im Lehrstellenbereich (N 23.6.06, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2006 P 06.3546	Bildungsgänge in der höheren Berufsbildung (N 20.12.06, Rechsteiner Paul)
2006 P 06.3613	Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsschulen (N 20.12.06, Markwalder-Bär)

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

Keine.

Bundesamt für Wohnungswesen

Keine.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

- 2004 P 03.3439 Zweckmässigkeit der Angliederung des BFU an das UVEK (N 18.3.04, Geschäftsprüfungskommission NR 02.448)
- 2005 M 04.3433 Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten (S 4.10.04, Staatspolitische Kommission SR 03.448; N 17.3.05)

Bundesamt für Verkehr

- 2000 P 00.3041 Alptransit. Tunnelstation Sedrun (N 6.10.00, Gadiant)
- 2000 P 00.3551 Investitionen in die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs in den Agglomerationen. Finanzielle Beteiligung des Bundes (S 30.11.00, Béguelin)
- 2001 P 99.3561 Zukunft der historischen Gotthardbahn (N 5.3.01, [Ratti]-Simoneschi)
- 2001 P 01.3192 Verbesserung der Bahnverbindungen zwischen dem Tessin und der Westschweiz (N 22.6.01, Simoneschi)
- 2001 P 01.3139 Gesetz über den öffentlichen Verkehr (N 22.6.01, Vollmer)
- 2001 P 01.3205 Verbesserung der Bahnverbindungen zwischen dem Tessin und der Westschweiz (S 14.6.01, Béguelin)
- 2001 M 01.3010 Bahnverbindung Genf-Annemasse (S 15.3.01, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 00.317; N 17.9.01)
- 2001 P 01.3238 S-Bahn Zentralschweiz (N 5.10.01, Theiler)
- 2001 P 01.3284 Gesetzliche Datenschutzregelungen im Bereich personenbezogener Mobilitätsdaten (N 5.10.01, Vollmer)
- 2001 P 01.3403 Bahnverbindungen nach Graubünden (N 5.10.01, Gadiant)
- 2001 P 01.3176 Minimum an Risiko bei Risikotransporten (N 14.12.01, Teuscher)
- 2001 P 01.3460 Mit freien Mitteln des Kredites von «Bahn 2000», erste Etappe, gestrichene Bahninfrastrukturprojekte realisieren (N 14.12.01, Weigelt)
- 2002 P 01.3710 Gleichbehandlung aller Transportunternehmungen des öffentlichen Verkehrs (N 21.6.02, Bezzola)
- 2002 P 02.3217 Infrastrukturergänzungen für den Bahnverkehr im Raum Luzern (S 6.6.02, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 02.301)
- 2003 M 01.3753 Harmonisierung der Finanzierung im öffentlichen Verkehr (S 6.3.02, Brändli, N 5.3.03)
- 2003 P 02.3386 Infrastrukturergänzungen für den Bahnverkehr im Raum Luzern (N 2.6.03, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 02.301)
- 2005 P 03.3260 Neat-Alptransit Lötschberg/Simplon. Lärmschutz (N 17.3.05, Cina)
- 2005 P 05.3475 Leistungssteigerung im Bahnknoten Zürich (S 8.12.05, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 04.3401)
- 2006 M 05.3388 Zulassung von privaten Unternehmungen für die ADR-Prüfung von Tankcontainern, IBC und Tankfahrzeugen (N 7.10.05, Giezendanner; S 16.3.06)
- 2006 P 05.3856 Ein modernes Bahngüterverkehrssystem auf der Ost-West-Achse (N 24.3.06, Müller Walter)
- 2006 P 06.3123 Doppelspurausbau der Bahnlinie bei Ligerz (N 23.6.06, Joder)
- 2006 P 06.3179 Bericht über den Zustand der Infrastruktur bei den Privatbahnen (S 21.6.06, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 06.027)
- 2006 M 05.3561 Lärmemissionen durch Güterwagen aus EU-Ländern (N 16.12.05, Abate; S 5.10.06)
- 2006 P 06.3232 Halbstundentakt auf der Strecke Zürich-Schaffhausen (N 6.10.06, Bühler)
- 2006 P 06.3243 Halbstundentakt auf der Strecke Zürich-Schaffhausen (S 2.10.06, Briner)

Bundesamt für Zivilluftfahrt

- 2000 P 00.3162 Luftverkehr. Lufthygienische Massnahmen (N 23.6.00, Leutenegger Oberholzer) – vormals: BUWAL
- 2002 P 02.3339 Verbot von Heliskiing im Unesco-Weltnaturerbe Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn (N 4.10.02, Teuscher)
- 2002 P 02.3096 Aufnahme des Luftverkehrs in die Störfallverordnung (N 13.12.02, Rechsteiner-Basel)
- 2002 P 02.3469 Verweis des Luftfahrtgesetzes auf das EG-Recht (S 12.12.02, Geschäftsprüfungskommission SR)
- 2002 P 02.3472 Überprüfung der Befristung von Betriebsbewilligungen (S 12.12.02, Geschäftsprüfungskommission SR)
- 2003 P 03.3124 Trinationalisierung des Euro-Airports Basel-Mülhausen-Freiburg (N 20.6.03, Kurrus)
- 2005 P 05.3666 Flugverbindung Lugano-Bern. Konzessionsvergabe nach gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen (N 16.12.05, Abate)

- 2005 P 05.3696 Flugverbindung Lugano-Bern. Konzessionsvergabe nach gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen (S 15.12.05, Lombardi)
- 2006 M 05.3572 Flugsicherheit. Verbesserung des Konsumentenschutzes (N 27.3.06, Berberat; S 14.6.06)
- 2006 M 04.3210 Aktivitäten von Skyguide im Ausland (N 16.12.05, Kohler; S 14.6.06)
- 2006 M 05.3321 Luftfahrtgesetz. Totalrevision (S 4.10.05, Stadler, N 23.3.06; S 14.6.06)

Bundesamt für Energie

- 2000 P 00.3477 Stellung der einheimischen Wasserkraft in einem liberalisierten Strommarkt (S 4.12.00, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR 99.055)
- 2003 P 03.3414 Gesetzliche Grundlage zur technischen Sicherheit von AKW (N 3.10.03, Teuscher)
- 2003 P 03.3279 Oberirdische Auswirkungen eines Atommüll-Endlagers (N 19.12.03, Fehr Hans-Jürg)
- 2003 P 03.3532 Energiegesetz und Energieverordnung. Modifikationen (N 19.12.03, Rechsteiner-Basel)
- 2004 P 04.3283 Begrenzte Ölvorräte. Szenarien (N 8.10.04, Grüne Fraktion)
- 2005 P 05.3370 Erhöhung der inländischen Produktion von elektrischer Energie und Verbesserung der zukünftigen Versorgungssicherheit (N 7.10.05, Wäfler)
- 2005 P 05.3462 Elektrogeräte. Sichtbare Kennzeichnung des Energieverbrauches (N 7.10.05, Rechsteiner-Basel)
- 2005 P 05.3614 Dezentrale fossile Stromproduktion sowie Gas- und Dampfkraftwerke. Rahmenbedingungen für Investitionen (N 16.12.05, Banga)
- 2006 M 05.3362 Entsorgungsnachweis für hochradioaktive Abfälle (S 4.10.05, Hofmann Hans; N 23.3.06)
- 2006 P 05.3792 Zukunft der Stromnetze (N 24.3.06, Sozialdemokratische Fraktion)
- 2006 P 06.3160 Anpassung der Wasserzinsen (N 23.6.06, Rey)
- 2006 P 06.3089 Erdölabhängigkeit durchbrechen (N 23.6.06, Teuscher)
- 2006 M 05.3683 Gesamtenergiekonzept für die nächsten 25 Jahre (N 16.12.05, Lustenberger; S 5.10.06)

Bundesamt für Strassen

- 2000 M 99.3456 Überprüfung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz (S 6.10.99, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 99.408; N 20.3.00)
- 2000 M 00.3201 Klarheit über die Zukunft des Nationalstrassennetzes (S 16.6.00, Spezialkommission SR 00.016; N 20.6.00)
- 2000 M 00.3217 Konzept über die Zukunft des Nationalstrassennetzes (N 20.6.00, Spezialkommission NR 00.016; S 3.10.00)
- 2000 P 99.3238 Nationalstrassenzubringer Appenzellerland (N 19.9.00, Vallender)
- 2000 P 99.3374 Hirzeltunnel (N 19.9.00, Bosshard)
- 2000 P 99.3421 Grosser St. Bernhard als Alternative zum Montblanc (N 19.9.00, [Epiney]-Chevrier)
- 2000 P 00.3302 Zufahrt Emmental (N 6.10.00, Schenk)
- 2000 P 00.3381 Autobahnverbindung J20 und A16. Klassierung als Nationalstrasse (N 6.10.00, Schmied Walter)
- 2000 P 00.3589 Erweiterung des Anschlusses an die A4 Schaffhausen Süd zugunsten von Neuhausen am Rheinfall (S 30.11.00, Briner)
- 2001 P 99.3545 Bilaterale Verhandlungen und Schwerverkehr (N 5.3.01, [Ratti]-Simoneschi)
- 2001 P 01.3007 Nationalstrassennetz (N 19.3.01, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 00.401)
- 2001 P 01.3402 Bericht zur Bedeutung und Förderung des Langsamverkehrs (N 5.10.01, Aeschbacher)
- 2001 P 01.3147 Übernahme der europäischen Baumuster für Anhänger und Sattelaufleger (N 5.10.01, Giezendanner)
- 2001 P 01.3308 Umklassierung der Strasse Leuk-Leukerbad (N 5.10.01, Jossen)
- 2001 P 01.3372 Polizeiliche Verkehrslenkung auf den Nationalstrassen. Kosten (N 5.10.01, Steinegger)
- 2001 P 01.3264 Konzept über das Nationalstrassennetz. Änderung (S 25.9.01, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 00.320)
- 2001 P 01.3383 Vereinheitlichung der kantonalen Bewilligungspraxis für Ausnahmetransporte (N 14.12.01, Estermann)
- 2001 P 01.3483 Gotthardtunnel. Notfall- und Sanierungskonzept (N 14.12.01, Estermann)

2002 P 01.3396	Lastwagenstaus auf Schweizer Autobahnen (N 21.3.02, Hegetschweiler)
2002 P 01.3103	Sicherung ungesicherter Bahnübergänge (N 21.3.02, Hollenstein)
2002 P 01.3098	Nationalstrassennetz. Ergänzung (N 21.3.02, Schmid Odilo)
2002 P 01.3111	Bypass Luzern (N 21.3.02, Theiler)
2002 P 01.3759	Aktive Sicherheits- und Präventionsmassnahmen bei Tunnels. Thermographisches Portal (N 22.3.02, Simoneschi)
2002 P 01.3680	Aktive Schutzmassnahmen gegen Brände in unterirdischen Verkehrsführungen (S 6.3.02, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2002 P 02.3116	Erhöhung der Sicherheit auf Autobahnen (N 21.6.02, Christlichdemokratische Fraktion)
2002 P 02.3216	Umfahrung des Raumes Luzern für den Nord-Süd-Verkehr (S 6.6.02, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 02.300)
2002 P 01.3735	Risikoanalysen zur Gefahrenreduktion in Strassentunnels und besonders gefährlichen Strassenabschnitten (N 13.12.02, Hollenstein)
2003 P 02.3126	Arbeitsbedingungen der Chauffeure (N 20.6.03, Rechsteiner Paul)
2003 P 02.3385	Umfahrung des Raumes Luzern für den Nord-Süd-Verkehr (N 2.6.03, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 02.300)
2003 P 02.3236	Sachplan Strasse 2004. Ausbau der A4 im Kanton Zug (N 18.12.03, Scherer Marcel)
2003 P 01.3684	Aktive Schutzmassnahmen gegen Brände in unterirdischen Verkehrsführungen (N 18.12.03, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2004 P 04.3249	Erhalt der Fahrtauglichkeit (N 8.10.04, Marty Kälin)
2004 P 04.3404	Verhinderung schwerer Unfälle mit Lastwagen im Strassenverkehr (N 8.10.04, Marty Kälin)
2004 P 04.3315	Nationalstrassenzubringer Appenzellerland (S 8.10.04, Altherr)
2004 M 03.3587	Strengere Sanktionen gegen das Führen eines Motorfahrzeuges ohne den erforderlichen Führerausweis (N 19.3.04, Joder; S 9.12.04)
2004 P 04.3516	SVG. Kein Verzicht auf Rückgriffsrecht bei Grobfahrlässigkeit (N 17.12.04, Joder)
2004 P 04.3512	Stopp der Raserei (N 17.12.04, Teuscher)
2004 P 04.3472	Massnahmenkonzept gegen Raser (N 17.12.04, Hochreutener)
2004 P 04.3496	Nationalstrassenzubringer Glarnerland (S 9.12.04, Jenny)
2005 P 03.3408	Erhöhung der Nutzlast von Strassentransportfahrzeugen (N 17.3.05, Bigger)
2005 P 03.3352	Verkehrsregelnverordnung (N 17.3.05, Simoneschi-Cortesi)
2005 M 04.3304	Sicherheit der Kinder in öffentlichen Transportmitteln (N 8.10.04, Darbellay; S 1.6.05)
2005 P 05.3317	Mehr Verkehrssicherheit bei Motorradfahrern (N 7.10.05, Joder)
2006 P 05.3452	Entlastung Schwamendingen vom Autobahnlärm (N 24.3.06, Hegetschweiler)
2006 P 06.3119	Wider die Bussenschlupflöcher (N 23.6.06, Hubmann)

Bundesamt für Kommunikation

2003 P 02.3488	Hörbehindertengerechte Radio- und Fernsehsendungen (N 21.3.03, Joder)
2004 M 03.3492	Telefongebühren. Abzockerei (N 19.12.03, Vollmer; S 15.6.04)
2004 P 04.3302	ADSL für alle Regionen (N 8.10.04, Rey)
2005 P 05.3053	Handlungsbedarf im Zusammenhang mit RFID-Technologie (N 17.6.05, Allemann)
2006 M 05.3222	Erhaltung des Angebotes von Swissinfo/SRI (S 9.6.05, Lombardi; N 6.3.06)
2006 M 05.3863	Breitbandkommunikation als Bestandteil der Grundversorgung (S 9.3.06, Maissen; N 10.5.06)
2006 P 06.3331	Bericht über die Privatisierungen von Fernmeldeunternehmen in Europa (N 6.10.06, Christlichdemokratische Fraktion)

Bundesamt für Umwelt

- 2000 P 00.3275 Revision der Technischen Verordnung über Abfälle (N 6.10.00, Theiler)
- 2000 M 00.3184 Konzept betreffend lufthygienische Massnahmen des Bundes (N 23.6.00, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR 99.077; S 27.11.00)
- 2001 P 01.3628 Forst- und Güterstrassen. Beteiligung des Bundes an Sanierungsarbeiten (N 14.12.01, Lustenberger)
- 2002 P 02.3125 Unabhängige Toxikologie-Forschung in der Schweiz (N 30.9.02, Graf) – vormals: EDI/BBW
- 2003 M 02.3382 Haushaltneutrale Verbilligung von Gastreibstoffen zwecks Minderung des CO₂-Ausstosses (N 6.3.03, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR 01.3690, S 16.6.03; Abschreibung beantragt BBl 2006 4259)
- 2003 P 03.3261 Terrassenlandschaften der Schweiz (N 3.10.03, Schmid Odilo)
- 2004 P 03.3590 Reduktion von Einwirkungen von Düngerüberschüssen und Pflanzenschutzmitteln auf die Umwelt (S 9.3.04, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)
- 2004 M 02.3005 Waldgesetz. Kulturlandverlust durch wachsende Waldränder (N 18.3.04, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR 01.443; S 29.9.04)
- 2004 P 04.3460 Klimaveränderungen und Wasserreserven (N 17.12.04, Rey) – vormals: BWG
- 2004 P 04.3115 Mobilfunkantennen. Auswirkungen (N 17.12.04, Humbel Näf)
- 2005 P 05.3476 Förderung von aromatenfreiem Gerätebenzin (S 15.12.05, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 04.307)
- 2006 M 04.3572 Holz verwenden, um die Kyoto-Ziele zu erreichen (S 9.12.04, Hess Hans; N 23.3.06)
- 2006 M 05.3471 Finanzhilfen für Parke von nationaler Bedeutung (S 15.12.05, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR (05.027); N 20.6.06)
- 2006 P 06.3000 Förderung von aromatenfreiem Gerätebenzin (N 21.6.06, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 04.307)
- 2006 M 04.3664 Bessere Koordination von Umweltschutz und Raumplanung (S 16.6.05, Kommission für Rechtsfragen SR 02.436; N 4.10.06)
- 2006 P 06.3316 Klimaschutz. Festlegung von langfristigen Zielwerten (N 6.10.06, Noser)

Amt für Raumentwicklung

- 1995 P 94.3514 Ermöglichung von Road Pricing in Städten (N 24.3.95, Vollmer) – vormals: UVEK/GS
- 2000 P 99.3459 Vereinheitlichung des Baurechtes (N 4.10.99, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie 98.439; S 8.3.00)
- 2003 P 02.3733 Freizeitverkehr. Bericht (S 11.3.03, Bieri)
- 2004 M 04.3260 Alpenkonvention und Berggebiet (S 15.6.04, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR 01.083; N 21.9.04)
- 2005 P 04.3583 Umnutzung von Industrie- und Gewerbebrachen. Förderung (N 18.3.05, Leutenegger Oberholzer)
- 2005 P 04.3619 Einführung eines Road Pricing (N 17.3.05, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 03.471)
- 2005 P 05.3393 Verursachergerechtere Verkehrsfinanzierung (N 7.10.05, Walker Felix)